

80. Sitzung

Potsdam, Donnerstag, 29. August 2013

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	6430	Frage 1378 (Abschneiden von Brandenburger Schülern bei Bundeswettbewerben)	
1. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg und Aussprache		Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch.	6465
Ministerpräsident Dr. Woidke	6430	Frage 1379 (Entwicklung des gemeinsamen Landeslabors Berlin-Brandenburg)	
Dombrowski (CDU)	6436	Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	6466
Ness (SPD)	6441	Frage 1380 (Schwächung der amtlichen Lebensmittelkontrolle im Landeslabor Berlin-Brandenburg)	
Büttner (FDP)	6447	Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	6466
Görke (DIE LINKE)	6452	Frage 1381 (Zukunft des KombiBusses in Brandenburg)	
Vogel (B90/GRÜNE)	6457	Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Gerber.	6468
2. Wahl einer Vizepräsidentin des Landesrechnungshofes Brandenburg		Frage 1382 (Vetschauer Grubenwasserreinigungsanlage - Verockerung)	
Antrag mit Wahlvorschlag des Ausschusses für Haushaltskontrolle		Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers.	6469
Drucksache 5/7402.	6463	Frage 1390 (Errichtung einer zentralisierten Prüfstelle zur Einhaltung des Brandenburgischen Verabgabegesetzes)	
3. Wahl eines Mitgliedes des Präsidiums		Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers.	6471
Antrag mit Wahlvorschlag der Fraktion der SPD		Frage 1384 (Prostitution entlang der L 20 zwischen OT Groß Glienicke und OT Seeburg)	
Drucksache 5/7824.	6464	Minister des Innern Holzschuher	6472
4. Fragestunde		Frage 1385 (Sanierung der Stadtbrücke Bad Freienwalde)	
Drucksache 5/7840		Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft Schneider	6473
Drucksache 5/7821.	6464		
Dringliche Anfrage 83 (Berliner Senat will Mittel für den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg [VBB] kürzen)			
Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft Schneider	6464		

	Seite		Seite
Frage 1387 (Zahlungsrückstände zulasten Christliche Kindertagesstätte Woltersdorf) Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch.	6474	Frau Vogdt (FDP)	6489
Frage 1388 (Neuansiedlung Kindernachsorgeklinik Berlin-Brandenburg) Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	6474	Frau Geywitz (SPD)	6489
5. Gesetz zur Regelung der Kohlendioxid-Speicherung in Brandenburg (KSpGBrbg)		Burkardt (CDU)	6489
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		7. Langfristige Sicherung der pflegerischen Versorgung im Land Brandenburg (gemäß Beschluss des Landtages vom 19.05.2011 - Drs. 5/3180-B)	
Drucksache 5/7757 (2. Neudruck)		Bericht der Landesregierung	
<u>1. Lesung</u>		Drucksache 5/7558.	6490
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD der Fraktion DIE LINKE		Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Baaske	6490
Drucksache 5/7843.	6475	Frau Schier (CDU)	6492
Jungclaus (B90/GRÜNE)	6475	Frau Lehmann (SPD)	6492
Frau Hackenschmidt (SPD)	6476	Büttner (FDP)	6493
Bretz (CDU)	6477	Frau Wöllert (DIE LINKE)	6494
Domres (DIE LINKE)	6477	Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)	6495
Tomczak (FDP)	6478	8. Unterbringungskonzeption des Landes Brandenburg (gemäß Beschluss des Landtages vom 07.06.2012 - Drs. 5/5420-B)	
Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers.	6479	Bericht der Landesregierung	
Jungclaus (B90/GRÜNE)	6480	Drucksache 5/7559.	6496
Minister Christoffers	6480	Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Baaske	6496
6. Rot-Grüne Steuerpläne schaden dem Wirtschaftsstandort Brandenburg		Frau Schier (CDU)	6498
Große Anfrage 25 der Fraktion der FDP		Frau Lehmann (SPD)	6498
Drucksache 5/6912		Büttner (FDP)	6499
Antwort der Landesregierung		Frau Fortunato (DIE LINKE)	6500
Drucksache 5/7576		Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)	6501
Entschließungsantrag der Fraktion der FDP		9. Hochwasserschutz im Land weiter konsequent umsetzen und öffentliches und privates Eigentum schützen	
Drucksache 5/7813.	6481	Antrag der Fraktion der CDU	
Frau Vogdt (FDP)	6481	Drucksache 5/7771.	6502
Frau Geywitz (SPD)	6482	10. Bildungsgerechtigkeit und Bildungschancen ermöglichen - Alphaplan gegen Analphabetismus vorlegen und realisieren!	
Burkardt (CDU)	6483	Antrag der Fraktion der FDP	
Görke (DIE LINKE)	6484	Drucksache 5/7791.	6502
Vogel (B90/GRÜNE)	6485	Büttner (FDP)	6502
Minister der Finanzen Dr. Markov	6486	Günther (SPD)	6503
		Hoffmann (CDU)	6504
		Frau Große (DIE LINKE)	6504

	Seite		Seite
Frau von Halem (B90/GRÜNE)	6505	13. Wahl des Vorsitzenden der G 10-Kommission	
Ministerin für Bildung, Jugend und Sport		Antrag mit Wahlvorschlag	
Dr. Münch.	6506	der Fraktion der SPD	
Büttner (FDP)	6507		
11. Mückenplage eindämmen und rechtzeitig geeignete Maßnahmen gegen Mückenlarven ergreifen		Drucksache 5/7823.	6514
Antrag		Anlagen	
der Fraktion der CDU		Gefasste Beschlüsse	6515
Drucksache 5/7815.	6508	Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 29. August 2013	6515
Dombrowski (CDU)	6508	Anwesenheitsliste vormittags	6522
Frau Gregor-Ness (SPD)	6510	Anwesenheitsliste nachmittags	6522
Beyer (FDP)	6510		
Dr. Luthardt (DIE LINKE)	6512		
Jungclaus (B90/GRÜNE)	6512		
Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	6513		
12. Wahl eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes des Untersuchungsausschusses 5/1			
Antrag mit Wahlvorschlag		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	
der Fraktion der FDP			
Drucksache 5/7814.	6514		

Beginn der Sitzung: 9.02 Uhr**Präsident Fritsch:**

Meine Damen und Herren, es ist Punkt 9 Uhr. Ich begrüße Sie herzlich zu dieser ungewohnten Zeit im Plenum.

Ihnen liegt der Entwurf der Tagesordnung vor. Gibt es hierzu Bemerkungen? - Wenn dies nicht der Fall ist, bitte ich um Zustimmung zur Tagesordnung. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg und Aussprache

Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich mit der Regierungserklärung beginne, gestatten Sie mir eine persönliche Bemerkung:

Am kommenden Sonntag begehen auch wir in Brandenburg den Antikriegstag und erinnern damit an den Einmarsch Hitlerdeutschlands in Polen und den Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 74 Jahren. Das millionenfache Leid des Zweiten Weltkriegs ist für mich Anlass, heute Morgen den Blick nach Syrien zu wenden. Ich weiß um die Sorgen vieler Menschen in Brandenburg, und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich teile diese Sorgen. Die Weltgemeinschaft muss geschlossen nach Wegen suchen, diesen fürchterlichen Bürgerkrieg zu beenden. Sie muss nach Wegen suchen, den Flüchtlingen zu helfen. Und sie muss nach Wegen suchen, zu verhindern, dass in dieser Region ein neuer Flächenbrand entsteht, der unkontrollierbare Ausmaße annehmen kann.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem gestrigen Tag habe ich mein Amt als Ministerpräsident von Brandenburg angetreten. Ich weiß: Auf mich wie auf uns alle kommen in den kommenden Monaten und Jahren große Aufgaben zu. Aber ich weiß auch: Ich stehe im Dienste der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, eines Landes, das in seiner noch jungen Geschichte schon sehr, sehr viel erreicht hat. Wir feiern schon bald unseren 25. Geburtstag. Brandenburg ist damit im wahrsten Sinne des Wortes erwachsen geworden, und Brandenburg ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein modernes Land.

Brandenburg ist stark, Brandenburg ist lebenswert. Und: Brandenburg hat Zukunft und wird seinen Weg weiter gehen.

Dass ich das alles heute hier so klar sagen kann, ist das Verdienst aller Brandenburgerinnen und Brandenburger, die unser Land gemeinsam aufgebaut haben. Aber es ist auch gerade das Verdienst meiner beiden Amtsvorgänger. Manfred Stolpe und Matthias Platzeck waren außerordentliche Landesväter.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Und sie waren außerordentliche Ministerpräsidenten - der eine wie der andere, jeder auf seine ganz eigene Art. Ohne Manfred Stolpe und Matthias Platzeck würde unser Land heute bei Weitem nicht so gut und so stabil dastehen, wie es das tut.

Im Namen der gesamten Landesregierung danke ich heute unserem scheidenden Ministerpräsidenten Matthias Platzeck nochmals von ganzem Herzen für seine großartige Arbeit im Dienste unseres Landes.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Manfred Stolpe und Matthias Platzeck nachzufolgen bedeutet für mich eine sehr große Herausforderung. Diese Herausforderung nehme ich an - mit großem Respekt, mit großer Ernsthaftigkeit, mit einem guten Schuss Demut, aber auch mit Zuversicht und Optimismus. Ich verspreche Ihnen und verspreche allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes: Ich werde Ihnen mit ganzer Kraft dienen. Ich werde unserem Land mit ganzer Kraft dienen.

Die Medien haben mich bereits als „Dr. Sachlich“ klassifiziert; das ist in Ordnung. Nach vielen Jahren als Abgeordneter, in zwei Ministerämtern und einem Jahr als Vorsitzender der SPD-Fraktion hier im Brandenburger Landtag kann ich mit diesem Image gut leben. Aber, meine Damen und Herren, Sachlichkeit ist nicht alles. Sie alle kennen Max Webers berühmte Definition von Politik als dem „Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“. Seien Sie ganz sicher: Meine Leidenschaft für Brandenburg ist genauso groß wie das Augenmaß, das ich bei meiner politischen Arbeit angestrebt habe und natürlich auch in Zukunft anstreben werde. Augenmaß und Leidenschaft, beides gehört zusammen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir in Brandenburg haben Verhältnisse geschaffen, in denen es sich sehr gut leben lässt. Wir haben Vertrauen zueinander und im Verhältnis zwischen Bürgern und Staat erlangt. Und wir in Brandenburg haben eine gemeinsame Identität gefunden. Brandenburgs Bürgerinnen und Bürger sind stolz auf ihr Land. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist großes Kapital für uns.

Für die Herausforderungen, die vor uns liegen, sind wir gewappnet. Das müssen wir auch sein, denn diese Herausforderungen werden beträchtlich sein und uns über viele Jahre begleiten. Es geht um ganz zentrale Fragen: um den inneren Zusammenhalt unseres Landes, den demografischen Umbruch, die Energiewende und die Sicherung unseres Landes als Industriestandort. Es geht aber auch darum, wie wir Brandenburg als ein Land der guten, anständig bezahlten und sicheren Arbeit ausgestalten.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Es geht darum, eine vorsorgende Gesellschafts- und Sozialpolitik zu betreiben, die eben nicht erst dann eingreift, wenn Entwicklungen bereits aus dem Ruder gelaufen sind. Es geht auch um solide öffentliche Finanzen.

Es handelt sich hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht um einmalig auftauchende oder gar um schnell zu lösende Probleme, sondern um große strukturelle Aufgaben, die uns über Jahre hinaus beschäftigen werden. An der Lösung dieser zentralen Aufgaben

für unser Land Brandenburg werden wir alle gemeinsam gemessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht wenige habe die Brandenburger Große Koalition aus SPD und Linkspartei anfänglich mit Vorbehalten - ich kann hinzufügen: großen Vorbehalten - begleitet. Diese Vorbehalte sind gewichen. Die rot-rote Regierungskoalition arbeitet intensiv und erfolgreich für unser Land. „Gemeinsinn und Erneuerung“ - das Motto unseres Koalitionsvertrages - durchzieht wie ein roter Faden unsere Politik. Dabei wird es auch in den verbleibenden 13 Monaten dieser Legislaturperiode bleiben. Sozialdemokratie und Linkspartei beweisen gerade hier in Brandenburg, dass es nach zwei Jahrzehnten Demokratie möglich ist, vertrauensvoll zusammenzuarbeiten -

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

- zusammenzuarbeiten, ohne Vergangenes zu vergessen oder zu verdrängen, und gemeinsam nach vorn zu blicken und die Probleme unseres Landes entschlossen anzugehen.

Gemeinsam haben wir dafür gesorgt, dass gute Arbeit immer mehr zur Realität hier in unserem Land Brandenburg wird. Dafür steht unser Vergabegesetz. Die Landesregierung wird in Kürze einen Gesetzentwurf vorlegen, mit dem der bestehende Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen auf 8,50 Euro erhöht wird. Damit folgen wir dem Vorschlag der Mindestlohnkommission.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Gute Arbeit heißt für uns auch: Unternehmen mit zu hoher Leiharbeiterquote sind von der Förderung im Rahmen der Richtlinie zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur ausgenommen. Dafür steht auch der von der Landesregierung initiierte und vorangetriebene Dialog der Sozialpartner. Wir wollen - und haben - selbstbewusste Unternehmerinnen und Unternehmer. Und wir haben starke Gewerkschaften. Darum kann ich auch an dieser Stelle alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur ausdrücklich aufrufen: Treten Sie in die Gewerkschaften ein!

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Für alle Unternehmer gilt: Werden Sie Mitglied in den Arbeitgeberverbänden!

(Beifall SPD sowie vereinzelt von der Regierungsbank)

Am Leitbild guter Arbeit orientieren sich auch die von dieser Regierung verbesserten Integrationsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose und unser energischer Einsatz für einen bundesweit einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jeder weiß: Bildung ist der Rohstoff, aus dem Wohlstand und Lebenschancen gemacht werden. Deshalb haben wir auf dem Gebiet der Bildung systematisch in Qualität und Chancengleichheit investiert. Wir haben den Betreuungsschlüssel in den Kitas verbessert und damit die Voraussetzungen für 1 000 zusätzliche Erzieherstellen geschaffen. Wir haben das Brandenburger Schüler-BAföG einge-

führt, weil Bildung eben nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf und soziale Gerechtigkeit immer auch und vor allem Bildungsgerechtigkeit heißt.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Wir haben rund 2 000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt, fast doppelt so viele, wie wir es 2009 zugesagt hatten.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das bringt frischen Wind in die Klassenzimmer. Davon profitieren letztlich wir alle. In diesem Zusammenhang sage ich hier klipp und klar: Meine Regierung wird für eine weitere Verbesserung an unseren Schulen sorgen. Wir erhöhen die Vertretungsreserve bei den Lehrern ab dem Frühjahr 2014 um 50 %, ohne dass es Abstriche an den Konsolidierungszielen des Haushaltes geben wird.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Damit werden die Schulen Unterrichtsausfall schneller und besser begegnen können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das bedeutet immerhin 10 Millionen Euro mehr - zusätzlich! - ab dem Frühjahr 2014 für Bildung in unserem Land. Dieses Geld ist gut angelegtes Geld.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den Rahmen für eine lebendige Zivilgesellschaft geschaffen, beispielsweise durch unsere systematische Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, aber auch durch die Herabsetzung des Wahlalters bei Brandenburger Wahlen auf 16 Jahre. Gerade in dieser Entscheidung kommt zugleich die Wertschätzung zum Ausdruck, die diese Landesregierung den jungen Menschen im Land entgegenbringt. Sie sind das Kostbarste, was wir in Brandenburg haben.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Ohne sie hätte Brandenburg keine Zukunft. Wir werden durch gute Bildung jeden jungen Menschen so unterstützen, dass seine Fähigkeiten und Begabungen voll entfaltet werden können. Die Wahrheit ist: Jeder einzelne junge Mensch in unserem Land, der sich ein bisschen anstrengt, kann sich heute ziemlich sicher sein, gebraucht zu werden - jede einzelne junge Frau und jeder einzelne junge Mann.

Das ist auch deshalb so, weil sich die Wirtschaftslage in unserem Land in den vergangenen Jahren deutlich verbessert hat. Dies wiederum verdanken wir zuerst den vielen tüchtigen Unternehmerinnen und Unternehmern. Wir verdanken es unserem Mittelstand, den Handwerkern, den Handel- und Gewerbetreibenden hier im Land. Sie haben Arbeitsplätze geschaffen. Sie halten unsere Wirtschaft unter Dampf.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Aber die Lage wird komplizierter. Im Schuljahr 1995/1996 gab es in Brandenburg noch fast 34 000 Schulabgänger. Inzwischen hat sich diese Zahl nahezu halbiert. Daraus ergibt sich im Umkehrschluss eine sehr gute Nachricht, nämlich die, dass wir in Brandenburg im Prinzip jeder jungen Frau und jedem

jungen Mann einen guten Arbeitsplatz bieten können. Das bedeutet, dass wir Lebens-, Berufs- und Aufstiegschancen allen jungen Menschen bieten können. Was für ein Kontrast zu den hinter uns liegenden Jahren, vor allen Dingen zu den 90er-Jahren der Massenarbeitslosigkeit und der Perspektivlosigkeit.

Wenn wir gemeinsam auf dieser Erfolgsspur bleiben wollen, müssen wir wirklich jeden jungen Mann und jede junge Frau mitnehmen. Darum appelliere ich eindringlich an alle Unternehmen hier im Land: Schaffen Sie Ausbildungsplätze, wo immer Sie nur können!

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Sie werden auch morgen, übermorgen und in zehn Jahren Arbeitskräfte benötigen. Die werden Sie aber nur dann bekommen, wenn Sie, liebe Unternehmerinnen und Unternehmer, jetzt und heute vorsorgen.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle unsere Maßnahmen auf den Feldern der Sozialpolitik, der Arbeitsmarktpolitik und der Bildungspolitik zielen auf das ab, was wir unter Gemeinsinn verstehen - als Sinn für das gemeinsame Wohl aller Brandenburgerinnen und Brandenburger. Wir wollen ein starkes Brandenburg, an dem alle Menschen und alle Regionen dieses Landes teilhaben, ein starkes Brandenburg, das allen gemeinsam zugutekommt.

Neben Gemeinsinn ist dafür Erneuerung die zweite wichtige Grundlage. Auch hier haben wir bereits gemeinsam Tatsachen geschaffen. Wir haben einen finanziellen Konsolidierungskurs eingeschlagen und, obwohl es uns kaum jemand zugetraut hätte, diesen Kurs auch beibehalten. Diese Regierung steht für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Wir haben die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen erleichtert - nach heftigen Debatten in diesem Haus; daran kann ich mich noch gut erinnern. Und wir werden den kommunalen Finanzausgleich in der Weise neu regeln, dass die Solidarität zwischen ärmeren und reicheren Kommunen auch in Zukunft gewährleistet wird. Diese Regierung steht für eine solidarische Gesellschaft.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Wir haben die Energiestrategie 2030 verabschiedet und Maßnahmen zur Sicherung unseres Bedarfs an Fachkräften eingeleitet. Diese Regierung steht für eine vorausschauende Industrie- und Innovationspolitik.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Klar ist: Meine Aufgabe wird es sein, dafür zu sorgen, dass wir unseren Koalitionsvertrag, unseren Koalitionsauftrag bis zum Herbst 2014 weiter konsequent erfüllen und uns natürlich auch den aktuellen Herausforderungen stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Dombrowski [CDU])

Zu diesen aktuellen Herausforderungen zählt zuallererst das größte Infrastrukturprojekt für unsere Region und für ganz Ostdeutschland, der Flughafen BER. Es ist unbestreitbar: Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, unser Wohlstand und die Lebenschancen der Menschen hier in Brandenburg und darüber hinaus werden in den kommenden Jahrzehnten nicht zuletzt davon abhängen, dass in unserer Region ein moderner und leistungsstarker Flughafen existiert. Matthias Platzeck hat sein Amt als Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafengesellschaft mit Umsicht und Zielstrebigkeit ausgeführt. Ich habe mich entschlossen, ihm in dieser Funktion nicht nachzufolgen. Allein die Einarbeitung würde viel Zeit kosten, Zeit, die dieses wichtige Projekt nicht mehr hat. Deshalb haben wir mit Staatssekretär Bretschneider einen versierten Kenner der Materie in den Aufsichtsrat entsandt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch die von mir geführte Landesregierung wird sich für mehr Nachruhe am BER einsetzen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Entgegen anderslautenden, aber irreführenden Aussagen können wir dies allerdings nicht allein bewerkstelligen. Vielmehr verhandeln wir darüber mit den beiden anderen Gesellschaftern, die bekanntlich bei diesem Thema eine deutlich andere Position vertreten als wir hier in Brandenburg. Wir verhandeln selbstverständlich auf der Grundlage unseres Landtagsbeschlusses und werden alles daransetzen, eine für alle Beteiligten tragfähige Lösung zu erreichen. Unser Ziel ist ganz klar mehr Nachruhe.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

In der Frage des Schallschutzes bin ich froh, dass sich die Flughafengesellschaft mit den Bürgermeistern mittlerweile geeinigt hat und auf die Bürgerinnen und Bürger zugeht. Jetzt, liebe Flughafengesellschaft, müssen den Worten aber auch die entsprechenden Taten folgen. Das erwarten wir von euch.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Frau Wehlan [DIE LINKE]: Genau!)

Weitere dringende Herausforderungen für dieses Land - und keine ganz neuen - sind die Hochwasseropferhilfe und die Vermeidung zukünftiger Hochwasserschäden. Von Herzen bedanke ich mich im Namen der gesamten Landesregierung von dieser Stelle aus nochmals bei all jenen, die als couragierte Helfer dazu beigetragen haben, Schlimmeres für unser Land Brandenburg und seine Bewohnerinnen und Bewohner zu verhindern.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Besonders danken möchte ich den ehrenamtlich im Katastrophenschutz Tätigen im THW, in den Feuerwehren, aber auch in vielen anderen Organisationen, die Herz und Rückgrat des Brandenburger Katastrophenschutzes waren und sind und dies im Jahr 2013 erneut bewiesen haben. Das Ehrenamt, nicht nur im Katastrophenschutz, wird für unsere Landesregierung

weiterhin eine herausgehobene Rolle spielen. Brandenburg lebt davon, Brandenburg lebt vom Ehrenamt.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das Generationenprojekt Hochwasserschutz müssen und werden wir weiter vorantreiben. Wir werden weitere Polderflächen schaffen und unseren Flüssen damit mehr Raum geben. Wir werden aber auch die erforderlichen Deiche bauen, erneuern sowie ergänzen. Brandenburg ist beim Hochwasserschutz schon jetzt spitze. Aber - auch das hat das Jahr 2013 gezeigt - wir dürfen mit unseren Anstrengungen in diesem Bereich keinen Augenblick nachlassen.

Ebenso wenig nachlassen dürfen wir in der entschiedenen Durchsetzung von Recht und Ordnung gegen alle Formen von Kriminalität und Gewalt.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Besonders Grenzkriminalität und Einbruchdiebstahl bekämpfen wir mit Nachdruck. Brandenburg ist ein sicheres Land für seine Bürgerinnen und Bürger. Dabei muss es bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen, und dabei wird es bleiben.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir werden in den Jahren 2013 und 2014 jeweils 240 junge Anwärterinnen und Anwärter an die Polizeischule Oranienburg bringen. Das ist ein wichtiger Schritt für die Nachwuchssicherung der Brandenburger Polizei; es wird nicht der letzte Schritt sein können. Und wir werden 2014/2015 die Ergebnisse der auf den Weg gebrachten Polizeireform kritisch evaluieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Stark sein, stark bleiben und da, wo es geht, noch stärker werden - das hat für Brandenburg zwei Komponenten: Stärke nach innen und Stärke nach außen. Wir müssen im Bund und in Europa aktiv und konsequent für unsere gemeinsame Brandenburger Sache eintreten. Wir müssen in Zukunft mehr denn je ein Land sein und unsere Kräfte auch hier im Land noch besser bündeln als bisher.

Dazu gehört auch, dass wir uns als Bürger aktiv an den Angelegenheiten unseres Gemeinwesens beteiligen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle an alle Brandenburgerinnen und Brandenburger appellieren: Gehen Sie bitte wählen! Machen Sie von Ihrem Recht auf demokratische Mitbestimmung Gebrauch! Geben Sie Ihre Stimme ab - bei der Bundestagswahl am 22. September, bei der Kommunalwahl, bei der Europawahl und auch bei der Landtagswahl im kommenden Jahr - und entscheiden Sie in der Wahlkabine nach bestem Wissen und Gewissen, aber entscheiden Sie sich auf jeden Fall für Kandidaten der demokratischen Parteien!

(Beifall SPD und DIE LINKE sowie B90/GRÜNE)

Hier im Brandenburger Landtag sitzen seit 2009 keine Rechtsextremisten mehr, weil die Wählerinnen und Wähler sie nicht mehr wollten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das tut diesem Hohen Haus gut, und das tut dem ganzen Land Brandenburg gut.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ein Land, ein Brandenburg - das heißt: gleichberechtigtes Miteinander der Regionen. Es ist ja bekannt: Ich stamme aus Forst in der Lausitz, noch genauer gesagt, aus Naundorf bei Forst in der Lausitz. Da unten bin ich zu Hause. Dort ist meine Familie seit vielen Generationen ansässig.

(Zuruf von der CDU: Bei Lauchhammer!)

- Es ist nicht so weit weg von Lauchhammer.

Das Lebensgefühl und die Lebensumstände der Regionen unseres Landes, die fernab von Berlin liegen, kenne ich aus meinem heimischen Alltag sehr, sehr genau. Aber die Perspektive der Landesteile rund um Berlin ist mir natürlich ebenfalls sehr gut vertraut.

Ich weiß, wie verschieden die Probleme ebenso wie die Wahrnehmung von Problemen ausfallen können. Mir ist auch bewusst, wie gering zuweilen das Verständnis für die Sorgen und Interessen der jeweils anderen ausgeprägt sein kann. Zwischen zwei völlig unterschiedlichen Sichten liegen manchmal weniger als 30 Minuten Autofahrt. Beispielsweise beim Thema Energiepolitik und Energiewende lässt sich das besonders gut beobachten.

Als Ministerpräsident stehe ich ohne Wenn und Aber für das Prinzip des einen, des solidarischen und des zusammengehörigen Landes Brandenburg.

(Beifall SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE sowie vereinzelt von der Regierungsbank)

Mir ist zutiefst bewusst: Jede Region in Brandenburg verdient in gleichem Maße unsere Aufmerksamkeit, jede Region hat mit ihren ganz eigenen Herausforderungen zu kämpfen, jede Region besitzt ihre spezifischen Stärken, die wir gemeinsam weiter zu stärken versuchen müssen. Das gilt für unsere Gebiete mit industriellem und gewerblichem Schwerpunkt, aber ebenso sehr auch für unsere landwirtschaftlich und ländlich geprägten Gebiete. Gerade unsere leistungsfähige Landwirtschaft bleibt für Brandenburg von herausragender Bedeutung.

Vielfalt ist gut, Vielfalt ist richtig. Das moderne Brandenburg soll und muss ein Land der Vielfalt sein. Vielfalt bedeutet Stärke, Vielfalt bedeutet Leben. Bei uns soll jede und jeder nach eigener Fassung glücklich werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei bleibt es.

Aber eines darf Brandenburg niemals werden: ein Land, in dem sich Regionen und Bevölkerungsgruppen auseinanderleben. Ich sage mit vollem Ernst, die Gründung und der Aufbau unseres Landes Brandenburg wären vergeblich gewesen, würden wir jetzt oder in Zukunft solche zentrifugalen Kräfte zulassen.

Die Landesregierung hat bereits vor langer Zeit erkannt, dass wir wirtschaftliche Leuchttürme auch in der Fläche brauchen. Wir haben unsere Politik besonders auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung erfolgreich darauf abgestellt.

Auch der Weg, in Wissenschaft und Forschung zu investieren, war und ist richtig. Wir haben heute eine erfolgreiche Hochschullandschaft. Das Land und die an den Hochschulen Studierenden und Tätigen dürfen zu Recht darauf stolz sein.

Unsere erfolgreiche Wirtschaftspolitik werden wir gemeinsam fortsetzen. Wir werden Innovationen fördern, und wir werden unsere industrielle Basis weiter stärken.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Dabei kooperieren wir eng mit Berlin - gerade auf wirtschaftlichem Gebiet - und bilden eine starke europäische Hauptstadtregion.

Ich bin ein bisschen irritiert wegen der roten Lampe vor mir, Herr Präsident. Ich dachte, beim Ministerpräsidenten gibt es so etwas nicht.

(Allgemeine Heiterkeit)

Aber gut, wieder etwas gelernt.

Präsident Fritsch:

Vor dem Rednerpult sind alle Menschen gleich.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Es ist hier vorn wie in der Disco.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir arbeiten hart daran, dass unsere Regionalen Wachstumskerne wirtschaftlich noch stärker auf ihr Umland abfärben. Wir brauchen die mittelgroßen Städte als Oberzentren der Gesundheitsversorgung, der Verwaltung und auch der Bildung. Nicht jede Kommune kann und muss alles leisten, aber wir brauchen eine flächendeckende Versorgung in all diesen Bereichen. Dafür wird sich die von mir geführte Landesregierung mit Nachdruck einsetzen.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie vereinzelt von der Regierungsbank)

Unsere Bevölkerungszahl schrumpft, und ebenso schrumpfen die Mittel, die uns allen gemeinsam zur Verfügung stehen. Umso wichtiger ist es, dass wir diesen Wandel strategisch klug gestalten. Darum ergreifen wir weitere innovative Maßnahmen auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge. Beispielhaft nenne ich hier „Schwester AGnEs“, den KombiBus oder auch das Rollende Bürgerbüro. Das sind Projekte, die zum Teil bereits bundesweit für Aufsehen sorgten und Nachahmer gefunden haben.

(Zuruf von der CDU)

Überall in Brandenburg finden sich heute kulturelle und landschaftliche Highlights, die wieder aufgebaut oder erhalten worden sind. Vor allem aber finden sich quer durch unser Land Städte, die in den letzten zwei Jahrzehnten ganz maßgeblich an Substanz gewonnen haben, als kultureller und ästhetischer Lebensraum und als Motoren wirtschaftlicher Entwicklung. Wir sind ein Land des Sports und der Kultur. Beides macht unser Land attraktiv, schafft Zusammenhalt und Identität.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

Ich bin mir ganz sicher, in der Summe vieler intelligenter Ideen und durchdachter Strukturrentscheidungen kommen wir am Ende weiter.

Ein Beispiel für innovativen Interessenausgleich ist übrigens die Einigung, die Finanzminister Markov und ich jüngst mit den Gewerkschaften getroffen haben. Sie betrifft die Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamtenschaft und zahlreiche Maßnahmen, um besonders belastete Berufsgruppen wie Polizisten oder Lehrer zu entlasten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Paket ist im Ländervergleich vorbildlich und zukunftsweisend.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Vielen Dank an dieser Stelle an die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für die guten und konstruktiven Gespräche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt spüre ich mittlerweile, wie in unserem Land das Verständnis dafür wächst, dass wir alle unsere Ansprüche an die demografische und finanzielle Situation des Landes anpassen müssen. Dabei geht es nicht um das Geld der Landesregierung oder um das Geld der Landesverwaltung. Es geht hier um das Geld des gesamten Landes, es geht um das Geld der Bürger unseres Landes. Mit diesem Geld müssen wir verantwortungsbewusst umgehen. Angesichts sinkender Einnahmen besteht dazu schlicht keine vernünftige Alternative. Deshalb bin ich stolz darauf, dass diese Landesregierung bereits in den letzten beiden Jahren keine neuen Schulden aufgenommen hat.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Zuruf von der CDU)

Den Weg der Konsolidierung werden wir auch weiterhin mit aller Entschiedenheit fortsetzen. Auf dem Weg unserer finanziellen Konsolidierung stehen wir auch bundesweit vor wichtigen Weichenstellungen. Das föderale Finanzsystem steht auf dem Prüfstand. Eine Reform des Länderfinanzausgleichs - wie Sie alle wissen - wird derzeit heftig diskutiert.

Von all diesen Fragen wird Brandenburg maßgeblich betroffen sein. Darum werden wir uns aktiv und konstruktiv an der Entscheidungsfindung beteiligen.

Das Gleiche, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt für die Energiewende. In ihrer von der gegenwärtigen Bundesregierung betriebenen Form ist sie schlichtweg gescheitert.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie vereinzelt von der Regierungsbank)

Hier muss es nach der Bundestagswahl einen grundlegend neuen Anlauf geben. Dabei ist hier natürlich zuallererst der Bund am Zug, aber das Energieland Brandenburg wird sich mit seinen Interessen und seiner Expertise selbstverständlich konstruktiv in diese Diskussion einbringen. Wir müssen und wollen den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter vorantreiben. Aber noch sind wir auf konventionelle Energieträger als Brückentechnologie angewiesen. Das ändert nichts daran, dass wir an den in der Energiestrategie 2030 bekräftigten hohen klimapolitischen Zielstellungen festhalten.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie vereinzelt von der Regierungsbank)

In der Koalitionsvereinbarung unserer beiden Regierungsparteien heißt es dazu:

„Braunkohle-Nutzung in Deutschland ist so lange erforderlich, bis der Industriestandort Deutschland seinen Energiebedarf sicher und zu international wettbewerbsfähigen Preisen aus Erneuerbaren Energien decken kann.“

Genauso, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es. Diese Position ist politisch klug und auch ökonomisch vernünftig.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich hänge also nicht etwa verklärt an der Braunkohle, weil ich aus der Lausitz stamme, sondern ich halte die Braunkohle bis auf Weiteres für einen unverzichtbaren Energieträger, wenn wir in Deutschland nach dem Ausstieg aus der Atomenergie auch weiterhin eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung sicherstellen wollen. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir.

(Beifall SPD sowie des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Auch im Bundesrat werden wir uns weiterhin aktiv für unsere Belange einsetzen. Die Möglichkeiten der Landesregierung, auch im Bund erfolgreich Politik für unser Land Brandenburg zu machen, haben sich angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat deutlich verbessert. Diese Mehrheitsverhältnisse werden auch nach dem 22. September weiter bestehen.

Unbedingt am Ball bleiben müssen wir auch beim Verhältnis zu unseren Nachbarn: zu Berlin, zu Europa, zur Welt jenseits unserer Landesgrenzen schlechthin. Vor allem in der Zusammenarbeit mit Polen haben meine beiden Amtsvorgänger Vorbildliches geleistet.

Ich bin einige 100 Meter westlich der polnischen Grenze aufgewachsen. Ein enges und freundschaftliches Verhältnis zu unseren Nachbarinnen und Nachbarn liegt mir schon deshalb ganz besonders am Herzen. Insofern werde ich auch an dieser Stelle genauso intensiv, wie es Manfred Stolpe und Matthias Platzeck getan haben, weitermachen. Ich freue mich ganz besonders, dass ich Mitte Oktober anlässlich des Festaktes „10 Jahre Partnerschaft Brandenburg-Großpolen“ unser Nachbarland besuchen darf.

Aber auch insgesamt, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss Brandenburg noch internationaler werden. Wir müssen uns klarmachen: Brandenburg liegt mittendrin. Brandenburg liegt mittendrin im neuen, nach Osten erweiterten Europa. Gerade unsere geografische Lage an der Schnittstelle zum ökonomisch aufstrebenden neuen Osten eröffnet uns Chancen und Möglichkeiten, die wir nicht nur wahrnehmen sollten, sondern aus meiner Sicht auch unbedingt wahrnehmen müssen.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie der Abgeordneten Nonnemacher [B90/GRÜNE])

Die geringe Exportquote unserer Wirtschaft war zwar in der Krise hilfreich, weil wir nicht so stark eingebrochen sind wie andere Bundesländer, jetzt aber bremsen sie den Aufschwung bei uns im Land. Auch an diesen Stellen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir systematisch weiterarbeiten. Brandenburg hat in der Vergangenheit maßgeblich von Europa profi-

tiert, Brandenburg kann in Zukunft von Europa profitieren und Brandenburg wird auch in Zukunft von Europa profitieren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Die von mir geführte Landesregierung wird die aktive Politik gegenüber Brüssel fortsetzen. Das betrifft nicht zuletzt die Frage der Mittelverteilung für die neue EU-Förderperiode. Um den Jahreswechsel 2013/2014 werden wir eine Internationalisierungsstrategie vorlegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über zwei Jahrzehnte haben vor allem junge, gut ausgebildete, tatendurstige und optimistische Menschen Brandenburg verlassen. Neuerdings kehren viele von ihnen nach Brandenburg zurück. Sie sehen wieder eine Zukunft - eine Zukunft hier bei uns im Land Brandenburg. Sie sehen, dass hier bei uns ein dynamisches Land mit guten Lebensbedingungen entstanden ist. Zudem sehnen sie sich teilweise - auch das ist die Wahrheit - nach Identität und Heimat.

Na klar, wir brauchen diese Rückkehrer als Fachkräfte. Wir brauchen auch möglichst viele von all den anderen Menschen, die bei uns in Brandenburg eine neue Heimat finden. Aber das ist noch nicht einmal das Entscheidende. Entscheidend ist: All diese Rückkehrer und auch die Neu-Brandenburgerinnen und -Brandenburger zeigen uns, dass wir gemeinsam auf dem richtigen Weg sind, sonst würden sie wohl kaum zu uns kommen. Sorgen wir also gemeinsam dafür, dass sie sich hier wohlfühlen und dann auch hierbleiben!

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie der Abgeordneten Nonnemacher [B90/GRÜNE])

Unser Weg für Brandenburg ist Stärke durch Gemeinsinn, durch Erneuerung, durch Zusammenhalt, durch Solidarität, soziale Gerechtigkeit und durch Toleranz. Die Selbstverständlichkeit, mit der die Brandenburgerinnen und Brandenburger füreinander da sind, sucht ihresgleichen. Erst in diesem Sommer wieder hat das Hochwasser gezeigt, wie überwältigend der gelebte Gemeinsinn in unserem Land Brandenburg ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Gemeinsinn macht viel Mut für die Meisterung der Schwierigkeiten in der Zukunft.

Dem Brandenburger Landtag gehöre ich seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten an. Wir haben in diesem Parlament schwierige Debatten geführt, wir haben heftig gestritten und wir haben um die beste Lösung für unser Land miteinander gerungen - natürlich im übertragenen Sinne in Wortgefechten. Heute wünsche ich mir, dass wir gemeinsam alles daransetzen, unser Land voranzubringen, und zwar mit Leidenschaft und Augenmaß sowie mit guter und kollegialer Zusammenarbeit im Brandenburger Landtag. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu reiche ich Ihnen meine Hand. - Ich danke Ihnen allen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE, von der Regierungsbank sowie des Abgeordneten Dr. Hoffmann [fraktionslos])

Präsident Fritsch:

Danke, Herr Ministerpräsident. - Das Wort erhält nun Herr Dombrowski für die CDU-Fraktion.

Dombrowski (CDU):*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir - bevor ich zur Regierungserklärung komme -, etwas zum persönlichen Wort unseres Ministerpräsidenten bezüglich des Syrien-Konflikts zu sagen. Meine Damen und Herren, wir sind zwar für Außenpolitik nicht zuständig, dennoch darf jeder eine Meinung haben. Ich denke, es eint uns alle, dass wir uns auch für diese Region eine friedliche Lösung wünschen.

(Beifall CDU, FDP, SPD und DIE LINKE)

Es sollte uns auch einen, nicht nur das Mitgefühl zu empfinden, das beim Sehen der Nachrichten aufkommt, sondern ein tätiges Mitgefühl für Menschen zu empfinden, die unschuldig in Not geraten sind, und zwar für die fast 4 Millionen Syrer, die auf der Flucht sind - 5 000 von ihnen werden nach Deutschland kommen -, und die damit verbundenen zahlreichen Schicksale.

Meine Damen und Herren, vorgestern habe ich in der Charité mit einem 13-jährigen Flüchtlingskind aus Syrien gesprochen, das um sein Leben ringt und mit ihm die Ärzte. Wenn man in die hoffnungsvollen Augen schaut und bangt, dass man das Kind möglicherweise verlieren wird, dann ist das, was wir hier bewegen, in einem völlig anderen Licht zu sehen. Es hat dann eine völlig andere Bedeutung. Insofern fordere ich Sie alle auf: Seien Sie mit tätigem Mitgefühl dabei, diesen Menschen zu helfen.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Manche Dinge sind grundsätzlich und entziehen sich auch unserer politischen Entscheidungskompetenz. Das betrifft insbesondere die Gesundheit und die individuelle Belastbarkeit eines jeden Menschen - auch eines Ministerpräsidenten. Deshalb kann die CDU-Fraktion die Gründe für den Rücktritt von Matthias Platzeck von seinem Amt als Ministerpräsident und von anderen Ämtern sehr gut nachvollziehen. Wir haben seine Entscheidung mit Respekt zur Kenntnis genommen.

Bei aller Kritik, dem teilweise intensiv geführten Wettbewerb um politische Entscheidungen und dem Aufzeigen von begangenen Fehlern - diese kommen nun einmal im Leben vor - verdienen Sie, Herr Platzeck, Anerkennung für Ihre langjährige Tätigkeit als Minister und Ministerpräsident unseres Landes Brandenburg.

(Allgemeiner Beifall)

Um es preußisch kurz und knapp zu sagen: Abgeordnete und Regierungsmitglieder werden in ihre Ämter gewählt und im Übrigen auch dafür bezahlt. Es ist unsere Pflicht, die Arbeit genauso fleißig und gewissenhaft zu erledigen, wie es jeder Bauarbeiter, jede Krankenschwester, wie es jeder Bürger in seinem Beruf tut. Keiner von uns leistet Übermenschliches, denn wir Politiker sind auch nur Menschen mit Stärken und Schwächen - dazu sollten wir auch stehen.

Übrigens, Herr Kollege Platzeck - so kann ich Sie ja nun ansprechen -, habe ich gelesen, dass Sie sich für Ihre Abgeordnertätigkeit auf 40 bis 50 Stunden eingerichtet haben. Sie werden sehr schnell neue Erfahrungen machen. Ich kenne keinen

Abgeordneten, der mit 40 bis 50 Stunden Arbeit in der Woche auskommt.

(Allgemeiner Beifall)

Dem neuen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke gratuliere ich an dieser Stelle im Namen meiner Fraktion zu seiner Wahl. Auch wenn er nicht mit unseren Stimmen gewählt wurde,

(Allgemeine Heiterkeit - Frau Lehmann [SPD]: Weiß man nicht!)

so ist er doch auch unser Ministerpräsident. - Na, wenn Sie es besser wissen, dann sagen Sie es mal!

Er ist auch unser Ministerpräsident, er führt unsere Landesregierung und vertritt Brandenburg nach außen. Herr Ministerpräsident, ich hoffe, dass Sie nicht das Gerede Ihres Vorgängers wiederholen, der immer von „Ihrer“ Bundesregierung sprach, nämlich der in Berlin von der CDU/CSU geführten. Wie wir als CDU sagen, dass Sie unser Ministerpräsident sind, so ist Angela Merkel unsere Bundeskanzlerin,

(Zuruf von der CDU: Eine gute!)

auch für die Menschen hier im Land.

(Beifall CDU)

In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist es den beiden bisherigen Ministerpräsidenten gelungen, das Gefühl zu vermitteln, Ministerpräsident aller Brandenburger zu sein. Es ist aber nicht nur wichtig, dass sich die Bürger vertreten fühlen, sondern dass ihre Interessen tatsächlich und mit Erfolg vertreten werden. In den letzten vier Jahren hat dieses Prinzip nicht mehr so recht funktioniert. Das zeigen - auch heute - die Demonstrationen, der Protest und die Widerstände, beispielsweise beim Flughafen BER, in der Bildung oder gegen die Polizeireform. Ich erinnere auch an die Anzeigenkampagne der gesamten - ich wiederhole: der gesamten - Brandenburger Wirtschaft gegen die wirtschaftsfeindliche Politik der Regierung Platzeck.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, etwas mehr als ein Jahr dauert es bis zur nächsten Landtagswahl, aber es gibt wirklich noch viel zu tun. Nach elf Jahren Ministerpräsident Matthias Platzeck und vier Jahren rot-roter Koalition ist eine grundlegende Inventur der Landespolitik dringend notwendig. Herr Platzeck hat viele Baustellen und Ankündigungen offengelassen; hier nur einige Beispiele:

2009 verkündete er, dass es bei der Versorgung mit schnellem Internet im Land bis zum Ende desselben Jahres nahezu keine weißen Flecken mehr geben sollte. Wirklich nah ist man diesem Ziel auch vier Jahre später nicht gekommen. Beim Dauerthema Flughafen BER sind nicht nur der Eröffnungstermin, sondern auch die Kosten und wirtschaftlichen Perspektiven völlig offen. Ich erinnere an das Volksbegehren, das von der rot-roten Koalition mit großem Tamtam angenommen wurde. Ministerpräsident Platzeck wurde konkret beauftragt, mit Berlin über ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr zu verhandeln. Nach einem halben Jahr gibt es - wie von uns und vielen ande-

ren erwartet - überhaupt keinen Fortschritt; aber das war vielleicht auch nie anders geplant.

Auch die Verockerung, die braune Spree hatte der bisherige Ministerpräsident zur Chefsache erklärt und Lösungen versprochen. Einiges wurde in Gang gesetzt, aber diese Aufgabe ist ein langfristiges Projekt,

(Eben! bei der SPD)

das dauerhaft bearbeitet werden muss. Ich bin aber guter Hoffnung, dass Dietmar Woidke als Lausitzer am Ball bleibt.

Jedoch müssen nicht nur offene Versprechen von Herrn Platzeck bearbeitet werden. In fast jedem Politikfeld gibt es Herausforderungen, Probleme oder Entscheidungsbedarf. Diese Regierungskoalition hat Brandenburg kaum gestaltet und schlecht verwaltet. Die Regierungsarbeit war eher Krisenmanagement und die Koalition im Land gleicht einem Ehepaar im Trennungsjahr.

(Gelächter bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE - Beifall CDU)

Bei vielen wichtigen Fragen fanden und finden SPD und Linke keine gemeinsame Linie. Wesentliche Entscheidungen werden verschoben oder gar nicht thematisiert, zum Beispiel die Zukunft der Braunkohle, die konkrete Umsetzung der Inklusion oder die Haushaltskonsolidierung. Aus dieser Situation heraus ist vieles auf der Strecke geblieben.

Im Bereich der Bildung irrt Frau Münch zwischen ihrer Wunschvorstellung einer umfassenden Inklusion und der harten Realität schlechter Platzierungen der Brandenburger Schüler im bundesweiten Leistungsvergleich umher. Laut Koalitionsvertrag und vieler Erklärungen sollte Bildung Priorität genießen - aber in der Praxis überlässt es die Ministerin dem Zufallsprinzip, ob in der Grundschule vernünftig Lesen und Schreiben gelehrt oder Rechtschreibung als Selbstfindungsexperiment angesehen wird.

(Beifall CDU und FDP)

Man kann sicherlich über die richtigen Maßnahmen in der Bildung diskutieren, aber eines ist völlig klar: Unsere Kinder müssen in der Schule lernen, wie korrekt geschrieben, gelesen und gerechnet wird. Die Brandenburger wollen keine Experimente wie zum Beispiel die Methode „Lesen durch Schreiben“. Sie wollen guten und verlässlichen Unterricht für ihre Kinder.

(Beifall CDU und des Abgeordneten Büttner [FDP])

Ein wesentliches Problem ist auch der Unterrichtsausfall. Fast 450 000 Stunden werden jährlich nicht bzw. nicht so erteilt wie geplant, weil durchschnittlich 6 % der Lehrer krank sind, aber nur 3 % als Puffer bereitstehen. Dass die Landesregierung nun einen CDU-Vorschlag aufgreift und die Vertretungsreserve erhöht, ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber immer noch zu wenig. Auch heute wurden von Ihnen, Herr Ministerpräsident, neu eingestellte Lehrer als zusätzliche Lehrer bezeichnet und altersbedingte Abgänge von Lehrkräften nicht berücksichtigt. Dabei gibt es heute im brandenburgischen Bildungssystem 800 Lehrkräfte weniger als zu Beginn dieser Le-

gisaturperiode, und dies - ich betone es -, obwohl die Schülerzahl leicht gestiegen ist. Das ist eine Tatsache; auch hierbei sollten Sie endlich Mut zur Wahrheit haben.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Die große Unzufriedenheit der Lehrer, Eltern und Schüler spiegelt sich in massiven Protesten wider. Im Jahr 2011 demonstrierten Tausende vor dem Landtag und in einem Bildungscamp gegen die Einschnitte bei den freien Schulen. Im November des letzten Jahres haben 11 000 Lehrer ihren Unmut in noch nie dagewesenen Personalversammlungen zum Ausdruck gebracht.

Neben den Schulproblemen ist es auch so, dass an den Hochschulen viel Vertrauen zerstört wurde. Auch hier hat Frau Münch - damals noch als Wissenschaftsministerin - Versprechen und Verträge gebrochen. 10 Millionen Euro, die für wichtige Projekte und Profilierungen der Hochschulen gedacht waren, wurden einkassiert. Darüber hinaus müssen die Hochschulen seit 2011 jedes Jahr 12 Millionen Euro einsparen. Herr Ministerpräsident, ich hätte mir gewünscht, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung mehr - oder überhaupt etwas - zur Hochschullandschaft in Brandenburg gesagt hätten, außer der Bemerkung, dass hier alles zum Besten bestellt sei.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Frau Ministerin Kunst setzt diesen Kurs beharrlich fort und hat über die Köpfe der Betroffenen hinweg die Zwangsfusion der Lausitzer Hochschulen verordnet. Das vollmundige Versprechen des Koalitionsvertrages, die Hochschulen zu stärken, steht also im krassen Widerspruch zur bisherigen Politik der Landesregierung.

(Beifall CDU)

Wie steht es eigentlich um Recht und Ordnung im Land?

(Oh! bei der SPD)

Zwar wurde die ursprüngliche Polizeiabbaureform immer mehr zurückgenommen; das ändert aber nichts daran, dass es noch immer kein nachhaltiges Konzept gibt, um die Grenzkriminalität, die Wohnungseinbrüche und Autodiebstähle in den Griff zu bekommen. Und um vermeintlichen Argumenten meiner Nachredner zuvorkommen: Ja, auch der ehemalige Innenminister Jörg Schönbohm hat die Entwicklung an der polnischen Grenze unterschätzt und falsch eingeschätzt. Dies ist aber kein Grund, weiterzumachen wie bisher. Handeln ist so gefragt, wie sich die Dinge entwickeln.

(Beifall CDU)

Es hört sich gut an, wenn der neue Ministerpräsident erklärt, dass die innere Sicherheit für ihn ein zentrales Anliegen bleibt. Er hat nun alle Möglichkeiten, die Polizei zu stärken und damit die Kriminalitätsbekämpfung zu verbessern. Ich möchte auf das Konzept der CDU-Fraktion verweisen. Darin haben wir schon vor fast drei Jahren konkrete Maßnahmen und Vorschläge unterbreitet - kommen Sie also bitte nicht damit, dass die CDU immer nur kritisiere und keine Vorschläge habe. Sie haben unseren Vorschlag abgelehnt.

(Beifall CDU)

Aber nicht nur bei der Polizei, sondern auch im Justizbereich besteht großer Handlungsbedarf. Gerichtsverfahren dauern in Brandenburg nach wie vor viel länger als in jedem anderen Bundesland. Auch hier kann und darf nicht am Personal gespart werden, denn es handelt sich um eine Kernaufgabe des Staates.

(Jürgens [DIE LINKE]: Neueinstellungen!)

Die Kernaufgaben des Staates - das ist das, worauf wir uns zuallererst konzentrieren sollten, nicht aber auf Spielplätze politischer Art. Ich möchte es an dieser Stelle so deutlich sagen: Wer sich Schüler-BAföG, Mobilitätsticket und staatliche Beschäftigungsprogramme leistet, der muss auch die Kritik akzeptieren, dass an zentralen Stellen das Geld für notwendiges Personal fehlt.

(Beifall CDU)

Darüber hinaus ist es beunruhigend, wie derzeit in Brandenburg der Strafvollzug gehandhabt wird.

(Beifall CDU)

Dass Horst Mahler, ein mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilter Häftling, in der Justizvollzugsanstalt einen Computer erhält, um damit antisemitische Schriften verfassen zu können, ist ein Skandal!

(Lebhafter Beifall CDU)

Dieser täterfreundliche Strafvollzug des Justizministers Schöneburg ist nicht länger hinnehmbar.

(Beifall CDU - Widerspruch bei den Linken - Bischoff [SPD]: Reden wir mal über Schelter!)

Herr Ministerpräsident, nutzen Sie Ihre Richtlinienkompetenz, um den falschen Kurs in der Justizpolitik zu korrigieren!

(Beifall CDU)

Wenn Kollege Bischoff „Schelter“ einwirft - Herr Schelter ist der ehemalige Justizminister -, dann sage ich: Es ist gut, dass dieser Einwurf gekommen ist. Bei allem, was Herr Schelter vielleicht falsch gemacht hat, bleibt es doch bei der Feststellung, dass er Brandenburgs Gefängnisse sicher gemacht hat. Erinnern Sie sich noch an das „Reisebüro Bräutigam“?

(Beifall CDU - Lachen bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE - Frau Mächtig [DIE LINKE]: Sie sollten Ihren Ausschussvorsitzenden zum Rapport bestellen, damit Sie wissen, was Phase ist!)

Auch was den Zustand der Landesstraßen angeht, herrscht dringender Handlungsbedarf. Im Vergleich zum Jahr 2009 werden im Jahr 2014 für den Straßenbau satte 80 % weniger - 20 Millionen Euro statt 100 Millionen Euro - bereitgestellt. Die Auswirkungen sieht und spürt man überall im Land.

Unseren Antrag auf Verbesserung der Finanzausstattung haben Sie gestern abgelehnt - ohne eigene Alternative. Dennoch erklärte Verkehrsminister Vogelsänger gestern im Landtag, dass das ideologische Motiv „Bildung statt Beton“ endgültig über-

wunden sei. Wenn ich aber Interviews von Finanzminister Markov lese, komme ich zu dem Ergebnis, dass die Linke das offenkundig anders sieht. Auch hier ist die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten gefragt und gefordert.

(Beifall CDU)

In den kommenden Jahren werden immer weniger Mittel von der Europäischen Union und dem Bund nach Brandenburg fließen. Deshalb geht es in den nächsten Monaten und Jahren darum, die Förderpolitik so auszurichten, dass sich bis zum Jahr 2020 eine weitgehend selbsttragende Wirtschaftsstruktur entwickelt, die ohne Subventionen auskommt. Vor allem muss die Exportfähigkeit unserer Wirtschaft steigen. Dafür braucht es entsprechende Rahmenbedingungen, beispielsweise eine ordentliche Breitbandversorgung - ich erwähnte es vorhin schon -, eine leistungsfähige Infrastruktur und vernünftige Energiepreise für die Unternehmen wie für die Bürger. Dafür braucht es eine seriöse Energiepolitik, die nicht nur nach Leitsternen greift, sondern auch Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleistet. Da reicht es nicht aus, immer nach Berlin zu verweisen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Das wäre der erste Schritt!)

Jedes Bundesland hat seine Aufgaben. Diese sollte jedes Bundesland auch lösen. Wenn ein Bundesland bei der Erfüllung eigener Aufgaben immer auf andere verweist, dann muss ich die Politik in diesem Bundesland infrage stellen und nicht die Politik anderswo. Von daher fordere ich Sie auf: Konzentrieren Sie sich einfach auf die Aufgaben, für deren Erledigung Sie gewählt und bestimmt worden sind! Dann wird es auch in diesem Bereich vorwärtsgen. Dazu gehört, wie gesagt, auch eine akzeptierte Energiepolitik hier im Land.

(Görke [DIE LINKE]: Dann mal los! Das wird ja lustig!)

Grundsätzlich gilt: Eine vernünftige Politik muss die Wirtschaft fördern und darf sie nicht mit zusätzlichen Belastungen bremsen. Ideologische Experimente wie ein Vergabegesetz, öffentlicher Beschäftigungssektor und Ausweitung der Staatswirtschaft ...

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Das ist doch unglaublich! - Domres [DIE LINKE]: Bayern hat auch ein Vergabegesetz!)

Ich wiederhole es gern: Ideologische Experimente wie ein Vergabegesetz, öffentlicher Beschäftigungssektor und Ausweitung der Staatswirtschaft gehören korrigiert, da sie Handwerk und Mittelstand unnötig belasten.

(Beifall CDU und FDP - Frau Mächtig [DIE LINKE]: Merken Sie denn überhaupt noch etwas?)

- Frau Kollegin, wenn Sie mir zurufen: „Merken Sie denn überhaupt noch etwas?“, dann gebe ich diese Frage zurück. Ich habe schon vorhin gesagt, dass sich der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung widersprochen hat. Einerseits spricht er vom Mittelstand als Rückgrat der Brandenburger Wirtschaft, andererseits verkauft er die Erweiterung der Tätigkeit der Kommunen als Erfolg. Wenn die gesamte Brandenburger Wirtschaft, von der Industrie über das Handwerk bis hin zum Tourismus,

ganzseitige Anzeigen schaltet, um das, was Sie von Rot-Rot für einen Erfolg halten, als wirtschaftsfeindliche Politik abzulehnen, dann frage ich Sie: Merken Sie denn überhaupt noch etwas?

(Beifall CDU)

Wenn wir als CDU-Fraktion hier nur Parteiinteressen wahrnehmen wollten, könnten wir sagen: „Machen Sie doch weiter so!“ Auch Sie haben hoffentlich mitbekommen, dass die Bürger über Politik urteilen. So gut schneidet das, was Rot-Rot in Brandenburg seit Jahren als Leistung vorweisen möchte, nicht ab.

Im Interesse Brandenburgs wünsche ich mir, dass Sie ebenso wie bei der Vertretungsreserve für die Lehrer auch einmal das bedenken, was die Opposition im Plenum und in den Ausschüssen in aller Sachlichkeit vorträgt, und prüfen, ob nicht vielleicht doch jemand von der Opposition Recht haben könnte. Es ist nicht so, dass die Regierung immer Unrecht und die Opposition immer Recht hat. Aber so, wie Sie sich verhalten - die Opposition hat immer Unrecht -, geht es nicht.

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Das stimmt doch gar nicht! - Frau Mächtig [DIE LINKE]: Das ist wider besseres Wissen!)

Das geht nämlich zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger im Land.

(Beifall CDU)

Uns geht es nicht um billige Polemik, sondern darum, dass Sie das, was von der Brandenburger Wirtschaft an belastbaren Fakten vorgetragen und in ganzseitigen Anzeigen öffentlich gemacht wird, zur Kenntnis nehmen. Sie sollten zumindest bedenken, ob das, was Sie als Erfolg verkaufen wollen, wirklich ein Erfolg ist. Daran haben wir erhebliche Zweifel.

Meine Damen und Herren! Auch die Aufteilung des Landes in zwei Fördergebiete und die Überdimensionierung der Kläranlagen gehören zu den millionenschweren Fehleinschätzungen, Fehlentscheidungen bzw. Versäumnissen ehemaliger Landesregierungen, konkret: auch des ehemaligen Umweltministers und späteren Ministerpräsidenten Matthias Platzeck. Herr Kollege Platzeck, Sie haben das Land nicht mit Absicht, aber im Ergebnis politischen Handelns bzw. von Unterlassungen um mehrere Hundert Millionen Euro und die betroffenen Bürger um ihr Erspartes und ihren Schlaf gebracht.

(Oh! bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Wenn Sie jetzt „Oh!“ sagen und fragen, was denn Herr Platzeck mit den Kläranlagen zu tun habe, dann sage ich: Er weiß das natürlich, denn er war erster Umweltminister in unserem Land. Alle, die damals eine Förderung für abwassertechnische Anlagen erhalten wollten, mussten zur Bauprüfstelle im Landesumweltamt, das sich damals an der Nuthe-Schnellstraße befand. Dort wurden die Planungen eingereicht, und die Fachleute des Hauses haben Ingenieure und Kommunen darauf hingewiesen, welche DIN-Normen einzuhalten seien - natürlich die westdeutschen DIN-Normen - und dass die TA-Siedlungsabfall zu beachten sei. Dann wurden die Anlagen einfach größer, weil es anderenfalls keine Fördermittel gegeben hätte. So einfach war das. Es hat ein paar Jahre gedauert, bis man verstanden hat,

dass die Anwendung dieser Normen vielleicht doch nicht richtig war, weil sich schon damals eine bestimmte demografische Entwicklung in Brandenburg abzeichnete.

Ich sage nicht, dass das Absicht war. Aber es muss gesagt werden, dass dann, wenn jemand ein so wichtiges Amt innehat, nicht nur Licht und Erfolge, sondern auch Schatten und Misserfolge da sind.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Das ist das Leben!)

Das gehört zum Leben, und das darf gesagt werden.

(Beifall CDU)

Es ist dringend erforderlich, dass ein Brandenburger Ministerpräsident auch Präsenz bei den europäischen Institutionen zeigt. Herr Ministerpräsident Woidke hat das schon angekündigt, und das finde ich gut. Er sollte oft dort sein. Brüssel ist nicht nur eine Reise wert, weil es dort lecker zu essen gibt, sondern auch deshalb, weil man wichtige Kontakte knüpfen kann. Die Interessen eines Bundeslandes kann man nirgendwo besser vertreten als im Kern des europäischen Politikgeschäfts. Von daher sage ich: So oft, wie Sie nach Brüssel reisen, so oft werden wir uns freuen, dass Sie die Interessen unseres Landes dort wahrnehmen. Ich kann Ihnen nur empfehlen, die Kontakte, deren Aufbau Sie angekündigt haben, so intensiv zu pflegen, wie es Ihre Kollegen Tillich und Lieberknecht, aber auch andere Landespolitiker tun.

Meine Damen und Herren! Gerade zwei Monate ist es her, dass ein erneutes Jahrhunderthochwasser große Schäden in der Bundesrepublik anrichtete. Durch den unermüdlichen Einsatz vieler Helfer und eine gehörige Portion Glück blieben zwar viele Städte und Gemeinden in Brandenburg von Katastrophen verschont; aber dieses Hochwasser hat auch deutlich gezeigt, dass immer noch enormer Handlungsbedarf, insbesondere an mittleren Fließgewässern wie Schwarzer Elster, Pulsnitz, Spree und Havel besteht.

Die Umweltministerin muss endlich konkrete Vorschläge unterbreiten, wie der technische und vorbeugende Hochwasserschutz in Zukunft ausgestaltet werden soll. Es reicht nicht, wenn man als Fachministerin nur immer auf den Bund verweist.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle den Hinweis, dass die Umweltpolitik des Landes - genauso wie die Bildungspolitik - in Gänze zwingend eine sachkundige und ordnende Hand braucht.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Die medizinische Versorgung, insbesondere auf dem Land, ist ein gravierendes Problem, und der Ärztemangel wird künftig weiter zunehmen. Unser Vorschlag, ein Stipendiensystem für Medizinstudenten einzuführen, das im Übrigen im Landkreis Elbe-Elster und im Freistaat Sachsen bestens funktioniert,

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

wurde gleich zu Beginn der Wahlperiode von der Regierungskoalition abgelehnt. Bis heute gibt es aber keine andere Initiative.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Das stimmt doch gar nicht!)

- Das können Sie ja nachher noch sagen. - Interessant ist dabei, dass für Ingenieure ein vergleichbares Stipendium vom Land angeboten wird - für angehende Ärzte aber nicht. Vielleicht überlegt sich das neue Kabinett unseren Vorschlag noch einmal. Es wäre im Sinne vieler Brandenburger. Ein Problem mag darin bestehen, dass gerade bei der Ärzteausbildung die lange Studienzeit - zusammen mit der Fachärzteausbildung kommen da zehn Jahre zusammen - den Vorstellungs- und Gestaltungshorizont von Politikern übersteigt.

(Frau Lehmann [SPD]: Das soll es geben!)

Aber, meine Damen und Herren: So geht das nicht. Die Politik, die wir hoffentlich gemeinsam gestalten, kann nicht von Wahlperioden abhängig sein. Sie muss weit darüber hinausgehen. Von daher bitte ich Sie: Denken Sie auch darüber nach, ob wir nicht jungen Brandenburgerinnen und Brandenburgern in dem Bereich einen Anreiz geben können, hier im Land zu bleiben, wenn sie ihr Medizinstudium hinter sich gebracht haben.

(Beifall CDU)

Ein weiteres drängendes Problem erwächst aus den steigenden Flüchtlingszahlen. Nicht nur die Unterbringung, sondern auch die soziale Integration, vor allem die der Kinder, die zur Schule gehen und dort etwas lernen sollen, ist eine große Herausforderung. Ich könnte die Aufzählung beliebig fortsetzen.

Dass es so viele ungeklärte Fragen und offene Probleme gibt, bedeutet nicht, dass es Brandenburg schlecht geht. Das behaupten wir auch nicht. Wenn unsere Kritik und unsere Hinweise so gewertet werden, dass wir Brandenburg schlechtreden wollten, dann ist das ein Stück weit denunziatorisch. Wir tragen für dieses Land genauso viel Verantwortung wie jede andere Fraktion auch.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Ich sagte, dass hinter der Benennung von ungeklärten Fragen und offenen Problemen nicht die Behauptung steht, dass es Brandenburg schlecht gehe. Im Gegenteil: Gerade, weil es momentan sehr gute Rahmenbedingungen für ein stabiles Wirtschaftswachstum, niedrige Arbeitslosenzahlen oder unerwartet hohe Steuereinnahmen gibt, müssen jetzt aus einer Position der Stärke heraus die entscheidenden Weichen für die Zukunft gestellt werden.

(Frau Lehmann [SPD]: Na denn!)

Auch die CDU kann nicht zaubern, aber wir können arbeiten.

Wir müssen gemeinsam Prioritäten setzen und den Menschen im Land ehrlich sagen, was geht und was nicht geht.

(Vereinzelt Beifall CDU - Frau Lehmann [SPD]: Was?)

- Ja, Frau Kollegin, den Menschen im Lande ehrlich sagen, was geht und was nicht geht, und nicht so tun, als würde alles irgendwie weitergehen, dabei streichen und allen sagen: Eigentlich wird es mehr. - Das ist keine Ehrlichkeit. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

(Zurufe von der SPD)

Der neue Ministerpräsident, Dietmar Woidke, hat die Chance - dazu ermutige ich ihn ausdrücklich - zu einer ehrlichen Bestandsaufnahme. Ich hoffe und wünsche, dass er mit seiner sachlichen Art die vielen Baustellen analysiert, bewertet und entsprechend handelt. Es ist daher der richtige Weg, wenn Ministerpräsident Woidke letzte Woche in einem Interview sagte:

„Es reicht nicht abzuwarten, dass sich Probleme von selbst lösen.“

Ja, warum sagt er das wohl? Er hat ja Vergangenheit bewertet und die Aufgaben für die Zukunft dargestellt. Machen Sie sich einmal selbstkritisch Gedanken darüber, was er wohl gemeint haben könnte.

(Frau Lehmann [SPD]: Also wir wissen das!)

Ein erster Schritt ist deshalb, Probleme zu erkennen. Die bisher praktizierte Methode, ein Problem zu ignorieren, sobald es von der Opposition angesprochen wird, führt nicht zum Ziel. Wir, die Opposition, tragen genauso viel Verantwortung für Brandenburg wie Sie, die Regierung und die Regierungsfractionen. Dieses Land gehört keiner Partei, sondern den Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall CDU - Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ministerpräsident Woidke hat auch gesagt, dass er seine eigene Furche durchs Land ziehen möchte. Wir haben einen Berg an Aufgaben, den es abzutragen gilt. Ich hoffe, Herr Ministerpräsident, Sie werden die angekündigte Furche nicht um diesen Berg herumziehen, sondern mittenhindurch.

(Beifall CDU)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn der neue Ministerpräsident seine Ankündigungen wahrmacht, werden wir ihn bei der Lösung der Probleme Brandenburgs unterstützen. Aber wir bleiben kritisch und werden genau kontrollieren. Die CDU-Fraktion wird ihre konstruktive Oppositionsarbeit fortsetzen.

(Frau Lehmann [SPD]: Oh je!)

- Wenn Sie „oh je“ sagen, nehme ich das gern auf, weil ich ja heute noch reichlich Zeit habe, denn die erste Aufgabe hat der Ministerpräsident nicht geschafft: nämlich, seine Redezeit einzuhalten, und das zugunsten der nachfolgenden Redner. Aber wenn Sie „oh je“ sagen, sage ich: Wenn Sie meinen, Frau Kollegin, dass die Opposition immer Unrecht hat - ich habe es vorhin schon einmal gesagt -

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

und das, was die Opposition sagt, immer Unsinn ist, dann sehen Sie die Dinge falsch. - Im Übrigen, Frau Kollegin, kommt es uns auch nicht darauf an, Sie zu bekehren. Darum geht es nicht. Wenn ich hier zu Ihnen spreche - das darf ich ja heute einmal -, dann hören Sie mir zu, weil Sie Abgeordnete sind und hier sitzen, aber eigentlich richten sich unsere Worte - jedenfalls die Worte meiner Fraktion - an die Bürgerinnen und Bürger im Land.

(Beifall CDU - Zuruf von der SPD: Oh ja!)

Das sind diejenigen, für die wir hier sitzen, für die wir uns Mühe geben, für die wir arbeiten, nicht nur 40 Stunden die Woche, sondern auch 80 Stunden. Wir machen das gern und freiwillig; dafür muss sich niemand bei uns bedanken. Von daher: Nehmen Sie das bitte ernst! Uns geht es darum, dass die Bürger verstehen, was wir hier tun bzw. was wir machen, was wir richtig machen und was wir falsch machen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Wenn Sie der Meinung sind, Sie machen das alles richtig, dann ist das ja schön, dann freue ich mich für Sie, dann haben Sie ein gutes Gefühl. Und wenn wir den Eindruck haben, dass die Bürger das, was wir machen, als Opposition, als CDU-Fraktion, für richtig halten, dann freuen wir uns auch. Wenn jeder zufrieden ist, sind wir alle glücklich hier im Saal

(Vereinzelt Beifall CDU - Frau Lehmann [SPD]: Na, sehen Sie mal!)

und hoffen, dass die Bürger, wenn Wahltag ist - sei es zur Bundestagswahl oder zur Landtagswahl oder zu anderen Wahlen -, unsere Arbeit bewerten. Da gibt es ja auch Hinweise, was die Bürger verstehen und was ihnen vielleicht eher ein wenig unklar geblieben ist - zum Beispiel Ihre Politik.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich habe gesagt, die CDU-Fraktion wird ihre konstruktive Oppositionsarbeit fortsetzen. Dietmar Woidke übernimmt keine Aufgabe als Verwalter der rot-roten Restlaufzeit. Er ist nun Ministerpräsident. Er muss Entscheidungen treffen. Er gibt die Richtlinien der Politik in Brandenburg vor. Wie wichtig gerade jetzt mutige und weitsichtige Schritte sind, zeigt der Blick auf das Jahr 2020. Ich gebe zu, das mag für manchen noch weit entfernt sein. Aber im Prinzip trennt uns nur noch eine Wahlperiode von dieser Zielmarke.

Wir wissen, dass die Schuldenbremse 2020 Nettokreditaufnahmen der Länder verbietet. Wir wissen, dass im Jahre 2020 keine Mittel mehr aus dem Solidarpakt kommen. Wir wissen, dass 2020 ca. 7 % weniger Bürger in unserem Bundesland leben werden und sich der Bevölkerungsverlust dann noch beschleunigt. Die Zinsen für unsere Schulden werden nicht auf dem jetzigen Tiefstand bleiben. Wirtschaft und Konjunktur - und damit die Steuereinnahmen - werden sich nicht immer nur positiv entwickeln. Auch wenn die Landesregierung nur noch ein Jahr im Amt ist, hat sie im Wissen um diese feststehenden Eckwerte eine langfristige Verantwortung, die über den nächsten Wahltag hinausgeht.

Am 6. Dezember 2013 ist nicht nur Nikolaustag, sondern dann werden die ersten 100 Tage mit Dietmar Woidke als Ministerpräsident vorüber sein. Ich hoffe, dass dann auch schon gute Entscheidungen gefallen sind, richtige Weichen gestellt wurden und der neue Ministerpräsident seinen Worten Taten folgen lassen hat.

Herr Ministerpräsident Woidke, nutzen Sie die Gestaltungsmöglichkeit Ihres neuen Amtes! Brandenburg ist ein schönes Land mit vielen Möglichkeiten und fleißigen Menschen. Es lohnt sich, dafür zu arbeiten. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Das Wort erhält jetzt die SPD-Fraktion. Herr Ness, bitte.

Ness (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ehe ich mit meinem eigentlichen Redetext beginne, will ich die Gelegenheit wahrnehmen, zwei, drei Sätze zu meinem Vorredner zu sagen. Ich finde, Herr Dombrowski, Sie haben sehr angemessene Worte zum aktuellen Konflikt in Syrien gefunden. Ich fand auch Ihre Worte sehr treffend, die Sie zu Beginn Ihrer Rede zu Matthias Platzeck gefunden haben. Aber dann haben Sie zum Schluss gesagt, Sie hätten nicht zum Parlament geredet, Sie redeten zu den Bürgerinnen und Bürgern draußen. Ich glaube die Bürgerinnen und Bürger draußen, jedenfalls die große Mehrheit der 2,4 Millionen Einwohner hier in Brandenburg, wird sich sehr gewundert haben; denn Sie haben ein Land beschrieben, das es so nicht gibt. Wenn Sie sich hier hinstellen und erzählen, dass die Kinder in unseren Schulen nicht lesen und schreiben lernen, dann stimmt das schlicht und ergreifend nicht.

(Beifall SPD und DIE LINKE und von Ministerin Dr. Münch)

Ich finde, das ist nicht nur eine Beleidigung der Lehrerinnen und Lehrer, sondern ein Zerrbild, das Sie hier zeichnen, das nicht angemessen ist. Nun hat Opposition in der Tat das Recht zu kritisieren, und Sie haben dieses Recht auch ausgiebig wahrgenommen. Aber Sie sollten kein Zerrbild von diesem Land und seinen Menschen zeichnen. Hier in diesem Land wird von vielen Menschen Großes geleistet. Ich glaube, die Stimmung ist anders, als die CDU sie wahrnimmt.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Ich glaube, das wird sich dann auch an den Wahlergebnissen deutlich zeigen.

(Zuruf des Abgeordneten Dombrowski [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gestern einen historischen Tag für unser junges Bundesland erlebt. Erst zum zweiten Mal in der Geschichte des neuen Brandenburg wurde der Staffelnstab des Regierungschefs an einen Nachfolger weitergegeben. Nach Manfred Stolpe und Matthias Platzeck ist Dietmar Woidke jetzt der dritte Ministerpräsident unseres Landes. Ich will es gleich am Anfang sagen: Die Brandenburger SPD und auch meine Fraktion werden dafür kämpfen, dass Dietmar Woidke mindestens ebenso lange in seinem Amt sein wird, wie seine Vorgänger es waren.

(Beifall SPD)

Dass es nach 23 Jahren erst den dritten Ministerpräsidenten in diesem Bundesland gibt, zeigt, in welcher Kontinuität und Stabilität Brandenburg seit 1990 regiert wird. Ein Blick in andere Bundesländer zeigt uns, dass das absolut keine Selbstverständlichkeit ist. In Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern gab es seit 1990 jeweils vier Ministerpräsidenten.

(Oh! bei der CDU)

In Hamburg und Baden-Württemberg waren es fünf, in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen waren es sogar sechs Ministerpräsidenten. Wir Brandenburger haben zum Glück andere Verhältnisse.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: So sind die Märker!)

Vor allem hatten wir großes Glück mit unseren Landesvätern. Manfred Stolpe und Matthias Platzeck waren eindrucksvolle Ministerpräsidenten. Manfred Stolpe hat dafür gesorgt, dass unser Land seine Form, seinen Stolz und seine Identität wiedererhält. Er hat Brandenburg mit ruhiger Hand durch die wahrlich schwierigen Anfangsjahre gesteuert. Matthias Platzeck hat ebenfalls die Transformation in den 90er Jahren mitgestaltet. Als Umweltminister hat er die Großschutzgebiete etabliert, etwas, auf das wir heute zu Recht sehr stolz sind. Er hat für einen neuen Ausgleich zwischen Umweltschutz, Wirtschaft und Arbeitsplätzen gesorgt. In seinen über elf Jahren als Ministerpräsident hat Matthias Platzeck Brandenburg in wirtschaftlich stabile Zeiten geführt. Erinnern wir uns: Im Juli 2005 waren in Brandenburg noch gut 240 000 Menschen ohne Arbeit. Es gab Städte, in denen die Arbeitslosigkeit bei 25 % lag. Die Stimmung im Land war entsprechend. Die Arbeitslosenquote lag damals landesweit bei 18 %. Zu Beginn der jetzigen Großen Koalition aus SPD und Linken im Herbst 2009 waren noch 162 000 Menschen arbeitslos. Im letzten Monat waren es 128 000 Menschen. Heute sind die neuen Arbeitslosenzahlen herausgekommen, wir haben im vierten Monat in Folge eine Arbeitslosigkeit von unter 10 %, genau sind es 9,4 %.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das heißt, es ist uns allen gemeinsam, aber eben auch dieser Landesregierung gelungen, in den letzten acht Jahren die Arbeitslosigkeit zu halbieren. Das ist ein großer, ich würde sagen, auch historischer Erfolg, den niemand in den Jahren 2004/2005 für möglich gehalten hat. Das hat die Stimmung in diesem Land verändert, und zwar zum Positiven. Deshalb liegen Sie, Herr Dombrowski, deutlich daneben, wenn Sie davon reden, dass die Stimmung in diesem Land immer schlechter werde.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Also 128 000 Arbeitslose, eine Halbierung. Ich will aber nicht falsch verstanden werden, das sind immer noch viel zu viele. Aber die Koalition arbeitet hart daran, dass noch mehr Menschen Arbeit haben, und zwar gute Arbeit. Gute Arbeit bedeutet für uns nicht Niedriglohn, sondern Arbeit mit einem Einkommen, das zum Leben ausreicht. Davon sind wir in weiten Teilen noch sehr weit entfernt. Wir haben als Landesregierung hier schon einen Schritt gemacht, nämlich das eben als „ideologisch“ bezeichnete Vergabegesetz. Ich glaube, das, was Herr Dombrowski da eben gesagt hat, muss man für die Brandenburgerinnen und Brandenburger übersetzen. Diese Landesregierung hat ein Vergabegesetz realisiert, das verlangt, dass es, wenn Kommunen und das Land Aufträge erteilen, beispielsweise für Gartenbauarbeiten, für Wachschutzdienste oder Ähnliches, einen Tarifvertrag gibt oder mindestens demnächst 8,50 Euro Mindestlohn gezahlt werden. Wenn die CDU sagt, das ist ideologisch, dann meint sie damit, sie will diesen Mindestlohn nicht, sie will, dass weiterhin Löhne gezahlt werden,

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Dumpinglöhne!)

die unterhalb dieser 8,50 Euro liegen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Das heißt das, was Sie gesagt haben, übersetzt.

(Zuruf von der CDU: Dann haben Sie das nicht verstanden! - Homeyer [CDU]: Dann sind Sie ganz schön verzweifelt!)

- Ich bin überhaupt nicht verzweifelt, ich glaube nur, dass die Leute durch meine Übersetzung gemerkt haben, was Sie wirklich wollen. Sie akzeptieren, dass in diesem Land Löhne in Höhe von 4 Euro oder 5 Euro gezahlt werden.

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Genau! - Beifall SPD und DIE LINKE)

Die Menschen in diesem Land akzeptieren das schon lange nicht mehr.

(Zuruf von der CDU: Haben Sie jetzt den Faden verloren?!)

- Nein, ich habe den Faden überhaupt nicht verloren. Ich glaube, dass Sie den Faden schon länger verloren haben, nämlich den Bezug zu den Menschen in diesem Land und den real existierenden sozialen Problemen.

(Oh! bei der CDU - Vereinzelt Beifall SPD)

Heute, wie gesagt, haben wir es erreicht, dass die Arbeitslosigkeit innerhalb der letzten Jahre halbiert worden ist. Das ist ein gigantischer Erfolg, den viele zu verantworten haben.

(Zuruf von der CDU: Die Unternehmer!)

Den nimmt die Landesregierung gar nicht für sich alleine in Anspruch. Natürlich haben Unternehmer ihr Verdienst daran. Daran haben auch die Kommunen Verdienste, der Bund, aber eben auch diese Landesregierung. Wir alle haben etwas erreicht, wovon in der Mitte des letzten Jahrzehnts kaum jemand zu träumen wagte, nämlich einstellige Arbeitslosenzahlen. Aber wir arbeiten weiter. Wir sind noch nicht am Ziel. Bei uns rückt ein weiteres Ziel immer mehr in den Vordergrund: Wir Sozialdemokraten wollen, dass gute Arbeit auch in Brandenburg endlich gut bezahlt wird. Deshalb bleiben wir bei diesem Vergabegesetz längst nicht stehen, sondern wollen wir einen bundesweit einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Und ich würde mich sehr freuen, wenn die CDU endlich Ihren Widerstand aufgeben würde und wir das möglich machen können.

Viele Unternehmen in Brandenburg klagen zunehmend über Facharbeitermangel. Herr Dombrowski hat auch darüber gesprochen, und Sie haben Recht damit. Wir werden diesen Facharbeitermangel aber nur bekämpfen können, wenn in Brandenburg endlich auch genauso gute Löhne wie in NRW oder Bayern gezahlt werden. Auch das gehört zur Wirklichkeit dazu.

(Einzelbeifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Die Einsicht bei unseren Unternehmen wächst. Wer Menschen, die in den 90er Jahren aus Brandenburg in den Westen gegangen sind, zurückgewinnen will, der muss hier ordentliche Löhne zahlen. Ich bin froh, dass wir eine Landesregierung haben, die das erkannt hat. Ich begrüße deshalb ausdrücklich, dass unser neuer Ministerpräsident für starke Gewerkschaften und starke Unternehmervverbände geworben hat. Auch da mein Appell gerade an junge Arbeitnehmer in Brandenburg: Organisiert euch gewerkschaftlich und engagiert euch in Betriebsräten! Wir brauchen eine starke Sozialpartnerschaft. Der Zusammenhang ist ganz einfach: Hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad ist eine notwendige Voraussetzung für gute Löhne.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir brauchen uns im Land nur umzuschauen: Wo werden gute Löhne gezahlt? Gute Löhne werden gezahlt in den Großbetrieben, wo es auch einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad gibt, bei BASF in Schwarzheide, bei EKO in Eisenhüttenstadt, in Hennigsdorf, in Schwedt beim PCK und natürlich auch bei Vattenfall. Dort gibt es hohe gewerkschaftliche Organisationsgrade, deshalb werden dort auch hohe Löhne gezahlt. Deshalb kann ich nur appellieren: Geht in die Gewerkschaften, setzt euch dafür ein! Ich appelliere auch an die Unternehmerinnen und Unternehmer: Akzeptiert es, dass Menschen in dieses Land nur zurückkommen, wenn sie hier mindestens genauso viel verdienen wie in Westdeutschland!

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Diejenigen, die in den 90er Jahren gegangen sind - darunter sind viele, die bereit sind, wieder zurückzukommen -, schauen, wenn sie hierher kommen: Finde ich ordentlichen Wohnraum? Ja, den finden sie mittlerweile. Sie schauen: Finde ich eine gute Unterbringung in den Kitas? Auch das können wir bieten, teilweise besser als in Bayern und Baden-Württemberg. Aber sie gucken dann auch: Was wird gezahlt? Wenn der Unterschied eben noch bei 300, 400, 500 Euro liegt, dann ist die Rückkehrbereitschaft gering. Ich glaube, wenn wir den Facharbeitermangel bekämpfen wollen, müssen wir an dieses Thema dringend heran.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Matthias Platzeck hat unser Land 23 Jahre lang geprägt. Er hat allen Landesregierungen angehört, er war länger in der Verantwortung als jeder andere Landespolitiker. Das waren gute Jahre für Brandenburg. Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger sehr genau spüren, dass eine erfolgreiche Ära zu Ende gegangen ist. Sie haben Matthias Platzeck viele Worte des Dankes entgegengebracht. Auch ich möchte ihm - ich denke, ich spreche hier für die meisten im Saal - sagen: Danke, Matthias. Es war toll, was du hier für dieses Land geleistet hast. Ich bin im Gegensatz zu Herrn Dombrowski auch stolz darauf, dass du weiterhin in unserer Fraktion bist, dass du weiter mitarbeitest. Wir brauchen deine Erfahrung, wir werden sie wertschätzen. Danke.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Zuruf des Abgeordneten Dombrowski [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser neuer Ministerpräsident hat jetzt die Leitlinien für die kommenden 13 Monate skizziert. Die rot-rote Landesregierung wird ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen.

Wir werden weiterhin unseren Schwerpunkt auf Bildung legen. In dieser Wahlperiode stellen wir so viele Lehrerinnen und Lehrer ein wie noch nie in der Geschichte unseres Landes,

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Genau!)

zum nächsten Schuljahr voraussichtlich allein etwa 1 000 Lehrerinnen und Lehrer. Das ist eine gigantische Zahl. Das einzige, was der Opposition dazu einfällt, ist, dass das nicht genug sei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion und auch von den anderen Oppositionsfraktionen, ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir können uns heute hier auch hinstellen und beschließen: Wir stellen 2 000 oder 5 000 Lehrer ein. Wir werden aber bereits große Probleme haben, die jetzt geplanten 1 000 Lehrer auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Das wird die Hauptauseinandersetzung in den nächsten Jahren sein, dass es einen Wettbewerb zwischen den Bundesländern um gute Lehrerinnen und Lehrer gibt. Aber wir werden das hier in Brandenburg - dadurch, dass wir für Beamte ein hohes Attraktivitätspotenzial haben - sicher schaffen.

(Vereinzelt Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Im Übrigen - auch das muss ich der Opposition hier sagen, Herr Senftleben hat sich gerade so aufgeregt -: Wir als Brandenburger tun heute bereits viel mehr als andere um uns herum. Schauen wir doch nur in unser Nachbarland Sachsen - darauf verweist die CDU ja sehr gern -: Sachsen stellt nur halb so viele Lehrer wie Brandenburg ein, hat aber 30 % mehr Schüler. Das ist eine Wirklichkeit, die wir uns vor Augen halten müssen.

(Zuruf von der CDU: Und PISA?)

In Sachsen regiert die CDU seit 1990. Sie werfen uns vor, wir würden zu wenig Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Wir haben die Einstellungszahlen deutlich gesteigert. Sie schauen aber nicht in Ihr Nachbarland, wo Ihre Parteifreunde eben nicht das tun, was wir hier machen, sondern die dramatische Situation dort weiter verschlechtern.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, ehe Sie uns kritisieren, schauen Sie sich lieber an, was Ihre Parteifreunde anderswo machen, und Sie werden feststellen: Diese Landesregierung muss sich wahrlich nicht verstecken.

(Starker Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir haben im Bildungsbereich noch mehr gemacht. Wir wissen nämlich, dass der Altersdurchschnitt unserer Lehrerinnen und Lehrer sehr hoch ist. Deshalb haben wir Lehrereinstellungen vorgezogen, deshalb haben wir auch mit den Gewerkschaften - der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen - erst kürzlich ein Paket verabredet, das älteren Lehrern die Arbeit erleichtert und mehr jüngere Lehrer an die Schulen holt.

Das ist bei den Lehrerinnen und Lehrern sehr gut angekommen. Es war ein vernünftiges Ergebnis, das wir gemeinsam mit den Gewerkschaften erreicht haben, dass wir einen Teil der Gehaltserhöhungen für Angestellte nicht für die Beamten übernommen, sondern es solidarisch umverteilt haben, mit dem Ergebnis, dass ältere Lehrerinnen und Lehrer künftig bis zu zwei

Stunden weniger arbeiten müssen. Und wir garantieren dafür, dass zusätzlich neue, junge Lehrer eingestellt werden. Das ist ein tolles Beispiel dafür, wie man solidarische Arbeitszeitpolitik organisieren kann,

(Starker Beifall SPD und DIE LINKE)

wodurch junge Leute in den Schuldienst hineinkommen und ältere Kolleginnen und Kollegen entlastet werden. Dann ist auch die Rente mit 67 - eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit - verkraftbar, wenn man Erleichterungen schafft.

(Zurufe von der CDU)

Das haben wir gemacht, das ist ein gutes Beispiel dafür, dass Rot-Rot vernünftige Politik macht.

Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich die heutige Ankündigung von Ministerpräsident Woidke, zusätzliches Geld gegen den Unterrichtsausfall zur Verfügung zu stellen. Ich finde, Herr Dombrowski, Sie haben das, was heute hier passiert ist, ein wenig heruntergeredet. Der Ministerpräsident hat heute gesagt: Ab Frühjahr 2014 wird die Unterrichtsreserve um 50 % aufgestockt - um 50 %! Das ist nicht nichts! Das ist kein kleiner Schluck aus dem Wasserglas, sondern ein ordentlicher Hieb. Die Entlastung wird deutlich spürbar sein, der Unterrichtsausfall wird dadurch deutlich sinken. Ich glaube, darauf können wir stolz sein.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Kernprojekt für sozialen Aufstieg und mehr Bildungsgerechtigkeit in dieser Wahlperiode ist das Brandenburger Schüler-BAföG. Dieses Schüler-BAföG ist von der Opposition bis aufs Äußerste bekämpft worden. SPD und Linke haben es durchgesetzt, und das war richtig so, denn dadurch haben wir es schon jetzt - seit 2010 gilt das Gesetz - Tausenden Kindern aus einkommensschwachen Familien leichter gemacht, das Abitur abzulegen.

Ich habe nie verstanden, warum die Opposition dieses Gesetz bekämpft hat. Ich glaube, auch das ist ein Ausweis dafür, dass Sie die Lebensrealität in weiten Teilen des Landes nicht kennen. Ich will Ihnen zum Thema Schüler-BAföG einmal meine eigene Lebensgeschichte erzählen.

(Zurufe von der CDU: Oje! Das haben Sie schon ein paar Mal gemacht!)

- Ja, hören Sie vielleicht einfach einmal zu. Dann können Sie vielleicht nachvollziehen, warum manche Menschen in Situationen kommen, in denen es ihnen aufgrund ihrer materiellen Voraussetzungen nicht möglich ist, den Bildungserfolg zu haben wie jene, die mit großen goldenen Löffeln aufgewachsen sind.

Ich bin 1962 geboren, 1968 eingeschult worden. Nach der 4. Klasse - 1972 - habe ich es zwei Tatsachen zu verdanken, dass ich Abitur machen und auch studieren konnte: einem sehr engagierten Lehrer und eben dem Schüler-BAföG, das es unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt in den Jahren zwischen 1971 und 1982 gab.

Für meine Eltern war es undenkbar, dass ich zum Gymnasium gehen, Abitur machen oder einmal studieren würde. Wie viele

andere aus Arbeiterfamilien - mein Vater war Bauarbeiter, meine Mutter Hausfrau - haben sie gedacht, dass es normal sei, dass man mit 15 in eine Ausbildung geht, dass es eine kleine Ausbildungsvergütung gibt, von der zu Hause Geld abgegeben wird, damit der Kühlschrank am Ende des Monats noch etwas beinhaltet.

Es ist in vielen Familien in Brandenburg auch heute noch Realität, dass Jugendliche von ihrer Ausbildungsvergütung zu Hause Geld abgeben und damit einen Beitrag leisten müssen, um die Familie zu ernähren. Dadurch steht die Entscheidung an: Geht man nach der 10. Klasse von der Schule ab und macht eine Ausbildung oder geht man den weiteren Weg?

Ich habe einen sehr engagierten Lehrer gehabt, der meine Eltern erst einmal darauf aufmerksam gemacht hat, dass es diese Förderung - das Schüler-BAföG - gab. Diese finanzielle Unterstützung hat ihnen den Mut gegeben, sich auf diesen Weg einzulassen.

Das ist nicht die Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts, die ich hier schildere, sondern das ist auch heute Wirklichkeit. Wir brauchen uns doch nur die Durchschnittseinkommen in Brandenburg anzuschauen. Da stellt sich für viele Familien, die zwei oder drei Kinder haben, wo nur der Mann verdient oder die Frau nur einen kleinen Nebenjob hat, also vielleicht maximal zweieinhalbtausend Euro netto im Monat da sind, die Frage: Können wir es uns erlauben, dass alle drei Kinder bis zum Abitur gehen?

Das ist eine sehr konkrete Frage, die sich viele Menschen stellen. Wir haben hier in Brandenburg - und darauf bin ich sehr stolz - eine Antwort gefunden. Wenn jetzt Tausende von Schülern aus sozial schwachen Familien diese Förderung bekommen und darunter nur ein paar Hundert sind, die sonst nicht den Weg zum Abitur und zum Studium gefunden hätten, dann ist das eine große Leistung dieser Landesregierung. Ich bitte die Opposition, das zur Kenntnis zu nehmen und auch anzuerkennen.

(Starker Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir reden in Brandenburg nicht nur von sozialem Aufstieg, wir tun auch etwas dafür. Das Schüler-BAföG ist nur ein Beispiel dafür. Aber das Schüler-BAföG ist nicht unser einziges Projekt für sozialen Aufstieg und mehr Bildungsgerechtigkeit. Dazu gehört auch, dass wir in dieser Wahlperiode den Betreuungsschlüssel in den Kitas deutlich verbessert haben. Etwa tausend zusätzliche Kitaerzieherinnen und -erzieher konnten von den Kommunen und freien Trägern eingestellt werden. Das ist eine konkrete Verbesserung, die bemerkt worden ist.

Ich bin in meinem Wahlkreis unterwegs gewesen und habe dort erlebt, dass über diese Maßnahme beispielsweise Krippenerzieherinnen, die Anfang der 90er-Jahre, als wir den Geburtenknick hatten, aus den Kitas heraus mussten, nun eine Neueinstellung bekommen haben. Wir haben mit dieser Maßnahme nicht nur die Betreuung, die pädagogische Qualität in unseren Kitas verbessert, sondern haben Menschen, die nie gedacht hätten, dass sie in diesen Beruf zurückkehren können, auch wieder eine konkrete Jobperspektive gegeben. Das ist eine große Leistung, die auch Akzeptanz in diesem Land findet.

In den vergangenen Jahren haben wir die Mittel, die wir für Kitas ausgeben, um insgesamt 50 % gesteigert. Das ist eine deut-

liche Steigerung. Wir haben sowieso einen viel besseren Betreuungsgrad als Bayern, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen - einen deutlich besseren. Aber wir haben jetzt auch noch die Qualität verbessert, und wir werden sie weiter verbessern. Das ist etwas, was auch dem Standort Brandenburg nutzt. Es nutzt nicht nur den Kindern, sondern macht diesen Standort auch für junge Familien attraktiv, hierher zu kommen.

(Beifall SPD)

Die Opposition fordert dann und wann, wir sollen doch mehr Geld ausgeben - für Kitas, für Schulen, für Straßenbau. Aber wie das alles finanziert werden soll, bleibt ihr Geheimnis. Um es kurz zusammenzufassen: Die Opposition ruft nach mehr Lehrern, nach mehr Polizisten, nach kleineren Kitagruppen, nach mehr Straßenbau. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Und natürlich: Nach weniger Schulden ruft die Opposition gleichzeitig auch. Nur wie das alles zusammenpasst, das sagen uns weder CDU noch FDP noch Grüne. Hier wird Politik nach dem Motto betrieben: Im Himmel ist Jahrmarkt. Das einzige, was Ihnen dann immer wieder einfällt, ist im Zweifelsfall, man könnte ja das Schüler-BAföG streichen. Eine richtige Antwort gibt es also nicht.

Wir sollten lieber einmal auf die Fakten schauen. Dietmar Woidke hat darauf hingewiesen: Rot-Rot hat bereits seit zwei Jahren in dieser Wahlperiode keine neuen Schulden aufgenommen. Das ist eine große Leistung. 2014 werden wir das erste Mal planmäßig ohne Schulden auskommen. Das haben wir im Doppelhaushalt 2013/2014 beschlossen, und wir werden es realisieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie passt das eigentlich zu Ihren alten Gruselmärchen, dass Sozis und Linke nicht mit Geld umgehen könnten? Schauen Sie doch lieber einmal dorthin, wo Sie das Sagen haben! Schwarz-Gelb im Bund hat im Gegensatz zu Brandenburg seit 2009 pro Kopf zehnmal so viele Kredite aufgenommen wie Brandenburg. Zehnmal so viele Kredite! Von Rücklagen im Übrigen keine Spur.

Das Gleiche ist in Hessen der Fall. Dort wird auch am 22.09.2013 gewählt. Schwarz-Gelb regiert in Hessen. Seit 2009 hat das Land zehnmal mehr Kredite pro Kopf aufgenommen als Brandenburg. Um es kurzzufassen: Schwarz-Gelb betreibt Finanzpolitik ohne Sinn und Verstand, verbreitet Gruselmärchen über SPD und LINKE. Die Realität sieht ganz anders aus.

(Görke [DIE LINKE]: Genau! - Beifall SPD und DIE LINKE)

Zu dem ganzen Hokusfokus, den Schwarz-Gelb veranstaltet, passt übrigens auch, dass die FDP gerade Plakate aufhängt, auf denen sie für die Abschaffung des Soli wirbt.

(Büttner [FDP]: Jetzt kommt die unterste Ossi!)

- Lieber Herr Büttner, wieso stellt die FDP die Solidarität mit dem Osten infrage? Den Soli abzuschaffen! Dass sich die Partei des Egoismus hinstellt und fordert, die Solidarität abzuschaffen, finde ich so ehrlich. Das hätte ich Ihnen nicht zugeutraut. Ich hoffe, dass Sie dafür die Quittung bekommen.

(Heiterkeit bei der SPD - Zurufe des Abgeordneten Büttner [FDP])

- Herr Büttner, ich bin mit Ihnen durch. Jetzt kommen die Grünen an die Reihe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss etwas länger ausführlicher zum Thema Energiepolitik sprechen:

Erst vergangenen Montag ist eine neue Umfrage zur Akzeptanz der Braunkohle in der Lausitz bekannt geworden. Diese Umfrage, aus der ich gleich zitieren werde, hat viele hier überrascht. Auch medial haben wir oftmals den Eindruck, als seien in der Lausitz pausenlos nur Klimacamps. Ich bitte darum, dass die Menschen, die über diese Klimacamps berichten, einmal fragen, woher die Menschen kommen, die in den Klimacamps sind. Ich glaube, sie kommen aus denselben Orten wie die Menschen, die hier gestern Gülle vor diesem Landtag ausgekippt haben.

(Frau Lehmann [SPD]: So ist es! Jawohl!)

Die Personalien von ihnen sind festgestellt worden. Woher kamen sie? Das waren keine Brandenburger oder Spreewälder Protestierer gegen die Verockerung. Das waren bezahlte Aktivisten von Greenpeace, die alle in Hamburg wohnen. Das ist schlicht und ergreifend die Wirklichkeit.

(Zurufe von der CDU - Zuruf der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Hier sind bezahlte Aktivisten unterwegs, die versuchen, einen Kampf auszutragen, auf Brandenburg zu projizieren, der überhaupt nichts mit Brandenburg zu tun hat.

Aber kommen wir auf diese Umfrage zurück. Was war das Kernergebnis der Umfrage, die forsa in der Lausitz durchgeführt hat? 2 000 Bürger in Sachsen und in Brandenburg in beiden Teilen der Lausitz sind zu einem Thema befragt worden, das in Brandenburg gerade sehr hochkocht, nämlich zu der Frage, wie es mit Welzow weitergeht. Das Ergebnis ist schon spannend. Gut zwei Drittel der Bevölkerung im Lausitzer Braunkohlegebiet sind für eine Erweiterung der Tagebaue in der Region. 67 % stimmten der Aussage zu, dass zur Sicherung der langfristigen, zuverlässigen und kostengünstigen Versorgung mit Energie die Erweiterung des Braunkohletagebaues in der Lausitz notwendig ist. Lieber Herr Kollege Vogel, jetzt kommt es - das kann ich Ihnen nicht ersparen, auch wenn es Ihnen ein bisschen weh tut: Sogar 34 % der Anhänger der Grünen befürworten eine Erweiterung des Tagebaus.

(Zuruf des Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE])

Forsa hat im Juni, wie gesagt, mehr als 2 000 Lausitzer zur Energiewende und zur Energiepolitik befragt. Das ist definitiv ein repräsentativer Querschnitt. Bei den Umfragen, über die wir uns immer aufregen, weil eine Partei in den Umfragen 3 % hoch oder 3 % heruntergegangen ist, werden in der Regel nur 1 000 Menschen befragt. Eine Umfrage unter 2 000 Menschen ist repräsentativ.

Von diesen Befragten erklärte nur jeder Fünfte, die Erschließung neuer Tagebaue sei nicht zu verantworten, weil die Schäden für Umwelt und Natur zu groß seien. Dann kommt es und das ist einer der Kernpunkte der ganzen Debatte um die Energiewende: Die Frage, ob es richtig sei, nach den Kernkraftwerken auch noch zusätzlich die Kohlekraftwerke abzuschalten, verneinten neun von zehn Befragten. Das genau ist die Debat-

te, die wir hier im Land führen. Das, was die Grünen aufführen, ist, zu sagen: Ja, jetzt haben wir den Ausstieg aus der Atomkraft und nun müssen wir noch möglichst schnell die Braunkohlekraftwerke abbauen.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Das ist eine Position, mit der Sie einer kleinen radikalen Minderheit angehören. Das wird nicht gehen.

(Beifall [SPD])

Sie können diese Position vertreten. Wie Sie aber mit dieser Umfrage umgegangen sind, hat mich schon ein wenig erstaunt. Entsprechend des bekannten Zitats von Christian Morgenstern, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, wurde diese Umfrage von Ihnen schlicht und ergreifend für unglaublich erklärt.

(Lachen der Abgeordneten Lehmann [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, hier sind Sie schlicht und ergreifend auf dem Holzweg. Die Menschen in der Lausitz haben wahrscheinlich von Energiepolitik mehr Ahnung als jede grüne Basisgruppe in diesem Land.

(Beifall SPD)

In der Lausitz wird seit mehr als 100 Jahren Strom aus Braunkohle produziert. Die Städte im Brandenburger Teil der Lausitz - ob Spremberg, Senftenberg oder Cottbus - sind mit dieser Form der Energie gewachsen. Das waren sehr kleine Orte. Erst in dem Augenblick, als dort Braunkohle gefunden worden ist, sind Menschen aus Schlesien und anderen Teilen Ostdeutschlands in die Lausitz gekommen und haben diese Städte zu dem gemacht, was sie sind. Diese Städte sind mit dem Zurückfahren der Produktion von Strom aus Braunkohle nach 1989 wieder geschrumpft. Sie von den Grünen behaupten immer, dass durch den Braunkohletagebau Menschen aus ihren Dörfern vertrieben würden.

(Zuruf des Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE])

Ich will überhaupt nicht bestreiten, dass Umsiedlungen viel Frust auslösen. Ich kann Ihnen aber ganz klar und deutlich sagen: Die meisten Menschen in der Lausitz sind der Meinung, dass die größte Vertreibung in der Lausitz durch die Einstellung zahlreicher Tagebaue und Kokereien in den 90er Jahren stattgefunden hat. Damals sind nämlich Zehntausende arbeitslos geworden und Tausende aus der Lausitz weggegangen, um Arbeit in Bayern, Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen zu suchen.

Es stimmt, da haben Sie Recht, statt 100 000 Menschen, wie noch zu DDR-Zeiten, gibt die Kohle heute mit Zulieferern noch etwa 15 000 Menschen und ihren Familien Arbeit. Aber diese Menschen in der Lausitz haben gute Arbeit und vor allem gut bezahlte Arbeit.

(Frau Hackenschmidt [SPD]: Richtig!)

Die Grünen mit ihrer ständigen Agitation gegen die Braunkohle diffamieren diese Menschen und ihre Familien, ich glaube unbewusst, als „Dinosaurier der Arbeitswelt“.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Jetzt schlägt's aber 13!)

- Das ist so! Sie sagen, es sei eine Produktion von gestern. Dass Sie damit diese Menschen beleidigen, nehmen Sie nicht zur Kenntnis. Lieber Kollege Vogel, ich glaube, Sie merken es nicht einmal. Sie machen vielen Menschen in der Lausitz mit Ihrer Politik Angst. Die große Mehrheit der Menschen in der Lausitz lebt seit vielen Generationen mit und von der Kohle. Sie gibt Ihnen auch heute noch Sicherheit und Wohlstand. Die Kampagne der Grünen gegen die Kohle bedroht aus Sicht dieser Menschen deren Sicherheit und Wohlstand. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Frau Lehmann [SPD]: Genau so ist es!)

Schauen Sie sich doch Ihre Stimmergebnisse in Spremberg an! Schauen Sie sich Ihre Stimmergebnisse in Senftenberg oder Cottbus an! Warum liegen Sie dort weit unter dem Landesdurchschnitt? Die Politik, die Sie vertreten, wird dort schlicht und ergreifend nicht akzeptiert.

(Beifall SPD)

Es gibt aber noch einen Grund, warum wir Sozialdemokraten am Energiemix festhalten. Wir sind überzeugt: Wir brauchen die Braunkohle noch viele Jahre, wenn wir in Brandenburg wie in ganz Deutschland Industrieland bleiben wollen. Wir wollen den Ausstieg aus der Atomkraft. Da wir aber gegenwärtig überhaupt nicht absehen können, wann und zu welchen Kosten wir unsere Probleme bei der Entwicklung von Speichertechnologien für alternative Energien lösen können, wäre es grob fahrlässig, sich vorschnell aus der Braunkohle zu verabschieden. Wer das will, nimmt billigend in Kauf, Deutschland zu deindustrialisieren, auch Brandenburg. Wer das tut, gefährdet den Wohlstand unserer Menschen und unseres Landes insgesamt.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, wir Brandenburger Sozialdemokraten werden diesen von Ihnen vorge schlagenen Weg nicht mitgehen.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Darauf können sich die Menschen in der Lausitz verlassen. Darauf kann sich aber auch die Industrie in Brandenburg verlassen, die darauf angewiesen ist, dass Energie bezahlbar bleibt.

Ich stimme Herrn Dombrowski zu. Wir haben ein großes Problem. Wir haben beispielsweise Papierindustrie in Größenordnungen in diesem Land angesiedelt. Die Personalkosten sind nicht das größte Problem. Das größte Problem für die Papierindustrie sind die Energiekosten. Wenn hoffentlich nach der Bundestagswahl eine andere Bundesregierung da ist und diese nicht möglichst schnell gemeinsam mit den Ländern die Energiewende in den Griff bekommt, werden wir erleben, dass die explodierenden Energiepreise nicht nur die Menschen unglaublich „annervn“, weil sie persönlich diese Kosten tragen müssen. Wir werden auch erleben, dass Industrie aus diesem Land - auch aus Brandenburg - abwandert. Die Papierindustrie ist dramatisch gefährdet. Deshalb müssen wir dort eine vernünftige Politik betreiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den kommenden zwölf Monaten haben wir im Landtag noch genug zu tun. Danach kommen vier Wochen Wahlkampf, in denen wir Gelegenheit haben, nach Herzenslust über die richtigen Wege für Branden-

burg zu streiten. Dann können die Leute klar unterscheiden: Soll es gerecht im Land zugehen? Sollen Kinder aus ärmeren Familien weiterhin eine faire Chance bekommen oder soll das Schüler-BAföG abgeschafft werden? Wollen sie eine Politik der Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit, eine Politik, die mit sozialem Augenmaß den Haushalt in Ordnung bringt, oder eine Politik, die nach dem Wolkenkuckucksheim-Prinzip allen alles verspricht, um am Ende nichts halten zu können? Das sind die Alternativen im nächsten Jahr, die wir deutlich machen werden. Ich bin sicher, dass wir als Sozialdemokraten gemeinsam mit Dietmar Woidke mit unserem Zweiklang von Innovation und Gerechtigkeit überzeugen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in seiner ersten Regierungserklärung 2002 sprach Matthias Platzeck vom Ende der Nachwendezeit. Mit Matthias Platzeck verlässt jetzt ein Mann die Regierung, der seit der Stunde null Brandenburgs dabei war. Mit Dietmar Woidke tritt eine neue Generation in der Führung unseres Landes an.

In vier Monaten ziehen wir gemeinsam in den neuen Landtag, ein Haus - davon bin ich felsenfest überzeugt -, auf das wir stolz sein werden, auch diejenigen, die am Anfang skeptisch waren, ein Haus, von dem ich mir wünsche, dass es allein schon durch sein würdiges Ambiente zu mehr Selbstbewusstsein unseres Parlamentes beitragen wird. Nur neun Monate später, wenn wir dann im neuen Landtag sitzen, werden wir in die nächste Wahlperiode starten.

Mein Eindruck ist - darin muss ich Matthias Platzeck und seiner Regierungserklärung von 2002 leicht widersprechen -: Jetzt ist genau das Ende der Nachwendezeit in Brandenburg gekommen, und die neue Regierung von Dietmar Woidke ist angetreten, um diese Zeit mit offenem Visier und offenem Herzen zu gestalten. Die SPD-Fraktion wird Dietmar Woidke und seine Regierungsmannschaft dabei mit aller Kraft unterstützen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält die FDP-Fraktion. Herr Büttner, bitte.

Büttner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zu meiner eigentlichen Rede komme, zwei Bemerkungen, da der Herr Ministerpräsident und der Kollege Dombrowski auf die Situation im Nahen Osten bzw. in Syrien eingegangen sind. Als jemand, der regelmäßig in dieser Region ist und der in wenigen Wochen wieder dorthin fliegt, sage ich Ihnen: Egal, was wir tun, egal, welche Entscheidungen getroffen werden - nachhaltige Stabilität gibt es in Syrien und in der gesamten Region nur mit einer politischen und keiner anderen Lösung.

(Beifall FDP, SPD und DIE LINKE)

Es ist natürlich unsere Aufgabe, da, wo wir können, im Rahmen unserer Verantwortung einen Flächenbrand in der Region - der im Übrigen auch die Sicherheit Israels gefährdet - zu verhindern. Tatkräftige Hilfe, Herr Kollege Dombrowski, besteht

unter anderem darin, dass wir diejenigen, die als Flüchtlinge in unser Land kommen, aufnehmen. Das geschieht in Brandenburg auch, und einen Abschiebestopp gibt es glücklicherweise ohnehin.

Eine zweite Bemerkung: Sehr geehrter Herr Kollege Platzeck, bei allen politischen Unterschieden, auch den politischen Gräben, die uns trennen - es wird sich nicht ändern, dass wir zu unterschiedlichen politischen Bewertungen kommen -, danke ich Ihnen als Vorsitzender meiner Fraktion für Ihre Arbeit in allen fünf Landesregierungen und den in den letzten 23 Jahren in diesem Land geleisteten Dienst. Das verdient Anerkennung und Respekt. Vielen Dank dafür!

(Beifall FDP, SPD und DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Aber, meine Damen und Herren, ich komme wieder zum politischen Tagesgeschäft. Herr Ministerpräsident, ich habe gestern auf facebook gesehen, dass Sie plakätieren: „Der Neue“.

(Frau Lehmann [SPD]: Plakatieren? Nein!)

- Zumindest haben Sie es auf dem Plakat: „Der Neue“.

Dann habe ich mir gedacht: Naja, „der Neue“ wird ja dann auch mal etwas Neues sagen.

(Frau Alter [SPD]: Hat er doch! Genau!)

Da werden ja vermutlich auch neue Ideen kommen, Innovationen, Sprühkraft, ein Ruck geht durch dieses Land.

Herr Ministerpräsident, neu ist nichts. Ich muss Ihnen sagen: Ihre Regierungserklärung finde ich fast merkwürdig passiv, bemerkenswert zurückhaltend und außerordentlich lustlos für dieses Land. Ich habe mir mehr erwartet, Herr Ministerpräsident.

(Beifall FDP - Unmut bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Für eine Regierungserklärung nach einem Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten ist das schlichtweg zu wenig. Und es ist auch zu wenig, um unser Land bis zur Landtagswahl 2014 zu führen. Da erwarten wir als Liberale deutlich mehr, Herr Ministerpräsident.

Herr Kollege Ness, ich habe mich eigentlich auf diese Auseinandersetzung mit Ihnen gefreut, auch wenn Sie es noch nicht ganz geschafft haben, von der Rolle des Generalsekretärs in die des Fraktionsvorsitzenden zu wechseln.

(Beifall FDP und B90/GRÜNE)

Ich will Ihnen gleich zu Beginn sagen: Das, was Sie hier eben betrieben haben, war unterste politische Schublade.

(Beifall FDP, CDU und B90/GRÜNE)

Herr Kollege Ness, Sie sollten wissen: Der „Aufbau Ost“ ist vertraglich zugesichert, und der Bund wird bis zum Jahr 2019 mehr als 30 Milliarden Euro in den „Aufbau Ost“ geben. Ich erinnere daran, dass die Bundesregierung erst vor Kurzem

500 Millionen Euro mehr für Innovationen in den „Aufbau Ost“ gegeben hat, um den Transfer von den Universitäten in die Wirtschaft zu unterstützen.

(Zurufe von der SPD)

Diese Mittel werden durch den Solidaritätszuschlag deutlich mehr als gedeckt. Deshalb ist dessen Abschaffung richtig; das entlastet die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land. Ich komme später gern weiter auf die Finanzpolitik zu sprechen. Aber, Herr Kollege Ness, das war wirklich unter aller Kanone von Ihnen.

(Beifall FDP und B90/GRÜNE - Widerspruch bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Brandenburg steht vor großen Herausforderungen. Das Land muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren, um handlungsfähig zu sein und zu bleiben, gerade vor dem Hintergrund der sinkenden Finanzzuweisungen sowie der Schuldenbremse. Deshalb gilt es, sich zu konzentrieren und Prioritäten wirklich zu setzen und nicht nur zu verkünden, dass man sie setzen möchte.

Daher muss Brandenburg ein Land guter Bildung sein. Das Chaos, das wir in der Bildungspolitik in diesem Land erleben, ist grotesk. Herr Kollege Ness, was das angeht, möchte ich gleich noch auf Sie eingehen und versuchen, Ihnen einen Unterschied zu erklären. Gegenwärtig haben wir das vermutlich am schlechtesten geführte Bildungsministerium in der Geschichte dieses Landes seit 1990.

(Beifall FDP)

Was haben wir denn in den vergangenen Jahren in Ihrer Regierungszeit erlebt? Wir haben mit Ihren Attacken gegen die freien Schulen einen Angriff auf die vielfältige Bildungslandschaft und die Schulvielfalt in unserem Land erlebt. Sie handeln nach dem „Schneewittcheneffekt“: Alles, was schöner ist als ich, muss beseitigt werden. - Genau das war das Ziel Ihrer Maßnahme, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Deshalb gibt es die Klage vor dem Landesverfassungsgericht.

(Zurufe der Abgeordneten Große und Wehlan [DIE LINKE])

In allen Umfragen und allen Vergleichsstudien, die es gibt, im „Bildungsmonitor 2012“ der INSM und des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln, ist Brandenburg unter den Schlusslichtern. Im „Bildungsmonitor 2011“ liegen wir bereits auf Platz 13. Beim IQB-Ländervergleich 2011 liegen die Ergebnisse aus Brandenburg in allen Tests teilweise weit unter dem Bundesdurchschnitt. Deshalb ist Ihr Vergleich mit Sachsen ziemlich absurd, Herr Kollege Ness. Sachsen steht bei PISA auf Platz 1, und die Kritik an Sachsen ist schlichtweg Unfug.

(Beifall FDP - Zuruf des Abgeordneten Ness [SPD])

Gute Bildung ist die Voraussetzung für den Aufstieg in unserer Gesellschaft. Deshalb ist es richtig, dass, wenn ein Land die Kernaufgabe Bildung hat, in diese auch vernünftig investiert wird. Die Kita-politischen Initiativen dieser Landesregierung haben 2010 ein Ende gefunden, und ich finde es fast schon lustig, Herr Kollege Ness, dass Sie auf diesen Kita-Personal-

schlüssel noch einmal so deutlich eingegangen sind, der uns - ich wiederhole es gern - im bundesweiten Vergleich von Platz 16 auf Platz 16 katapultiert hat. Herr Kollege Ness, das ist doch nicht wirklich das, was Sie für dieses Land erreichen wollen. Bei dieser Gelegenheit erkläre ich Ihnen nachher gern auch noch einmal den Unterschied zwischen Betreuungsquote und Betreuungsschlüssel, denn das haben Sie wohl etwas verwechselt.

(Beifall FDP und B90/GRÜNE)

Auch bei den Lehrereinstellungen streuen Sie den Menschen in diesem Land Sand in die Augen. Wir haben 2 000 Lehrer eingestellt, das ist richtig. Wir haben Abgänge von 2 908 Lehrern - sie verlassen den Schuldienst - bei leicht steigenden Schülerzahlen. Dabei ist die Inklusion überhaupt noch nicht eingerechnet, sondern nur das Halten der Schüler-Lehrer-Relation. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass Inklusion für Sie offensichtlich doch nur ein Einsparmodell ist, und das wird es mit uns nicht geben, meine Damen und Herren.

Dennoch haben wir einen hohen Unterrichtsausfall. Wir haben den geringsten planmäßig erteilten Unterricht seit Einführung der Statistik. Frau Ministerin, ein aktuelles Beispiel aus dem Oberstufenzentrum Uckermark: In der Erzieherausbildung ist gerade - gestern - ein gesamtes Unterrichtsfach für dieses Schuljahr gestrichen worden, da es schlicht keine ausreichende Lehreranzahl an dieser Schule gibt und das Staatliche Schulamt sagt, es werde auch keine Möglichkeit geben, einen Lehrer dorthin zu versetzen. Das sind keine Einzelbeispiele, sondern es ist ein Trend, der durch das gesamte Land geht.

Deswegen fordere ich Sie auf, endlich zu erkennen, dass dieser Unterrichtsausfall ein gravierendes Problem in diesem Land ist, endlich zu erkennen, dass wir mit dieser Art der Bildungspolitik nicht weitermachen können, sondern in der Bildungspolitik umzusteuern haben. Frau Ministerin Münch, Sie haben Ihr Haus nicht im Griff.

(Beifall FDP und CDU)

Deswegen, Herr Ministerpräsident, bin ich ein bisschen überrascht gewesen - fast positiv überrascht -, dass Sie gesagt haben, Sie wollen die Vertretungsreserve um 50 % erhöhen. Das ist richtig. Es ist endlich ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir als Liberale, als Freie Demokraten haben Ihnen jahrelang - jahrelang! - die Erhöhung der Vertretungsreserve vorgeschlagen. Wir haben diesen Vorschlag mit mehreren Anträgen - oft, Herr Kollege Dombrowski, auch gemeinsam mit Ihnen, mit der CDU, gemeinsam mit den Grünen - hier in den Landtag eingebracht. Das, was wir immer von Ihrer Bildungsministerin gehört haben, war: Die Erhöhung der Vertretungsreserve ändert überhaupt nichts an dem Unterrichtsausfall. - Ich freue mich, dass es endlich bei Ihnen als Ministerpräsident die Erkenntnis gibt, dass es anders ist und Sie die Vertretungsreserve erhöhen wollen - ein Stück weit erhöhen wollen -, um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen.

(Frau Lehmann [SPD]: Also doch was Neues!)

Ich hoffe, Sie haben es auch Ministerin Münch erklärt, damit es am Ende auch durchgesetzt wird.

(Vereinzelt Beifall FDP und CDU)

Das Problem ist nur: Das ist zwar eine richtige Erkenntnis, aber wir haben einen deutlich höheren Krankenstand. Wir als FDP-Fraktion haben Ihnen ein Konzept gegen Unterrichtsausfall vorgelegt. Die Erhöhung - ich habe es gesagt - der Vertretungsreserve wurde abgelehnt. Es geht aber auch um mehr. Es geht um die Einführung eines Gesundheitsmanagements, um die Möglichkeit, dass ältere Lehrer in den Schuldienst hineingehen, verstärkt hineingehen, um den Unterrichtsausfall auch einmal spontan abdecken zu können. Denn wir wissen natürlich: Wir werden Unterrichtsausfall nie auf null herunterdrücken können, sondern er wird immer da sein, weil immer mal jemand krank wird. Wenn sich das häuft, ist der Unterrichtsausfall auch höher.

Aber, meine Damen und Herren, die Konzeption dieser Landesregierung in der Bildungspolitik ist schlichtweg falsch. Wenn wir hier nicht umsteuern, verlieren wir einen Teil unserer Generation. Das sehen wir an den hohen, mit 8 % immer noch viel zu hohen Schulabbrecherzahlen in diesem Land. Hier muss dringend mehr Individualität hinein, hier muss umgesteuert werden.

Herr Ministerpräsident, ich zitiere Sie:

„Auch der Weg, in Wissenschaft und Forschung zu investieren, war und ist richtig. Wir haben heute eine erfolgreiche Hochschullandschaft.“

Herr Ministerpräsident, was meinen Sie? Meinen Sie den Griff in die Rücklagen der Hochschulen, bei denen Sie 10 Millionen Euro, also 25 %, den Rücklagen der Hochschulen entnommen haben? Oder meinen Sie die schlechteste Hochschulfinanzierung mit 167 Euro je Einwohner im Jahr? - Für die Hochschulen ist das mit Abstand der niedrigste Wert in ganz Deutschland.

Meine Damen und Herren, Forschung und Innovation sind die Grundlage für eine innovative Wirtschaft. Deswegen fordern wir Sie auf - wir haben Ihnen das hier als FDP-Fraktion schon oft genug vorgelegt -: Investieren Sie in Forschung, investieren Sie in Innovation, investieren Sie in die Hochschulen, und nehmen Sie den Hochschulen nicht das Geld weg! Das benötigen die Hochschulen, um weitere Projekte zu fördern.

Wenn Sie an der Stelle umsteuern wollen, Herr Ministerpräsident, dann haben Sie unsere Unterstützung.

(Frau Melior [SPD]: 5 % pro Jahr mehr pro Jahr?)

Mit der schlechtesten Hochschulfinanzierung, Frau Kollegin Melior, werden wir dieses Land nicht nach vorn bringen.

(Vereinzelt Beifall FDP - Frau Melior [SPD]: Das ist nicht der aktuelle Stand!)

Meine Damen und Herren, Brandenburg muss ein wirtschaftlich stabiles Land sein. Die wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs hängt natürlich auch von einer guten Infrastruktur ab. Deswegen benötigen wir gute Straßen. Wir benötigen gute Schienen. Wir benötigen gut ausgebaute Wasserstraßen. Das ist nicht etwas, was das Land allein bewerkstelligen kann.

Herr Kollege Bischoff, zum Beispiel der Ausbau der Hohenstaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße ist unabdingbar notwen-

dig - er steht auch im Bedarfsplan des Bundes, sodass der Ausbau auch kommen wird -, um zum Beispiel für Ihre Region, für unsere gemeinsame Region eine Anbindung des Hafens Schwedt an den Ostseeraum zu erreichen. Wir werden das nicht allein stemmen können, aber das Land Brandenburg muss natürlich seinen Beitrag dazu leisten.

Seit 2010 ist der Etat für Straßenbau kontinuierlich zurückgefahren worden. Die Landesregierung stellt zu wenig finanzielle Mittel für den Erhalt der 9 400 km Bundes- und Landesstraßen bereit; im Bereich der Bundesstraßen sind es die Planungsmittel.

Herr Minister Vogelsänger, ich muss Ihnen das auch vorhalten: Sie haben sich schlichtweg nicht durchsetzen können beim Finanzminister. Deswegen ist das, was wir auch gestern diskutiert haben - wir brauchen eigentlich 60 Millionen Euro für den Erhalt unserer Landesstraßen, haben aber überhaupt nur etwa 10 %, also 6 Millionen Euro, zur Verfügung -, eine wirtschaftspolitische Katastrophe für unser Land; ich will es so deutlich formulieren. Wir vernichten hier mit dieser Politik volkswirtschaftliches Eigentum. Deswegen hoffe ich, dass Sie sich doch irgendwann einmal beim Finanzminister durchsetzen können. Denn neben guter Bildung ist auch dies eine Voraussetzung für eine wachsende Wirtschaft.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, natürlich gehört zu einer gut ausgebauten Wirtschaft, gehört zu einem innovativen Land auch eine gute Breitbandversorgung. Ich erinnere daran, dass 2008 von Ministerpräsident Platzeck versprochen wurde - ich kann mich gut daran erinnern; es war ja gerade Kommunalwahlkampf, Herr Platzeck -: Bis Ende 2009 sind alle weißen Flecken im Land Brandenburg verschwunden.

Das haben Sie „toll“ hingekriegt. Ich kenne ganz viele weiße Flecken. Immer, wenn ich durch die Gegend fahre, sagen mir überall, wohin ich komme, die Unternehmer: Wir haben kein vernünftig ausgebautes Internet. - Wenn man natürlich von einer Tausender-Leitung spricht - so haben Sie es damals wahrscheinlich gemeint -, dann haben wir eine ganz gute Abdeckung. Das ist aber nicht der Standard. Wir brauchen dringend den Ausbau des schnellen Internets in Brandenburg, um uns wirtschaftlich nicht abzukoppeln. Die Unternehmen brauchen die schnelle Internetverbindung. Wir brauchen eine gute Breitbandversorgung.

Auch das im Infrastrukturministerium liegende Entwicklungskonzept „Brandenburg- Glasfaser 2020“

(Domres [DIE LINKE]: Im Wirtschaftsministerium!)

wird das nicht umsetzen können. Aus den Ministerien hören wir bereits, dass die ländlichen Räume nicht ausreichend erreicht werden können. Meine Damen und Herren, das ist ein Standortnachteil für das Land Brandenburg. Wir brauchen eine Förderung des Ausbaus des schnellen Internets in ganz Brandenburg für die Wirtschaft, aber natürlich auch für jeden einzelnen Haushalt in diesem Land.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Das sollte doch der Markt regeln!)

Infrastruktur ist ein prioritäres Thema. Im Übrigen, Herr Ministerpräsident, haben Sie das in Ihrer Regierungserklärung vorsichtshalber ausgelassen - mit Ausnahme des Pannenflughafens BER. Herr Ministerpräsident, mit der Berufung von Herrn Staatssekretär Bretschneider haben Sie es verpasst, einen Experten für Flughafenbau in den Aufsichtsrat zu berufen. Bei all dem, was man Herrn Bretschneider auch positiv unterstellen mag: Er ist eben auch wieder ein Politiker. Der Aufsichtsrat muss endlich von der Dominanz der Politik befreit werden. Einen anderen Weg wird es für den Aufsichtsrat nicht geben.

(Vereinzelt Beifall FDP, CDU sowie B90/GRÜNE)

Vor allem, meine Damen und Herren: Der Flughafen muss endlich an den Start gehen. Wir benötigen ihn dringend - da stimme ich Ihnen zu - für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in unserer Region.

Ich war etwas überrascht über die Worte, die Sie gefunden haben - schon sehr zurückhaltend - zum Thema Nachtflugverbot. Ich sage es hier noch einmal ganz deutlich: Ich persönlich bin gegen ein Nachtflugverbot für die Zeit von 22 bis 6 Uhr.

(Beifall FDP)

Aber ich sage das auch sehr deutlich, und ich habe das immer gesagt. Ich stehe zu meiner Meinung. Aber das ist eben ehrlich. Herr Platzeck, Sie haben in Ihrer Zeit als Ministerpräsident immer versprochen: Es wird ein Nachtflugverbot für die Zeit von 22 bis 6 Uhr geben.

Herr Ministerpräsident Woidke, Sie sind hier ja schon deutlich zurückhaltender. Es gibt eben noch andere, die in diesem Aufsichtsrat sind. Es gibt eben noch andere, die Gesellschafter sind, und die sehen das anders. Deswegen: Versprechen Sie den Menschen in diesem Land nichts, was Sie am Ende nicht halten können, sondern setzen Sie es um!

Noch einmal: Ich persönlich bin dagegen. Sie aber versprechen etwas, was Sie nicht halten können. Und das, Herr Ministerpräsident, ist schlichtweg unredlich.

Herr Ministerpräsident, Brandenburg muss ein Land für alle Regionen sein. Sie haben mehrfach auf die Bedeutung der Einheit des Landes hingewiesen und darauf, dass sich alle Regionen des Landes entwickeln müssen und sollen. Das entspricht natürlich dem Grundsatz in unserer Landesverfassung, und in diesem Ziel unterstützen wir Sie.

Richtig ist: Alle Menschen in Brandenburg sollen eine Chance haben. Richtig ist jedoch auch, dass die Landesregierung bei der Entwicklung der ländlichen Räume hinderlich ist. Wir haben im ländlichen Raum bzw. in der Fläche den Abzug von Einrichtungen. Ich spreche hier das Finanzamt Angermünde an, Herr Minister Markov, und das Landesjugendamt in Bernau, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Auch da ist Infrastruktur wieder ein Thema: Mobilität im ländlichen Raum muss gewährleistet sein. Der öffentliche Personennahverkehr in Brandenburg ist jedoch kritisch unterfinanziert, weshalb Zugverbindungen ausgedünnt und Buslinien eingestellt werden.

Meine Damen und Herren, der sozialdemokratische Landrat der Uckermark - im Übrigen Ihr ehemaliger Staatssekretär, Herr

Ministerpräsident - bemängelt in einer Stellungnahme an diesen Landtag, dass die Landesregierung nichts für die ländlichen Räume unternehme, sondern lediglich die kommunale Ebene und der Bund sich kümmern. Aus diesem Grund ist der Landkreis Uckermark im Bundesprogramm „LandZukunft“.

Das von Ihnen, Herr Ministerpräsident, angesprochene und zu Recht gelobte Kombiprojekt ist ein vom Bund bzw. vom Bundesinnenministerium finanziertes Projekt. Insofern bin ich gespannt, wie Sie die ländlichen Räume stärken wollen.

Herr Platzeck, ich freue mich persönlich, dass Sie in der Uckermark vertreten sind. Ich hoffe, Sie setzen sich auch für diese Region ein und erkennen, dass Ihre Landesregierung und Sie als Mitglied der Koalitionsfraktionen sich stärker für die ländlichen Räume einsetzen müssen.

Herr Ministerpräsident, ich erwarte von Ihnen eine Strategie für die ländlichen Räume. Wenn sich die Regionen nicht auseinanderentwickeln sollen, dann muss es eine vernünftige und nachhaltige Strategie geben, wie es nicht zu einem Auseinanderleben der Regionen kommt. Das haben Sie in Ihrer Regierungserklärung vorsichtshalber ausgelassen, wie Sie in Ihrer Regierungserklärung so furchtbar viele lose Enden hatten und so furchtbar viel ausgelassen haben.

(Beifall FDP)

Wir als FDP sagen zudem konkret: Auch in Zukunft muss Mobilität bezahlbar sein. Insofern lehnen wir die Abschaffung der Pendlerpauschale oder höhere Belastungen für die Bürger ab.

Meine Damen und Herren, auch in der Umwelt- und Gesundheitspolitik hat dieses Land völlig den Kompass verloren. Frau Ministerin Tack hat ihr Ministerium nicht im Griff, sie ist Spielball der Abteilungsleiter und hat seit Beginn ihrer Amtszeit nicht verstanden, dem Haus eine politische Richtung zu geben.

(Beifall FDP)

Bei klaren, teils mit überfraktioneller Mehrheit getroffenen Beschlüssen des Landtages, etwa zur Agrarpolitik oder zur Fischereiwirtschaft, verweigert sie die Mitwirkung oder die Umsetzung und beschäftigt sich stattdessen mit ebenso kostspieligen wie auch überflüssigen Spielwiesen, etwa mit der Erstellung der sogenannten Nachhaltigkeitsstrategie.

(Beyer [FDP]: Überflüssig, genau!)

Zentrale Herausforderungen - zum Beispiel die Novellierung des Wasser- und des Naturschutzgesetzes, die Reform der Wasser- und Bodenverbände, die Reform der Naturschutzverwaltung, die Verbesserung der medizinischen Versorgung - wurden nur halbherzig angegangen, zum Teil schlichtweg verdrängt oder - im wahrsten Sinne des Wortes - in den Sand gesetzt.

(Beyer [FDP]: Genau! - Beifall FDP)

Jüngstes Beispiel dafür ist die Novelle des Wassergesetzes, mit der man sich innerhalb von zwei Jahren nun zum zweiten Mal befassen muss, weil man sich bei der ersten Novelle nicht über die Rechtsfolgen im Klaren war, die nun zu einer Umsatzsteuerpflicht der Unterhaltungsverbände führt.

Frau Ministerin Tack, Sie eilen von einer Blamage zur nächsten. Sowohl fachlich als auch politisch sind Sie schlichtweg ungeeignet für dieses Ministerium und ein Mühlstein am Hals der Landesregierung.

(Beifall FDP)

Herr Ministerpräsident, einer der größten Vorwürfe, den ich Ihnen mache bzw. den meine Fraktion Ihnen macht, ist, dass Sie gestern die Chance verpasst haben, eine Kabinettsumbildung durchzuführen und insbesondere die Gesundheits- und Umweltministerin sowie die Bildungsministerin zu entlassen und dafür neue Minister zu berufen - für einen Neuanfang in diesem Land.

Meine Damen und Herren, Brandenburg muss ein Land der Energie sein. Brandenburg ist ein Energieexportland und hat auch eine Energieversorgerfunktion. Das bedeutet: Brandenburg muss in der Lage sein, so viel Energie zu produzieren, dass es auch Berlin mit dessen begrenzten Möglichkeiten zum Ausbau der erneuerbaren Energien komplett versorgen kann.

Als Stromexporteur für die südlichen Bundesländer wird die Bedeutung Brandenburgs angesichts der guten wirtschaftlichen Entwicklung künftig weiter steigen und dem Land dauerhaft eine strategisch wichtige Versorgerfunktion innerhalb der Bundesrepublik zuweisen.

In der Tatsache, dass die Bundesrepublik energiepolitisch betrachtet in drei Regionen gegliedert werden kann, liegen erhebliche wirtschaftspolitische Chancen. Im Süden des Landes wird gegenwärtig deutlich weniger Energie bereitgestellt, als verbraucherseitig abgefordert wird, während der Norden deutliche Energieüberschüsse aufzuweisen hat. Lediglich Mitteldeutschland hat energetisch eine in Grenzen ausgeglichene Energiebilanz vorzuweisen.

In der bisherigen Energiepolitik führt dies zur lediglich gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderung, dass die Leitungskapazitäten demgemäß auszubauen seien, um den Transport der Energie von Nord nach Süd zu gewährleisten. Genauso richtig wie diese Forderung auch sein mag, ist es zugleich offensichtlich, dass es neben diesem Aspekt auch dazu kommen muss, Betriebe mit erhöhtem Energieverbrauch verstärkt dort anzusiedeln, wo es aufgrund des Aufbaus der regenerativen Energieträger zu Überschüssen kommt und weiterhin kommen wird.

Die Energiestrategie des Landes, auf die Sie, Herr Ministerpräsident, eingegangen sind, benötigt daher einen deutlicheren wirtschaftspolitischen Anstrich. Sie muss die Ansiedlungspolitik von Betrieben mit erhöhtem Energieverbrauch des energieintensiven Mittelstands in den Fokus stellen.

Einig, Herr Ministerpräsident, sind wir uns in der Bewertung der Braunkohle: Wir benötigen die Braunkohle weiterhin als Brückentechnologie bis in das Zeitalter der erneuerbaren Energien. Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, aber behaupten, dass die Energiewende im Bund gescheitert sei, dann will ich Ihnen eines sagen: Wir müssen insbesondere unseren Energieverbrauch senken. Das ist eine der Möglichkeiten, die wir haben, um die Energiewende zu gestalten.

Herr Ministerpräsident, seit dem Jahr 2012 liegt das Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen

im Bundesrat. Dessen Umsetzung ist auch an der Verweigerungshaltung Brandenburgs gescheitert. Insofern fordere ich Sie, Herr Ministerpräsident, auf, an dieser Stelle umzuschwenken und dem Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen im Bundesrat nach der Bundestagswahl und nach der Fortsetzung der gegenwärtigen Bundesregierung zuzustimmen.

(Ministerpräsident Dr. Woidke: Dann wird die Energiewende gelingen?!)

Meine Damen und Herren, Brandenburg muss ein sicheres Land sein; das haben auch Sie, Herr Ministerpräsident, zu Recht gesagt. Die Bürger haben ein Recht auf ein sicheres Land. Das ist auch Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung. Aber die Menschen - Sie, Herr Ministerpräsident, wissen das; denn Sie wohnen in einer Grenzregion - fühlen sich gegenwärtig nicht sicher. Sie, Herr Platzeck, wissen das auch; denn wir waren gemeinsam in der Uckermark und haben mit den Unternehmern und den Landwirten vor Ort gesprochen.

Insofern reicht es nicht, Hundertschaften an die Grenze zu schicken. Vielmehr muss es eine dauerhafte Lösung geben, die Sie jedoch nicht haben. Sie haben diese dauerhafte Lösung nicht.

(Frau Stark [SPD]: Haben Sie denn eine?)

Aus diesem Grund brauchen wir ein langfristiges und tragfähiges Konzept im Bereich der Grenzkriminalität.

Ihre Polizeireform senkt die Motivation bei den Polizeibeamten in Brandenburg. Die gegenwärtig zu geringen Ausbildungszahlen erreichen nicht einmal die Personalbedarfszahlen, die Sie erreichen wollen.

Herr Innenminister, steuern Sie um! Ihr jetziger Ministerpräsident ist Ihr Amtsvorgänger, weshalb er sich besonders mit diesem Thema auskennen muss. Wie wollen Sie denn Motivation erreichen? Wie wollen Sie Motivation erreichen, wenn Sie die Beamten durchschnittlich 15 Jahre lang auf eine Beförderung warten lassen? - Das führt zu Demotivation. Das funktioniert nicht, Herr Ministerpräsident und Herr Innenminister. Das ist ein falscher Ansatz in der Innenpolitik. Diesen Weg gehen wir mit Ihnen nicht mit.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, Brandenburg muss ein Land der Chancen für alle sein. Aufstiegschancen für alle - das erfordert gute Bildungspolitik und gute Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitsmarktprogramme in diesem Land müssen gestrafft werden. Herr Minister Baaske, an dieser Stelle fordere ich Sie dringend auf, die Mittel aus dem Regionalbudget bei den Landkreisen zu belassen und nicht in Ihrem Ministerium zu verorten.

Herr Ministerpräsident und Herr Ness, wir sind völlig unterschiedlicher Auffassung in der Frage des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge. Das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge ist nicht positiv für unser Land, sondern bedeutet mehr staatliche Intervention. Diesen Weg werden wir mit Ihnen nicht gehen. Das ist mit uns nicht möglich.

Des Weiteren ist das Vergabegesetz bürokratischer Unfug und ein weiterer staatlicher Eingriff in das freie Unternehmertum. Diese beiden Gesetze sind schlichtweg falsch.

(Oh! bei der SPD)

Sie, meine Damen und Herren, setzen damit die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft außer Kraft.

(Beifall FDP - Zuruf der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Die Folge ist die Verdrängung von Privatunternehmen, Frau Mächtig, von einem für sie wichtigen Marktsegment. Mittelfristig führt dies zu einem Rückgang des Steueraufkommens. Die Folge dessen werden Monopolisierung einzelner Leistungen und Preissteigerungen für die Bürger aufgrund fehlenden Wettbewerbs sein.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, Brandenburg muss ein Land mit soliden Finanzen sein. Herr Kollege Ness, Ihr Vergleich mit dem Bund war wirklich Quark - da wäre ich ein bisschen vorsichtiger gewesen. Erstens haben wir deutlich weniger Schulden aufgenommen als Ihr damaliger Finanzminister - man sieht ihn nicht so oft; es soll Ihr jetziger Kanzlerkandidat Peer Steinbrück sein - in der mittelfristigen Finanzplanung geplant hatte.

Die Bundesregierung legt einen strukturell ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2014 vor. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik sind Ausgaben und Neuverschuldung am Ende der Wahlperiode geringer als am Anfang. 2015 wird im Bund mit der Schuldentilgung begonnen - das ist konsequente Konsolidierungspolitik. Herr Ness, wann fangen Sie in Brandenburg an, die Schulden zu tilgen?

(Beifall FDP - Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE: Lächerlich!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, dass Sie keine neuen Schulden mehr aufgenommen hätten. Aber welche Risiken liegen im Haushalt? Ich bin gespannt auf den Nachtragshaushalt, den der Finanzminister im November vorlegen will. Wie wollen Sie das mit dem Flughafen BER weiter umsetzen? Die Risiken bekommen wir bisher überhaupt nicht mitgeteilt. Sagen Sie doch ehrlich, welche Risiken noch im Haushalt liegen!

(Beifall FDP)

Herr Ministerpräsident, ich glaube Ihnen an dieser Stelle nicht ein Wort. Sie haben kein Konzept, wie Sie künftig Schulden zurückzahlen wollen. Das fordert meine Fraktion, und so macht es das von Ihnen beiden gescholtene Sachsen seit vielen Jahren - das ist der Unterschied zwischen vernünftiger Haushaltspolitik von Schwarz-Gelb in Sachsen und Haushaltspolitik von Rot-Rot in Brandenburg.

(Beifall FDP und CDU)

Warum haben Sie keine neuen Schulden aufgenommen? Wegen massiver Steuermehreinnahmen! Und diese sind der guten konjunkturellen Lage und den politischen Voraussetzungen durch die Bundesregierung zu verdanken; Brandenburg hat wirklich nicht viel dafür getan.

(Bischoff [SPD]: Wo arbeiten denn die Leute?)

Herr Kollege Ness, Sie blenden auch aus, dass die Bundesregierung 21,7 Milliarden Euro im ESM und 22 Milliarden Euro Zusatzleistung für Länder und Kommunen bereitgestellt hat, von denen das Land Brandenburg profitiert.

Es gibt in Brandenburg viel zu tun. Herr Ministerpräsident, ich glaube nicht, dass Ihre Regierung in der Lage ist, diese Probleme anzugehen. Das haben Sie in den letzten vier Jahren bewiesen. Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, dass Sie alle mitnehmen wollen. - Sie haben uns nicht gesagt, wohin; das ist offengeblieben.

(Heiterkeit und Beifall FDP und CDU)

Wollen Sie uns in den Schuldenstaat mitnehmen, in den Umverteilungsstaat, in den Bevormundungsstaat? Dahin wollen wir nicht mitkommen.

(Frau Lehmann [SPD]: Sie sind ja bei 3 %!)

- Ihnen wird das Lachen nach solchen Aussagen noch vergehen, Frau Lehmann!

(Frau Lehmann [SPD]: War das eine Drohung?)

- Vielleicht sollten Sie sich einmal ein wenig zurücknehmen, Frau Lehmann.

Wir wollen eine soziale Marktwirtschaft mit sicheren Arbeitsplätzen im Mittelstand. Wir wollen eine offene, freie, tolerante Gesellschaft in Brandenburg. Wir wollen einen gesunden, handlungsfähigen Staat, der seine Kraft aus der Bescheidenheit schöpft. Zu all dem haben wir nichts gehört, Herr Ministerpräsident. Deshalb, Herr Woidke: Brandenburg ist ein soziales Land und soll es bleiben. Aber Brandenburg braucht dringend mehr liberale Impulse. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Büttner. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE fort; Herr Abgeordneter Görke hat das Wort.

Görke (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie zu Beginn auch der Linksfraktion einige Sätze zum Syrienkonflikt: Die Linksfraktion fühlt sich bei den Vorrednern in der Bewertung durchaus aufgehoben. Für uns - das war schon immer so - sind Krieg oder Luftangriffe keine Lösung eines Problems,

(Beifall DIE LINKE)

sondern vergrößern menschliches Elend. Politik muss gerade jetzt das Primat haben;

(Frau von Halem [B90/GRÜNE]: Wie wollen Sie das machen?)

ich glaube, darin sind wir übereingekommen.

Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, ich trete als vierter Mann ans Rednerpult, und es kommt ja wohl noch einer. Doch keine Sorge: Was ich hier zu sagen habe, ist mit den Frauen meiner Fraktion besprochen. Ich bin froh darüber, dass sie ein gewichtiges Wort mitzureden haben, denn - davon bin ich überzeugt - die Zukunft Brandenburgs ist weiblich!

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Beginn drei klare Sätze: Erstens möchte ich Matthias Platzeck nochmals Respekt und Dank aussprechen. Zweitens wünsche ich Dietmar Woidke im neuen Amt eine weiterhin gute Zusammenarbeit, ein weiterhin gutes Miteinander. Und drittens, liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger: Diese Koalition arbeitet erfolgreich weiter!

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

An Sie, meine Damen und Herren der Opposition, noch ein vierter Satz: Hüten Sie sich vor Übertreibungen! Sie haben vor einigen Tagen - mit Bekanntwerden der Entscheidung - versucht, den Wechsel des Ministerpräsidenten zu einer Schicksalsstunde, einem Wendepunkt des Landes hochzustilisieren, zu einem Zusammenbruch der Koalition, zum Ende einer ach so schrecklichen Zeit, die über Brandenburg gekommen sei.

(Bretz [CDU]: Von Ihnen haben wir gar nichts gehört!)

- Herr Kollege Bretz, der Ministerpräsident ist aus dem Amt geschieden, weil er auf seine Gesundheit achten muss, und nicht, weil ihm die Geschicke eines kranken Landes aus den Händen geglitten wären.

Im Gegenteil, Brandenburg ist gesund und kräftig. Herr Dombrowski, 2012 sind wir das Bundesland mit der dynamischsten Wirtschaftsentwicklung geworden und haben sogar Bayern hinter uns gelassen.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD - Gelächter bei der CDU)

So viel zu Ihrer Behauptung, wir seien wirtschaftsfeindlich. Merken Sie noch etwas?

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat bei aller positiven Bilanz deutlich gemacht, dass es keinen Anlass gibt, die Hände in den Schoß zu legen. Das sehen wir genauso und setzen deswegen unsere Arbeit konsequent fort. Die rot-rote Koalition hat das Land allen Unkenrufen zum Trotz für die kommenden Herausforderungen fit gemacht. Den Koalitionsvertrag haben wir mit „Gemeinsinn und Erneuerung“ überschrieben. In der Praxis heißt das: Wir haben weiteren Menschen eine Chance gegeben, sich in das gemeinsame Leben in Brandenburg einzubringen. Momentan haben 2 200 ehemalige Hartz-IV-Empfänger die Chance auf eine überjährige öffentli-

che Beschäftigung, Asylbewerber können sich freier im Land bewegen und benachteiligte Kinder mit anderen Kindern gemeinsam lernen. Reiche Kommunen helfen künftig ärmeren Kommunen, Krankenhäuser und Amtsgerichte haben in der Fläche des Landes eine Zukunft. Das verstehen wir unter Gemeinsinn.

(Beifall DIE LINKE)

Zugleich haben wir uns auf den Weg der Erneuerung des Landes gemacht. Wir haben Neuland betreten, indem wir neue Weichen in der Wirtschaftspolitik und -förderung gesetzt und die jahrelange, auch von Ihnen zu verantwortende Politik des Schuldenmachens gestoppt haben. Wir haben den Brandenburgerinnen und Brandenburgern neue Perspektiven im eigenen Land gegeben. Wir kümmern uns um Einheimische, Rückkehrer und Neu-Brandenburger gleichermaßen.

Wir haben Neues gewagt, indem wir in Brandenburg mutige Reformen im Justizbereich angepackt und eine moderne Rechtsstaatspolitik mit klaren linken Akzenten etabliert haben.

(Beifall DIE LINKE und des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Gegen den Widerstand der CDU haben wir den Resozialisierungsansatz im Strafvollzug gesetzlich verankert und damit bei der Kriminalitätsverhütung und vor allen Dingen beim Opferschutz einen elementaren Schritt nach vorn getan.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

All das - ob es Ihnen gefällt oder nicht - wird dieses Land verändern, und das ist auch gut so. Genau das werden wir fortführen und ausbauen. Aber offenbar - Sie sind so erregt - passt Ihnen genau das nicht, meine Damen und Herren von der CDU. Auch heute reden Sie das Land wieder schlecht und verbreiten miese Stimmung. Insbesondere Sie, Herr Kollege Dombrowski und Ihre Fraktion - es sind einige dabei, die die früheren Legislaturperioden durchaus noch kennen -, leiden unter kollektiver Amnesie und verdrängen jede Verantwortung für Ihre Hinterlassenschaft.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Herr Dombrowski, Sie haben ein Leidensbild der Opposition im 5. Brandenburger Landtag gezeichnet. Der Opposition ging es noch nie so gut wie gegenwärtig!

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Ihnen ist der Realitätssinn abhandengekommen. Deshalb frage ich Sie: Merken Sie noch etwas? Sie wissen doch gar nicht, wie Opposition wirklich ist. Als Sie zehn Jahre mitregierten, bekam hier nicht ein Antrag der damaligen Opposition eine Mehrheit. Das ist die Wahrheit.

(Beifall DIE LINKE)

Heute dagegen gibt es Chancengleichheit. Die Ausschüsse tagen grundsätzlich öffentlich. Die Öffentlichkeit wollten Sie ursprünglich nie; jetzt aber nutzen Sie diese Möglichkeit. 15% aller Anträge, die die Opposition eingereicht hat, sind - in unterschiedlichen Konstellationen - mit einer Mehrheit bedacht

worden. Das ist das Neue! Darauf wollte ich ausdrücklich hinweisen.

(Beifall DIE LINKE und SPD - Senftleben [CDU]: Alles machen Sie?)

Blicken wir jetzt gemeinsam auf das, was wir bereits geschafft haben, aber auch auf das, was wir noch erreichen wollen; darauf sind Sie ja neugierig.

Gute Arbeit, gutes Wirtschaften - dafür steht diese Regierung, auch und gerade Wirtschaftsminister Christoffers. Bei den alljährlichen Potsdamer Wasserspielen am Wochenende lag das Boot der IHK - darauf saßen nur Wirtschaftsvertreter aus Brandenburg - ganz vorn. Wenn das kein Zeichen ist! Der brandenburgischen Wirtschaft geht es wahrscheinlich doch besser, als es das Bild suggeriert, das Sie gezeichnet haben. Anders formuliert: Der Wirtschaft geht es - trotz eines linken Wirtschaftsministers! - offensichtlich hervorragend.

(Bretz [CDU]: Da können Sie mal sehen, wie robust unsere Unternehmen sind!)

Im Übrigen - Herr Kollege Bretz, ich habe Sie vermisst - landete unser Boot knapp dahinter, an zweiter Position, während die CDU nicht einmal die Besatzung für ein Boot zusammenbekommen hatte.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE und SPD - Zuruf von der CDU: Sie machen Politik vom Wasser aus!)

Ich hatte ursprünglich gedacht, Ihr Spitzenkandidat werde heute hier stehen. Hoffentlich kommt Ihnen beim nächsten Wahlkampf nicht auch noch das Personal abhanden.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE und SPD)

Meine Damen und Herren! Brandenburg ist kein Billiglohnland mehr. Unser Leitgedanke „Gute Arbeit, gutes Wirtschaften“ greift Raum. Wir haben die Wirtschaftsförderung des Landes vom Kopf auf die Füße gestellt. Nicht kurzfristige betriebswirtschaftliche Effekte stehen im Zentrum, sondern die Menschen, die von ihrer Arbeit leben und ihre Familien ernähren müssen.

Wirtschaftsförderung wird zunehmend an Tarife und an die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebunden. Sie zielt auf die Begrenzung der Leiharbeitsquote ab. Mit dem Vergabegesetz wollen wir erreichen, dass diejenigen, die im Auftrag des Landes arbeiten, dafür ordentlich bezahlt werden. Es ist bereits gesagt worden: Der erste Schritt sind die 8,50 Euro; dann wird es Zeit, auf andere Zahlen Kurs zu nehmen, 9 oder 10 Euro in den nächsten Monaten und Jahren.

Dann kommen Sie, Herr Schierack, daher und behaupten unter Hinweis auf dieses Gesetz, Brandenburg sei unter Rot-Rot „nicht sozialer, sondern ideologischer“ geworden. Mein lieber Herr Professor,

(Heiterkeit DIE LINKE und SPD)

wie wollen Sie diesen offenkundigen Unsinn irgendjemanden im Land erklären? Es ist den Menschen völlig egal, ob sie nun aus ideologischen oder aus sozialen Gründen mehr Geld im

Portemonnaie haben. Nehmen Sie in der Bundespolitik endlich den Fuß von der Bremse, damit wir in Deutschland endlich den allgemeinen, einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn haben.

(Lebhafter Beifall DIE LINKE und SPD)

Sorgen Sie endlich dafür, dass die Menschen von dem Lohn ihrer Arbeit tatsächlich leben können! Es darf nicht sein, dass der Staat - und damit der Steuerzahler - wie im vergangenen Jahr in Brandenburg - die Zahlen der Agentur verlese ich jetzt - 475 Millionen Euro aus Steuergeldern aufbringen muss, um 65 000 „Aufstockern“ deren Aufstockungsbeträge zu zahlen. Das ist bisher eine staatliche Aufgabe; da sind die Unternehmen in der Pflicht. Das, was wir als Linke, Sozialdemokraten und Grüne wollen und im Bundestagswahlkampf vertreten, ist der richtige Weg.

(Beifall DIE LINKE, SPD und des Ministers Dr. Markov)

Meine Damen und Herren! Ein weiteres Thema bewegt die Brandenburgerinnen und Brandenburger: die Energie und deren Kosten. Das spielte heute schon mehrfach eine Rolle. Brandenburg gilt als Musterland für erneuerbare Energien. Wir gehen aber auch hier neue Wege. Die sozial-ökologische Erneuerung Brandenburgs gelingt nur, wenn sie gemeinsam, offen und demokratisch mit den betroffenen Akteuren vorangetrieben wird. Das tun wir auf Industriekonferenzen, die zu Leitlinien für einen modernen, ökologisch orientierten und nachhaltigen Industriestandort führen werden. Das tun wir auf dem bevorstehenden Energietag in Cottbus, wo beraten wird, wie regionale Wirtschaft und Kommunen noch besser als bisher an der Energiewende teilhaben und Nutzen aus ihr ziehen können. Das tut Minister Christoffers mit seinen Energietouren, die es ermöglichen sollen, dass regionale Energiekonzepte durch Akteure vor Ort erarbeitet werden. Das ist ein mühsamer Weg, aber er lohnt sich. Die Art und Weise, in der wir den Dialog führen, ist bundesweit spitze.

Wir schüren keine Angst vor dem Neuen. Diese Koalition ringt um Akzeptanz, während Sie, meine Damen und Herren von der CDU, gemeinsam mit der FDP unter Verweis auf den Förderwettbewerb einen regelrechten Kreuzzug gegen die erneuerbaren Energien führen. Wir setzen uns auch für soziale Preise und Netzstabilität ein. Sie hingegen torpedieren permanent diese Ausgestaltung der Energiewende. Das, was Ihre Kanzlerin dazu momentan abliefert, sekundiert von ihrem Wirtschaftsminister, ist die blanke Arbeitsverweigerung. So wird die Energiewende in der Bundesrepublik scheitern.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Meine Damen und Herren! Die CDU verweigert sich leider auch bei einem ganz anderen Thema, im Kampf gegen Rechts.

(Senftleben [CDU]: Jetzt reicht es aber langsam, Herr Kollege! - Dombrowski [CDU]: Horst Mahler, oder was?)

Dennoch wird es uns gelingen, die Brandenburger Verfassung dahin gehend zu ändern, dass Neonazis in Brandenburg kein leichtes Spiel mehr haben.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Wir haben die Initiative für die Aufnahme einer Antirassismusklausel in die Landesverfassung ergriffen. Liberale, Grüne, So-

zialdemokratie und Linkspartei haben sie gemeinsam auf den Weg gebracht. Nur die CDU ist diesen Schritt nicht mitgegangen. Das ist interessant: Während sie bei der Kriminalitätsbekämpfung die Prävention verächtlich macht, versteckt sie sich beim Kampf gegen den Rechtsextremismus hinter dieser Idee und denunziert Verfassungsfragen als „Symbolpolitik“. Es war zu lesen, die Mehrheit schieße über dieses Ziel hinaus. Und das ausgerechnet in der „Jungen Freiheit“, Herr Dombrowski! So wurden Sie am 23. Mai 2013 zitiert. Das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Gerade dort, wo Horst Mahler als Rechtsextremist seine Essays veröffentlicht, kommen Sie zu Wort. Darüber müssen Sie nachdenken!

(Beifall DIE LINKE und SPD - Zuruf von der CDU: Horst Mahler ist ein ganz schlechtes Beispiel!)

Wir haben die Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber abgeschafft und damit einen wichtigen Schritt getan, Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, nicht weiter als Menschen zweiter Klasse mit eingeschränkten Freiheitsrechten zu behandeln. Natürlich drücken uns die Probleme der Asylbewerberinnen und Asylbewerber jenseits der Freizügigkeitsfrage.

(Senfleben [CDU]: Sie machen nichts dagegen!)

Die Regierung leistet da - das wissen auch Sie genau, Herr Kollege Senfleben - gemeinsam mit den Kommunen harte Arbeit.

(Senfleben [CDU]: Sie machen nichts!)

Die Aufnahme einer steigenden Zahl von Asylbewerbern in den Landkreisen ist eine große Herausforderung für alle. In allen Kreisen wird intensiv daran gearbeitet, menschenwürdiges Wohnen zu ermöglichen.

(Senfleben [CDU]: Das machen aber nicht Sie!)

Meine Damen und Herren! Neben vielem, was wir erreicht bzw. verändert haben, gibt es noch eine Menge Baustellen. Damit meine ich noch nicht den BER, sondern zum Beispiel die ganz alltägliche Frage, wann der gesetzlich versicherte Patient einen Termin beim Hautarzt bekommt oder wie der Landarzt in Lenzen einen Nachfolger für seine Praxis findet. Wenn Sie, Herr Kollege Büttner, und Ihr FDP-Gesundheitsminister lieber all Ihre Energie in die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte stecken und die Privatversicherten stärken wollen, sollten Sie sich hüten, anderen Kritik um die Ohren zu hauen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Frau Tack - Sie sprachen sie an - hat es gemeinsam mit der Koalition, aber mit wenig Unterstützung aus dem von Ihnen geführten Bundesministerium geschafft, den Erhalt aller Krankenhäuser in unserem Land möglich zu machen und die Krankenhausfinanzierung auf neue, verlässliche, nachhaltige Füße zu stellen. Unsere Aufgabe in den nächsten Monaten wird es sein, sie als Anker der ambulanten Versorgung gerade in ländlichen Räumen zu stärken.

So engagiert, wie Anita Tack bei der Gesundheitswirtschaft arbeitet,

(Lachen bei der CDU)

kümmert sie sich auch um die Hochwasserpolitik. Das wissen auch Sie. Die Bundesregierung wird am 2. September nicht weghören können, wenn Brandenburg auf der Sonder-Umweltministerkonferenz erneut ein Nationales Hochwasserschutzprogramm fordert.

(Beifall DIE LINKE und SPD - Prof. Dr. Schierack [CDU]: Fordert!)

Herr Büttner, zum Kompass: Wahrscheinlich ist Ihnen bei der Eingabe in das Navigationssystem das Ziel abhandengekommen, als Sie Ihre Kritik vorgetragen haben.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, eine, wenn nicht sogar die Schlüsselfrage für die Zukunft des Landes ist und bleibt jedoch der Bildungsbereich. Sowohl die frühkindliche Bildung als auch die Schul- und Hochschulausbildung in diesem Land stehen im zentralen Fokus dieser Koalition. Es geht in allererster Linie um ein ausreichendes, qualifiziertes und sehr gutes Lehr- und Ausbildungspotenzial.

Wir haben gleich zu Beginn der Legislaturperiode den Personalschlüssel der Kita verbessert, haben Quereinsteigern den Zugang zum Erzieherberuf erleichtert. Wir haben die Sprachförderung verbessert, wissen aber auch, dass wir noch einiges zu tun haben. Das werden wir auch tun.

Wenn es nach uns ginge, meine Damen und Herren von der Opposition - zumindest der, die von mir aus gesehen rechts sitzt -, würde auch das unsägliche Betreuungsgeld, das den Steuerzahler 2,2 Milliarden Euro kostet, in die Qualifizierung der Kitabetreuung gehören.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und SPD - Zuruf des Abgeordneten Büttner [FDP])

- Ganz unruhig, ganz unruhig!

(Zuruf des Abgeordneten Büttner [FDP])

Im Schulbereich, Herr Kollege Büttner, erhalten wir die Schüler-Lehrer-Relation von 15,4:1 aufrecht. Ich erinnere mich noch daran, wie Sie damals lautstark - genauso wie jetzt - Ihre Zweifel vorgetragen haben, ob das gelingt. Es ist gelungen, und wir liegen sogar unter diesem Wert. Wir haben die Zahl der Neueinstellungen von Lehrkräften nicht nur deutlich erhöht. Mit dem Schuljahr 2014/15 - falls es uns gelingt, den Goldstaub wirklich zu finden - werden wir 2 400 Lehrer eingestellt haben. 2 400! Vorgenommen hatten wir uns 1 250.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zu Ihrer Kritik, wir würden den Goldstaub nicht finden, weil wir die Ausbildungskapazitäten nicht geschaffen hätten. Herr Kollege Senfleben, Sie waren Bildungspolitiker Sprecher. Sie haben damals die Kapazitäten der Lehrerbildung auf einen Wert von 200 Referendaren gedrosselt. Der Kollege Rupprecht schmunzelt, weil er diese Zahlen genau kennt.

(Zurufe von der CDU)

Wir sind jetzt bei 900. So viel zur Erweiterung unserer Kapazitäten.

(Beifall DIE LINKE und SPD - Zuruf des Abgeordneten Senftleben [CDU])

Herr Kollege Senftleben, zum Schuljahr 2014/15 wird die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte in Grund- und Oberschulen reduziert. Damit lösen wir ein langjähriges Versprechen ein, das alle Vorgängerregierungen mit Verweis auf das fehlende Geld uneingelöst ließen. Rot-Rot hat es gemacht. Wir haben Ihr Versprechen jetzt eingelöst.

(Zuruf von der CDU: Nein, haben Sie nicht gemacht! - Weitere Zurufe von der CDU)

Auch werden wir, meine Damen und Herren, wie es der Ministerpräsident vorhin angekündigt hat, zum Frühjahr 2014 die Mittel massiv - ich glaube, es ist für das zweite Halbjahr eine Größenordnung von fast 10 Millionen Euro, die wir im Nachtragshaushalt untersetzen müssen - einsetzen, um dem Unterrichtsausfall wirksam zu begegnen. Mit dieser Zahl werden wir in der Bundesrepublik den geringsten Unterrichtsausfall aller Bundesländer haben.

(Oh! bei der FDP)

Diese Statistik werden wir Ihnen nachreichen.

Bei der Inklusion kommt es jetzt auf Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein an. Panikmache, wie ich sie heute hier von Ihnen gehört habe, ist völlig fehl am Platz. Mit den 84 bestehenden Pilotschulen sind wir einen wichtigen ersten Schritt gegangen. Ich glaube, auf dieser Grundlage werden wir dann die nächsten Schritte für eine inklusive Schule, für eine Schule für alle in Brandenburg entwerfen können.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Auch im Wissenschaftsbereich haben wir in den letzten Jahren viel getan. Hochschulen sind Orte von Innovation und wichtig für die Entwicklung von Brandenburg. Darum haben wir hier die Investitionen erhöht und mit dem Hochschulpakt die Finanzierung unserer Hochschulen auf eine langfristige, sichere und planbare Basis gestellt.

Mit der Neugründung - sie spielte ja vorhin wieder eine Rolle - der BTU Cottbus-Senftenberg sichern wir die Zukunftsfähigkeit unserer Hochschullandschaft

(Zuruf des Abgeordneten Dombrowski [CDU])

- das ist so -, wenngleich wir natürlich auch einige Lehren aus der Debatte zur Neugründung ziehen müssen. Solche Projekte können nur gemeinsam mit den Betroffenen angegangen werden. Ja, Herr Dombrowski, der Prozess der Neugründung war holprig gestartet. Aber wenn man den Informationen aus der Region glauben darf, ist diese neue Uni auf einem sehr guten Weg und wird sich in die Hochschullandschaft Brandenburgs einpassen und sie vor allen Dingen bereichern.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und SPD)

Das hat viel Geld gekostet und wird auch noch viel Geld kosten. Aber das wollen wir leisten, denn es ist gut angelegtes

Geld, Geld, das unseren Kindern zugutekommt, die mit einer guten Ausbildung die Grundlage für die Zukunft des Landes legen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, das machen wir ohne neue Verschuldung. Ich weiß, wie Sie sich grämen, wäre es doch schön gewesen - Kollege Ness hat es vorhin auf den Punkt gebracht -, wenn Sie uns hätten vorführen können, wie wir, SPD und Linke, ungestüm Schulden machen. Daraus wird seit 2011 nichts, und es bleibt dabei: Im nächsten Jahr sinkt die Nettoneuverschuldung auf die geplante Null, und dafür steht nicht zuletzt auch dieser linke Finanzminister, der mit uns gemeinsam, mit unserer Koalitionsfraktion eine vorbeugende, risikobewusste Haushaltsführung zu verantworten hat.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Unsere haushaltspolitische Strategie besteht darin, Prioritäten zu setzen und zu finanzieren, die im Ergebnis auf lange Sicht Lebenschancen eröffnen und Perspektiven sichern.

(Zuruf des Abgeordneten Büttner [FDP])

Auch wenn jetzt ein Nachtragshaushalt im Gespräch ist, wird sich an dieser Linie nichts ändern. Sie wissen, dass wir Rücklagen gebildet haben, die uns jetzt erlauben, mit den Problemen und Herausforderungen, Herr Büttner, am BER fertig zu werden, und das wird nicht zulasten anderer Einzelhaushalte gehen. Das werden Sie dann beim Entwurf des Nachtragshaushalts feststellen. Das heißt: Wir stopfen nicht nur Löcher, die durch die verspätete Inbetriebnahme entstehen, nein, wir investieren auch bewusst in den Lärmschutz.

Die Vereinbarung, die die Flughafengesellschaft mit den Umlandkommunen geschlossen hat, begrüßt die Linksfraktion außerordentlich. Wenn ich sage, die Politik der Koalition setzt sich bruchlos fort, dann gilt das auch beim Thema Nachtflug. Diese Aufgabe hat der neue MP, Dietmar Woidke, wie von diesem Hohen Haus gefordert, mit der Regierungserklärung ganz oben auf der Agenda, auch wenn Dietmar Woidke dem Aufsichtsrat nicht persönlich angehören wird. Sie können sich sicher sein, Herr Kollege Vogel, dass die Linke in dieser Koalition dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung setzen wird, so wie wir das immer gemacht haben - meine Damen und Herren von der CDU, immer gemacht haben, auch in Oppositionszeiten, und das unterscheidet uns eben. Wir sind unseren Positionen treu geblieben. Bei Ihnen stelle ich manchmal einen gedrechselten Hals fest.

(Beifall DIE LINKE)

Anders als andere Bundesländer hat sich Brandenburg in den zurückliegenden Jahren keine finanzielle Erleichterung zulasten der Kommunen verschafft - Stichwort Hessen, schwarz-gelb regiert. Der Anteil der kommunalen Zuweisungen ist unter Rot-Rot in Brandenburg stetig gestiegen - prozentual, aber was noch wichtiger ist: auch absolut. In Hessen sieht das ganz anders aus. Fast ein Drittel des Landeshaushalts geht in die kommunale Familie, im Ländervergleich eine enorme Leistung! Schauen Sie sich das schwarz-gelb regierte Hessen an. Soweit zu den Vergleichen.

Dennoch bleibt die Finanzausstattung der Kommunen deutschlandweit ein gewaltiges Problem, wie die Situation der öffentlichen Hand generell. Mit der Bundestagswahl am 22. Septem-

ber wird entschieden, ob mit weiteren Steuergeschenken für Millionäre und Großunternehmen die öffentlichen Haushalte weiter stranguliert werden oder ob wir endlich eine sozial gerechte Einnahmepolitik in Deutschland haben.

(Beifall DIE LINKE - Zuruf des Abgeordneten Senftleben [CDU])

Dafür, Herr Kollege Senftleben, haben wir bereits viele Initiativen ergriffen und dafür sogar die Mehrheiten im Bundesrat für die Anhebung des Spitzensteuersatzes, für die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes von zunächst 8,50 Euro, für die Neuausrichtung der öffentlich geförderten Beschäftigung und auch für den Vorrang der Erdverkabelung beim Netzausbau gefunden. Diesen Weg werden wir weitergehen. Schließlich geht es auch darum, den solidarischen Finanzausgleich gegen immer wiederkehrende Attacken - vor allem der unionsgeführten Geberländer - zu verteidigen.

Auch nach 2019 ist es notwendig, die finanzielle Handlungsfähigkeit - ich betone: aller Länder - durch eine aufgabengerechte Finanzausstattung abzusichern. Wir wollen eine Verständigung zwischen den politischen Parteien in der Öffentlichkeit führen, ob ab 2019 ein Solidarpakt III für gefährdete Regionen in Ost und West möglich und durchsetzbar ist.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Wir haben aufmerksam zugehört, was die Bundeskanzlerin und die thüringische Ministerpräsidentin hierzu in letzter Zeit erklärt haben. Es wäre gut, wenn die Brandenburger Union auch hier im Land registrieren würde, was in diesem Zusammenhang aus linker Perspektive entwickelt worden ist. Es geht hier nicht um Wahlkampfgeplänkel, sondern um eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die man ernsthaft diskutieren muss.

Meine Damen und Herren, die rot-rote Landesregierung wird ihr Wort halten. Der Koalitionsvertrag ist das Versprechen, das Linke und SPD den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes für diese Legislaturperiode gegeben haben, und zwar allen Bürgerinnen und Bürgern, nicht nur den eigenen Wählerinnen und Wählern.

Wenn sich die Opposition in diesem Land ereifert, wir hätten unseren Koalitionsvertrag schon jetzt zum größten Teil abgearbeitet, dann frage ich Sie:

(Zurufe von der FDP)

Was kann man sich als Regierung, was kann man sich als Regierungsfractionen, was kann man sich als Regierungsparteien eigentlich mehr wünschen als solch eine Bilanz?

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Sollte aber damit die Hoffnung verbunden sein, dass uns nichts mehr einfallen wird, muss ich Sie enttäuschen. Es gibt im Land genug zu tun, das dürften Sie auch aus der heutigen Debatte gelernt haben. Wir werden Ihnen im Landtag keine politische Verschnaufpause gönnen, damit Sie sich möglicherweise gestrost auf den Wahlkampf 2014 vorbereiten können; denn Dietmar Woidke hat heute deutlich gemacht, wie und wo es im Land weitergeht. Er wird dabei, wie Matthias Platzeck auch,

eine starke, eine engagierte, eine konstruktive und ideenreiche Linke an seiner Seite haben, eine Linke, die sich dem demografischen Wandel stellt, die den Dialog zwischen den Generationen fördert und das Land attraktiv für den Zuzug junger Familien mit Kindern macht und dabei nicht nur den Speckgürtel, sondern auch die reizvollen Landschaften der Uckermark, der Lausitz, der Prignitz in den Blick rückt.

(Beifall DIE LINKE)

Wir sagen Investoren, Sponsoren und Fachkräften: Kommt nach Brandenburg, unser Land bietet Möglichkeiten und vor allem die Chance für jede und jeden! Wir wollen sie nutzbar machen und nutzen. Brandenburg ist nicht nur das Land der Seen und Alleen, sondern gleichzeitig ein Land voller Energien und engagierter Menschen.

(Beifall DIE LINKE)

Das alles lassen wir uns auch nicht von der Stimmungsmache der CDU, die heute hier zu vernehmen war, vermiesen. Das wird den Brandenburgerinnen und Brandenburgern einfach nicht gerecht. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Görke. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Herr Abgeordneter Vogel wird dies tun.

Vogel (B90/GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Auch wenn einige Redebeiträge heute einen anderen Eindruck nahelegen, das Aufregendste an dieser Regierungsumbildung dürfte eigentlich sein, mit wie wenig Aufregung sie über die Bühne gegangen ist. Es gibt auch gar keinen Grund zur Aufregung; denn ein Ministerpräsident ist gegangen, ein neuer Ministerpräsident ist gekommen. Das ist demokratische Normalität. Der Koalitionsvertrag ist der gleiche, die Ministerinnen und Minister sind fast alle dieselben. Ein Bruch mit der Vergangenheit fällt aus. Von Zäsur kann man in Brandenburg allenfalls mit Blick auf die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten reden. Glamour fällt zukünftig aus, fehlende Inhalte oder Politikversagen können nicht mehr mit Charme überstrahlt werden. Sorgen muss man sich deshalb nicht um das Land, sondern allenfalls um die SPD machen, deren Platzeck-Bonus in Zukunft wegfällt. Richtig ist deshalb, dass der Amtsantritt von Dietmar Woidke keinen inhaltlichen Bruch mit der rot-roten Vergangenheit, sondern deren logische Fortsetzung darstellt. Nichts anderes habe ich aus der Rede heute gehört.

Richtig ist genauso, dass sich die Koalition wie auch der Blick der Öffentlichkeit auf die Koalition in den letzten Jahren geändert haben. Nach vier Jahren Einarbeitungszeit oder - je nach Sichtweise - Verschleiß im Amt hat sich die 2009 noch von vielen Menschen als Tabubruch empfundene rot-rote Regierung zu einer ganz normalen Koalition gewandelt. Die Revolution ist ausgefallen. Was wir seitdem zu sehen bekommen, ist die Koalition zweier im Kern sozialdemokratischer Parteien, die aus guten historischen Gründen nicht miteinander fusionieren

können. Da teile ich nicht die Auffassung von Herrn Dombrowski. Meine Auffassung, meine Wahrnehmung ist: Hier sind zwei Parteien, deren Positionen sich so angenähert haben, jedenfalls auf Landesebene, dass sie inzwischen nicht weiter auseinanderklaffen als die zwischen den Unterbezirken Hessen-Süd und Hessen-Nord der SPD.

(Zuruf der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

In Brandenburg wurde mit Rot-Rot eine Koalition begründet - Frau Mächtig, dem werden Sie sich vielleicht anschließen können -, deren Partner sich nicht ergänzen, sondern in ihrem Schwerpunkt doppelten. Völlig nachvollziehbar haben SPD und Linke daher besonderes Gewicht auf überfällige Änderungen in der Sozialpolitik, das heißt hier auf die Bearbeitung sozialer Themen von Bildung bis Arbeitsmarkt, gelegt. Das mag man konstatieren. Aber dass hier versucht wird - das finde ich bedauerlich -, für die gesamten vier Jahre eine Erfolgsbilanz aufzumachen bei einer Koalition, die sich nach ihrem Fehlstart von Katastrophe zu Katastrophe hangelte, das grenzt dann doch ans Lächerliche. Kein Wort mehr davon, dass das zu Beginn der Legislaturperiode ausgegebene Leitmotiv der „inneren Versöhnung“ zunehmend absurd wurde, nachdem immer neu auftauchende Stasi-Akten zunehmend die Frage aufwarfen, wer sich hier eigentlich noch mit wem versöhnen sollte - die Bürgerrechtler mit ihren Peinigern von einst, die DDR-Bürger mit ihrer Geschichte, die SPD mit der Linken? Kein Wort zu den Ministerrücktritten, kein Wort zu der von Matthias Platzeck losgetretenen anachronistischen Ost-West-Diskussion, aber auch kein kritisches Wort zu katastrophalen Fehlentscheidungen des FBB-Aufsichtsrates und dessen Geschäftsführung, stattdessen Lob für die angebliche Umsicht und Zielstrebigkeit des Aufsichtsratsvorsitzenden Matthias Platzeck, stattdessen der Versuch, hier eine Erfolgsstory an den Mann und die Frau zu bringen, die einer Überprüfung nicht standhält. Bemerkenswert immerhin, dass das völlig fehlgeschlagene Programm Arbeit für Brandenburg von Ihnen schon gar nicht mehr erwähnt wurde, Herr Woidke. Hier sollte der Bund für einen öffentlichen Beschäftigungssektor zahlen, und die Landesregierung wollte sich die Meriten an die Brust heften. Dieses Vorhaben musste trotz bereitgestellter Millionenbeträge absehbar schiefgehen.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Kaum besser die Debatte um den auch von uns unterstützten allgemeinen Mindestlohn. Wie erwartet spielte die schwarzgelbe Bundesregierung nicht mit. Das landeseigene Vergabegesetz wurde dagegen so lange auf die lange Bank geschoben, bis wir Grünen der Regierung mit einem eigenen Gesetzentwurf auf die Sprünge geholfen haben.

(Domres [DIE LINKE]: Ach Gott!)

Aber Ausführungsbestimmungen liegen bis heute nicht vollständig vor. Die für die Verwaltungskosten der Kommunen vorgesehenen Gelder liegen wie Blei auf den Landeskontoen, unverändert bestehen ernste Zweifel, inwieweit das Gesetz in den Kommunen überhaupt 2012 zur Anwendung kam.

Die als Riesenerfolg angeführte Einstellung von 2 000 neuen Lehrern seit 2009 ist unverändert eine Mogelpackung - das haben schon meine Vorredner angesprochen -, neue Lehrer sind nicht zusätzliche Lehrer, in Wirklichkeit sind im selben Zeitraum über 3 000 Lehrkräfte ausgeschieden. Die Landesregie-

rung baute weiter Lehrerinnen- und Lehrerstellen ab, berücksichtigt erforderliche Neueinstellungen für die Inklusion nicht und hat keine Vorsorge für den absehbar hohen Bedarf an Lehrern in den nächsten Jahren getroffen. Jetzt kündigen Sie erfreulicherweise, Herr Dr. Woidke, weitere Einstellungen zum Abbau des Unterrichtsausfalls an. Das ist sehr begrüßenswert. Doch schon für die ab 2014 bislang benötigten 1 000 neuen Lehrkräfte pro Jahr stehen nur 450 im Land ausgebildete Absolventen bereit. Wie soll das gehen?

Im Kita-Bereich hat uns die geringfügige Verbesserung des Betreuungsschlüssels - Herr Büttner hat das bereits ausgeführt - im Ländervergleich von Platz 16 auf Platz 16 katapultiert. Weitere Schritte hin zu einer Verbesserung der Kita-Betreuung, bessere Personalschlüssel, bessere Sprachförderung, mehr Freistellungen für Leitungstätigkeiten, lässt die Landesregierung nicht erkennen.

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

Aber genau dies wäre hier erforderlich, um den Anspruch auf bessere Kita-Plätze einzulösen.

Und zu guter Letzt das Schüler-BAföG, ein Programm, das hohe Bürokratiekosten mit sich bringt und ähnlich dem Betreuungsgeld der Bundesregierung nur mit gutem Zureden unter die Leute gebracht werden kann. Wie man allerdings ohne Evaluation, alleine aufgrund der Tatsache, dass man das Geld am Ende doch noch losgeworden ist, den Schluss ziehen kann, ein sozial erfolgreiches Projekt hingelegt zu haben, das erschließt sich uns nicht.

(Beifall B90/GRÜNE)

Einzig die finanzielle Konsolidierung ist als Erfolg zu verbuchen. Dahinter stehen aber auch unverändert hohe Transferleistungen durch Solidarpakt und Länderfinanzausgleich wie auch verbesserte Steuereinnahmen aufgrund einer insgesamt positiven Konjunktur, die auch bei uns durchschlägt. Dabei verkennen wir nicht, dass die Startbedingungen für Rot-Rot aufgrund der Bankenkrise 2009 und des damit verbundenen Konjunktur-einbruchs nicht besonders üppig waren.

In der heutigen Diskussion sind die genannten Punkte sicher nachrangig, denn viel bedeutsamere Folgen von Fehlentscheidungen werden erst in den nächsten Jahren offen zu Tage treten.

Wir sagen auch sehr deutlich: Dietmar Woidke tritt ein schweres Erbe an, das in dieser Legislaturperiode mit Sicherheit auch nicht mehr zu einem guten Ende gebracht werden kann.

(Oh! bei der SPD - Zurufe von der SPD)

Konzentrieren wir uns also auf diejenigen Hypotheken, deren Bearbeitung keinen langen Aufschub duldet.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Sie glauben doch nicht im Ernst, dass Sie das Projekt Flughafen innerhalb eines Jahres zu Ende bringen! Das glaube ich nun wirklich nicht.

Das Thema Flughafen BER hatte der Ministerpräsident bereits angesprochen. Laut Koalitionsvertrag sollte dieses „wichtigste

Infrastrukturprojekt der Region“ 2011 in Betrieb gehen - so viel zur relativen Bedeutungslosigkeit von Koalitionsverträgen.

Aber wo stehen wir denn heute, nach elf Jahren Wirken von Matthias Platzeck im Aufsichtsrat? Es gibt keinen Eröffnungstermin, es gibt keine belastbare Kostenschätzung, es gibt keine Geschäftsführung - doch, es gibt eine Geschäftsführung, in der allerdings die Fetzen fliegen -, es gibt keinen neuen Aufsichtsratsvorsitzenden vom Fach, die Brandschutzanlage funktioniert immer noch nicht und der Drehkreuzaspirant AIR Berlin hat finanzielle Schlagseite und verkauft ein Flugzeug nach dem anderen. Umsicht und Zielstrebigkeit?

Obendrauf haben wir jetzt noch einen von Matthias Platzeck berufenen „Hans Dampf in allen Gassen“ als Geschäftsführer, der immer neue Ideen gebiert. Besonders schön hat dies letzte Woche der Berliner Abgeordnete Evers für Mehdorns Idee der Offenhaltung von Tegel auf den Punkt gebracht: Das sei anfangs „eine geniale Kommunikationsstrategie“ gewesen, um von den BER-Problemen abzulenken. Jetzt überziehe Mehdorn aber.

Ich gewinne, ehrlich gesagt, zunehmend den Eindruck, dass der ganze Mehdorn Bestandteil einer Kommunikationsstrategie ist, um von den BER-Problemen abzulenken.

(Beifall B90/GRÜNE und FDP)

Wie aus dem Buch des Flughafenarchitekten Gerkan immer deutlicher wird, haben Politik und Geschäftsführung das Großprojekt BER mit einer Kakophonie von Anweisungen und immer neuen Änderungswünschen gemeinsam vergeigt. Und wie aus dem Bericht des ehemaligen Controllers Roth deutlich wird, wurden Controllingberichte geschönt, um zu verhindern, dass die Politik aus der katastrophalen Situation die richtigen Schlüsse zieht und der Geschäftsführung das Handwerk legt.

Das von Matthias Platzeck mit zu verantwortende verbissene Festhalten an FBB-Geschäftsführer Schwarz ist mitursächlich für die mehrjährige Verzögerung der Eröffnung, die sich auf über eine Milliarde Euro Zusatzkosten für den Steuerzahler aufsummieren wird - ein Schaden, der nonchalant an den Steuerzahler weitergereicht und die Einnahmeüberschüsse Brandenburgs der letzten Jahre aufzehren wird.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass Sie, Dr. Woidke, nicht in den Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft eintreten wollen. Mit der Entsendung des Staatssekretärs Bretschneider haben Sie sich aber zugleich selbst den Weg verbaut, einen qualifizierten Manager auf Brandenburger Ticket an die Spitze zu rücken, einen Manager, für den die fachgerechte Abwicklung von Großprojekten zum Alltagsgeschäft gehört oder zumindest gehörte. Öffnen Sie die Blackbox BER! Sorgen Sie jetzt wenigstens für einen rückhaltlosen Kassensturz und die Offenlegung der Business-Pläne. Verabschieden Sie sich von dem Glauben, dass dieser Flughafen jemals Erträge abwirft, wenn man ihn nur groß genug macht!

(Beifall B90/GRÜNE und FDP)

Überlassen Sie die Großmannssucht anderen und sorgen Sie dafür, dass dieser Flughafen in seiner Kapazität an die Lage im urbanen Raum angepasst wird und nicht umgekehrt.

Das Thema Schallschutz haben Sie angesprochen. Ausgeblendet blieb, dass - im Gegensatz zu den Auflagen aus dem Planfeststellungsbeschluss und vollmundigen Ankündigungen - die Flughafengesellschaft wenig bis gar nichts gemacht und die Aufsichtsbehörde im MIL tatenlos zugesehen hat. Bis heute wurde keine einzige - in Ziffern: 0 - Schallschutzmaßnahme für den Tagschutz abgeschlossen - bei einem Flughafen wohl gemerkt, der schon seit zwei Jahren in Betrieb sein sollte.

Zu Herrn Görke: In Wirklichkeit werden 80 % der Betroffenen überhaupt keinen baulichen Schallschutz, sondern eine begrenzte Entschädigung erhalten. Auch das muss man sagen, auch das ist ein Problem, dem wir uns stellen müssen.

Dafür, dass beim Thema Lärmschutz endlich Rechtsfrieden einkehrt und die Trickereien zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger ein Ende haben, spricht allerdings nichts. Seelenruhig lässt der Aufsichtsrat Mehdorn gewähren und Nichtzulassungsbeschwerde gegen das OVG-Urteil einlegen, während dieser gleichzeitig den Bürgermeistern vor Ort verkündet, dass er sich an das OVG-Urteil halten wolle. Na, was denn nun? Herr Ministerpräsident, sorgen Sie für Klarheit!

(Beifall des Abgeordneten Goetz [FDP])

Auch beim Volksbegehren für ein landesplanerisches Nachtflugverbot warten wir auf positive Ergebnisse. Aber statt jetzt mit dem erfolgreichen Volksbegehren und dem Landtagsbeschluss im Rücken eine starke Position aufzumachen und eine Frist für die Verhandlungen zu setzen, geben Sie mit Ihrer heutigen Rede auch noch die Option einer Änderung des Planfeststellungsbeschlusses im Alleingang aus der Hand. Das ist wahrlich kein guter Beginn.

Hypothek Nummer 2: die Bildungspolitik. Immer noch bricht jeder 12. Schüler seinen Schulbesuch vorzeitig ab oder beendet seine schulische Laufbahn ohne Abschluss. Die Landesregierung weiß, dass für eine signifikante Reduzierung der Schulabbrecherzahlen die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler verbessert werden muss. So steht es jedenfalls im Koalitionsvertrag. Und die Antwort heißt zunächst einmal: Pilotschulen Inklusion.

Die 84 Pilotschulen sind bis 2014 gesichert, aber wie es dann weitergehen soll, steht in den Sternen. Hunderte zusätzliche Lehrkräfte würden benötigt, wenn man das Pilotmodell auf alle Schulen übertragen würde. Aber hier greift ein zentrales Problem Brandenburger Bildungspolitik. Für Pilotprojekte werden ausreichend Personal und Finanzen zur Verfügung gestellt, aber wehe, die Pilotphase ist beendet und die Ergebnisse sollen verallgemeinert werden! Dann müssen die vorhandenen Bildungsträger die neuen Leistungen weitgehend mit dem vorhandenen Personal erbringen.

Bei dem Pilotprojekt Inklusion sind die offenen Fragen nach dem Übergang in die weiterführenden Schulen, nach Betreuung im Hort und dem weiteren Fortgang nach Ende des Inklusionsprojekts weiterhin unklar. Die Ministerin schreibt trotz ihrer ursprünglichen Ankündigung Inklusion nicht im Schulgesetz fest und entwirft keinen Plan für die weiteren Schritte nach dem Auslaufen des Projekts.

(Beifall B90/GRÜNE)

Aus diesen Erfahrungen resultiert auch unsere Forderung, Inklusion endlich im Schulgesetz zu verankern. Herr Dr. Woidke, übernehmen Sie!

Freie Schulen: Dass staatlich und öffentlich nicht zwangsläufig deckungsgleich ist, fällt der Sozialdemokratie und den Linken traditionell ohnehin schwer zu verstehen. Insofern verwunderte bei der traditionellen Fixierung auf die staatlichen Schulen nicht, dass die Schulen in freier Trägerschaft im Koalitionsvertrag nicht einmal erwähnt sind. Dabei sind Freie Schulen auch in Brandenburg häufig der Innovationsmotor, nicht nur in puncto Inklusion.

Nicht von ungefähr haben in den letzten Jahren Freie Schulen in Neuruppin und Templin Bundespreise eingeheimst. Daher war nicht zu erwarten, dass Rot-Rot an dieser Stelle in den Kulturkampf einsteigen und versuchen würde, mit Mittelkürzungen den Freien Schulen den Hahn abzudrehen und so nebenbei lästige Konkurrenz für das staatliche Schulsystem loszuwerden. Inzwischen liegt der Fall zur Entscheidung vor dem Verfassungsgericht. Aber verfassungsgerichtliche Entscheidungen herbeizuführen ist immer nur das letzte Mittel in politischen Auseinandersetzungen. Herr Dr. Woidke, Sie hätten es in der Hand, hier eine politische Lösung herbeizuführen.

Die berühmte Hochschulpolitik: Im Hochschulbereich liegt der Anteil der Ausgaben am Gesamthaushalt mit Abstand hinter der in allen anderen Bundesländern - schlimm genug -, aber gerade in dem Moment, als mit doppelten Abiturjahrgängen und Wegfall der Wehrpflicht der Ansturm auf die Hochschulen des Landes am größten wurde und die Hochschulen zumindest temporär mit mehr Geld hätten ausgestattet werden müssen, schlug die Sparkeule zu. Statt 12 Millionen Euro Mehrausgaben, wie noch in der Koalitionsvereinbarung formuliert, wurden die Hochschulen seit 2010 mit einer 12 Millionen Euro hohen globalen Minderausgabe malträtiert, bis diese 2013 für den Rest der Legislaturperiode titelscharf festgeschrieben wurde. Herr Dr. Woidke, der Nachtragshaushalt ist angesprochen worden, beenden Sie diese unhaltbare Situation!

Energiepolitik und Braunkohle: Ich spare mir jetzt weitestgehend die klimapolitische Diskussion. Allen Energiestrategien zum Trotz droht der seit Beginn der Legislaturperiode kontinuierlich weitergehende Anstieg des Ausstoßes des Treibhausgases CO₂ die von Rot-Rot bereits aufgeweichten Ziele für 2020 erneut Makulatur werden zu lassen.

Heute geht es um etwas anderes. Wer Augen hat zu sehen, der sieht, dass Vattenfall auf dem besten Wege ist, sich in den nächsten Jahren aus der Lausitz zu verabschieden. Zunehmend geringer ist die Bereitschaft des Eigentümers Schweden, sich für die Dorfzerstörungen und Umweltschäden in Brandenburg in die moralische Mithaftung nehmen zu lassen. Unverkennbar ist genauso, dass trotz der Milliarden Gewinne der letzten Jahre die Bereitschaft Vattenfalls denkbar gering ist, sich den Risiken der Energiewende für seine Braunkohlesparte weiter auszusetzen.

Die Vattenfall-Manager Løseth und Hatakka haben viel klarer erkannt, als es die IG BCE und vermutlich auch Herr Ness wahrhaben wollen, dass das aktuelle Zwischenhoch bei der Braunkohleverstromung eine letzte Scheinblüte darstellt, eine Scheinblüte allerdings, die einem Verkauf des Lausitzer Braunkohlebetriebs gerade zupass kommt. Deshalb wäre, ganz abgesehen von der klimapolitisch verheerenden Wirkung, eine Genehmi-

gung neuer Tagebaue auch das falsche Signal an den Vattenfall-Konzern. Eine solche Genehmigung würde die Bergwerkssparte für den Verkauf aufhübschen und Vattenfall den Absprung aus Brandenburg auch noch vergolden. Wer Vattenfall im Lande halten will, wer nach den fetten Jahren billiger Emissionen und satter Renditen den Hauptprofiteur der Ausbeutung der Lausitz, den Konzern Vattenfall, in die Pflicht nehmen will, der muss jetzt aus eigenem Interesse das Genehmigungsverfahren beenden.

(Beifall B90/GRÜNE)

Sehr geehrter Herr Dr. Woidke, niemand erwartet von Ihnen eine sofortige Absage an die Braunkohleverstromung. Auch wir Grünen haben keinen Zweifel daran, dass die Braunkohle, wenn auch in ständig sinkenden Mengen, bis auf Weiteres zur Verstromung genutzt wird. Wie lange dies dann am Ende noch sein wird, darüber lässt sich trefflich streiten.

Herr Ness, die Umfrage von forsa besteht ja nicht nur aus bunten Bildern, die Sie vielleicht angeguckt haben, sondern es gibt auch Detailzahlen, die ich Ihnen einfach einmal zur Lektüre empfehle. Demnach halten 9 % - nur 9 %! - der Lausitzer die Braunkohle für notwendig und unverzichtbar. 41 % der Lausitzerinnen und Lausitzer sind der Auffassung, dass die Nachteile die Vorteile überwiegen. 39 % sehen es andersherum. Das klingt doch schon ganz anders, als das, was Sie dargestellt haben.

(Beifall B90/GRÜNE)

Eines sollte Ihnen als Lausitzer klar sein: Wenn zwei Drittel - und das sind dann die bunten Bilderchen - der befragten Sachsen die Lage in ihrem Bundesland Sachsen als gut einschätzen, wenn lediglich 40 % der befragten Lausitzer aus Brandenburg die Lage im Bundesland Brandenburg als gut einschätzen, aber nur 29 % der befragten Lausitzer insgesamt die Lage in der Region Lausitz als gut einschätzen, wenn nach zwei Dekaden Aufpöppelung der Braunkohle Arbeitslosigkeit und Abwanderung in der forsa-Umfrage unverändert als größte Probleme in der Region eingestuft werden, dann ist es doch allerhöchste Eisenbahn, in eine andere Entwicklungslogik einzusteigen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Dabei ist der Strukturwandel weg von der Kohle hin zu neuen Arbeitsplätzen in anderen Industriezweigen der Lausitz längst angelaufen. Das blenden wir doch nicht aus. Angesichts sinkender EU-Mittel muss jetzt aber die verbliebene Zeit zum Aufbau weiterer alternativer Erwerbsarbeitsplätze genutzt werden. Am schlimmsten wäre es, weiter der Illusion nachzuhängen, dass die Arbeitsplätze in der Braunkohle auf lange Zeit, auf lange Sicht abgesichert werden können. Mit solchem Wunschdenken wurde schon die Neustrukturierung des Ruhrgebiets um Jahrzehnte verzögert - mit Milliardenkosten für die Verbraucher.

Herr Dr. Woidke, nehmen Sie Vattenfall und seine Angestellten mit in das neue Zeitalter der erneuerbaren Energieversorgung! Geben Sie den Menschen in der Lausitz die Sicherheit, dass Vattenfall bleibt und mit den Brandenburgern die Energiewende gestaltet! Verbinden Sie das schwedische Ansinnen, die CO₂-Emissionen drastisch zu verringern, und unser gemeinsames Ziel, Vattenfall im Lande zu halten! Packen Sie die schwedische Regierung bei ihrer sozialen Verpflichtung! Präsentie-

ren Sie mit einem zeitlich überschaubaren Ausstiegsszenario aus der Braunkohle den Schweden die Möglichkeit, Geschäft, klimapolitische Zielsetzungen und soziale Verantwortung miteinander zu verbinden! Wir unterstützen Sie dabei gerne.

(Beifall B90/GRÜNE)

Genauso gern unterstützen wir Sie beim weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Fakt ist, dass dieser Ausbau zum Erliegen kommt. Die ausgewiesenen Windeignungsfelder sind prop-penvoll, die Zielvorgabe 2 % der Landesfläche für Windenergie ist mangels Personals und Kapazitäten in den Regionalen Planungsgemeinschaften in die Zukunft verlagert. Demnächst wird der Zubau von Windkraftanlagen vollständig zum Erliegen kommen, weil die Flächen fehlen.

Fakt ist auch, dass der fehlende Netzausbau im 110-kV-Bereich seit Jahren bejammert und beklagt wird und hierfür der Bürgerwiderstand verantwortlich gemacht wird. Tatsächlich liegt aber seit Jahren kein einziger Genehmigungsantrag von E.ON edis und envia für den Netzausbau vor. Nutzen Sie Ihre neue Macht und lösen Sie diese Widersprüche auf!

Zur Landwirtschaftspolitik: Was vor vier Jahren in dieser Form noch nicht vorhersehbar war: Die landwirtschaftlichen Flächenpreise explodieren, Grund und Boden sind zum Spielball für Spekulanten geworden. Mancherorts bieten die Finanzinvestoren einer neuen Agrarindustrie schon mehr als 25 000 Euro für einen Hektar Land. Das sind Preise, die durch landwirtschaftliche Arbeit nie und nimmer refinanziert werden können, die auf Spekulationen, falsche Förderanreize und eine verfehlte Privatisierungspolitik zurückzuführen sind.

Parallel steigen die Anträge auf Zulassung von Anlagen einer industrialisierten Massentierhaltung. 100 000 Hühner auf einem Fleck werden langsam die Regel. Immer mehr Schweine werden in immer weniger Betrieben, durchrationalisierten Betrieben, mit minimalen Arbeitsplatzeffekten gehalten. Brandenburg wird zum Eldorado für Hühnerbarone und Schweinemäster, die andernorts ihr Feld räumen müssen.

Inzwischen belegt unsere Landwirtschaft aufgrund dieser Konzentration in der Flächenproduktivität und der Zahl der Arbeitsplätze den drittletzten Platz in Deutschland.

(Zuruf des Abgeordneten Folgart [SPD])

Unsere Landwirtschaft nähert sich Strukturen an, die den Großgrundbesitz des 19. Jahrhunderts weit übertreffen, Herr Folgart. Wenn der Landrat des Kreises MOL - wohl wirklich kein grüner Parteigänger - inzwischen beklagt, dass mehr als 20 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen seines Kreises in der Hand von drei Betrieben sind, dann wird auch erkennbar, wie viel gesellschaftliche Macht in wenigen Händen konzentriert wird.

Stoppen Sie den Ausverkauf der Agrarflächen! Nutzen Sie die Möglichkeiten des Siedlungsgesetzes und sorgen Sie dafür, dass diese Flächen ausschließlich dafür genutzt werden, gezielt bäuerliche Strukturen in Brandenburg zu fördern! Wir haben genug Großbetriebe.

Lassen Sie mich neben diesen schweren Hypotheken auf zwei weitere Punkte eingehen: die Flüchtlingsunterbringung und die Wahrung der Minderheitenrechte der Sorben und Wenden in unserem Land.

Bei der Unterbringung von Flüchtlingen kann man getrost von einer dramatischen Situation, aber auch von Stillstand und Nichtumsetzung von Landtagsbeschlüssen sprechen. Mit den Kommunen konnte keine Verständigung über das Unterbringungskonzept des Landes erzielt werden. Gleichzeitig ist die Zentrale Aufnahmestelle in Eisenhüttenstadt überfüllt und die Zahl der Flüchtlinge steigt weiter.

Wir hatten gerade die Diskussion über die syrischen Flüchtlinge. Gerade weil Sie sich erklärmaßen für ein offenes und tolerantes Brandenburg einsetzen, muss hier dringend was geschehen, und ich bin sicher, dass es bei Ihnen auch in guten Händen ist.

(Beifall B90/GRÜNE)

Und kümmern Sie sich bitte darum, dass die Diskussion über das angestammte Siedlungsgebiet der Sorben nicht aus dem Ruder läuft. Die Anerkennung und Absicherung von Minderheitenrechten kann nicht der Mehrheitsentscheidung vor Ort überlassen bleiben. Wenn der Bürgermeister von Lubin, auch Lübben genannt, das die Kriterien für die Einordnung in das sorbische Gebiet erfüllt, allen Ernstes die Ansicht vertritt, dass das Sorbentum nur der touristischen Vermarktung dienen, aber keine Auswirkungen auf die Kommunalpolitik haben darf, dann ist eine Grenze überschritten. Brandenburg darf nicht zum Gegenstand europaweiter Kritik werden, die Minderheitenrechte sind zu gewährleisten. Dr. Woidke aus Barse, handeln Sie!

Natürlich müsste in den nächsten zwölf Monaten auch noch viel in puncto schnelles Internet geschehen; das hat die CDU angesprochen. Ausgestaltung der EU-Förderung, Sie haben es auch angesprochen. Diese Punkte werden wir in dieser Debatte nicht mehr angemessen behandeln können, es fehlt die Zeit. Aber diese Aufzählung macht auch deutlich, dass es mit der vorgeblichen Abarbeitung des Koalitionsvertrages noch nicht so weit her ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Rede wäre unvollständig, wenn ich nicht die Gelegenheit nutzte, allen Respekt vor der Entscheidung von Matthias Platzeck zu bekunden, aus den bekannten gesundheitlichen Gründen sein Amt zur Verfügung zu stellen.

Jeder hier im Saale weiß um die politischen Differenzen, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Matthias Platzeck haben und gehabt haben. Das fängt bei der fatalen Lobbypolitik für die Braunkohle an und hört bei dem Ausblenden eigener Verantwortung für das BER-Desaster noch lange nicht auf. Aber wir sagen auch: Mit Matthias Platzeck hatte dieses Land lange Jahre einen hervorragenden, einen herausragenden Umweltminister, der mit seinem Eintreten für einen modernen integrativen Naturschutz die Naturschutzpolitik im europäischen Maßstab veränderte. Mit der Ausstrahlungskraft des Brandenburger Beispiels wurde der Naturschutz bundesweit vom Kopf auf die Füße gestellt. Hierfür hat er in den 90er-Jahren zu Recht Naturschutzpreise und bundesweit Auszeichnungen verliehen bekommen.

Für uns Grüne ist allerdings festzuhalten, dass die mit dem Aufstieg von Matthias Platzeck in der SPD-Führung bis hoch in den Bundesvorstand und die mit seiner Wahl zum Ministerpräsidenten des Landes verbundene Hoffnung, dass hier ein Mann sich anschickt, eine Partei und ein Land zu verändern, die alte Tante SPD und die alte Mark gleichermaßen zu moder-

nisieren und inhaltlich neu auszurichten hin zu einer Politik der Nachhaltigkeit, des Gleichklangs von sozialer und demokratischer Teilhabe, der Verbindung von ökologischen und ökonomischen Zielen, sich nicht erfüllt hat. Hier hat - das nehmen wir sehr bedauernd zur Kenntnis - nicht der Mensch das Amt geformt, sondern - wie es häufig ist - ein Amt den Menschen.

Visionäre Zielvorgaben gab es schon lange nicht mehr. Der Begriff der Nachhaltigkeit wurde nicht in den Mittelpunkt der Politik der Staatskanzlei gestellt, sondern ins Umweltministerium abgeschoben. Die Tagespolitik hat sich zunehmend im Kleinklein begrenzter Haushalte und im Abarbeiten hasenfüßiger Koalitionsverträge erschöpft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Da ist der neue Platzack!“, so ein Bürger laut „MOZ“ vom 24. August, als er unvermittelt auf den da noch designierten neuen Ministerpräsidenten Woidke stieß. Das bringt ein grundsätzliches Problem auf den Punkt: Ministerpräsidentenamt und Person waren im Lande mit den Jahren zu einer Einheit verschmolzen. Mit einem Bekanntheitsgrad hart an der 99-%-Marke hat Matthias Platzack alle anderen Landespolitiker hinter sich gelassen. Wir anderen sind alle mediale Zwerge. Doch die Gleichsetzung von Mensch und Amt ist in unserer Demokratie fatal.

Sie bestärkt viele Menschen noch in ihrer Auffassung, dass der Mensch an der Spitze allein entscheidet. Völlig verloren geht dabei das Bewusstsein, dass unsere Demokratie die nach demokratischen Grundsätzen arbeitenden Parteien benötigt, Parteien, in denen Posten und Ämter nicht vererbt, sondern in einem demokratischen Willensbildungsprozess vergeben werden,

(Beifall B90/GRÜNE)

einem Willensbildungsprozess, in dem Alternativen, auch personelle Alternativen, auf breiter Basis diskutiert und entschieden und nicht nur Hinterzimmerabsprachen auf Parteitagen abgesegnet werden.

Gerade der SPD, die seit über 20 Jahren die Politik hier im Lande dominiert, käme hier eine besondere Verantwortung zu. Ich hatte eigentlich gehofft, dass Matthias Platzack seiner Partei die Zeit gibt, über solche Alternativen zu diskutieren: Wie ist die Lage im Land? Wo will die SPD auf welchen Wegen hin? Und wer sind die geeignetsten Persönlichkeiten, um diesen Weg zu gehen? - angesichts der dünnen Personaldecke der SPD im Prinzip ziemlich risikolos; denn zumindest an Dietmar Woidke - und das sage ich durchaus anerkennend - hätte letztendlich kein Weg vorbeigeführt. Aber genau diese Diskussion ist ausgefallen.

Nehmen wir nur einmal als Beleg den damaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Ralf Holzschuher, der in der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“, im Interview wohlgemerkt, vom 3. August erklärte, dass er am Samstag erfahren habe, dass er Innenminister werden soll. Von wem er das erfahren hat, vernehmen wir nicht. Aber es wird deutlich, dass der Chef des parlamentarischen Zentrums der Landes-SPD an solchen Entscheidungen nicht etwa mitwirkt, sondern sie ihm mitgeteilt werden. Und was macht der Fraktionsvorsitzende Holzschuher? Ruft er etwa seinen Stellvertreter an, berät sich mit ihm und diskutiert über mögliche Nachfolger in seiner Funktion? Anscheinend kein Gedanke. Er redet - das ist sein Zitat - mit seiner Frau und sagt am Sonntag zu. Er musste ja auch keinen

Gedanken an seine Nachfolge verschwenden, weil die informelle Führungsrunde sich längst auf Herrn Ness als Nachfolger geeinigt hatte.

(Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Es ist diese Vermischung von Parteiarbeit, Fraktionsarbeit und Regierungsfunktionen, die Konzentration der Entscheidung auf kleine Zirkel, die unser parlamentarisches System langsam, aber stetig auszuhöhlen droht, und deswegen ist es nicht nur eine Sache der SPD.

(Beifall B90/GRÜNE - Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Diese Kritik am Zustandekommen des Personaltableaus möchte ich deutlich trennen von einer Bewertung des neuen Ministerpräsidenten. Der Wechsel zu Dietmar Woidke, dem als Allererstes der Ruf der unaufgeregten Bodenständigkeit vorausseilt, ist zunächst eine Chance, das Land pragmatisch bis zum Ende der Legislaturperiode zu führen. Gerade auch, weil niemand und zuallerletzt wir Bündnisgrünen Dietmar Woidke als Repräsentanten einer modernen SPD einstufen, weil wir keine besonderen Erwartungen einer Neuausrichtung der Brandenburger Politik an ihn hegen, hat er alle Chancen, haben Sie alle Chancen, uns positiv zu überraschen. Ich mache keinen Hehl daraus, dass der Agrarökonom Dr. Woidke als Agrar- und Umweltminister eine ganze Menge Leute mit seiner Nachgiebigkeit gegenüber dem Agrarbereich nicht gerade begeistert hat.

(Zuruf des Abgeordneten Folgart [SPD] sowie weitere Zurufe von der SPD)

- Da kenne ich mich auch gut aus, Herr Folgart, da können Sie sicher sein.

Aber wir konstatieren, dass er als Innenminister ein ganz anderes Bild abgegeben hat. Das Innenministerium gilt heute als gut geführtes Haus. Herrn Woidke gelang es, die Diskussion über die Polizeistrukturereform zu versachlichen und überzogene Einsparvorgaben zurückzunehmen. Aber nicht nur das. Als ein ehemaliger Stasi-Aktivist nach dem anderen in der Polizei aufzog, hat er sich gegen die erklärte Position von Matthias Platzack für verdachtsunabhängige Überprüfungen stark gemacht und mit Erfolg auf eine Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes gedrängt. Die Bewerber für die neu zu vergebenden Führungspositionen in der Polizei wurden überprüft und Konsequenzen gezogen. „Denn das lag auch und gerade im Interesse der Polizei selbst“, wie er damals zu Recht verkündete. Das war jetzt ein wörtliches Zitat. Während andere Kabinettskollegen die Hände in den Schoß legten, hat Dietmar Woidke hier Rückgrat gezeigt.

Als die Polizei in Neuruppin in einer wahrhaft missglückten Aktion rund 300 Demonstranten, die sich einem Naziaufmarsch entgegenstellten, einkesselte und erkennungsdienstlich behandelte, hat er die Kritik nicht einfach abgeburstet, sondern Konsequenzen gezogen. Seitdem hat es trotz einer Vielzahl von Blockadeaktionen gegen Naziaufmärsche keinen vergleichbaren Fall mehr gegeben. Ich denke, das kann, das muss auch gesagt werden, und man muss seine heutige, auch heute wieder klare Positionierung gegen den Nazispuk würdigen.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD und DIE LINKE)

Aber dennoch: Die heutige Regierungserklärung hatte - freundlich gesagt - ihre Lücken. Sie war in viele Worte gekleidete Inhaltsleere und zumeist nicht mehr als ein Recycling früherer Verlautbarungen der Staatskanzlei.

(Zurufe von der SPD)

Auch wenn ich zugebe, dass man Rotbuschtee mehrfach aufbrühen kann - irgendwann wird er schal und geschmacklos. Soweit Probleme benannt wurden, wurde keine Lösung präsentiert. Außer der Nothilfe für den Unterrichtsausfall - ich hatte es angesprochen, es steht in den Sternen, wie das dann abgesichert werden soll, aber immerhin - wurde kein neues Projekt präsentiert.

Wir benötigen aber keine Stillstandskoalition, die noch den nächsten Wahltermin erreichen will, sondern eine Regierung, die sich nicht scheut, auch von ihr selbst verursachte Probleme anzusprechen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Und das war erkennbar heute noch nicht der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Aufgabe war es nicht und ist es auch heute nicht, ein grünes Regierungsprogramm zu entwerfen und Rot-Rot daran zu messen. Ein grünes oder grün-rotes oder rot-grünes Regierungsprogramm kann man nur mit den Grünen in der Regierung haben.

(Zurufe von der SPD und von der Fraktion DIE LINKE)

Das ist bei einer Regierung, die in ihrer Koalitionsvereinbarung den Begriff der Nachhaltigkeit umschiffte wie die Nordatlantikkfahrer die Eisberge, erkennbar nicht der Fall. Und auch Ihnen, Herr Dr. Woidke, kam der Begriff der nachhaltigen Entwicklung wie auch der Begriff Umwelt heute nicht über die Lippen. Den Entwurf eines modernen Brandenburg haben wir in Ihrer Rede nicht wirklich heraushören können. Uns wichtige Themenbereiche wie beispielsweise ein Neuanlauf zur Länderfusion von Brandenburg und Berlin wurden gar nicht erst angesprochen. Aber auch wenn Sie die Chance heute noch nicht genutzt haben, darzulegen, wo Sie demnächst Ihre eigenen Furchen ziehen und nicht nur in der Spur des Vorgängers ackern wollen - wir geben die Hoffnung nicht auf, dass Ihre Regierung Entwicklungspotenzial hat.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, Dr. Woidke, alles Gute, ein erfolgreiches Wirken zum Wohle des Landes und nicht nur für die Sie tragenden Parteien. Von uns, Herr Dr. Woidke und liebe Regierungsmitglieder, haben Sie die Zusage, dass wir Ihnen als konstruktive Opposition dabei genauso wie Ihrem Vorgänger mit kritischen Kommentaren und hilfreichen Anregungen zur Seite stehen. Sollte aber mal Not am Mann oder an der Frau sein oder die Regierungskoalition mal wieder nicht in die Puschen kommen, dann werden wir Ihnen gern mit weitergehenden Anträgen und Gesetzesinitiativen auf die Sprünge helfen. - In diesem Sinne recht herzlichen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE sowie SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogel. - Wir beenden die Aussprache. Die Regierungserklärung ist damit zur Kenntnis genommen worden.

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt in der Situation, dass eine halbe Stunde Verzögerung eingetreten ist. Wir haben uns dennoch entschieden, die vorgesehene Pause von 30 Minuten einzulegen. Wir sehen uns hier pünktlich um 13 Uhr wieder. Denken Sie daran, dass dann eine Wahl stattfindet und jede Stimme gebraucht wird.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.28 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.02 Uhr)

Vizepräsidentin Große:

Verehrte Abgeordnete! Wir beginnen den zweiten Teil der heutigen Sitzung. Ich möchte zu diesem Teil ganz herzlich Gäste begrüßen. Wir haben Schülerinnen und Schüler aus der Friedrich-Gedike-Oberschule Perleberg zu Gast. Seien Sie herzlich willkommen!

Zur Entschuldigung der fehlenden Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten möchte ich sagen: Wir hatten heute eine sehr verkürzte Mittagspause von einer halben Stunde. Es sind 88 Abgeordnete, die in kürzester Zeit Mittag essen mussten. Das haben sie heute nicht so gut geschafft; sonst sind sie besser.

(Heiterkeit und allgemeiner Beifall)

Ich eröffne **Tagesordnungspunkt 2:**

Wahl einer Vizepräsidentin des Landesrechnungshofes Brandenburg

Antrag mit Wahlvorschlag
des Ausschusses für Haushaltskontrolle

Drucksache 5/7402

Gemäß § 71 Abs. 1 der Geschäftsordnung erfolgt die Wahl der Vizepräsidentin des Landesrechnungshofes geheim.

Ich möchte Ihnen Hinweise zum Wahlverfahren geben. Die Ausgabe der Wahlunterlagen erfolgt nach dem jeweiligen Namensaufruf durch die Schriftführer am Stenografentisch und die Stimmabgabe rechts und links von mir auf den Regierungsbänken.

Sie erhalten einen Stimmzettel mit dem Namen der Kandidatin zur Wahl der Vizepräsidentin des Landesrechnungshofes Brandenburg, auf dem Sie Ihre Wahl kenntlich machen können. Dabei bitte ich Sie, nur die im Wahlpult ausliegenden Kopierstifte zu benutzen. Ungültig sind Stimmzettel, die Zusätze enthalten, deren Kennzeichnung den Willen des Abstimmenden nicht zweifelsfrei erkennen lassen, die die Identität des Abstimmenden erkennen lassen, bei denen die Stimmabgabe nicht erfolgt ist und wenn die Anzahl der abgegebenen Stimmen die Anzahl der zu vergebenden Stimmen übersteigt.

So viel zum Wahlverfahren. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Wahl. Ich bitte die Schriftführer, mit dem Aufruf der Namen zu beginnen.

(Wahlhandlung)

Ich darf fragen, ob alle Abgeordneten die Gelegenheit hatten, Ihre Stimme abzugeben. - Die Abgeordneten, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben, erhalten jetzt dazu Gelegenheit.

Ich frage noch einmal: Hatten jetzt alle Abgeordneten Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben? - Das ist offensichtlich der Fall. Ich schließe die Wahlhandlung und bitte die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

Wir kommen zur Verkündung des Abstimmungsergebnisses. An der Abstimmung haben sich 80 Abgeordnete beteiligt. Es gab keine ungültigen Stimmzettel. Danach sind 80 Stimmzettel gültig. Für den Wahlvorschlag Frau Dr. Sieglinde Reinhardt haben 76 Abgeordnete votiert.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Mit Nein stimmten vier Abgeordnete. Der Stimme enthalten haben sich keine Abgeordneten. Ich bitte Frau Dr. Sieglinde Reinhardt, nach vorn zu kommen.

(Frau Dr. Reinhardt geht zur Vizepräsidentin.)

Frau Dr. Reinhardt, ich frage Sie: Nehmen Sie Ihre Wahl an?

(Frau Dr. Reinhardt: Ja!)

Damit wurde Frau Dr. Sieglinde Reinhardt mit den Stimmen der Mehrheit des Landtages zur Vizepräsidentin des Landesrechnungshofes gewählt.

(Allgemeiner Beifall - Es gratulieren Frau Dr. Reinhardt Ministerpräsident Dr. Woidke sowie Minister und Abgeordnete.)

Dieses sensationell schöne Ergebnis für die Vizepräsidentin des Landesrechnungshofes ist ein guter Tag für die Demokratie in diesem Lande. Insofern können wir uns alle mit Frau Dr. Sieglinde Reinhardt freuen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 2 und eröffne **Tagesordnungspunkt 3:**

Wahl eines Mitgliedes des Präsidiums

Antrag mit Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD

Drucksache 5/7824

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Ich komme zur Abstimmung. Der Antrag mit Wahlvorschlag, Drucksache 5/7824, ein Wahlvorschlag der SPD-Fraktion - Wahl eines Mitgliedes des Präsidiums -, liegt vor.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Es gibt keine. Damit ist Herr Klaus Ness als Mitglied des Präsidiums einstimmig gewählt worden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Fragestunde

Drucksache 5/7840

Drucksache 5/7821

Hierzu liegt Ihnen zunächst die **Dringliche Anfrage 83** (Berliner Senat will Mittel für den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg [VBB] kürzen) vor, gestellt von der Abgeordneten Wehlan von der Fraktion DIE LINKE.

Frau Wehlan (DIE LINKE):

Aus Pressemitteilungen geht hervor, dass der Berliner Senat die Mittel für den VBB drastisch kürzen will.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie, dass diese Kürzungen drastisch eingreifen würden und die Gesellschafteranteile demnach für 2014 mit einem Rückgang um 13 %, im Jahr 2015 um 32 % und im Jahr 2017 um sogar 61 % zu verzeichnen wären, und wie wird dies insbesondere vor dem Hintergrund des finanzpolitischen Zusammenwirkens beider Länder in Zusammenarbeit mit dem VBB gesehen?

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Wehlan. - Für die Landesregierung antwortet Frau Staatssekretärin Schneider.

Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft Schneider:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg ist ein wichtiges, politisch bedeutsames und zudem erfolgreiches länderübergreifendes Gemeinschaftsprojekt, und für die Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Hauptstadtregion ist es unerlässlich, ihn zu behalten.

Hierzu bedarf es natürlich auch einer gesicherten Finanzierung der Verbundgesellschaft. Brandenburg ist nach dem Haushaltsbeschluss des Berliner Senats über die Kürzungspläne des Landes Berlin informiert worden. Die Kürzungen sind so nicht akzeptabel, da dem Verkehrsverbund bei Umsetzung die finanzielle Grundlage entzogen würde. Brandenburg hat Berlin daher gebeten, zu den ursprünglich vereinbarten Zahlungen zurückzukehren. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Große:

Frau Staatssekretärin, es gibt Nachfragen, gestellt durch den Abgeordneten Genilke.

Genilke (CDU):

Frau Staatssekretärin, Sie sagten gerade, dass Sie über die Kürzungspläne informiert worden sind. Mich würde interessieren: Wie sehen Sie die Möglichkeiten für den VBB bzw. welchen Einbruch an finanziellen Mitteln kann der VBB unter Umständen hinsichtlich der Arbeit, die er jetzt bringt, verkraften? Welche Konsequenzen hätte das?

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Aber Herr Genilke, das ist doch nicht die Frage! Die CDU kürzt und wir sollen kompensieren!)

Außerdem würde mich interessieren, ob Sie von sich aus, aus Ihrem Haus heraus Einsparmöglichkeiten bei der Verwaltung sehen. Ich hatte diese Aspekte ja schon einmal bei Publikationen und anderen Dingen angesprochen. Sehen Sie dort Konsolidierungsmöglichkeiten innerhalb des VBB?

Vizepräsidentin Große:

Frau Staatssekretärin.

Staatssekretärin Schneider:

Wir haben Berlin gebeten, ohne Wenn und Aber zu den Zahlen zurückzukehren, die wir gemeinsam vereinbart haben,

(Beifall SPD und DIE LINKE)

und haben bisher keinen Anlass, dies zu ändern.

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. - Wir kommen nunmehr zur **Frage 1378** (Abschneiden von Brandenburger Schülern bei Bundeswettbewerben), gestellt vom Abgeordneten Günther, SPD-Fraktion.

Günther (SPD):

Am 19. August 2013 berichtete die „Märkische Allgemeine“ über eine Auswertung des MDR, wonach Brandenburger Schülerinnen und Schüler bei der bundesweiten Mathematikolympiade und beim Wettbewerb „Jugend forscht“ im Ländervergleich die wenigsten Sieger stellen würde.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie sehen die Brandenburger Ergebnisse bei bundesweiten Wettbewerben insgesamt aus?

Vizepräsidentin Große:

Diese Frage wird durch Frau Ministerin Dr. Münch beantwortet.

Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Günther, ich bin froh, dass ich diese Frage von Ihnen gestellt bekomme, denn dies gibt mir die Gelegenheit, einiges richtigzustellen. Ich bin nämlich sehr stolz auf die Schülerinnen und Schüler, die unser Land erfolgreich auf der Bundesebene vertreten.

Die Wettbewerbe in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern werden insgesamt sehr gut angenommen. Das zeigen auch die stabilen Teilnehmerzahlen. Jedes Jahr beteiligen sich mehr als 20 000 Schülerinnen und Schüler an den Wettbewerben in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern - von den regionalen Ebenen bis zu den Finalrunden der Landesolympiaden. Das ist allein schon deshalb ein Erfolg, weil wir rückläufige Schülerzahlen haben und die Teilnehmerzahl stabil geblieben ist.

Die von Ihnen zitierte MDR-Studie, die leider in der Presse nur sehr ungenau wiedergegeben wurde, stellt bedauerlicherweise

nur einen kleinen Ausschnitt der Wettbewerbsvielfalt dar. Sie ist deshalb insgesamt recht willkürlich und wenig aussagekräftig, denn es werden nur die ersten Preise erfasst. Das Land Brandenburg ist aber, wenn man die ersten bis dritten Preise und die Platzierungen einrechnet, bei der Mathematikolympiade insgesamt äußerst erfolgreich. In der Summe der Gewinner der ersten bis dritten Preise und der Anerkennungspreise bei der Mathematikolympiade stellte das Land Brandenburg zwischen 2000 und 2011 insgesamt 90 Gewinner. Wir gehören damit in das obere Drittel der Bundesländer.

Ziel der Begabtenförderung im Land Brandenburg ist es, neben der Förderung von talentierten Kindern und Jugendlichen auch die Talente im Spitzenbereich zu fördern. Die Schülerinnen und Schüler repräsentieren unser Land in den deutschen Nationalmannschaften bei internationalen Olympiaden, und dabei sind wir sehr erfolgreich. Ich möchte einige anführen:

Bei der European Union Science Olympiad - also EU - haben die Brandenburger Schülerinnen und Schüler von 2003 bis 2013 21 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bundesrepublik gestellt, also sehr viel mehr, als uns prozentual zukäme. Wir haben acht Goldmedaillen, fünf Silbermedaillen und eine Bronzemedaille gewonnen, und ich denke, das ist ein großartiges Ergebnis.

Ähnlich sieht es in Biologie, Physik und Chemie aus:

Von 2000 bis 2012 haben wir bei der Internationalen Biologieolympiade insgesamt sogar 29 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gestellt. Auch hier haben wir eine stattliche Bilanz mit drei Gold-, fünf Silber- und sieben Bronzemedaillen. In diesem Jahr erst - Sie haben es vielleicht wahrgenommen - konnte Max Zhao vom Friedrich-Wilhelm-Gymnasium Königs Wusterhausen eine Goldmedaille erringen, und das ist eine großartige Leistung.

Im gleichen Zeitraum waren 22 % unserer Schülerinnen und Schüler in der deutschen Mannschaft bei der Physikolympiade dabei. Auch hier gingen zwei Gold-, vier Silber- und fünf Bronzemedaillen nach Brandenburg. Bei der Internationalen Chemieolympiade haben unsere Schülerinnen und Schüler von 2000 bis 2012 eine Gold-, zwei Silber- und drei Bronzemedaille gewonnen. Ich könnte das Ganze endlos fortsetzen.

Sie sehen aber auch, dass wir in diesem Land eine erfolgreiche Talentförderung und eine ertragreiche Wettbewerbskultur haben. Die Ergebnisse der Brandenburger Schülerinnen und Schüler können sich wirklich sehen lassen, und ich denke, sie haben einen Applaus verdient. Wir haben einige Schüler hier, und das ist sicherlich auch ein Ansporn. - Danke schön.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich sehe keinen Nachfragebedarf. Wir kommen zur **Frage 1379** (Entwicklung des gemeinsamen Landeslabors Berlin-Brandenburg), gestellt durch Abgeordneten Kretschmar von der Fraktion DIE LINKE.

Kretschmar (DIE LINKE):

In einem offenen Brief kritisiert der Verband der Tierärzte im öffentlichen Dienst die Arbeit des Landeslabors. Unter ande-

rem würden Proben nicht mehr vollständig und im notwendigen zeitlichen Rahmen untersucht.

Ich frage die Landesregierung: Welche Position bezieht sie zu den Kritikpunkten des Verbandes der Tierärzte im öffentlichen Dienst?

Vizepräsidentin Große:

Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin Tack.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Besteht der Wunsch, dass wir auch gleich die Frage 1380 des Abgeordneten Wichmann, die ebenfalls mein Ressort betrifft und ähnlich lautet, behandeln?

Vizepräsidentin Große:

Mich hat ein solcher Wunsch nicht erreicht. - Doch, das ist die Frage von Herrn Wichmann. Gut. Dann entscheiden wir, dass Herr Wichmann seine ähnlich lautende Frage auch noch stellen darf. Es ist die **Frage 1380** (Schwächung der amtlichen Lebensmittelkontrolle im Landeslabor Berlin-Brandenburg). Bitte, Herr Wichmann.

Wichmann (CDU):*

Um auf die Missstände im gesundheitlichen Verbraucherschutz im Land Brandenburg und insbesondere auf die Personalsituation im Landeslabor Berlin-Brandenburg aufmerksam zu machen, wandte sich der Vorsitzende des Verbandes der Tierärzte im öffentlichen Dienst in einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten. Darin beklagt er völlig zu Recht, dass sich die Situation insbesondere seit 2009 dramatisch verschlechtert hat. Dies äußert sich zum Beispiel darin, dass rechtlich vorgeschriebene Planproben im Landeslabor Berlin-Brandenburg teilweise lediglich sensorisch, jedoch nicht mikrobiologisch oder chemisch untersucht werden. Außerdem weist er darauf hin, dass noch 130 Planproben aus dem Jahr 2012, die der amtlichen Lebensmittelüberwachung dienen, bis dato weder untersucht noch befundet werden konnten.

Auf diese Schwächung der amtlichen Lebensmittelkontrolle und der kritischen Personalsituation im Landeslabor Berlin-Brandenburg wurde im Fachausschuss und im Landtag Brandenburg immer wieder hingewiesen.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Maßnahmen plant sie derzeit, um die Probleme im Landeslabor Berlin-Brandenburg zu lösen, um damit eine den gesetzlichen Anforderungen entsprechende Probenuntersuchung durch die amtliche Lebensmittelüberwachung im Landeslabor Berlin-Brandenburg wiederherzustellen, die auch den Vollzug in den Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämtern der kreisfreien Städte und der Landkreise gewährleistet?

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wichmann. - Die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack wird antworten.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber René Kretschmar! Sehr geehrter Herr Wichmann, ich hätte mich gefreut, wenn Sie Ihre Fragen schon in der Ausschusssitzung am 14. August gestellt hätten. Denn zu dem Zeitpunkt hatten Sie den offenen Brief schon, und wir hätten dort klugerweise über mehrere Dinge reden können. Doch jetzt will ich das in gebotener Kürze in der Fragestunde gern beantworten.

Eine Klarstellung will ich vornehmen. Herr Wichmann, da Sie sich ja sozusagen hinter den offenen Brief stellen und auch implizieren, dass es Missstände im Landeslabor Berlin-Brandenburg gebe, will ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor gesundheitlichen Risiken war und ist in Brandenburg gewährleistet. Das sage ich hier unumwunden. Das heißt aber auch: Weitere Verbesserungen sind nötig und auch möglich. Deshalb sind wir im Rahmen mehrerer Ausschussinformationen - auf die haben Sie ja abgehoben - und auch in Entscheidungen des Verwaltungsrats schon auf dem Weg.

Ich will noch einmal ganz deutlich sagen: Das Landeslabor Berlin-Brandenburg - obwohl das manchmal in einigen Darstellungen anders zu lesen war; das gilt vor allen Dingen für das, was in der Presse zu lesen war - ist keine nachgeordnete Einrichtung des Verbraucherschutzministeriums, sondern eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Das nur noch einmal zur Klarstellung. Manch einer tut so, als könnte ich da hineinregieren und Entscheidungen treffen. Mitnichten. Das soll auch so bleiben.

Den Vorsitz des Verwaltungsrats hat - auch das wissen Sie - Frau Staatssekretärin Toepfer-Kataw von der Senatsverwaltung Berlin. Es gibt da ja wechselnde Verantwortlichkeiten.

Ich will auch daran erinnern - Herr Dombrowski wird sich sicherlich noch daran erinnern, wie andere Kolleginnen und Kollegen ebenfalls, die hier in der vergangenen Legislaturperiode beraten haben -: Die Bildung dieses Landeslabors ist 2009, also noch zu Zeiten der SPD-CDU-Regierung, vollzogen worden. Von Anfang an - ich kann mir das ja immer nur berichten lassen - stand der Abschluss des Staatsvertrages auch noch unter dem Druck und der Erwartungshaltung, hier sozusagen eine Fusionsrendite zu erbringen, sprich Finanzen und Personalbestand noch einmal zu kürzen. Die erwarteten Einsparungen durch die Bildung des Landeslabors haben sich so nicht eingestellt. Das konnte aufgrund der Kürzungen auch nicht sein. Damit müssen wir jetzt umgehen.

Es wurden damals die Auswirkungen der tariflichen Anpassung der Vergütungen des Personals, der allgemeinen Kostensteigerungen wie auch der anstaltsspezifischen Kosten - zum Beispiel Kosten für Wirtschaftsprüfer, Versicherungen und anderes - einfach unterschätzt - das kann ja auch passieren; wir hatten bis dahin noch kein gemeinsames Landeslabor; aber wir wollen es einfach zur Kenntnis nehmen -, sodass nachgesteuert werden muss. Wir haben in diesem Halbjahr 2013 zum allerersten Mal eine Abrechnung zur echten Kostenbelastung für Aufträge im Landeslabor vorliegen. Das wird die verlässliche Grundlage sein, um zu ermitteln, wie die finanzielle Situation insgesamt ist. Da wird also sicherlich nachgesteuert werden müssen. So sieht die Abstimmung mit Berlin aus.

Ich will aber noch einmal sagen, dass sich das Landeslabor nicht nur in Krisenzeiten und bei Großschadensereignissen das Landeslabor deutlich als ein verlässlicher Partner auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes für beide Trägerländer, also Brandenburg und Berlin, gezeigt hat. Es hat neben dem Verbraucherschutz auch Untersuchungen zum Gesundheitsschutz, zum Umweltschutz, zur Landwirtschaft und zur Geologie vollzogen und war da immer ein verlässlicher Partner.

Ich erinnere daran - das will ich tun, weil das etwas mit der in dem Brief dargestellten Situation zu tun hat -, dass wir extreme Untersuchungsanforderungen an das Landeslabor - Sie werden sich erinnern - im Zusammenhang mit dem Skandal um den Analogkäse, um die Dioxin-Eier, um den Dioxin-Futtermittelskandal, um EHEC und um die über das Schulesen erkrankten Kinder hatten. Dann vielleicht auch ganz aktuell: nicht deklarisiertes Pferdefleisch. Dazu kamen Untersuchungen zur Abklärung von Tierseuchen. Es handelte sich also um eine große Palette extremer Untersuchungsanforderungen, die nicht dem Alltag geschuldet waren, sondern einer besonderen Situation. Dazu wissen Sie - wir haben uns hier mehrmals dazu ausgetauscht -: In all diesen Fällen konnte das Landeslabor kurzfristig die Anforderungen der Überwachungsbehörden erfüllen. Das ist natürlich mit einem erheblichen zusätzlichen Aufwand im Landeslabor erfolgt. Dabei ist die dankenswerterweise sehr zuverlässige Arbeit der Labormitarbeiterinnen und -mitarbeiter hervorzuheben.

Zu der in dem offenen Brief des Verbandes der Tierärzte geäußerten Kritik sage ich: In einigen Punkten hat der Verband Recht. Das ist so und ist der gerade geschilderten Situation und auch der strukturellen Situation im Landeslabor geschuldet. Das gilt auch - so kann ich sagen - hinsichtlich der kritischen Punkte zu den zu langen Probenbearbeitungszeiten.

In den zurückliegenden Fachberatungen der Überwachungsbehörden der Landkreise und der kreisfreien Städte mit unserem Verbraucherschutzministerium und dem Landeslabor wurden diese Probleme des Öffern angesprochen, und es gab natürlich - selbstverständlich - von uns die Erwartungshaltung gegenüber dem Labor, hier die Situation zu verbessern.

Vom Landeslabor wurde immer wieder darauf verwiesen, dass aufgrund temporär vorzunehmender Schwerpunktsetzung die normalen Probenbearbeitungszeiten nicht immer gewährleistet werden konnten. Deshalb kam es ja zur Kritik. Insbesondere - das will ich hier noch einmal deutlich nennen, weil das Jahr 2012 wirklich das Jahr der Konsolidierung des Landeslabors war - die Umstellung auf ein einheitliches Laborinformations- und Managementsystem ...

(Der Abgeordnete Wichmann [CDU] unterhält sich.)

- Herr Wichmann, hören Sie doch zu! Dann müssen Sie nicht nachfragen.

... die weitere Implementierung der Kosten- und Leistungsrechnung - auch darüber haben wir Sie schon informiert - und die Erarbeitung eines einheitlichen Leistungsverzeichnisses haben im vergangenen Jahr eine Menge Kraft gekostet. Das, was an zusätzlichen Aufgaben zu leisten war, war aber wichtig, damit wir ab 1. Januar 2013 die neue Preisliste in Kraft setzen konnten.

Wenn ich sage, das Jahr 2012 war das Jahr der Konsolidierung, ...

(Zuruf des Abgeordneten Petke [CDU])

wir haben jetzt einen tragfähigen Wirtschaftsplan; der wurde in diesem Jahr bestätigt, verabschiedet. Das ist, glaube ich, die gute Basis, die hier erbracht worden ist, damit wir jetzt wirklich nach dem Wirtschaftsplan ...

(Petke [CDU]: Die will uns einschläfern!)

- Ich will Sie nicht einschläfern. Was habe ich davon? Sie sind so selten da, Herr Petke, dass ich doch froh bin, wenn wir Sie überhaupt einmal hören.

(Heiterkeit bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Also noch einmal, damit Sie nicht einschlafen, Herr Petke: Seit März dieses Jahres haben wir einen tragfähigen Wirtschaftsplan für das Landeslabor.

(Der Abgeordnete Wichmann [CDU] unterhält sich.)

- Wenn Sie weiter zuhören wollen, Herr Wichmann!

In diesem Jahr wurden bisher 17 - hören Sie zu! - Beschäftigte neu eingestellt sowie neun Stellen für Elternzeit- und Krankheitsvertretung wiederbesetzt.

Weitere 15 Einstellungsverfahren laufen gegenwärtig.

Zusätzlich wurden Investitionen in Höhe von mehr als 2 Millionen Euro ausgelöst, ausgeschrieben und beauftragt. Das ist notwendig, um moderne Labortechnik anzuschaffen. Des Weiteren ist Ihnen bekannt, dass es im Herbst dieses Jahres eine neue Direktorin für das Landeslabor geben wird.

All das ist sehr viel Arbeit, die neben den von mir beschriebenen Untersuchungen in den Problemsituationen geleistet wurde.

Auch ist Ihnen der eigentliche Punkt bekannt, den wir gemeinsam zu leisten haben: Fusionseffekte sollten insbesondere dadurch entstehen, dass Konzentrationsprozesse am Standort in Berlin stattfinden. Sie wissen, das derzeitige Laborgebäude in der Invalidenstraße ist asbestverseucht, weshalb die Entscheidung über einen neuen Standort getroffen werden muss. Es muss also gebaut werden.

Sie sehen, es ist viel zu leisten. Dazu kann ich Ihnen noch Folgendes sagen: All das wird noch einmal angesprochen, wenn der Kollege Dr. Große zu einem Gespräch kommt. Schließlich war mit der Staatssekretärin bei uns im Haus bereits vor Absendung des offenen Briefes von Herrn Dr. Große verabredet, dass es Anfang September einen gemeinsamen Gesprächstermin mit dem Bundesverband bzw. mit dem Vorsitzenden des Bundesverbandes Praktizierender Tierärzte, mit dem Landesverband und Herrn Dr. Große - er war bei sämtlichen Fachgesprächen anwesend, die bei uns im Haus bezüglich des Landeslabors Berlin-Brandenburg stattfanden - geben wird.

Präsident Fritsch:

Herr Wichmann hat Nachfragen.

Wichmann (CDU):*

Ich bin etwas erstaunt, Frau Ministerin Tack. Nachdem Sie uns eingangs sehr umfangreich erläutert haben, es gebe eigentlich diese Probleme nicht, haben Sie nun zugeben müssen, dass die geschilderten Probleme der Tierärzteschaft beim Landeslabor zutreffend sind.

Des Weiteren haben Sie überhaupt nicht auf meine Frage geantwortet, denn ich wollte wissen, welche konkreten Maßnahmen Sie ergriffen haben bzw. ergreifen werden, um die bestehenden Probleme zu lösen. Deshalb habe ich folgende Nachfrage:

Ministerin Tack:

Herr Wichmann, zuhören ist schon eine Bürgerpflicht.

Wichmann (CDU):

Jetzt spreche ich.

(Beifall CDU)

Aufgabe der amtlichen Lebensmittelüberwachung ist es, Verbraucher vor gesundheitlichen Gefahren durch Lebensmittel, Tabakerzeugnisse, kosmetische Mittel und Bedarfsgegenstände sowie vor Irreführung und Täuschung zu schützen. Grundlage der amtlichen Lebensmittelüberwachung ist eine Fülle von gesetzlichen Vorschriften vor allem des Bundes und der EU, aber auch des Landes.

Um genau diesen gesetzlichen Anspruch zu erfüllen, bedarf es einer reibungslosen Beprobung und Befundung durch das Landeslabor, was derzeit nicht sichergestellt ist. Die Verbraucherorganisation foodwatch sprach kürzlich sogar von einem Rechtsbruch.

Wie bewerten Sie, Frau Ministerin, die Rahmenbedingungen des Landeslabors vor dem Hintergrund der vorhandenen Rechtsvorschriften?

Ministerin Tack:

Lieber Kollege Wichmann, Sie haben gerade die Kritik von Ihrem Kollegen Petke gehört, ich solle Sie nicht einschläfern. Ich habe versucht, alles darzustellen: Wir haben dieses gemeinsame Landeslabor und im Jahr 2012 eine große Konsolidierungsleistung vollbracht.

Mit dem Wirtschaftsplan, den es in diesem Jahr zum ersten Mal gibt, und der neuen Preisliste, die nicht allen gefällt, die aber zur Kostenwahrheit und Kostendeckung eingeführt worden ist, wurden wesentliche Schritte gegangen. Ich habe Ihnen eben gesagt: Es wird viel Personal eingestellt werden, um einen Ausgleich für die Personen zu schaffen, die in den Ruhestand gehen, und um die Leistungen auch bringen zu können.

Ich bin sicher, dass die Verwaltungsräte auf ihrer nächsten Sitzung die weitergehenden Entscheidungen dazu treffen werden. Natürlich werden sie den offenen Brief auswerten und sich zu einzelnen Punkten besprechen, wie die Situation unmittelbar verbessert werden kann. Dennoch möchte ich Ihnen noch einmal sagen: Zu keiner Zeit gab es eine Gefährdung des Verbrau-

cherschutzes und bestanden gesundheitliche Risiken für die Bevölkerung in Brandenburg.

Wenn Sie noch weiteren Redebedarf haben, empfehle ich Ihnen - um das nicht zum dritten Mal wiederholen zu müssen -, das entweder im Ausschuss anzusprechen oder mich wieder einmal zu besuchen, sodass wir nochmals über das Landeslabor sprechen können. Herr Wichmann, Sie wissen, das tue ich immer sehr gern; denn in einem persönlichen Gespräch können zahlreiche Fragen geklärt werden. Sich jedoch kritiklos dem offenen Brief anzuschließen nützt in der Sache nichts; denn uns als Abgeordnete obliegt die Kontrollpflicht.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Wir sind nun auch schon wieder über die Beantwortung der Frage hinaus.

Meine Damen und Herren, das ist immer unser Problem in der Fragestunde: Sie haben Anspruch darauf, dass auf die Fragen geantwortet wird. Für die Beantwortung der Fragen haben wir eine Redezeit vereinbart, die oft nicht eingehalten wird.

(Homeyer [CDU]: Genau!)

Sie haben jedoch keinen Anspruch darauf, was auf die Fragen geantwortet wird. Wünsch-dir-was-Antworten gibt es leider nicht.

(Homeyer [CDU]: Aber die Redezeiten müssen eingehalten werden!)

Das habe ich gerade erwähnt.

Wir sind nun bei der **Frage 1381** (Zukunft des KombiBusses in Brandenburg), die der Abgeordnete Jungclaus stellen wird.

Jungclaus (B90/GRÜNE):

Unsere ländlichen Räume sind besonders stark vom demografischen Wandel betroffen. Dem Rückgang der Bevölkerung stehen steigende Kosten für Infrastruktur und Versorgung gegenüber. Deshalb bedarf es neuer Wege, um einen leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr und eine Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.

In der Uckermark gibt es ein hervorhebenswertes Projekt: Hier fährt seit September 2012 der sogenannte KombiBus, der den Transport von Personen und Gütern kombiniert. Das Projekt wird im Rahmen des Modellvorhabens „Daseinsvorsorge 2030“ vom Bundesministerium des Innern gefördert, das aber Ende dieses Jahres ausläuft.

Ich frage daher: Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus den Erfahrungen des KombiBus-Projektes für ihr eigenes Handeln?

Präsident Fritsch:

Der Chef der Staatskanzlei wird darauf antworten. Bitte, Herr Staatssekretär Gerber.

Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Gerber:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Jungclaus, das von Ihnen erwähnte Modell-

vorhaben brachte 2011 das Bundesministerium des Innern bzw. der Beauftragte für die neuen Länder auf den Weg. Es wurde von den neuen Ländern begleitet und unterstützt und von den Projektpartnern vor Ort umgesetzt.

Generell starten die einzelnen Projekte im Modellvorhaben mit einer etwa einjährigen Konzeptphase. Nach Prüfung der Konzepte durch das Bundesinnenministerium wurde Ende 2012/Anfang 2013 die etwa einjährige Umsetzungsphase gestartet. Beim Projekt KombiBus in der Uckermark - der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft - ging es um die Erarbeitung eines bislang deutschlandweit einzigartigen Konzeptes, bei dem Linienbus- und Güterbeförderungsleistungen miteinander verbunden werden.

Die Erfahrungen bei der Umsetzung des KombiBus-Konzeptes zeigen sehr deutlich, dass dabei im ländlichen Raum ein Nischenbereich innerhalb der Güterbeförderung erschlossen wird. Die täglich mehrmalige und taggleiche Bedienung abgelegener Dörfer könnten andere vorhandene Transportlogistiker zwar leisten, aber fehlende Bündelung und der Transport von Kleinstmengen würde zu überhöhten Transportkosten führen. Erst durch die Integration des Gütertransports in die Strukturen der Personenbeförderung wird ein Transport von Kleinst- und Kleinstmengen möglich und wirtschaftlich. Dies ist der wesentliche Vorteil des KombiBus-Ansatzes, insbesondere für die Nahversorgung in den dünn besiedelten Regionen.

Das KombiBus-Projekt bewirkt in der Praxis, dass neue Dienstleistungen und Kooperationen von den regionalen Akteuren - zum Beispiel Tourismus, Agrarerzeuger und Lebensmittelproduzenten - entwickelt werden können, da das Konzept wesentliche Anforderungen potenzieller Kunden erfüllt, nämlich die taggleiche Anlieferung im gesamten Landkreis, eine verlässliche Zustellung auf Basis des Fahrplans - nämlich der Verkehrsgesellschaft - und eine mehrmals tägliche Bedienung jeden Dorfes.

Die begleitende Öffentlichkeitsarbeit im Projektprozess hat den Projektträger, die UVG, bereits von verschiedenen Seiten eine gesteigerte Nachfrage nach Kooperationsmöglichkeiten gebracht. Versender, kommunale bzw. institutionelle Einrichtungen der Region sowie verschiedene brandenburgische Verkehrsunternehmen zeigen Interesse an einer regionalen Kooperation und an einer landesweiten Umsetzung. Das ist auch der Kern Ihrer Frage, wenn ich das richtig verstanden habe.

Zum Ablauf des Projektes ist bis Ende 2013 eine Evaluation fester Bestandteil des Modellvorhabens, was gerade vorbereitet wird. Für das KombiBus-Projekt ist dabei auch ein Leitfaden für eine Nachnutzung der im Rahmen des Projektes gesammelten Erfahrungen für andere Aufgabenträger geplant. Für die Uckermark selbst wird das Ende des Modellvorhabens keine Veränderungen bringen, da der KombiBus dort bereits in den Regelbetrieb überführt wurde.

Insgesamt stellt der KombiBus eine wichtige Ergänzung und Kooperationsmöglichkeit dar, um die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Dienstleistungen sicherzustellen und das Angebot im öffentlichen Personennahverkehr im ländlichen Raum im Zuge der Daseinsvorsorge langfristig gewährleisten zu können.

Eine generelle Schlussfolgerung aus dem Projekt ist aber auch, dass nur durch innovative regionale Akteure vor Ort, die bereit

sind, neue Wege zu gehen, angepasste und vor Ort mitgetragene Lösungen entwickelt werden können. - Vielen Dank.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Wir kommen zur **Frage 1382** (Vetschauer Grubenwasserreinigungsanlage - Verockerung); der Abgeordnete Schippel stellt sie.

Schippel (SPD):

Am 01.08.2013 hatte ich einen Vor-Ort-Termin an der Grubenwasserreinigungsanlage in Vetschau. Der beauftragte Wasser- und Bodenverband „Oberland Calau“, der die Anlage im Auftrag der LMBV wieder ertüchtigt hat und diese betreibt, informierte, dass über 95 % - in der Regel nahezu 100 % - des eisenhaltigen Wassers des Vetschauer Mühlenfließes und zusätzlich des Reudener Grabens nunmehr durch die Anlage wieder erfasst und behandelt werden.

In Mitteilungen von Greenpeace - „Lausitzer Rundschau“ vom 09.08.2013 - und der Fraktionschefin der Grünen im Bundestag Renate Künast - „Lausitzer Rundschau“ vom 15. August 2013 - stehen Vorwürfe, dass die Wirkung der wieder in Betrieb genommenen Anlage nicht sichtbar sei.

Ich frage die Landesregierung: Sind die Aussagen realistisch? Oder teilt sie die Auffassung, dass hier bewusst der Kohlebergbau in der Lausitz diskreditiert werden soll?

Präsident Fritsch:

Die Antwort gibt Minister Christoffers.

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Schippel, Greenpeace führt bekanntlich eine Kampagne gegen den Braunkohlebergbau in Brandenburg durch. Aus bekannten politischen Gründen geschieht dies nicht in Nordrhein-Westfalen, weil sich Unterstützer aus der Partei der Grünen sonst sofort mit Fragen nach ihrer Durchsetzungsfähigkeit innerhalb der Landesregierung konfrontiert sähen.

Deshalb konzentriert sich die Kampagne auf Brandenburg. Sie knüpft an der richtigen und berechtigten Debatte über Konsequenzen aus dem Bergbau an. Dagegen ist nichts einzuwenden; diese Debatte muss geführt, es muss abgewogen werden. Problematisch finde ich an dieser Kampagne, dass sie die Lösung der Fragen der Energiewende in der Bundesrepublik Deutschland auf einen sofortigen Ausstieg aus dem Kohlebergbau und der Kohleverstromung reduziert - das halte ich für falsch.

Bei den Presseveröffentlichungen geht es nicht nur um den Kohlebergbau, sondern ein - aus meiner Sicht - grundlegend anderes Verständnis, über das wir gestern schon gesprochen haben: Der Wert der Energiewende in Deutschland liegt neben der Kohlenstoffdioxidreduzierung vor allen Dingen im Nachweis, dass man ein soziales Industrieland bleiben und trotzdem eine Energiewende vollziehen kann; und dazu braucht man dauerhaft verfügbare Strommengen. Deswegen liegt der Schwerpunkt für die Landesregierung in der Systemintegration der erneuerbaren Energien. Solange diese nicht abgeschlossen ist, werden

wir zwei Energieversorgungssysteme in Deutschland haben: eines auf konventioneller, eines auf regenerativer Basis. Die Frage der Systemintegration ist der eigentliche Schwerpunkt, und ich würde es sehr begrüßen, wenn Greenpeace oder andere Institutionen eine Kampagne zu dieser machten.

Aufgrund der Greenpeace-Kampagne oder von Frau Künasts Äußerung, die ich außerordentlich bedauere, ist in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, dass die von der Landesregierung mit der LMBV und dem LBGR eingeleiteten Sofortmaßnahmen sofort zu einer vollkommenen Entspannung der Situation führen würden. Wir haben jedoch immer gesagt: Die zehn Sofortmaßnahmen werden einen ersten sichtbaren Erfolg in der Wasserqualität bringen, das Problem selbst wird uns aber 10, 15 oder 20 Jahre begleiten. - Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn Greenpeace die Kampagne beispielsweise mit der Aufforderung verbände, dass wir sicherstellen müssen, dass ab 2017 in den neuen Bergbaufolgeabkommen zwischen Bund und Ländern die dazu notwendigen Gelder auch tatsächlich eingestellt werden. Insofern hat die Aussage, die von einer grünen Spitzenpolitikerin getätigt worden ist, Konsequenzen, die ich bedauere und die weit über die richtige und notwendige Debatte über den Braunkohlebergbau hinausgehen.

Zu den Werten: Gegenwärtig ist die Abwasserbehandlungsanlage auf eine Leistungsfähigkeit von 2,2 Kubikmeter pro Sekunde ausgelegt. Das ist der erste Bauabschnitt; das haben wir immer gesagt. Der zweite Bauabschnitt ist jetzt geplant. Ich bin allen beteiligten Behörden und Institutionen dankbar, dass es innerhalb kürzester Frist gelungen ist, die notwendigen Planungsunterlagen fertigzustellen. Wenn jetzt eine Erweiterung der Anlage erfolgt, wird eine vollständige Erfassung der von Ihnen genannten Gewässer erfolgen. Gegenwärtig haben wir, was die Messung der Eisenbelastung betrifft, an den Messstellen 10/254 - das ist am Ablauf der Anlage, also direkt unterhalb der Reinigungsanlage - einen Wert von 1 Milligramm pro Liter und an der Messstelle 10/200 - das ist das Vetschauer Mühlenfließ, unterhalb der Grubenwasserreinigungsanlage - unter 3 Milligramm pro Liter. Insofern hat die Inbetriebnahme dieser Anlage bereits erste Erfolge gezeigt.

Ich will deutlich sagen: Das ist der Beginn von Maßnahmen, nicht das Ende. Wir werden uns als Landesregierung sowohl kurz- als auch mittel- wie langfristig des Problems - das ein tatsächliches Problem aus mehr als 100 Jahren Bergbau ist - annehmen. - Vielen Dank.

Präsident Fritsch:

Es gibt eine Nachfrage von Herrn Jungclaus.

Jungclaus (B90/GRÜNE):

Herr Minister, Sie führten in Ihrer Antwort aus, dass die Positionen von Greenpeace und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dahin gehen, dass wir den sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle wollen. Ich frage Sie: Ist Ihnen bekannt, dass auch nach grünen Szenarien ein Ausstieg aus der Braunkohle erst zwischen 2030 und 2040 erfolgen soll? Und könnten Sie grundsätzlich Forderungen nach einem Ausstieg aus der Braunkohle vor 2070, 2080 oder 2090 eine gewisse Berechtigung einräumen?

Minister Christoffers:

Sehr geehrter Herr Jungclaus, mir ist das, was Sie hier offiziell kundgetan haben, bekannt. Aber das Auftreten und die Art und Weise, wie die Kampagne geführt wird, hinterlassen einen anderen Eindruck, und der ist aus meiner Sicht auch gezielt und gewollt.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und SPD)

Das ist das Problem, das ich angesprochen habe. Ich würde mich wirklich sehr freuen, wenn Frau Künast diese Aussagen in Nordrhein-Westfalen genauso deutlich tätigen würde.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Möglicherweise hätten wir dann eine weitergehende Diskussion in Deutschland über Möglichkeiten und Grenzen dessen, was wir mit der Brückentechnologie Braunkohle erreichen wollen.

Zweitens haben wir eine Energiestrategie 2030; was dort steht, gilt. In der Energiestrategie 2030 finden Sie keine Aussagen von 2060 oder 2070, sondern wir haben - damals von Ihnen kritisiert - ganz bewusst ein Datum genannt: das Jahr 2015. Wir hoffen, dass wir im Jahr 2015 die Entscheidungen, die Grundsätze und die Verfügbarkeit dessen, was wir zur Energiewende haben, so abschätzen können, dass wir Zeitachsen für den Abschluss der Systemintegration benennen können. Daran arbeiten wir, und das beinhaltet für uns natürlich auch einen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Er sollte erfolgen, so schnell es möglich ist, aber nicht zu Lasten einer dauerhaften, preiswerten Versorgung mit Strom - dagegen verwahren wir uns.

Manche Debatte um Jahrestage ist politisch sehr einfach zu führen. Wissen Sie aber, was verloren geht? Die Fähigkeit, darüber zu reden, wie der Prozess zu gestalten ist, damit man auch tatsächlich zu Ergebnissen kommt. Insofern ist eine solche Debatte nicht zielführend. Sie kennen die Beschlusslagen der Parteien. Wir sind für einen Ausstieg 2040. 2015 wird in diesem Land überprüft werden, was möglich ist und was nicht; dann stehen politische Entscheidungen an. Bis dahin, glaube ich, sollte man nicht den einen Energieträger gegen den anderen ausspielen. Wir werden lange Zeit beide brauchen. - Danke.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Es gibt weitere Fragen; Herr Petke, bitte.

Petke (CDU):*

Herr Minister, Sie haben mit deutlichen Worten die Kampagne von Greenpeace und - was die Grünen betrifft - den möglichen Hintergrund geschildert. Nun hat Ihre Partei, DIE LINKE, im Landtagswahlkampf ebenso den Ausstieg aus der Kohle gefordert und im Wege der Volksgesetzgebung auch eine Kampagne gefahren. Für mich tut sich ein Widerspruch auf. Wo sind die wirklichen Unterschiede zwischen den politischen Zielen der Kampagne von Greenpeace bzw. den Grünen, die Braunkohleverstromung in Brandenburg und darüber hinaus zu beenden,

und den politischen Zielen der Linken - auch innerhalb der Landesregierung Brandenburgs und hier im Landtag -, die Braunkohleverstromung in Brandenburg - so habe ich es immer verstanden - schnell zu beenden?

Minister Christoffers:

Sehr geehrter Herr Kollege, danke für die Frage. Ich darf Sie daran erinnern, dass es auch innerhalb der CDU-Fraktion sehr verschiedene Auffassungen zur Braunkohleverstromung gibt. Das ist eine Tatsache, die alle Parteien und Fraktionen teilen. Das macht vielleicht auch deutlich, wie breit die gesellschaftliche Debatte ist.

Zweitens gibt es einen Koalitionsvertrag und - zu ihm - einen Parteitagsbeschluss beider Parteien. Die Linke hat mit der Zustimmung zum Koalitionsvertrag die Positionierung zur Energiestrategie 2030 abgeschlossen und umgesetzt.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Herr Kollege, was ich mir nicht vorstellen kann, ist, dass Sie mit Ihrer Frage implizieren, dass wir die Energiewende in Deutschland generell in Frage stellen. Wir - Linke und SPD gemeinsam - sind dafür, so schnell wie möglich eine Energiewende in Deutschland zu realisieren. Wir haben uns gestern ausführlich darüber unterhalten, brauchen dazu allerdings ein paar notwendige bundespolitische Rahmensetzungen, die das auch ermöglichen.

Die letzten zwei Jahre waren für die Energiewende - zumindest bezogen auf das, was von der Bundesseite beigetragen worden ist - leider verlorene Jahre. Vielleicht nehmen Sie das zur Kenntnis.

(Beifall DIE LINKE)

Insofern erwarte ich weiterhin spannende, kontroverse Debatten über die Braunkohlenutzung. Diese Debatten müssen sein, um eine Abwägung herbeiführen zu können. Ich sage Ihnen deutlich: Auch die Linke ist der Auffassung, dass wir die Braunkohleverstromung noch über einen längeren Zeitraum - sprich: mehrere Jahrzehnte - brauchen werden. - Danke.

Präsident Fritsch:

Danke. - Wir kommen damit zur **Frage 1390** (Errichtung einer zentralisierten Prüfstelle zur Einhaltung des Brandenburgischen Vergabegesetzes), gestellt vom Abgeordneten Dr. Bernig. Diese Frage ist mit Frage 1383 (Wohnortnahe Ausbildungsmöglichkeit erhalten) der Abgeordneten Kaiser getauscht worden.

Dr. Bernig (DIE LINKE):

Wiederholt haben Kommunen des Landes Brandenburg darauf hingewiesen, dass sie die regelmäßige stichprobenartige Überprüfung des mit dem Brandenburgischen Vergabegesetz festgelegten Mindestlohnes für richtig halten, aber diese nur sehr schwer leisten können. Mit dem Verweis auf das Bundesland Bremen wird deshalb die Einrichtung einer zentralisierten Prüfungsstelle beim Land vorgeschlagen. In Bremen wird in Zusammenarbeit mit dem Hauptzollamt Bremen die Stichprobenprüfung durch die „Sonderkommission Mindestlohn“ durchgeführt. Unbestritten lassen sich die Strukturen eines Stadtstaates nicht so einfach mit denen eines Flächenlandes wie Brandenburg vergleichen.

Ich frage trotzdem die Landesregierung: Wie bewertet sie den Vorschlag der Kommunen zur Einrichtung einer zentralisierten Prüfstelle beim Land?

Präsident Fritsch:

Minister Christoffers antwortet.

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter, bevor ich unmittelbar auf die Frage eingehe, lassen Sie mich bitte eine Vorbemerkung machen: Es gibt nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz keine regelmäßigen stichprobenartigen Überprüfungen des Mindestarbeitsentgelts, sondern es findet je nach Vertrag eine Kontrolle auf der Grundlage von Arbeitsentgeltnachweisen statt. Stichprobenartige Kontrollen werden dann durchgeführt, wenn es einen Verdacht gibt oder die Möglichkeit eines Missbrauchs eröffnet ist.

Erstens. Das Bremer Vergabegesetz regelt im Kern das Gleiche, was das Brandenburgische Vergabegesetz regelt. Es gibt eine Besonderheit, die Sonderkommission. Diese führt aber die Kontrollen nicht selbst durch. Die Vergabestellen in Bremen müssen an die Sonderkommission Verdachtsfälle melden. Die Sonderkommission wertet sie aus und weist dann die vergabeführenden Stellen an, die Kontrollen durchzuführen. Eine Reduktion von Verwaltungsaufwand findet also nicht statt. Auch in Bremen müssen die Vergabestellen selbst die Kontrollen durchführen. Deswegen glaube ich nicht, dass die Einrichtung einer Zentralstelle im Sinne einer Sonderkommission für das Land Brandenburg zielführend wäre.

Zweitens. Wir haben in unserem Vergabegesetz geregelt, dass sämtliche Mehraufwendungen, die aus solchen Kontrollen tatsächlich resultieren, den Kommunen komplett erstattet werden. Zu finden ist das konkret in den §§ 1 und 4 der Durchführungsverordnung zum Vergabegesetz. Insofern gehe ich nicht davon aus, dass der Weg über eine zentrale Prüfstelle im Sinne einer Sonderkommission - wie immer man die Institution auch nennen will - für Brandenburg der richtige Weg wäre. Es würde, wie gesagt, keine Entlastung der öffentlichen Vergabestellen erfolgen; sie müssten die Kontrollen trotzdem allein durchführen. Den Weg, den wir eingeschlagen haben, ihnen die Kosten zu ersetzen, halte ich für zielführender.

An die Landesregierung ist ein derartiger Wunsch bislang nicht herangetragen worden. Ich nehme Ihre Frage aber zum Anlass, mich noch einmal mit dem Städte- und Gemeindebund zu konsultieren. Ich erinnere daran, dass wir vereinbart haben, im I. Quartal 2014 einen Evaluierungsbericht vorzulegen. - Vielen Dank.

Präsident Fritsch:

Herr Bernig hat Nachfragen.

Dr. Bernig (DIE LINKE):

Meine Nachfrage, ob die zusätzlichen Prüfkosten aus dem 10-Millionen-Euro-Fonds, der dafür zur Verfügung gestellt worden ist, bestritten werden können, wurde schon beantwortet. Ich gehe davon aus, dass dem so ist.

Minister Christoffers:

Selbstverständlich. Bislang liegen uns von den Kommunen Erstattungsansprüche in Höhe von etwa 60 000 Euro vor.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Sehr überschaubar!)

Präsident Fritsch:

Wir kommen zur **Frage 1384** (Prostitution entlang der L 20 zwischen OT Groß Glienicke und OT Seeburg), gestellt von der Abgeordneten Richstein. Der Titel lautet: „Verkehr auf der L 20“. Bitte sehr.

Frau Richstein (CDU):*

Der Titel lautet ein bisschen anders. - Zwischen Groß Glienicke und Seeburg hat die Prostitution entlang der Landesstraße L 20 in den vergangenen Wochen und Monaten stark zugenommen. Diese offene Prostitution führt seit langem zu berechtigtem Unmut bei den anliegenden Einwohnern, insbesondere aus Seeburg. In einigen anderen Bundesländern haben die jeweiligen Landesregierungen Gebrauch von Artikel 297 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch - EGStGB - gemacht, nach dem die Landesregierungen zum Schutz der Jugend und des öffentlichen Anstandes für das ganze Gebiet einer Gemeinde bis zu 50 000 Einwohnern, für Teile des Gebiets einer Gemeinde über 20 000 Einwohner oder eines gemeindefreien Gebiets oder unabhängig von der Zahl der Einwohner für öffentliche Straßen, Wege, Plätze, Anlagen und für sonstige Orte durch eine Sperrgebietsverordnung verbieten können, der Prostitution nachzugehen.

Ich frage die Landesregierung: Wie schätzt sie das Instrument einer Sperrgebietsverordnung gemäß Artikel 297 EGStGB hinsichtlich der Wirksamkeit eines Verbots von Prostitution ein?

Präsident Fritsch:

Minister Holzschuher antwortet.

Minister des Innern Holzschuher:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Richstein, sogenannte Sperrbezirksverordnungen gibt es in der Tat in einigen wenigen Ländern: in Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg. Allerdings ergibt sich wegen der unterschiedlichen Organisation der öffentlichen Verwaltung keine unmittelbare Übertragbarkeit auf das Land Brandenburg. Deshalb kann aus den Regelungen anderswo nicht unmittelbar ein Rückschluss gezogen werden. Mir liegen aus den genannten Ländern auch keine fachlichen Bewertungen bzw. Auswertungen der Umsetzung oder zu den Auswirkungen der dortigen Regelungen vor.

Die von Ihnen angesprochene Situation an der L 20 war Inhalt eines Berichts der „Märkischen Allgemeinen“ vom 15. August 2013. Darüber hinausgehende Informationen liegen dem Innenministerium nicht vor.

Grundsätzlich möchte ich dazu aber Folgendes sagen: Nach Artikel 297 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch kann eine Landesregierung „zum Schutz der Jugend oder des öffent-

lichen Anstandes“ für bestimmte Gebiete durch Rechtsverordnung verbieten, der Prostitution nachzugehen. Sie kann das Verbot für bestimmte Orte oder Gebiete auch auf bestimmte Tageszeiten beschränken. Zuständige Verwaltungsbehörde zum Erlass der entsprechenden Rechtsverordnung ist das Ministerium des Innern.

Bislang ist von der Ermächtigung zum Erlass einer Sperrbezirksverordnung im Land Brandenburg nicht Gebrauch gemacht worden. Man muss das auch im Zusammenhang mit dem Prostituiertengesetz vom 20. Dezember 2001 sehen. Danach ist Prostitution als solche nicht mehr als sittenwidrig anzusehen. In diesem Zusammenhang muss man auch die Zulässigkeit einer Sperrbezirksverordnung neu definieren. Sie kann wohl nur noch zum Schutz der Jugend, nicht jedoch pauschal zum Schutz des öffentlichen Anstandes umgesetzt werden.

Soweit bekannt befinden sich entlang der L 20 zwischen der Ortslage Groß Glienicke und dem Ortsteil Seeburg keine Kinder- oder Jugendeinrichtungen; das habe ich auch Ihrer Anfrage nicht entnommen, Frau Abgeordnete. Da also in dem Bereich der L 20 keine unmittelbare Gefährdung der Jugend erkennbar ist, kann ich auch keine Begründung für den etwaigen Erlass einer Sperrbezirksverordnung erkennen.

Um abschließend auf Ihre Frage einzugehen: Die Landesregierung kann das Instrument einer Sperrbezirksverordnung gemäß Artikel 297 EGStGB hinsichtlich der Wirksamkeit eines Verbots von Prostitution nicht einschätzen, da sie es nicht anwendet und auch aus anderen Bundesländern keine fundierten Erkenntnisse dazu vorliegen.

Präsident Fritsch:

Frau Richstein hat Nachfragen.

Frau Richstein (CDU):*

Eine kleine Vorbemerkung: Wir sprechen hier von „Sperrgebieten“, nicht von „Sperrbezirken“.

Herr Minister, ich halte Ihnen zugute, dass Sie erst seit gestern im Amt sind. Sonst hätte es mich doch sehr verwundert, dass Sie keine weitergehende Information haben.

Auf kommunaler Ebene sind - auch unter Einbeziehung der Polizeibehörden - viele Gespräche geführt worden. Die Polizei vor Ort fährt in diesen Gebieten verstärkt Streife, weil es zunehmend Beschwerden von Anwohnern gibt. Es ist zutreffend, dass es entlang der L 20 keine Jugendeinrichtungen gibt. Aber auch Jugendliche nutzen die Döberitzer Heide und den Wald an der L 20 zu Erholungszwecken.

Meine Frage ist, ob Sie sich mit diesem Thema noch einmal vertieft auseinandersetzen und den Landtag bzw. die zuständigen Abgeordneten informieren könnten. Es gibt in der Tat viele Aspekte, die noch einmal zu einer Überprüfung führen sollten.

Ich habe in meiner Anfrage nicht behauptet, Prostitution sei sittenwidrig. Aber es gibt doch Unterschiede in der Bewertung von Prostitution in Räumlichkeiten und von Prostitution auf der Straße, insbesondere was Gewerbescheine, Gesundheitspässe etc. anbelangt. Ich bitte hierzu um weitere Auskunft.

Minister Holzschuher:

Frau Abgeordnete Richstein, dass die Polizei verstärkt Streife fährt - übrigens nicht nur an dieser Stelle -, ist durchaus in meinem Sinne. Das kann ich zunächst einmal bestätigen.

Ich beziehe mich auf die Information aus meinem Haus. Dort liegen keine konkreten, über allgemeine Informationen über die Sachlage hinausgehenden Erkenntnisse vor.

Ich kann aber generell sagen, dass das, selbst wenn man über eine Anwendung dieser rechtlichen Möglichkeit an der Örtlichkeit nachdenken würde, aus meiner Sicht kein geeignetes Mittel ist, dort etwaigen Missständen entgegenzuwirken, weil das zu einer Verlagerung führen würde - in welchen Bereich auch immer - und die Lösung des Problems dadurch umgegangen wird. Sollten sich vor Ort tatsächlich Anhaltspunkte für Straftaten oder auch Ordnungswidrigkeiten ergeben, wird die Polizei - da können Sie sicher sein - und werden - das hoffe ich jedenfalls - auch die zuständigen Ordnungsbehörden dem nachgehen.

Wenn Sie konkretere Informationen oder Anhaltspunkte haben - die haben Sie in Ihrer Frage nicht geäußert -, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir diese mitteilen würden. Dann werde ich dem nachgehen und Ihnen selbstverständlich eine ergänzende Auskunft dazu erteilen.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Wir sind bei der **Frage 1385** (Sanierung Stadtbrücke Bad Freienwalde), gestellt von der Abgeordneten Lieske.

Frau Lieske (SPD):

Nach umfangreichen Diskussionen sowohl der Stadtverordneten als auch fast der gesamten Stadtbevölkerung in Bad Freienwalde zum Pro und Kontra des Abrisses oder der Sanierung der Brücke hat es im Juli dieses Jahres eine Entscheidung der Stadtverordneten dazu gegeben, die sich für den Erhalt und die Sanierung der Brücke und gegen den Kreisel ausgesprochen haben.

Meine Frage an die Landesregierung lautet: Wie sehen die weiteren Abläufe - sowohl zeitlich als auch finanziell - der Brückensanierung unter Berücksichtigung der städtischen Entscheidung aus?

Präsident Fritsch:

Die Antwort gibt Staatssekretärin Schneider.

Staatssekretärin im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft Schneider:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Lieske, aus Ihrer Frage geht bereits hervor, dass sich die Stadtverordnetenversammlung Bad Freienwalde im Juli 2013 für den Erhalt der Stadtbrücke entschieden hat. Die Brandenburgische Straßenbauverwaltung nimmt daraufhin die Planung für die Erneuerung des Überbaus wieder auf. Ein Planfeststellungsverfahren ist nicht erforderlich. Deswegen gibt es einen kurzen Zeitplan.

Die Entwurfsunterlagen werden jetzt erstellt. Anschließend erfolgt die Abstimmung mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Dann wird das Vergabeverfahren durchgeführt. Das geschieht in der zweiten Jahreshälfte 2014. Die voraussichtliche Baudurchführung wird 2015 sein. Bisher ist man in der Planung von Kosten in Höhe von 2,5 Millionen Euro ausgegangen. Eine eventuelle Anpassung wird im Verlauf des weiteren Planungsfortschritts erfolgen. - Vielen Dank.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Es gibt Nachfragen von Herrn Büchel. Bitte.

Büchel (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, in der Debatte in der Stadt Bad Freienwalde haben zwei Themen immer wieder eine Rolle gespielt, zum einen, dass diese Brücke ein baulicher Schandfleck für die Stadt ist, insbesondere was den äußerlichen Eindruck dieses Grauens anging, zum anderen hat auch immer wieder eine mögliche Ortsumfahrung der Stadt Bad Freienwalde eine Rolle in dieser Debatte gespielt, die für den Abwägungsprozess entscheidend war.

Von daher habe ich zwei Nachfragen. Erstens: Wie konkret findet jetzt eine Abstimmung mit der Kommune, mit der Stadt Bad Freienwalde bezüglich der zeitlichen Achse, die Sie gerade beschrieben haben, statt, vor allem auch bezüglich der Möglichkeiten der Gestaltung der Brücke?

Zweitens: Welchen Verfahrensstand gibt es zu einer möglichen Ortsumfahrung für dieses Gebiet?

Staatssekretärin Schneider:

Ich denke, die Antwort kann man im Zusammenhang geben. Die Debatte der letzten eineinhalb, zwei Jahre handelte genau von dieser Frage. Die Stadtverordneten haben sich nunmehr für den Erhalt der Stadtbrücke und damit für eine Ortsdurchfahrt entschieden. Natürlich werden diese Information und diese Planung ganz intensiv mit den Kommunen abgestimmt. Das tun wir seit eineinhalb Jahren, und das werden wir auch in Zukunft tun.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Die Frage 1386 ist zurückgezogen worden, so dass wir mit der **Frage 1387** (Zahlungsrückstände zulasten Christliche Kindertagesstätte Woltersdorf), die der Abgeordnete Homeyer stellt, fortsetzen.

Homeyer (CDU):

Die „Christliche Kindertagesstätte“ der Gemeinde Woltersdorf im Landkreis Oder-Spree hat trotz detaillierter Zahlungsanträge und vier Gesprächen zwischen Bürgermeister und freiem Kitaträger für die Monate Juni, Juli und August dieses Jahres keine Zahlungen der Gemeinde Woltersdorf gemäß § 16 Abs. 3 Kitagesetz erhalten. Die letzte Zahlung erfolgte am 23. Mai 2013 in Höhe von 80,59 Euro. Der aktuelle Zahlungsrückstand der Gemeinde beträgt 20 000 Euro; das Geld ist in den Gemeindehaushalt eingestellt. Dem Landrat wurde vom freien

Träger der Kita mitgeteilt, dass zum Monatsende die Gehälter nur zu 50 % ausgezahlt werden können. Bei Nichtzahlung drohe die Insolvenz.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, den Bürgermeister der Gemeinde Woltersdorf zu verpflichten, dem freien Träger die ausstehenden Gelder unverzüglich auszus zahlen, um damit den langjährigen erfolgreichen Kita-Betrieb nicht durch Insolvenz zu gefährden?

Präsident Fritsch:

Frau Ministerin Münch antwortet.

Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Homeyer, die Landesregierung kann den Bürgermeister von Woltersdorf nicht verpflichten, dem Träger der „Christlichen Kindertagesstätte“ die ausstehenden Mittel auszus zahlen. Die Gemeinde ist bereits nach dem Kita-gesetz § 16 dazu verpflichtet, die Bewirtschaftungskosten und Erhaltungskosten zu tragen und den Betrieb der Kita sicherzustellen. Die Landesregierung ist hier nicht zuständig. Kindertagesangebote zu finanzieren ist Aufgabe der Gemeinden. Ich kann mir nicht vorstellen, lieber Herr Homeyer, dass Sie das nicht wissen.

(Zurufe von der CDU: Oh! - Also Frau Ministerin!)

Denn nur bei einem Rechtsverstoß würde Landrat Zalenga kommunalaufsichtlich tätig werden. Davon ist bisher aber nicht auszugehen. Die Ämter des Landkreises sind meines Wissens bereits auf die Gemeinde zugegangen und beraten in der Klärung der Angelegenheit, also das Jugendamt und die Kommunalaufsicht. - Danke schön.

Präsident Fritsch:

Es gibt Nachfragen. Bitte, Herr Homeyer.

Homeyer (CDU):

Frau Ministerin, selbstverständlich weiß ich das. Manchmal muss man Wege gehen, um Dinge zu beschleunigen und in den Griff zu bekommen. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Deswegen ist es wichtig, dass wir darüber debattieren.

Die Gemeinde hat jetzt einen Teil bezahlt, jedoch immer noch nicht alles. Ich frage Sie daher, Frau Ministerin, ob die Landesregierung bestätigt, dass die kostenlose Überlassung der Gebäude und der Grundstücke - einschließlich aller Nebenkosten wie Reinigung usw. - nach § 16 Abs. 3 Satz 1 zulässig und gewollt ist.

Ministerin Dr. Münch:

Ich kann zu diesem Fall keine Auskunft geben.

(Zuruf von der CDU: Die Frage ist seit einer Woche bekannt!)

Das ist eine Sache der kommunalen Ebene,

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

und wir werden uns hier auch nicht einmischen.

(Homeyer [CDU]: Wollen Sie die Kita gefährden?)

- Herr Homeyer, es geht darum, dass wir hier eine gewisse Verteilung der Aufgaben haben, wo es Zuständigkeiten auf der kommunalen Ebene und auf Landesebene gibt. Das ist gesetzlich klar festgeschrieben. Insofern müssen Sie sich an die Stellen wenden bzw. dort Gespräche mit denjenigen führen, die zuständig sind.

(Zuruf von der CDU: Und die Kinder?)

Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.

(Zurufe von der CDU: Das ist Rot-Rot! - Mann, Mann, Mann!)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - So sind die Zustände - Zuständigkeiten in unserem Land aber.

(Vereinzelt Beifall CDU sowie Zuruf: Ja, die Zustände!)

Meine Damen und Herren, wir sind bei der **Frage 1388** (Neuansiedlung Kindernachsorgeklinik Berlin-Brandenburg), gestellt von der Abgeordneten Lieske.

Frau Lieske (SPD):

In der „Märkischen Oderzeitung“ vom 22. August 2013 wurde über die Nachsorgeklinik Berlin-Brandenburg in der Bernauer Waldsiedlung berichtet. In der Klinik wurden - ich wäre meinen Kollegen dankbar, wenn ich meine Frage stellen könnte; vielen Dank - seit der Eröffnung im Jahr 2009 über 2 500 Personen - das sind etwa 900 Familien - onkologisch und kardiologisch betreut. Die Einrichtung ist die einzige familienbezogene Nachsorgeklinik für herz- und krebskranke Kinder in den neuen Bundesländern. Da der Standort in der Bernauer Waldsiedlung befristet ist, wird gegenwärtig eine Neuansiedlung in der Stadt Strausberg geprüft.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, die Neuansiedlung einer Kindernachsorgeklinik in Strausberg zu unterstützen und zu begleiten?

Präsident Fritsch:

Frau Ministerin Tack antwortet.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Jutta Lieske, wir unterstützen und begleiten das, aber finanzielle Lösungen gibt es nicht. Ich habe bei einem Besuch vor Ort sowohl mit der vorangegangenen als auch mit der neuen Geschäftsführung, die bei mir im Hause am Tisch war, gemeinsam beraten, denn es geht ja um einen Klinikneubau mit Kosten im zweistelligen Millionenbereich, und diese Klinik gehört nicht zur Struktur und zu den Finanzierungsmöglichkeiten über den Krankenhausplan. Deshalb: unterstützen ja. Wir haben auch viele Ideen ausgetauscht, wo man noch werben kann, wo man das Projekt noch bewerben kann, jedoch können wir die Neubaukosten nicht selbst aufbringen.

Die Spendenaktion der Deutschen Kinderkrebsnachsorge-Stiftung für das chronisch kranke Kind wurde für den Klinikneubau der Nachsorgeklinik unter dem Motto „Starke Kinder Klinik“ ins Leben gerufen. Die Geschäftsführung erhofft sich von dieser Spendenaktion, dass in erheblichem Umfang Spenden fließen, damit dieses gesamte Bauvorhaben realisiert werden kann. Dafür werden dann auch strategische Partnerschaften unter anderem mit der Stadt, mit dem Landkreis - wir wissen das -, mit der Bundeswehr angestrebt. Stiftungen und Unternehmen sind als Kooperationspartner und Förderer vorgesehen. Partnerschaften mit prominenten Personen in der Bundesrepublik und politischen Akteuren sollen die öffentliche Werbung unterstützen.

Ich habe meine Amtskollegen in den neuen Bundesländern mit der Bitte angeschrieben, diesen Klinikneubau für die Kinderkrebsnachsorge zu unterstützen. Eine ablehnende Haltung habe ich schon; sie bezieht sich aber auf das Agieren der Krankenkassen. Aber die anderen haben sich noch nicht gemeldet. Ich sehe noch eine gewisse Chance, dass wir eine konzertierte Aktion machen. Aber wir sind leider nicht in der Lage, aus Mitteln der Krankenhausplanung zu finanzieren.

Präsident Fritsch:

Frau Lieske hat eine Nachfrage.

Frau Lieske (SPD):

Vielen Dank erst einmal für das Engagement, auch wenn es sich jetzt monetär nicht sofort widerspiegeln kann. Dafür habe ich auch Verständnis. Aber das MUGV ist ja nicht das einzige Ministerium der Landesregierung, dass hier vielleicht tätig werden könnte. Deswegen möchte ich die Chance nutzen, zu fragen, ob eventuell aus anderen Ressorts Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Ich möchte Sie aber auch bitten, Ihr Engagement gegenüber dem Träger aufrechtzuerhalten und nach weiteren Partnern zu suchen, um die Kindernachsorgeklinik entsprechend zu unterstützen.

Ministerin Tack:

Ich habe keine Frage gehört, aber vielleicht darf ich noch einmal ausführen, dass der Brief, diese Bitte, auch an den Ministerpräsidenten und auch an den Finanzminister gegangen ist. Wir haben wirklich schon alles sehr verantwortungsvoll abgeklopft. Ich sage noch einmal meine Unterstützung und Begleitung zu. Wir suchen gemeinsam noch nach zündenden Ideen.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Damit sind wir am Ende der Fragestunde, ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Gesetz zur Regelung der Kohlendioxid-Speicherung in Brandenburg (KSpGBrbg)

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/7757
(2. Neudruck)

1. Lesung

Des Weiteren liegt ein Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 5/7843, vor.

Wir beginnen mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Abgeordneter Jungclaus, bitte.

Jungclaus (B90/GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Sehr verehrte Gäste! Wir haben den vorliegenden Entwurf für ein Gesetz zur Regelung der Kohlendioxidspeicherung eingebracht, um für Brandenburg sicherzustellen, dass die Entscheidung, ob die CO₂-Speicherung in Brandenburg eingesetzt wird, auf Basis einer sachlichen Abwägung der Argumente stattfindet. Die CCS-Technologie würde unsere Gesellschaft sehr langfristig beeinflussen, weil die unterirdische Speicherung in vorgeblich sicheren Endlagern für die Ewigkeit sein soll. Wir wollen die Phase der Unsicherheit abschließen, die die Bürgerinnen und Bürger im Osten Brandenburgs in den letzten Jahren beunruhigte. Dabei bewegt sich der Gesetzentwurf exakt in dem Rahmen, den das Bundesgesetz vorgibt.

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe hat uns die Arbeit an dem Gesetz erheblich erleichtert. Sie hat die geografische Beschaffenheit des Brandenburger Untergrunds untersucht und auf dieser Grundlage 17 Standorte ermittelt, die für eine unterirdische CO₂-Speicherung infrage kämen.

Unsere fünf Brandenburger Regionalen Planungsgemeinschaften sind am ehesten in der Lage, die Konfliktpotenziale, die bei einer unterirdischen CO₂-Speicherung entstehen könnten, sachgerecht gegenüber anderen Nutzungsinteressen abzuwägen. Deshalb haben wir sie für das CCS-Gesetz als die fünf Regionen bestimmt, in denen die Nutzungskonflikte und die Eignung untersucht werden sollten. 17 Mal ist die Abwägung zu dem Schluss gekommen, dass andere Interessen wie zum Beispiel die sichere Versorgung mit sauberem Trinkwasser höher zu bewerten sind als das Ansinnen eines Konzerns, seine Abgase im Untergrund zu speichern.

Dabei schließt der vorliegende Gesetzentwurf nicht aus, dass in Brandenburg eine CO₂-Abscheidung eingesetzt wird. Er stellt nur sicher, dass die Speicherung nicht in Brandenburg stattfindet. Die für zukünftige Braunkohlekraftwerke vorgesehene Abscheidung von CO₂, verbunden mit dem Transport von CO₂ mit Pipelines in andere Regionen, bleibt weiterhin eine Option - eine Option, der wir allerdings wenig Zukunft einräumen, weil sie ineffektiv und teuer ist und weil sie die weitere Abbagge von Dörfern in der Lausitz bedingt.

Unsere Gesetzesvorlage erfüllt dabei auch das, was die Koalitionsfraktionen in ihrem Antrag fordern: Sie schreibt die Bürgerbeteiligung für CO₂-Pipelines fest, allerdings nicht, wie bei Ihnen, als Lippenbekenntnis, sondern in Form eines Gesetzes.

CCS ist eine unausgereifte Risikotechnologie, die unsere Lebensgrundlagen nachhaltig gefährdet. Die Lebensgrundlage Nummer 1 ist dabei Wasser, in Brandenburg häufig das Grundwasser. Insbesondere dicht besiedelte Regionen wären ohne die Möglichkeit, die Trinkwasserversorgung aus natürlichen Ressourcen sicherzustellen, in ihrem Handlungsspielraum extrem eingengt. Aber auch den Einsatz von Tiefengeothermie zur Deckung des Energiebedarfs würde CCS erheblich einschränken. Dort, wo CO₂ unter der Erde lagert, ist die Tiefen-

geothermie auf ewig ausgeschlossen. Wo sich der Druck des gespeicherten Gases ausbreitet, ist jede natürliche oder künstliche Beschädigung der Sperrschicht ein Risiko, weil der Druck aus der Lagerstätte das dort vorhandene Salz in die grundwasserführenden Schichten treiben kann. Wer sollte dafür jemals die Verantwortung übernehmen können?

Doch nicht nur die Lebensgrundlagen der Menschen wären gefährdet, sondern auch die Natur und die Grundlagen der Wirtschaft, besonders der Tourismuswirtschaft. In der Lausitz ist solch ein Teufelskreislauf von Zerstörung der Lebensgrundlagen und Niedergang der Wirtschaft schon heute zu beobachten. Obwohl die Braunkohlekraftwerke qualmen und die Förderbänder rattern, was das Zeug hält, zieht dort nicht mehr Wohlstand ein. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen nicht noch eine Region, in der die Landesregierung nicht in der Lage ist, eine Perspektive jenseits der Braunkohle aufzuzeigen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Auch in den bis vor Kurzem von konkreten CCS-Planungen betroffenen Regionen Ostbrandenburgs ist das Vertrauen bei den meisten Bürgerinnen und Bürgern bereits verloren gegangen. Sie hatten sich in Bürgerinitiativen zusammengeschlossen, um sich sehr engagiert gegen das Vattenfall-Projekt zu wehren, das der Konzern mit voller Rückendeckung dieser Landesregierung gegen den Widerstand der Bevölkerung durchdrücken wollte. Der ehemalige Ministerpräsident und Vattenfall mussten erst zu der Einsicht getragen werden, die Speicherung von CO₂ in Brandenburg vorerst aufzugeben, nachdem die Pläne von Vattenfall vor allem am Widerstand der Bürgerinnen und Bürger in Beeskow und Umgebung gescheitert waren.

Die Menschen wollen aber mehr, sie wollen den Kindern und Enkeln ihre Grundstücke und Häuser auf einer sicheren Grundlage übergeben können. Sie wollen Rechtssicherheit.

Wir haben hier und jetzt die Gelegenheit, das verloren gegangene Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wiederzugewinnen. Wir können der Entscheidung, in Brandenburg kein unterirdisches CO₂-Lager einzurichten, einen verlässlichen gesetzlichen Rahmen geben.

(Beifall B90/GRÜNE)

Ein schwammiger Entschließungsantrag, zu dem sich die Koalitionsfraktionen nun nach zwei Jahren plötzlich durchgerungen haben, reicht da nicht aus. Ich bitte daher um Zustimmung, unseren Antrag in den Ausschuss zu überweisen und dort gegebenenfalls noch fragliche Punkte zu klären, damit wir im Ergebnis CCS in Brandenburg rechtssicher ausschließen können. - Vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Die Abgeordnete Hackenschmidt spricht.

Frau Hackenschmidt (SPD):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie oft wir uns noch zu diesem Punkt verständigen wollen. Es ist ja schön, dass Sie einen Gesetzentwurf vorlegen.

Aber es gibt eigentlich eine verlässliche Aussage: Keine CO₂-Speicherung in Brandenburg!

Wir müssen gucken, wie wir im gesamteuropäischen Bereich mit diesem Thema weiter umgehen. Ein vollständiger Ausschluss der CO₂-Speicherung im gesamten Land setzt die Durchführung einer fundierten Abwägung im Einzelfall, das heißt jeder potenziellen Speicherstätte, voraus. Dabei sind sonstige Optionen zur Nutzung einer potenziellen Speicherstätte, die geologischen Besonderheiten der Gebiete und andere öffentliche Interessen abzuwägen. Die in der Begründung zum Gesetzentwurf der Grünen dargelegten Kriterien entsprechen dieser Anforderung leider in keiner Weise.

Beispielsweise kann ein Schutzradius, wie Sie es auf Seite 19 beschreiben, nicht pauschal auf 75 km, sondern muss für jede einzelne Speicherstätte nach den jeweiligen geologischen Gegebenheiten und den technischen Einspeiseparametern festgelegt werden.

In der Begründung des Gesetzentwurfs wird der Eindruck erweckt, dass eine tatsächliche Abwägung stattgefunden habe. Tatsächlich geht es nur darum, das politische Ziel - die Berechtigung eines Landesgesetzes - nachzuweisen. Aus der politischen Sicht muss ich das wie folgt darlegen: Der Zeitpunkt der Vorlage - wenige Tage vor der Bundestagswahl - zeigt, dass das Vorhaben vielleicht mehr ein Wahlkampfmanöver ist.

Einerseits sind die hohen Hürden bekannt, die das Bundesgesetz für eine Speicherung errichtet. Zunächst müssten die Erkundungen genehmigt werden. Sie sind ja nicht erfolgt. Anschließend müsste ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden, um die Speicherung zu ermöglichen.

Auch diese konkreten Regelungen haben dazu beigetragen, dass es in ganz Deutschland kein neues CCS-Projekt mehr gibt. Es gibt keinerlei Signale, dass ein solches Projekt ansteht. Darüber hinaus ist es der erklärte politische Wille der übergroßen Mehrheit in diesem Haus, CCS-Projekte nicht zu befürworten. Jeder, der eins und eins zusammenzählen kann, wird ganz leicht darauf kommen: Bis Ende 2016 wird es keinen Antrag auf Zulassung eines Kohlendioxidspeichers im Lande Brandenburg geben.

Dennoch wollen die Grünen die zuständigen Behörden durch ein Gesetz auffordern lassen, den notwendigen Abwägungsprozess für alle potenziellen Speicherstätten in Brandenburg durchzuführen. Ich finde, das ist viel zu teuer, zu zeitaufwendig und schlicht überflüssig. Mit anderen Worten: Also doch Wahlkampf.

Da machen wir nicht mit. In unserem Entschließungsantrag bekräftigen wir noch einmal unsere politische und rechtliche Position, und mehr gibt es zu diesem Thema nicht zu sagen.

Eventuell könnten wir einmal die Frage stellen, warum sich die Grünen bei diesem Thema diese große Mühe machen, aber die steigenden Strompreise für sie nicht direkt das Thema sind.

Deshalb haben wir diesen Entschließungsantrag eingebracht. Wir weisen darauf hin, dass es eine bundesgesetzliche Regelung geben muss. Ich denke, damit ist alles gesagt. Ein Landesgesetz halten wir nicht für notwendig. - Danke.

(Vereinzelte Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Bretz setzt für die CDU-Fraktion fort.

Bretz (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ich habe Respekt vor Ihrer Position, und ich respektiere auch all diejenigen Menschen in Brandenburg und darüber hinaus, die sich bei der Frage der Anwendung der CCS-Technologie sorgen und das ganze Thema mit entsprechend vorsichtigen inhaltlichen Fragestellungen verbinden. Erster Punkt.

Zweiter Punkt - da bin ich bei einem sehr ernsthaften Punkt angekommen -. Ich möchte, dass wir in der Debatte auch immer darauf hinweisen, dass es darum ging, die Erforschung und die Erprobung der CCS-Technologie zu ermöglichen. Die Bundesregierung hat gesagt, sie stelle den rechtlichen Rahmen dafür zur Verfügung und es solle vor Ort geprüft werden, ob eine Akzeptanz dieser Technologie vorhanden ist oder nicht. Sie macht es also davon abhängig, wie in den betroffenen Bezirken, Gemeinden usw. die Akzeptanzfrage geklärt werden kann. Das war die Position der Bundesregierung, das ist auch unsere Position.

Drittens möchte ich sagen - ich finde, das ist ein bedeutsames Argument -: Wir müssen in der Bundesrepublik Deutschland und auch in Brandenburg aufpassen, dass wir zukünftig nicht Gesetzentwürfe formulieren, die höchst vorsorglich die Einführung neuer Technologien per Gesetz verbieten.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn wir eine Politik verfolgen, die darauf ausgerichtet ist, neue Technologien - ohne ihre Erprobung und Erforschung zu ermöglichen - immer gleich im Vorwege zu verbieten, dann gefährden wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit einem solchen Politikverständnis das Wohlstandsniveau und die Wohlstandsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland insgesamt und auch die des Landes Brandenburg.

Ich möchte das kurz begründen: Wenn Sie sich einmal anschauen, dass 2050 auf diesem Planeten etwa 9 Milliarden Menschen leben werden - davon über 50 % in Asien - und welches Potenzial in diesen Wachstumsregionen aus den Universitäten strömt, dann werden Sie feststellen, dass wir die Frage zu beantworten haben: Wie wollen wir in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich diesen globalisierten Wettbewerb auch um neue Ideen gewinnen? Dazu gehört zwangsläufig, dass wir unsere Ideen, unser Wissen in neue Technologien münden lassen müssen.

Ich will Ihnen ein kurzes Beispiel geben: Der sogenannte Walkman - ein Vorgängermodell des heutigen MP3-Players oder anderer technischer Gerätschaften - war eine Erfindung aus Deutschland, ist nur in Deutschland nicht realisiert worden. Der erste Computer, der Zuse 1, wurde in Deutschland erfunden, ist aber nicht flächendeckend in Deutschland zum Durchbruch gebracht worden. Solcher Dinge gibt es viele. Das heißt, wenn wir die Zukunftspotenziale der Bundesrepublik Deutschland auf lange Sicht sicherstellen wollen - und ich gehe davon aus, dass wir das gemeinsam wollen -, dann ist Technologie, dann sind Forschung und Entwicklung mit Sicherheit ein star-

ker Motor dieser Entwicklung. Deshalb wäre es ein völlig falsches Signal, eine Politik zu formulieren, die per Gesetz die Entwicklung neuer Technologien hemmt. Das ist mir ein Stück weit zu bräsig.

(Beifall CDU)

Das ist mir ein Stück weit zu abwartend und auch ein Stück weit zu zukunftsfeindlich, ich will das deutlich sagen. Wir müssen in der Bundesrepublik Deutschland akzeptieren, dass wir unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht zum Nulltarif bekommen und es mit Sicherheit kein Naturgesetz ist, dass es der Bundesrepublik Deutschland so geht, wie es ihr geht. Und es bedarf großer Anstrengungen, dass das auch noch in Zukunft so weitergeht.

Ich will an noch ein Beispiel erinnern, weil es mir gerade in den Sinn kommt: die berühmte Magnetschwebbahn - ein Projekt, das in Deutschland entwickelt worden ist, das zukunftsweisend war, aber nie in Deutschland realisiert wurde. Ich sage das, weil ich der Meinung bin, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland nicht den Eindruck erwecken sollten, dass wir uns auf einer Ebene befinden, wo alles gut und richtig ist und uns die gebratenen Tauben in den Mund fliegen. Nein, wir müssen weiter darum kämpfen, diesen Platz zu halten, und dazu gehören auch neue Technologien.

Unsere Fraktion lehnt den Gesetzentwurf ab, weil wir sagen: Verbotsgesetze helfen hier nicht weiter. Wir müssen die Zukunft mit ihren Herausforderungen und Chancen begreifen, und dazu gehören auch neue Technologien. - In diesem Sinne: Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Domres setzt für die Linksfraktion fort.

Domres (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es war für mich eine Frage der Zeit, wann die Grünen ihren Gesetzentwurf zur Regelung der CO₂-Speicherung in Brandenburg einbringen, um damit auf Stimmenfang zu gehen. Dabei ist dieser Gesetzentwurf aus meiner Sicht so überflüssig wie nur irgendetwas.

Zum einen hat die rot-rote Landesregierung bereits im Juli 2012 erklärt, dass es eine Erkundung von Lagerstätten und die Speicherung von CO₂ in Brandenburg nicht geben wird. Zum anderen gibt es aktuell im gesamten Bundesgebiet kein Projekt, das eine Anwendung der Speichertechnologie auch nur in Aussicht stellt. Das CCS-Demonstrationsprojekt in Jänschwalde ist durch Vattenfall zurückgezogen worden und nicht mehr aktivierbar. Angesichts dieser Gesamtsituation in Deutschland und in Brandenburg besteht politisch überhaupt kein Handlungsbedarf für die vorgeschlagene Regelung der CO₂-Speicherung in Brandenburg.

Das kann man - wie die rot-grüne Regierung in Schleswig-Holstein oder die grüne Landtagsfraktion - selbstverständlich anders sehen. Im Koalitionsvertrag Schleswig-Holsteins heißt es:

„Wir halten CCS aus Sicherheits- und Klimaschutzgründen für falsch und lehnen Fracking ab. Deswegen wollen wir diese Wege für ganz Deutschland - insbesondere auch in der Ausschließlichen Wirtschaftszone - ausschließen. Dazu werden wir entsprechende Initiativen ergreifen bzw. unterstützen. Bis uns dies gelingt, werden wir CCS in Schleswig-Holstein über ein Gesetz verbieten.“

Auch die Linke in Brandenburg hält die CCS-Technologie im Rahmen der Braunkohleverstromung für falsch.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Anfang August wurde der Gesetzentwurf in Schleswig-Holstein im Kabinett in 2. Fassung beschlossen. Dieser ist vom Regelungsgehalt her eins zu eins von den brandenburgischen Grünen übernommen worden, mit einem - allerdings elementaren - Unterschied:

Der Gesetzentwurf in Schleswig-Holstein gliedert das Land primär nach geologischen Kriterien in fünf Gebiete. Und, liebe Kollegen von den Grünen, die Regionalen Planungsgemeinschaften werden sehr erfreut sein über die neue Aufgabe, die Sie ihnen zubilligen wollen. Für jedes dieser Gebiete wird separat eine Abwägung vorgenommen. Diese Abwägungen ergeben, dass eine Speicherung von CO₂ nicht möglich ist. Zum Teil ist Schleswig-Holstein geologisch ungeeignet, weil die Sandsteine, vor allem in tieferen Lagen, nicht porös genug sind. Auch eine Beeinträchtigung des Grundwassers ist zu befürchten. In anderen Gegenden würde eine Einlagerung von Kohlendioxid eine Nutzung der Geothermie unmöglich machen. Auch die Bedeutung des Tourismus steht der CO₂-Speicherung entgegen.

Der Gesetzentwurf der Grünen hat versucht, solche Abwägungen vorzunehmen. Ich betone: versucht. Denn die vorgenommene Abwägung, nach der das ganze Land Brandenburg für die unterirdische Speicherung ausgeschlossen werden soll, wird der notwendigen geologischen Abwägung in keiner Weise gerecht. Dort heißt es unter anderem im Punkt 4: Die Nähe zu den dicht besiedelten Umlandgemeinden von Berlin führt zu einem Ausschluss des Standortes. Oder: die Größe einer Gemeinde schließt eine CO₂-Lagerung in der Umgebung der Stadt aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese angeblich vorgenommene Abwägung hält aus meiner Sicht vor keinem Verwaltungsgericht in Deutschland stand. Selbst das von Ihnen angeführte Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages geht von einem Abwägungsgebot aus. Dort heißt es: Damit habe die Gebietsauswahl anhand anerkannter fachlicher Kriterien zu erfolgen. Die energie- und industriebezogene Nutzungsoption der Speicherstätten, geologischen Besonderheiten und anderen öffentlichen Interessen seien dabei zugrunde zu legen. In dem Umfang, in dem hierbei für potenzielle Speicherstätten überwiegend entgegenstehende Belange begründet werden könne, sei ein Ausschluss möglich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, Sie schließen also die vom Bundesbergamt vor geraumer Zeit ins Spiel gebrachten möglichen Speicherstätten in Brandenburg nach Abwägung von reinweg öffentlichen Interessen aus und sagen dann: Wenn es in diesen nicht geht, geht es in ganz Brandenburg nicht.

So einfach kann man es sich nur in der Opposition machen, oder aber man will jemanden vorführen bzw. spielt im Vorfeld

der Bundestagswahl einen vermeintlichen Trumpf im Stimmenfang aus, der letztendlich gar keiner ist. Der Energiepolitische Sprecher der Grünen im Bundestag erklärte nämlich bereits im Mai 2011 zum besagten Gutachten: „Ein klares Ausschlussgebot für komplette Bundesländer gibt es nicht“ und bezog sich damit auf die Äußerungen von Minister Röttgen und der Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Ich wiederhole, was er sagte: Nach juristischer Prüfung ist ein Ausschluss nicht möglich, nicht haltbar.

Faktisch sind ab Januar 2013 laut Bundesgesetz keine Vorhaben mehr im Land Brandenburg realisierbar. Genau deshalb denke ich, dass dieser Gesetzesentwurf nur eine billige Wahlkampfinszenierung ist. Ich hoffe, dass diese bei den Brandenburgerinnen und Brandenburgern nicht verfängt und sie nicht weiter verunsichert werden.

Uns Linken hat der Gesetzesentwurf noch einmal die Möglichkeit gegeben, uns klar und eindeutig gegen ein unterirdisches Speichern von CO₂ in Brandenburg auszusprechen. Dafür bedarf es aber keines Landesgesetzes - welches auch immer -, da es nicht zur Rechtssicherheit beiträgt. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Tomczak setzt für die FDP-Fraktion fort.

Tomczak (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im August 2012 ist das Gesetz zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid in Kraft getreten. Wir meinen, es ist gut, dass das Gesetz zur Speicherung von CO₂ auf den Weg gebracht wurde, denn wir werden den Energie- und Klimawandel ohne einen kurzfristigen Ausbau von Gas- und Kohlekraftwerken nicht bewältigen können. Das bedeutet aber auch einen Anstieg des Ausstoßes klimaschädlicher Gase. Um das Klima zu schützen, werden wir in Deutschland das Kohlendioxid speichern müssen. Die Forderung nach Erforschung von CCS ist für das Erreichen der Klimaziele deshalb für uns unverzichtbar. Die CO₂-Speicherung gilt als Schlüsseltechnologie, um auch in Zeiten von Klimaschutz und Emissionshandel weiter Industrieproduktion in Deutschland zu halten und auszubauen. Gerade ein Industriestandort wie Deutschland - das sagen auch die Deutsche Umwelthilfe und der WWF - darf diese Technologie nicht von vornherein ausschließen.

Der uns vorliegende Gesetzentwurf der Grünen reiht sich in dieser Frage in die Liste grüner Verbotsgesetze ein.

(Vereinzelte Beifall bei der FDP)

Diesen Gesetzentwurf lehnen wir als FDP-Fraktion ab. Ich möchte Ihnen auch ganz konkret sagen, warum.

Erstens: Das Verbotsgesetz behindert Investitionen, die in der Forschung und der Entwicklung neuer Technologien getätigt werden müssen.

Zweitens: Das Gesetz ist wirtschaftsfeindlich. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, wohin das führen kann. Vattenfall trenn-

te sich von seinen 1,5-Milliarden-Projekten als Pilotprojekt für die Speicherung.

Drittens - und das ist für uns ganz besonders überdenkenswert -: Diese Technologieverhinderungsgesetzgebung, die hier von den Bündnisgrünen geplant ist, gefährdet Arbeitsplätze. Sie - Bündnis 90/Die Grünen - wollen mit diesem Gesetz nicht einmal mehr den Versuch bzw. die Erforschung einer Zukunftstechnologie zulassen. Da kann man nur sagen: Gute Nacht Deutschland, Land der Tüftler und Denker!

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, der Energiewandel ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb ist es nicht tragbar, dass einzelne Bundesländer sagen können: Bei uns aber nicht! - Dies kann für zukünftige Gesetzgebungsverfahren zu anderen Themen und anderen Problemkreise gefährlich werden.

Bei aller vorgebrachten Kritik an der CCS-Technologie: Wichtig ist jetzt, transparent und in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung die Demonstrationsprojekte für CCS zu begleiten und danach die Ergebnisse genau zu analysieren. Was wir nicht machen sollten, ist, wie Sie das wollen: Alles von vornherein verbieten, bevor uns überhaupt Ergebnisse und neue Erkenntnisse zu dieser Technologie vorliegen.

Die FDP-Fraktion wird den Gesetzentwurf von Bündnis 90/Die Grünen kategorisch ablehnen. - Danke schön.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Fritsch:

Minister Christoffers spricht für die Landesregierung.

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Jungclaus, ich habe im Rahmen der CCS-Debatte sehr viele sehr aktive Bürger aus dem Raum Beeskow kennengelernt. Wir waren unterschiedlicher Auffassungen. Wir haben sehr, sehr lange über Zusagen bzw. über Möglichkeiten und Grenzen diskutiert. Deswegen gestatten Sie mir, an dieser Stelle auf drei Dinge einzugehen.

Erstens: Die Landesregierung war nie der Auffassung, dass CCS ausschließlich für durch Verstromung erzeugtes CO₂ zum Einsatz kommen sollte. Es galt genauso für den CO₂-Ausstoß aus Industrieemissionen. Und ich erinnere mich auch an grüne Stimmen, die durchaus der Auffassung waren, dass Industrie-CO₂ möglicherweise dann doch gespeichert werden soll.

Das Zweite ist: Ich habe im Dezember 2009 auf einer Veranstaltung im Raum Beeskow die Zusage gegeben: Wenn wir keine bundeseinheitliche Regelung hinbekommen, werden wir in Brandenburg nicht speichern - und das unabhängig davon, wie die Technologie eingeschätzt wird.

Wir haben uns anhand dieser Grundsätze auch in die bundespolitische Debatte eingebracht. Das geltende Bundesgesetz stellt aus meiner Sicht nicht sicher, dass wir eine einheitliche bundesweite Regelung in den Ländern auch umsetzen können.

Das war der Hintergrund, dass der Landtag nicht ganz schnell mit einem Entschließungsantrag zu Ihrem Gesetzentwurf, sondern bereits zum damaligen Zeitpunkt gesagt hat: Weil die Voraussetzungen, die wir definiert haben, nicht eingetreten sind, wir nicht politisch mehrheitsfähig sind, wird es in Brandenburg auch keine Speicherung geben. - Es gab also in dieser Frage eigentlich nie eine Phase der Unsicherheit, denn der Gesetzentwurf soll einen Gegenstand regeln, der gar nicht existiert. Ich finde, es ist nicht Inhalt von parlamentarischer Tätigkeit, etwas zu regeln, was bereits ausgeschlossen worden ist.

Drittens: Meine Damen und Herren von Bündnis 90/Die Grünen, wir hatten bereits damals, als Greenpeace die Karte des Bundesbergamtes veröffentlicht hatte, darauf hingewiesen, dass diese Karte für Brandenburg völlig falsch ist. Wir hatten die Karte des Landesbergbauamtes dagegensetzt, und Sie können uns glauben, dass wir den geologischen Untergrund im Land Brandenburg besser kennen, als das Bundesbergamt das jemals kann. Die Bezugnahme in Ihrem Gesetzentwurf auf die Karte des Bundesberggesetzes bildet also überhaupt nicht die geologische Situation im Land Brandenburg ab. Insofern ist diese Grundlage schon falsch bzw. fehlerhaft.

Der nächste Punkt: Meine Damen und Herren, wir können vielleicht ganz lange darüber reden, aber - Herr Domres hat es schon angeführt -: Das, was Sie an pauschalen Ausschlussgründen vorgenommen haben, wird keinem Gerichtsverfahren standhalten.

Wir müssen, wenn wir das Bundesgesetz umsetzen wollen, für jeden einzelnen Standort vertiefte Planungen und Abwägungsprozesse auch durchführen, damit wir ihn ausschließen oder aber eben auch nicht ausschließen können.

Deswegen, meine Damen und Herren, verstehe ich Ihren Gesetzentwurf in dem Zeitpunkt, wo Sie ihn einbringen, zwar sehr gut, aber dieser Gesetzentwurf ist schlicht und ergreifend überflüssig - überflüssig, weil es den Gegenstand in Brandenburg nicht gibt.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Meine letzte Bemerkung dazu: Ich finde, Sie sind auch nicht stringent. Weil Sie wissen, dass der Bund für den Leitungsbau CO₂-gebundener Infrastruktur zuständig ist, schließen Sie die Wirkung des Gesetzentwurfs auf diese Leitungssysteme aus. Aber wenn Sie der Auffassung sind, dass das Gefährdungspotenzial dermaßen hoch ist, dann müssen Sie sich, glaube ich, konsequenterweise auf Bundes- und auch auf Europaebene dazu bekennen, dass diese Infrastruktur nicht gebaut wird. Ich habe bis jetzt aus dem Europäischen Parlament auch von der Grünen-Fraktion keinerlei Anträge gesehen, die das ausschließen wollen, weil gerade vor dem Hintergrund der Ihnen bekannten Speicherung in Norwegen dazu eine interessante Diskussion aufkommt.

Insofern, meine Damen und Herren: Diesen Gegenstand gibt es nicht. Es gibt auch keine Phase der Unsicherheit, weil es keine Projekte gibt und solche bis 2016 bzw. 2018 auch nicht in irgendeiner Form absehbar sind. Insofern brauchen wir diesen Gesetzentwurf nicht, weil der Sachverhalt, den er regeln soll, nicht existiert. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Jungclaus spricht noch einmal für die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jungclaus (B90/GRÜNE):

Ich versuche es einmal in der entsprechenden Reihenfolge.

Frau Hackenschmidt, den Bezug zu dem Preis stellen wir natürlich dar, denn CCS wird ja gerade dazu führen, dass der Strom mit Sicherheit nicht billiger, sondern teurer wird, und dazu, dass noch mehr Tagebaue abgebaggert werden müssen.

Kollege Bretz, wir wollen mit Sicherheit nicht die Forschung verbieten. Es steht auch explizit in unserem Entwurf, dass wir die Abscheidung weiterhin erforschen wollen. Wir sind auch damals nicht schuld daran gewesen, dass der Walkman nicht in Deutschland gebaut wurde.

(Zurufe von der SPD)

Wir unterscheiden das nur von Laborversuchen, so wie Sie es etwas verniedlichend dargestellt haben - als ob das Ganze in einem Reagenzglas stattfindet, sondern wir reden hier von Freilandversuchen, von etwas, was Tausende von Menschen gefährdet. Das ist in meinen Augen zukunftsfeindlich, aber nicht der vorliegende Gesetzentwurf.

(Beifall B90/GRÜNE)

Ich verstehe auch nicht die Kritik an dem Zeitpunkt der Einbringung. Natürlich hat das etwas mit der Entwicklung in Schleswig-Holstein zu tun. Natürlich schauen wir dorthin. Wir haben uns angeschaut, welche Argumente dort vorgebracht wurden und wie da das Gesetz eingebracht wurde. Da kommt es im Übrigen, Kollege Domres, auch wenn Sie das in Ihrer Rede ein bisschen unterstellt haben, nicht von Rot-Grün, sondern dort hat es eine breite Mehrheit über alle Fraktionen gegeben. Vielleicht telefonieren Sie einmal mit Ihren Kieler Kollegen.

(Zuruf von der CDU: Genossen!)

Anstatt aber die Initiative wenigstens für einen eigenen sinnvollen Gesetzentwurf zu nutzen, kommen Sie mit diesem weichgespülten Entschließungsantrag, aus dem das ganze geballte Engagement spricht, mit dem Sie bei der Sache sind. Ich bin gespannt, wie Sie das den Menschen in der Region erklären wollen.

Sie behaupten in Ihrem Antrag, angesichts dieser Gesamtsituation in Deutschland und in Brandenburg bestehe politisch kein Handlungsbedarf für die Verabschiedung eines Gesetzes. Wir sehen das völlig anders. Wir wollen solch wichtige Entscheidungen nicht von der Ehrenhaftigkeit jederzeit austauschbarer Unternehmen, Minister oder Ministerpräsidenten abhängig machen. Wir kennen das Verhalten der Regierungskoalition beim Thema Braunkohleverstromung zur Genüge: Ein erneuter Antrag von Vattenfall oder dessen Nachfolgeunternehmen, und die Regierung rollt für CCS wieder den roten Teppich aus.

Da kann ich verstehen, dass die Zusagen, die der Minister eben gegeben hat, für die Leute in Beeskow nicht ausreichend sind. Lieber Minister Christoffers, schließlich macht die Energiestrategie 2030 den Bau neuer Kohlekraftwerke von CCS abhän-

gig. Der Kollege Ness hat vorhin eindrucksvoll erläutert, wie seine Vorstellungen für die Lausitz in den nächsten hundert Jahren aussehen.

Die Landesregierung will neue Tagebaue, also bleibt auch ohne ein entsprechendes Gesetz CCS als Damoklesschwert über uns hängen. Denn im Moment ist die Rechtslage folgende: Wird ein Antrag auf Speicherung gestellt, müsste er genehmigt werden, wenn er den Maßgaben des Bundesgesetzes entspricht. Entgegen Ihrer Darstellung ist die in unserem CCS-Gesetz dokumentierte Abwägung zwischen möglichen Chancen und Risiken aus der CO₂-Speicherung keine pauschale Gebietsausschlussplanung, sondern eine vollständige und flächendeckende Abwägung für jeden Ort in diesem Land. Das Gesetz setzt das Ergebnis der Einzelfallprüfung um, indem es die CO₂-Speicherung in Brandenburg verbietet. Es ist doch absolute Augenwischerei und scheinheilig zu behaupten, unser Gesetzentwurf sei nicht ausreichend rechtssicher. Schleswig-Holstein macht vor, dass es geht, und das über alle Parteigrenzen hinweg.

Präsident Fritsch:

Herr Jungclaus, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Jungclaus (B90/GRÜNE):

Ich komme zum Ende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Regierungen kommen und gehen - Endlager bleiben. Deshalb bitte ich Sie vor allem im Sinne der potenziell Betroffenen: Stimmen Sie der Überweisung unseres Gesetzentwurfs zu oder bringen Sie wenigstens einen tauglichen eigenen ein. - Vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE)

Präsident Fritsch:

Die Landesregierung hat noch Redebedarf.

Minister Christoffers:

Herr Jungclaus, ich möchte noch auf zwei Dinge aufmerksam machen. Erstens: Ich bedanke mich, dass Sie mir noch die Ehrenhaftigkeit unterstellen, dass wir zu unserer Zusage tatsächlich stehen werden.

Zweitens: Die Energiestrategie 2030 hat das Problem bereits aufgegriffen. In der Energiestrategie 2030 ist die CO₂-Speicherung ausdrücklich ausgeschlossen mit dem Verweis auf ein mögliches europäisches CO₂-gebundenes Infrastruktursystem. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Überweisung des Gesetzentwurfs in der Drucksache 5/7757, 2. Neudruck, an den Ausschuss für Wirtschaft - federführend - und an den Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei zwei Enthaltungen wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen direkt über den Gesetzentwurf, Drucksache 5/7757, 2. Neudruck, ab. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei diesmal einer Enthaltung mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über den Entschließungsantrag, Drucksache 5/7843. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag wurde ohne Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Rot-Grüne Steuerpläne schaden dem Wirtschaftsstandort Brandenburg

Große Anfrage 25
der Fraktion der FDP

Drucksache 5/6912

Antwort
der Landesregierung

Drucksache 5/7576

Ferner liegt ein Entschließungsantrag der FDP-Fraktion in der Drucksache 5/7813 vor. Die Aussprache beginnt mit dem Beitrag der Abgeordneten Vogdt für die FDP-Fraktion.

Frau Vogdt (FDP):*

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung hätte bei der Beantwortung unserer Großen Anfrage zu den Steuerplänen von Rot-Rot-Grün die Möglichkeit gehabt, zu zeigen, was sie finanzpolitisch so drauf hat. Schade, hat leider wieder nicht geklappt.

Brandenburg steht erstens vor der Frage: Schaffen wir es, die Schuldenbremse einzuhalten? Ihre Antwort: Die Steuerzahler sollen auf dem Weg dorthin bei jeder Gelegenheit zur Kasse gebeten werden. Die FDP-Fraktion hingegen fordert, über seriöse und konsequente Ausgabenkürzungen nachzudenken.

Die zweite Frage ist: Wie schaffen wir es, Wachstum langfristig zu generieren? Was fällt Rot-Rot-Grün dazu ein? Steuererhöhungen. Das zeigte sich ja schon durch die Blockadehaltung im Bundesrat, als es um die Abschaffung der kalten Progression ging. Das Bundesfinanzministerium antwortete einem Bundestagsabgeordneten der Linken auf seine Anfrage, wie viel Einnahmen der Bund aus der kalten Progression erhalte, dass zwischen 2011 und Ende 2013 9 Milliarden Euro zusätzlich eingenommen würden. Im nächsten Jahr rechne man mit weiteren 3 Milliarden Euro.

Sie behaupten jetzt allen Ernstes, dass die Progression gar keinen Effekt gehabt hätte. Sie versuchen, die Weichen weg von einer wachstumsorientierten Finanzpolitik hin zu einer Politik der konsequenten Steuererhöhung umzustellen - und das alles unter dem Deckmäntelchen, mehr Gerechtigkeit bei der Besteuerung einzuführen.

(Beifall FDP)

Bereits heute nimmt der Staat im Schnitt ein Drittel vom Gehalt weg. Bereits heute gehört Deutschland zu den größten Umverteilungsstaaten. Über 600 Milliarden Euro haben Bürger und Wirtschaft 2012 an den Fiskus gezahlt. Rot-Rot-Grün will aber noch größere Löcher in die Haushaltskassen der Familien reißen und besonders die kleinen und mittelständischen Unternehmen so sehr belasten, dass sie damit Arbeitsplätze gefährden. Soziale Gerechtigkeit wird nicht durch höhere Steuern erreicht. Sie verhindern Investitionen, schwächen die Kaufkraft und hemmen das Wachstum.

Die Umsetzung der Steuerpläne von Rot-Rot-Grün würde viele Bürger und Unternehmen massiv belasten. Nicht nur Vermögende und Bezieher hoher Einkommen, alle sollen zur Kasse gebeten werden: Sparer, Eigenheimbesitzer, Mieter, Familien und Arbeitnehmer. Die Konzepte umfassen vor allem die Einführung einer Steuer auf private und unternehmerische Vermögen. Der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer soll erhöht werden. Gleichzeitig wollen Sie die Abschaffung des Ehegattensplittings und eine Ausweitung der Besteuerung von Kapitaleinkünften. Freiberuflicher sowie Land- und Forstwirte sollen in die Gewerbesteuer einbezogen werden, um nur einige Ihrer „Giftliste“ zu nennen.

Die Grünen haben noch mehr in petto. Alles, was mit dem grünen Gesellschaftsbild nicht übereinstimmt, soll konsequent über das Steuerrecht bekämpft werden. Wer geglaubt hat, dass unser Mehrwertsteuersystem nicht komplizierter gemacht werden könnte, wird von den Grünen eines Besseren belehrt.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Jetzt bin ich aber gespannt!)

Der „Spiegel“ kommt zu dem Ergebnis, dass bei den Grünen „der Finanzbeamte zum Volkspädagogen wird“. Der Bund der Steuerzahler, der Präsident des deutschen Industrie- und Handelskammertages und Spitzenökonom warnen vor den fatalen Folgen der rot-rot-grünen Steuerpläne. Allein die Umsetzung der Pläne zur Vermögensbesteuerung würde Deutschland wieder zu einem Hochsteuerland machen. Im Übrigen führt eine Vermögensteuer nicht zu einer gerechteren Verteilung der Einkommen und Vermögen, sondern sie verschlechtert die Investitionsbedingungen für Unternehmen in Deutschland, hat die höchsten Erhebungskosten und setzt Anreize zu Vermögens- und Wohnsitzverlagerungen ins Ausland. Das ist im Übrigen keine FDP-Propaganda, sondern die Analyse des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung.

Durch die Vorschläge der Linken würden im Durchschnitt mehr als 60 % des Gewinns für die Zahlung von Vermögenssteuer fällig. Da darüber hinaus noch Ertragsteuern anfallen, käme dies wohl einer verfassungsrechtlich und ökonomisch bedenklichen Enteignung von Unternehmensvermögen gleich. Aber damit haben Sie, in Ihrer Tradition stehend, jahrzehntelange Erfahrung.

Wenn der Präsident des DIHK vor einer Steuerbelastung in Höhe von mehr als 80 % für deutsche Unternehmen durch die Steuerpläne warnt, zeigt das deutlich, wie gefährlich die Politik von Rot-Rot-Grün für unser Land ist. Der Steuererhöhungsmix aus höherer Einkommen-, Vermögen-, Erbschaft- und Kapitalsteuer beraubt die Unternehmen der Mittel, die sie dringend für Investitionen und damit für die Sicherung von Arbeitsplätzen benötigen. Gerade unsere Brandenburger Mittelständler sind auf die Erhöhung ihrer Eigenkapitalquoten angewiesen. Um in-

vestieren zu können, wäre es dringend notwendig, sich von hohen Fremdkapitalkosten zu befreien. Die Steuererhöhungssorgie würde zunächst die Unternehmen treffen. In der Folge träfe sie aber auch die Beschäftigten.

Die Folge steigender Kosten durch höhere Steuern und fehlender Möglichkeit der Rücklagenbildung ist ein zunehmender Rationalisierungsdruck, der zu geringeren Lohnzuwächsen und zum Abbau von Arbeitsplätzen führt. Nennen Sie das soziale Gerechtigkeit? Wenn wir bei Gerechtigkeit sind, frage ich mich: Ist es gerecht, wenn ein gut verdienender Facharbeiter vom Spitzensteuersatz betroffen wird?

Die Abschaffung des Ehegattensplittings zeigt, dass man vom Selbstbestimmungsrecht der Ehepaare, wie das Einkommen erzielt wird, wenig hält. In Zukunft sollen Paare, die zwar das gleiche Gesamteinkommen haben, aber unterschiedlich verdienen, nicht mehr gleich besteuert werden.

Neben der Gefahr für die Arbeitsplätze durch die Vermögensteuer drohen höhere Mieten durch Steuern auf Immobilienvermögen. Wird auch noch die Bemessungsgrundlage der Grundsteuer auf aktuelle Verkehrswerte umgestellt, drohen drastische Mieterhöhungen. Davon werden vor allem Familien mit kleinen und mittleren Einkommen betroffen sein.

Sie schreiben, eine Konsolidierung des Haushaltes über Steuererhöhungen sei unabdingbar. Die FDP-Fraktion sagt: Mehreinnahmen aus Steuern haben noch nie zu einer Haushaltskonsolidierung geführt, immer nur zu Mehrausgaben geführt.

(Beifall FDP)

Eine wachstumsorientierte Haushaltskonsolidierung wäre für unser Land die weitaus bessere Lösung als die rot-rot-grüne Neidpolitik. Ich fordere Sie auf: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Springen Sie über Ihren Schatten zum Wohl der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Folgen Sie dem Beispiel von Steinbrück und Gabriel.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Vogdt. - Wir setzen die Aussprache fort mit dem Beitrag der SPD-Fraktion. Die Abgeordnete Geywitz erhält das Wort.

Frau Geywitz (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Herr Vogel, es ist ja furchtbar, was wir da vorhaben! Gruselig!

Frau Vogdt, Leserbriefe sind eigentlich eine schöne Sache. Gern lese ich die Kommentare von Bürgern zu Artikeln, deren Autoren offensichtlich Zu- oder Widerspruch produziert haben. Warum aber jetzt die Landesregierung im Rahmen dieser Großen Anfrage von der FDP gezwungen werden soll, die „Rheinische Post“ - von Sozialdemokraten gern als „Rheinische Pest“ betitelt - zu lesen und auch noch zu kommentieren, bleibt wohl das Geheimnis der Liberalen. Ich hoffe aber, das macht keine Schule. Ich finde nämlich nicht, dass es Aufgabe der Landesregierung ist, Zeitungsartikel zu erörtern.

(Beifall der Abgeordneten Prof. Dr. Heppener [SPD])

Mit Freude habe ich die Auseinandersetzung der Liberalen mit den rot-grünen Steuerplänen zur Kenntnis genommen. Aber ehrlich gesagt: Nachfragen hierzu würde ich 24 Tage vor der Bundestagswahl lieber Peer Steinbrück oder Jürgen Trittin als Helmut Markov stellen. Gerade eine Partei, die den schlanken Staat predigt, sollte überlegen, ob sie das halbe Finanzministerium mit einer Fleißarbeit wie dieser Großen Anfrage belastet oder die Auseinandersetzung im Rahmen des Bundestagswahlkampfes nicht lieber dort führt, wo sie hingehört, nämlich auf den Marktplatz.

Apropos Fleißarbeit: So fleißig war die FDP nicht. Sie hat nämlich einige Kracher gelandet. Immerhin hat sie dazugelernt. Sie fragt nach den Einnahmen aus der Vermögensteuer und erfährt: Hört, hört, diese wurde 1997 abgeschafft. - Na ja, das kann mal passieren.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Immerhin!)

Die FDP hat es ja im politischen System der Bundesrepublik auch nicht immer so ganz leicht. Erinnern Sie sich noch an Guido Westerwelle mit dem Ohrwurm: „Niedriges, einfaches und gerechtes Steuersystem“, welches bei Regierungsbeteiligung der FDP versprochen wurde? Nun, passiert ist seitdem nichts und wenn, dann eher das Gegenteil. Irgendwas oder irgendwer muss die tapfere FDP seit 2009 von Steuersenkungen abgehalten haben. Das kann eigentlich nur die CDU gewesen sein.

(Petke [CDU]: Der Bundesrat hat sie abgehalten!)

- Ach! „Durchregieren, durchregieren“ hat Frau Merkel gesagt, Herr Petke. Nichts wurde durchregiert. Das wird angesichts der generellen Performance dieser Bundesregierung auch nicht besonders überraschen. Merkel versucht listig, durch Nichtstun von der Existenz der Bundesregierung abzulenken und den Bürger nicht durch Reformen aufzuschrecken.

(Zurufe von der CDU)

Was passiert, wenn das eine Regierung macht, wissen wir aus den letzten Kohl-Jahren.

(Unruhe CDU)

- Sie müssen jetzt nicht so aggressiv sein. Es geht um Finanzpolitik. Alles gut. - Nun kämpft die kleine FDP auch in den nächsten vier Jahren gegen den Widerstand der CDU dafür, das Senken von Steuern versprechen zu dürfen. Das wird sie wahrscheinlich auch noch 2017, 2021 und 2025 tun.

(Beifall des Abgeordneten Ludwig [DIE LINKE])

Warum sage ich das? Ganz einfach: Das machen die nämlich immer so. Schauen wir uns die Wahlslogans der FDP der letzten Jahre an. Mein Lieblingswahlslogan ist der aus dem Jahr 1957. Da heißt es: „Steuerzahler, wählt FDP! Weniger Staatsausgaben. Weniger Steuern ... Hausfrauen, wählt FDP! Freier Wettbewerb hält die Preise nieder.“ Das hat die FDP in den 70er, 80er und 90er-Jahren auch so getrieben. 1994 hieß es zum Beispiel lyrisch: „Gegen Steuern gegensteuern“. Das zeigt immerhin Lust am Wortwitz.

(Heiterkeit bei der Fraktion DIE LINKE)

2002 gab es den schönen Dreiklang: „Mehr netto. Mehr Bildung. Mehr Arbeit.“ Kleine Änderung 2005, die Bildung fiel unter die Räder. Da hieß es dann nur noch: „Steuern runter, Arbeit rauf“. 2009 die Verengung auf das monothematische Steuerthema, man klebte: „Mehr Netto vom Brutto“. Nichts mit Arbeit, nichts mit Bildung. 2013 ist es dann die Steuersenkung in Tateinheit mit der Forderung, auf Schulden zu verzichten.

Wir Finanzpolitiker diskutieren ja gerne und mit Inbrunst, ob der Staat ein Einnahmen- oder Ausgabenproblem hat. Aber mit Steuerentlastungen die Haushaltskonsolidierung zu pushen - das scheint mir dann doch eine liberale Rechnung mit eingebautem Vorzeichenfehler zu sein. Das ist aber überhaupt kein Problem für die FDP, denn wie die letzten 60 Jahre in der Bundesrepublik zeigen, wird es mit ihr auch in den nächsten vier Jahren bei der Forderung nach Steuersenkungen bleiben. Auch wenn die FDP im Bereich der Wahlslogans wenig kreativ ist, so legt sie sich doch richtig ins Zeug, wenn es gilt, sich eine neue Steuer auszudenken.

Erinnern Sie sich noch an das Sparpaket der schwarz-gelben Bundesregierung von 2010? Genau jenes, welches Kürzungen bei Elterngeld, Heizkosten- und Rentenzuschüssen für Arbeitslose vorsah? Da gab es auch zwei neue Steuern: zum einen die Luftverkehrsabgabe, zum anderen die Brennelementesteuer - zwei Steuern übrigens, die aus ökologischer Sicht so gut in die richtige Richtung steuern, dass sie glatt Teil der rot-grünen Steuerpläne sein könnten.

Meine Damen und Herren von der FDP, Steuererhöhungen sind nicht per se schlecht. Ein starker, leistungsfähiger Staat macht eine Gesellschaft stärker und erhöht die Chancen aller Bürger, ein gutes, selbstbestimmtes Leben zu führen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Die Liberalen - das sind die Zahler des Spitzensteuersatzes, das sind die Lobbyisten von Mövenpick und Co., und das ist offensichtlich Ihre Funktion im System der Bundesrepublik Deutschland. Aber tun Sie doch nicht so, als sei das im Interesse der Mehrheit aller Deutschen. Die Mehrheit der Deutschen braucht einen starken Staat, der die großen Lebensrisiken - sei es Arbeitslosigkeit, sei es Armut im Alter oder Krankheit - solidarisch versichert. Ein Staat, der stark genug dafür ist, braucht auch unsere Steuern. Dazu stehe ich, und dazu stehen wir. - Danke schön.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Geywitz. - Wir kommen nun zum Beitrag der CDU-Fraktion. Der Abgeordnete Burkardt hat das Wort.

Burkardt (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Geywitz, das war ja ein interessanter Exkurs durch die diversen Parolen, mit denen wir Politiker immer wieder versuchen, komplizierte Prozesse auf einen einfachen Nenner zu bringen. Sie haben natürlich in einer Rumpelkiste gegraben. Vielleicht hätten Sie einmal die nächste, danebenstehende Rumpelkiste nehmen sollen. Wie wäre es denn mit dem Satz:

„25 % von x ist mehr als 42 % von nix“? Ich verrate Ihnen nachher auch, von wem er kommt.

(Zurufe von der SPD)

Ich kann Ihnen aber noch die ganz aktuelle Absichtserklärung der SPD vortragen, über einen internationalen Informationsaustausch, Steueroasen trockenlegen zu wollen. Was meinen Sie, was mir bei diesem Thema einfällt?

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist nicht so, dass wir uns hier um ein Thema bemühen, welches uns in diesem Lande nichts angeht. Nach dem Grundgesetz wirken die Länder an der Gesetzgebung des Bundes mit, und das gilt in Sonderheit für das Steuerrecht - erstens. Zweitens ist es gut, dass wir auch einmal darüber sprechen und nicht nur in den Zeitungen lesen, welche steuerpolitischen Anträge diese Landesregierung im Bundesrat stellt - oder anders: zu unterstützen gedenkt -, und über die Dinge sprechen, von denen wir sonst in der Presse lesen: was der Finanzminister im Bundesrat gesagt hat oder hätte gesagt haben wollen und zu Protokoll gegeben hat. Insofern ist es legitim, dass wir darüber sprechen, und es ist das Verdienst der Großen Anfrage der FDP.

Steuern dienen - ich denke, es ist wichtig, sich das gelegentlich noch einmal in Erinnerung zu rufen - der Staatsfinanzierung. Sie dienen nicht der Umverteilung.

(Beifall CDU)

Das mag in einem anderen System mal anders gewesen sein, aber in der Bundesrepublik Deutschland nicht.

Steuern sind auch ein Instrument der Wirtschaftspolitik. Wer Steuern anheben will, muss sich die Frage stellen: Braucht der Staat mehr Geld? Kommt er mit dem, was er schon einnimmt, nicht aus, und wenn ja, warum? Gleichzeitig muss er sich mit der Frage auseinandersetzen: Wie steht es denn mit der Belastbarkeit der Steuerzahler und welche Auswirkungen hat das auf die Entwicklung der Volkswirtschaft und auf die Arbeitsplätze? Frau Kollegin Vogdt hat bereits darauf hingewiesen.

Wie sieht es also in Deutschland und speziell in Brandenburg aus? Die Steuereinnahmen sprudeln reichlich. Seit 2002, als die Steuerreform von Rot-Grün mit der Absenkung des Spitzensteuersatzes - das kam dann 2005 - und mit der Absenkung des Eingangssteuersatzes - das kam schon etwas früher - ge-griffen hat,

(Frau Geywitz [SPD]: Wir haben das gemacht!)

sind die Steuereinnahmen um 35 % bzw. 170 Milliarden Euro - also um mehr als ein Drittel - gestiegen. Brandenburg hat allein in dieser Legislaturperiode gegenüber der eigenen Finanzplanung Mehreinnahmen von 2,7 Milliarden Euro erzielt. Zur Haushaltskonsolidierung, die der Ministerpräsident heute Morgen so gerühmt hat - wahrscheinlich hat man ihm die Zahlen vorenthalten -, komme ich noch.

Nachfolgend wird man darauf hinweisen müssen, dass das, worum es beim Spitzensteuersatz geht, den man kippen will, am Ende nicht nur die Millionäre betreffen wird, wie uns eine

Partei weismachen will, sondern breite Schichten der Bevölkerung. Bei den Linken beginnt der Millionär bei 19 000 Euro - das Ehepaar mit einem Alleinverdiener. Bei der SPD beginnt die Betroffenheit bei rund 30 000 Euro, sinkend mit einem Kind, und bei den Grünen - Herr Kollege Vogel, das habe ich allerdings mit Genuss zur Kenntnis genommen - bei 43 000 Euro.

(Unruhe bei der SPD)

Dann werden alle Muttis, die von Montag bis Freitag ihre Kinder mit dem Range Rover zur Schule fahren und am Sonntag Grün wählen, nun auf den Golf oder gar den Polo umsteigen müssen, weil Sie jetzt mit Ihren Steuerplänen umverteilen. Bei dieser Gelegenheit wird immer wieder in die märkische Streusandkiste gegriffen. Davor kann selbst Herr Steinbrück zurückschrecken. Bei dem Thema Vermögensteuer wird so getan, als treffe das nur die reichen Millionäre und Betriebsvermögen blieben außen vor.

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter Burkardt, lassen Sie eine Frage zu?

Burkardt (CDU):

Nein. - Vielleicht sollten Sie einfach mal den Vorlagebeschluss des Bundesfinanzhofes zum Thema Erbschaftsteuer lesen. Darin führt der Bundesfinanzhof reichlich aus, was er von den krampfhaften Bemühungen der Regierung, die das zu verantworten hat, hält, das Betriebsvermögen von der Erbschaftsteuer freizuhalten. Wir werden das Urteil in den nächsten Wochen bekommen und alle Fachleute sind sich einig, wie dieses Urteil aussehen wird.

Meine Damen und Herren! Der Staat muss und darf den Steuerzahler nicht weiter schröpfen. Er muss im wahrsten Sinne des Wortes besser haushalten. Brandenburg hat nicht konsolidiert. Die brandenburgische Landesregierung hat - im Gegenteil - im Konsum mehr verprasst. Auch dazu nur zwei Zahlen: Nach dem Finanzplan aus dem Jahr 2010 waren für das Jahr 2014 9,5 Milliarden Euro Ausgaben vorgesehen. Wir liegen bei 10,5 Milliarden Euro. Warum? Weil uns die reichlich sprudelnden Steuergelder dazu in die Lage versetzt haben.

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter Burkardt, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Burkardt (CDU):

Ich mache Schluss. - Die Differenz ist nicht etwa in die Investitionen gegangen. Vielmehr hat hier Schumpeter gewirkt: Eher legt sich ein Mops einen Vorrat an Wurst zu, als dass ein Politiker Geld behalten kann. - Schönen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Burkardt. Ich bitte um Respektierung der roten Lampe, wenn es um das Einhalten der Redezeiten geht. - Für die Fraktion DIE LINKE wird Herr Abgeordneter Görke die Aussprache fortsetzen.

Görke (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat mit ihrer Großen Anfrage zu den rot-grünen Steuerplänen wohl - wenn auch unbeabsichtigt - eine Nachhilfestunde in Sachen Steuergerechtigkeit beantragt. Die Landesregierung hat mit ihrer Antwort die Grundlage geschaffen, dass der Erkenntnisgewinn bei den Liberalen ankommt.

(Heiterkeit der Abgeordneten Lehmann [SPD])

Ich möchte meine Redezeit nutzen, um der FDP-Fraktion in diesem Haus deutlich zu machen, dass Steuern und Steuergerechtigkeit zu den Notwendigkeiten dieses Staatswesens gehören.

Sie kennen sicherlich das Zitat des früheren US-amerikanischen Politikers Robert Wagner. Er sagte: „Steuern sind der Preis der Zivilisation. Nur im Urwald gibt es keine Steuern.“ Wenn ich den Inhalt und den sprachlichen Duktus der FDP-Anfrage richtig vernommen habe, wollen die Liberalen offensichtlich zurück in den Urwald. Ja, sie erwecken sogar den Eindruck, dass selbst Tod und Teufel weniger Ungemach stiften als die Steuerpläne von Rot und Grün. Dabei sind es keineswegs - das wissen wir mittlerweile alle - die rot-grünen Steuerpläne, die Anlass zur Sorge geben, sondern Ihre klientelpolitische Finanz- und Steuerpolitik im Bund. Dazu hat Kollegin Geywitz bereits alles gesagt.

Damit bin ich bei Ihrer Motivation, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP, weshalb Sie sich mit dieser Großen Anfrage ins Parlament begeben. Insbesondere die Vorbemerkungen zu einzelnen Fragekomplexen sind ein deutliches Indiz dafür, dass es Ihnen mit Ihrer Großen Anfrage nicht um Antworten ging, sondern um eine parlamentarische Plattform, die rot-grünen Steuerpläne zu verteufeln.

(Zustimmung bei der Fraktion DIE LINKE)

Freilich, gelungen ist das auch mit den Auftritten hier nicht.

Allein die von Ihnen gewählte Überschrift „Rot-grüne Steuerpläne schaden dem Wirtschaftsstandort Brandenburg“ ist eine inhaltsleere Behauptung, die durch keine einzige Antwort der Landesregierung gedeckt ist.

(Frau Muhß [SPD]: Stimmt!)

Das wird auch nicht besser, wenn man sich dann die Fragen 24 bis 27 anschaut.

(Widerspruch des Abgeordneten Goetz [FDP])

Ich habe gedacht, ich lese nicht richtig, dass Sie wirklich danach gefragt haben, auf welche Höhe sich in Deutschland die Einnahmen aus der Vermögensteuer für die Jahre 2005 bis heute belaufen. Wie gesagt, die Kollegin Geywitz hat es gesagt: Die Vermögensteuer wird seit 1997 nicht mehr erhoben. Das ist ein Armutszeugnis, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Vielleicht sollten Sie als Abgeordnete noch einmal darauf schauen, was Ihnen Ihre Referenten an Fragen aufschreiben, bevor Sie sie hier im Parlament stellen.

(Vereinzelte Beifall SPD sowie Beifall des Abgeordneten Loehr [DIE LINKE])

Übrigens, wie haltlos die FDP-Dauerkritik an Forderungen nach mehr Steuergerechtigkeit und wie notwendig eine stärkere Besteuerung der Spitzenverdienerinnen und -verdiener und Großunternehmen aus verteilungspolitischen Gründen ist, belegen konkrete Zahlen in der Antwort der Landesregierung.

Jetzt nehmen wir doch einmal den Zeitraum 1998 bis 2013. In diesem Zeitraum wurden Alleinstehende mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen in Höhe von 20 000 Euro um 1 270 Euro entlastet. Wer in Brandenburg 200 000 Euro Jahreseinkommen erzielte, wurde um 19 552 Euro entlastet. Das ist ein Unterschied. Die einen - die Kleinen - um etwas mehr als 5 %, die Großen um fast 10 %.

Das ist Ihre Steuerverteilungsphilosophie, die wir nicht teilen.

Auch Ihre Behauptung, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes treffe die Brandenburger Mitte der Gesellschaft, ist absoluter Nonsense. Der monatliche Bruttodurchschnittsverdienst in Brandenburg liegt bei 2 383 Euro. Das ergibt ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 28 596 Euro. Bei der selbst von uns befürworteten Spitzensteuersatzanhebung - nicht, wie von Grünen und SPD gefordert, auf 49 %, sondern auf 53 %, wie auch zu Zeiten von Helmut Kohl - würde sich bei einem zu versteuernden Einkommen bis 64 000 Euro für Ledige und von 128 000 Euro für Ehepaare überhaupt nichts ändern.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP, bevor Sie auf die Idee kommen, eine Große Anfrage zu Steuerplänen der Linken zu stellen, hier noch so viel: Ich gebe Ihnen nachher unseren Flyer zu diesen Fragen, und dann können wir uns gern beim Kaffee dazu austauschen. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter Görke, möchten Sie noch eine zur rechten Zeit gestellte Frage zulassen?

Görke (DIE LINKE):

Nein, danke.

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Herr Abgeordneter Vogel hat das Wort.

Vogel (B90/GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP hätte heute zeigen können, was sie steuerpolitisch draufhat. Leider hat das nicht geklappt, Frau Vogdt. Das hat nicht nur damit etwas zu tun, dass die Vermögensteuer abgeschafft wurde bzw. seit 1997 auch nicht mehr erhoben wird, sondern auch damit, dass Sie nicht einmal wissen, wie der Solidaritätszuschlag berechnet wird.

Wenn Sie allen Ernstes in Ihren Vorbemerkungen schreiben:

„Ferner hat der brandenburgische Finanzminister im Bundesrat eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes von nomi-

nell 42 auf nominell 49 Prozent beantragt. Dabei hat er den Solidaritätszuschlag von 5,5 Prozent nicht einbezogen. In Wahrheit will der brandenburgische Finanzminister den realen Steuersatz von derzeit 47,5 auf 54,5 Prozent erhöhen“,

dann leiden Sie unter akuter Dyskalkulie. Vielleicht sollten Sie da einmal einen Alphaplan für Ihre Fraktion aufstellen, weil nämlich diese 5,5% nicht additiv dazugezählt werden, sondern sie sind ein Prozentsatz von der Einkommensteuer. Das heißt, Sie müssen mal 1,055 rechnen, um zum korrekten Ergebnis zu kommen. Von daher wird eben der Spitzensteuersatz nicht von 42 auf 47,5 % erhöht, sondern, wenn ich das einbeziehe, von aktuell 44,3 auf 51,7 % hochgesetzt. Das ist nun einmal Finanzmathematik, und das sollte man zumindest kennen. Das ist das eine.

Das andere - und viel entscheidendere - für die Bürgerinnen und Bürger ist natürlich der Durchschnittssteuersatz. Selbst bei den aus Ihrer Sicht „völlig überzogenen“ grünen Steuererhöhungsvorstellungen stiege der Durchschnittssteuersatz bei einem Einkommen von 90 000 Euro nur von 30,3 auf 31,6 %.

Nun würde man aber annehmen, dass die FDP wenigstens ihr eigenes Programm kennt. Ich danke, dass Sie mir durch die Große Anfrage die Möglichkeit gegeben haben, mir einmal das FDP-Programm näher anzugucken. Denn die FDP hat ja momentan so Riesen-Brüderle-Plakate, auf denen steht: „Keine neuen Steuern“. Wenn ich mir das hier aber angucke, dann bin ich überrascht. Da heißt es hier:

„Wir wollen die Gewerbesteuer in ein kommunales Einkommen- und Körperschaftssystem überführen.“

Hört, hört. Was bedeutet das denn? - Das bedeutet doch letztlich, dass ich die Gewerbebetriebe entlasten will.

(Der Abgeordnete Bischoff [SPD] unterhält sich mit der Abgeordneten Stark [SPD])

- Bitte, Herr Bischoff, Sie können auch etwas dazulernen.

Die FDP will also - - Frau Stark kann auch etwas dazulernen. - Sie wollen nichts dazulernen?

(Glocke der Präsidentin)

- Jetzt lernen Sie etwas dazu.

(Bischoff [SPD]: Entschuldigung!)

Die FDP möchte die Gewerbesteuer in ein kommunales Einkommen- und Körperschaftsteuersystem überführen. Was bedeutet das denn anderes, als dass ich die Gewerbebetriebe entlaste und die Freiberufler und die normalen Einkommensempfänger in ein Einkommensteuersystem mit einbeziehe? Dann kriegt natürlich die ganze Diskussion über die Novellierung der Gewerbesteuer einen ganz anderen Drive, als sie bisher geführt wurde.

Des Weiteren möchte die FDP die Erbschaft- und Schenkungssteuer aufkommensneutral weiterentwickeln. Das ist auch sehr spannend, weil Sie nämlich in Ihrem Papier formulieren, dass Sie die Unternehmen entlasten wollen. Wenn Sie aber bei der

Erbschafts- und Schenkungssteuer die Unternehmen entlasten wollen und das Ganze aufkommensneutral gestalten wollen, heißt das natürlich, Sie müssen die Privatpersonen stärker besteuern. Das finde ich ja auch völlig in Ordnung. Nur dann sollten Sie bitten nicht sagen, dass Sie keine Steuern erhöhen wollen.

Wenn Sie die Überschrift formulieren: „Rot-grüne Steuerpläne schaden dem Wirtschaftsstandort Brandenburg“, dann habe ich, ehrlich gesagt, eher das Gefühl, dass Ihre Steuerpläne den Wirtschaftsstandort Brandenburg gefährden. Sie haben hier zum Beispiel - ich weiß gar nicht, ob Sie das richtig erläutern können; vielleicht können Sie das ja dann auch - in Ihrem Bundestagswahlprogramm stehen:

„Bei der Konzernbesteuerung brauchen wir ein wettbewerbsfähiges Gruppenbesteuerungsrecht nach österreichischem Vorbild.“

Rot-Grün hat das in diesem Fall einmal ausgerechnet: Das macht minus 9 Milliarden Euro aus.

Sie wollen „eine steuermindernde Eigenkapitalverzinsung umsetzen“. Das macht minus 10 Milliarden Euro aus.

Sie wollen - das haben Sie auch deutlich gemacht - auch ein bisschen die Privatverdiener entlasten, so um 3 Milliarden bis 5 Milliarden Euro. Das mag dahingestellt sein.

Aber im Endeffekt heißt das, 25 Milliarden Euro weniger Aufkommen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Wenn ich einmal zugrunde lege, dass Brandenburg ungefähr 1 % Anteil daran hat, dann heißt das, unser Haushalt wird aufgrund der FDP-Steuerpläne um 250 Millionen Euro pro Jahr belastet.

Von daher sage ich: Nicht Rot-Grün gefährdet den Wirtschaftsstandort Brandenburg, sondern Sie gefährden den Haushalt Brandenburgs. Deswegen recht herzlichen Dank dafür, dass wir darüber reden konnten.

(Heiterkeit und Beifall B90/GRÜNE, SPD sowie DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogel. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Herr Minister Dr. Markov hat das Wort.

Minister der Finanzen Dr. Markov:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß, was es bedeutet, wenn die rote Lampe leuchtet. Aber wenn ich heute möglicherweise meine Redezeit überziehe,

(Görke [DIE LINKE]: Nicht doch!)

dann darf ich das ja. Ich denke, das gehört zur Debatte dazu.

„Steuerpolitik“ klingt immer so furchtbar langweilig. Steuerpolitik hat etwas Erotisches,

(Zurufe DIE LINKE: Oooh!)

weil sie sich permanent ändert, weil sie nie dasselbe ist,

(Bischoff [SPD]: Sinnliches!)

weil man mit den Einnahmen unheimlich viele Dinge bewegen kann, weil es spannend ist, weil man damit alle politischen Notwendigkeiten - natürlich entsprechend den eigenen Vorstellungen - abdecken kann. Und die Vorstellungen - darin sind wir uns ja einig - sind bei FDP, CDU, Sozialdemokraten und Linken komplett - komplett! - divergierend. Deswegen führen wir diese Debatte, und das ist auch gut so.

Ich würde gern ein paar Vorbemerkungen machen, weil Herr Burkardt immer so furchtbar viele Zahlen nennt. Ich staune jedes Mal, wie der sich irgendetwas aus den Fingern klaubt.

Wenn man sich einmal die Finanzplanung des Landes Brandenburg anschaut, als Rot-Rot an die Regierung kam, dann sieht man Folgendes: Wir hatten vorgesehen - ich kann Ihnen die Zahlen der ersten Mittelfristigen Finanzplanung noch sagen - eine Nettokreditaufnahme 2010 von 650 Millionen Euro, 2011 von 500 Millionen Euro, 2012 von 350 Millionen Euro, 2013 von 200 Millionen Euro und 2014 keine mehr.

Das sind zusammen 1,7 Milliarden Euro vorgesehene Nettokreditaufnahmen. Woher Sie Ihre komischen 2 Milliarden Steuermehreinnahmen haben, weiß ich nicht. Mir ist das nicht bekannt. Ich weiß exakt - ich kann Ihnen bezogen auf die Jahrescheiben sagen, wie viel das ist, damit Sie es lernen -, dass wir in den Jahren 2010, 2011 und 2012 - 2013 ist noch nicht abgeschlossen - etwas über 800 Millionen Euro Steuermehreinnahmen im Verhältnis zu den geplanten Steuereinnahmen haben.

Wenn Sie das abziehen - fairnesshalber muss man sagen, dass wir im Jahr 2010 tatsächlich eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 343 Millionen Euro getätigt haben -, verbleiben noch 1 307 Millionen Euro, die wir nicht als Nettokredit aufgenommen haben - gegenüber den etwa 800 Millionen. Insofern haben wir 500 Millionen Euro konsolidiert. Können Sie das nachrechnen? 500 Millionen Euro konsolidiert! So viel zum Konsolidierungskurs dieser Landesregierung.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Das kann man alles machen, aber es wirkt einfach unglaublich. Schauen Sie sich doch bitte einmal die Länder an - ich habe das getan und könnte Ihnen die Kurven zeigen, was ich beim nächsten Mal auch tun werde -, in denen die FDP in der Regierung ist bzw. viele Jahre in der Regierung war: In diesen Ländern sind die Ausgaben gestiegen. Die Steuermehreinnahmen sind wunderbar - darüber freue ich mich auch -, die gibt es aber in den anderen Ländern auch. Sachsen nimmt schon lange keine Kredite mehr auf. Das muss man anerkennen. Die haben rechtzeitig eine andere Steuerpolitik gemacht. Das war unter den Christlich-Unionierten.

Sie vergessen jedoch immer, dass unter Rot-Rot in Mecklenburg-Vorpommern auch schon eine andere Konsolidierungspolitik betrieben und dort ebenfalls schon lange keine Kreditaufnahme mehr vorgenommen wurde.

Zudem sagen Sie dann mutwilligerweise permanent nicht - schließlich kloppen Sie immer so gern auf Rot-Rot -, dass das Land Brandenburg eine Politik macht, bei der sich die Steuer-

einnahmen gleich gut entwickeln. Vergleichen Sie einmal, welche Länder in den Jahren 2011 und 2012 keine Nettokreditaufnahme getätigt haben. Da gibt es kaum jemanden außer Brandenburg, der neu hinzugekommen ist. All Ihre FDP- und CDU-geführten Länder haben dagegen Nettokreditaufnahmen getätigt. Das zu erwähnen gehört zur politischen Ehrlichkeit. Dass Ihnen das nicht passt, kann ich nachvollziehen, jedoch ist das nun einmal eine Tatsache.

Natürlich können Sie mir jetzt sagen: Am 30.06. dieses Jahres hatten wir einen positiven Finanzierungssaldo in Höhe von 435 Millionen Euro. - Darauf antworte ich Ihnen: Erstens kam das deshalb zustande, weil wir eine kluge Wirtschaftspolitik und eine kluge Finanzpolitik betreiben,

(Beifall DIE LINKE)

und zweitens gibt es - das muss man ehrlichkeitshalber dazusagen, schließlich ist das noch kein Jahresergebnis - auch bestimmte Dinge, die zum Jahresanfang geschahen. In diesem Jahr haben wir viel mehr Rückerstattungen aus der Europäischen Union erhalten, als wir geplant hatten. Demzufolge ist das ein positiver Finanzierungssaldo.

Zudem haben wir viel weniger ausgegeben, als wir im Jahr 2013 für den Flughafen auszugeben vorgesehen hatten. Wenn ich also weniger ausbebe, habe ich Minderausgaben, was ebenfalls zu einem positiven Finanzierungssaldo beiträgt.

Auch ist es relativ normal, dass im ersten Halbjahr die Investitionen nicht so abfließen, wie sie geplant sind. Das war auch unter der zehnjährigen Regierung von Schwarz-Rot so. Dies ist also üblich und normal. Wenn Sie das zusammenaddieren, erkennen Sie, dass der geringste Anteil dieses positiven Finanzierungssaldos aus den Steuermehreinnahmen kommt.

Nun wollen wir uns aber mit den Steuern befassen. Das Land Brandenburg hat noch eine Verschuldung von 18,6 oder 18,7 Milliarden Euro. Ihren Forderungen kann ich sogar etwas abgewinnen, jedoch übertreiben Sie es; denn Sie sagen: Ihr müsst zu dem sofort tilgen.

Die rot-rote Landesregierung geht aber vernünftig an diese Sache heran und sagt: Wir müssen erst einmal dazu kommen, keine neue Kreditaufnahme zu tätigen. Wenn wir das geschafft haben - es steht fest, dass wir im Jahr 2014 auch keine neuen Kredite aufnehmen werden - und auf diesem Niveau sind, muss man darüber nachdenken, ob man tilgt. Ich bin dafür und halte das auch für notwendig.

Dass dies eine enorme Kraftanstrengung sein wird, belegen ganz einfache Zahlen. Wenn Sie die zusätzlichen Zinsen nicht mitrechnen, müssten wir bei 18,6 Milliarden Euro 100 Jahre lang jährlich 186 Millionen Euro tilgen, um von diesem Schuldenberg herunterzukommen. Das ist die Aufgabe. Daran haben auch Sie Ihren Anteil in der ersten Legislaturperiode - CDU/SPD - geleistet; denn damals, als Sie an der Macht waren, haben Sie 4,4 Milliarden Euro Kredit in Brandenburg aufgenommen.

(Genilke [CDU]: Weil Sie alles heruntergewirtschaftet hatten! Das war alles prima in der DDR!)

- Ja, ja, alles klar. Wir haben alles heruntergewirtschaftet, weswegen die arme CDU das so machen musste. Das ist schon in

Ordnung. So kann man sicherlich argumentieren. Ob das jedoch sehr glaubwürdig ist und Ihnen abgenommen wird, ist eine ganz andere Sache.

(Genilke [CDU]: Ja, es ging 40 Jahre lang immer steil aufwärts!)

Nun sage ich Ihnen Folgendes: Wenn wir wollen, dass die öffentlichen Haushalte genau diesen Weg gehen können und sukzessive dahin kommen, nicht nur keine neuen Kredite aufzunehmen, sondern auch noch zu tilgen, dann müssen wir Steuereinnahmen haben, weil wir erstens die öffentliche Daseinsvorsorge zu gewährleisten haben - denn dazu sind Steuern da; sie sind nicht primär dazu da, Wirtschaftsförderung zu betreiben, sondern die öffentliche Daseinsvorsorge zu gewährleisten - und zweitens diese Steuermehreinnahmen dazu aufwenden müssen, die Verbindlichkeiten zu senken. Diesbezüglich kann man wirklich über eine Tilgung nachdenken.

(Bischoff [SPD]: Ja!)

Hinsichtlich des Spitzensteuersatzes möchte ich mich gar nicht streiten; denn auch das ist unterschiedlich. Ich wiederhole lediglich Folgendes: Ich fand den damaligen Spitzensteuersatz sogar recht gut. Unter Helmut Kohl betrug er 56 %, dann wurde er auf 53 % abgesenkt. Ich wäre froh, wenn wir diesen Spitzensteuersatz hätten. Das trauen sich jedoch Rot-Rot und Rot-Grün nicht einmal mehr. Wir liegen noch weit darunter. Und dann wird immer noch gesagt - das hat auch Frau Vogdt erwähnt -, wir ruinierten den bundesrepublikanischen Mittelstand bzw. diejenigen, die halbwegs vernünftiges Geld einnehmen.

Die realen Zahlen, die Rot-Rot vorgeschlagen hat - bei Rot-Grün im Bund gibt es auch einiges, was ich nicht teile, aber das ist im Moment egal -, bedeuten Folgendes: Bei einem Bruttoeinkommen von 5 000 Euro monatlich sind bei diesen Steuererhöhungen - dies betrifft schließlich nur die Spitze - null Euro netto mehr zu zahlen. Null Euro netto bei einem Bruttosatz von 5 000 Euro pro Monat!

Bei einem Bruttoeinkommen von 6 000 Euro monatlich wird man wahrscheinlich arm, weil man 3 Euro pro Monat netto mehr Steuern zu zahlen hat. Bei einem Einkommen von 7 000 Euro brutto monatlich beträgt die steuerliche Mehrbelastung pro Monat - bei dem Spitzensteuersatz, den wir vorgeschlagen haben - 12 Euro.

Insofern kann ich verstehen - schließlich wurde das Abgeordnetengesetz geändert und Sie haben ab der neuen Legislaturperiode ordentlich mehr Geld zur Verfügung -, dass Sie jetzt schon zittern, wenn Sie netto 50 Euro mehr Steuern zahlen sollen. Ich glaube aber, dass Sie das gar nicht zu tun brauchen; denn Sie werden ohnehin nicht in den nächsten Landtag gewählt, weshalb es für Sie nicht zutrifft.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD] - Lachen der Abgeordneten Lehmann)

Im Übrigen glaube ich, dass die Mehrheit der Bevölkerung das richtig findet. Es geht nicht nur um Mehreinnahmen, sondern um Steuergerechtigkeit. Diejenigen, die mehr verdienen, die ein solches Einkommen haben wie ich, haben kein Problem, wenn sie monatlich netto 137 Euro mehr Steuern zahlen sollen. Damit werden wir nicht in die hoffnungslose Armut verfallen. Das wird nicht geschehen.

Nun komme ich zur Wiedereinführung der Vermögensteuer, da ich es gern in Komplexen abarbeiten möchte: Die Vermögenskonzentration der letzten Jahre in der Bundesrepublik Deutschland ist aberwitzig

(Beifall der Abgeordneten Nonnemacher [B90/GRÜNE])

und insbesondere gewachsen, seitdem die Vermögensteuer ausgesetzt worden ist. Seit 2007 - die Zahl lese ich Ihnen jetzt vor - hat sich das private Nettovermögen aus Immobilien, Geldanlagen, Bauland oder Ansprüchen aus Betriebsrenten um 1,4 Billionen Euro erhöht. 1,4 Billionen Euro! Die oberen 10 % der Haushalte vereinen mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens. Und dieser Anteil ist weiter steigend.

Das heißt, der Wohlstand der Vermögenden wächst in einem starken Kontrast im Verhältnis zu den Staatsfinanzen. Bei dem Rückgang - diese Zahl möchte ich Ihnen auch nennen - des Nettovermögens des deutschen Staates zwischen Anfang 1992 und Anfang 2012 um über 800 Milliarden Euro hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte von knapp 4,6 auf 10 Billionen Euro verdoppelt. Können Sie sich das vorstellen?

(Senftleben [CDU]: Ein Skandal ist das!)

Und dann sprechen Sie davon, dass das ruinös sei. Ich verstehe manchmal die Welt nicht mehr. Ich glaube, dass Steuergerechtigkeit und ausreichende Finanzierung die Grundpfeiler von Demokratie darstellen.

(Beifall DIE LINKE)

Es geht um eine gerechte Steuerverteilung und um eine gerechte Steuerlast. Das hat natürlich dann, wenn die Einkommen auch ordentlich für den Staat zur Verfügung stehen, im Staatsgeschehen eine politische Umverteilungswirkung, weil der eine das Geld mehr für das eine ausgeben möchte, der andere mehr für etwas anderes. Da beginnt dann der politische Streit, was aber völlig in Ordnung ist.

Bezüglich der Erbschaftsteuer möchte ich der FDP-Fraktion noch folgende Hinweise geben:

(Genilke [CDU]: Darauf warten sie schon!)

Es geht nicht, wie Sie das geschrieben haben - das ist auch nachlesbar -, um eine doppelte Besteuerung, sondern um die Besteuerung von Vermögen ohne eigene Leistung. Das ist die Erbschaftsteuer - nicht mehr und nicht weniger.

Kein einziges Unternehmen ist durch die derzeitige Erbschaftsteuer in den Ruin getrieben worden, was dennoch immer wieder behauptet wird. Im Gegenteil, wir haben eine sehr fragwürdige Privilegierung der Betriebsvermögen durch die Möglichkeit einer fast vollständigen Verschonung.

Ich glaube, hier ist eine Nachjustierung notwendig. Das müssen wir machen und das werden wir tun.

Auch die Anpassung der Abgeltungssteuer wurde vorher kritisiert. Die Abgeltungssteuer trifft die Großen überhaupt nicht, weil der Satz von 25 % die Besserverdienenden privilegiert. Das hat nichts mit sozialer Gerechtigkeit, einer fairen Belastung derer, die es sich leisten können, und derer, die es sich nicht leisten können, zu tun.

Die FDP behauptet, das Kapital sei bereits versteuert. Nicht das Kapital selbst, sondern ausschließlich der Ertrag aus dem Kapital unterliegt der Besteuerung. Das sollte man vielleicht auch als FDP wissen oder wenigstens lernen wollen. Aber ich habe manchmal das Gefühl - heute ist schon oft der Begriff „Ideologie“ gefallen -, dass Sie Ihre Vorstellungen haben und immer und immer wieder propagieren. Das erinnert mich wirklich an SED-Zeiten. Das nimmt sich gar nichts! Anstatt sich damit ernsthaft zu befassen, muss man erst einmal versuchen, dem anderen vors Schienbein zu treten - möglicherweise bleibt etwas hängen. Ich glaube, es bleibt etwas hängen: dass Sie nämlich keine Ahnung von Steuerpolitik haben.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Zur kalten Progression: Das ist ein Phänomen. FDP und CDU sagen nicht, dass richtigerweise eine Vielzahl von Steuererleichterungen vorgenommen wurde: Anhebung des Kindergeldes bzw. des Kinderfreibetrages, verbesserte Abzugsfähigkeit von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung und nicht zuletzt die regelmäßige Anpassung des Grundfreibetrages. Das ist eine ganz wichtige Angelegenheit. Das sagt zwar ein Dunkelroter, aber er beruft sich dabei auf das Jahresgutachten 2011/2012 des Sachverständigenrates zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Dort steht, dass diese Steuerminimierungen einen großen Beitrag dazu leisten, dass die Progression im Prinzip überhaupt nicht zur Geltung kommt. In diesem Rat sitzen auch Menschen, die politisch der FDP nahestehen; vielleicht fragen Sie bei Ihren Kollegen nach.

Aus genau diesem Grund hat die brandenburgische Landesregierung im Bundesrat nicht zugestimmt; dazu besteht keine Notwendigkeit. Anders sieht es natürlich aus, wenn man wie einen Fetisch vor sich her trägt, dass - koste es, was es wolle - die Steuern gesenkt werden sollen. Sie wollen den Reichtum der Reichen mehren und damit die öffentlichen Haushalte ärmer machen. Das ist mit Rot-Rot nicht zu machen, auch nicht mit Rot-Rot-Grün.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Was wir im Bundesrat gemacht haben, ist Ihnen wahrscheinlich durchgerutscht oder Sie wollten es nicht wahrnehmen: Wir haben der Erhöhung des Grundfreibetrages auf 8130 Euro im Jahr 2013 und auf 8354 Euro im Jahr 2014 zugestimmt - bei einer Beibehaltung des Eingangssteuersatzes von 14 %. So sind auch zukünftig niedrigere Einkommen automatisch steuerlich bevorteilt.

Brandenburg sieht sich im Übrigen durch die Empfehlungen und die wirtschaftspolitischen Hinweise der EU-Kommission bestätigt - dort gibt es keine Dunkelroten; zumindest kann ich mich nicht erinnern. Die EU-Kommission hat Deutschland am 29. Mai 2013 in ihrer Empfehlung für die nationalen Reformprogramme aufgefordert, die unteren Einkommen steuerlich stärker zu entlasten. Das hat man uns ins Stammbuch geschrieben, und Rot-Rot in Brandenburg versucht das im Bundesrat mit den Möglichkeiten, die es hat, umzusetzen. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister Markov. Mit dem Erotischen ist das so eine Sache; Leidenschaft gehörte natürlich auch dazu.

Herr Minister hat jetzt sage und schreibe 10 Minuten und 49 Sekunden länger benötigt. Die Fraktionen können davon, so sie möchten, Gebrauch machen. Er ist nicht an die längere Zeit des Ministerpräsidenten herangekommen, aber denken Sie daran: Vor uns liegen noch mehrere Tagesordnungspunkte.

Frau Abgeordnete Vogdt, Sie haben das Wort und somit 12 Minuten und 49 Sekunden Zeit.

Frau Vogdt (FDP):*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ehrlich gesagt, hatte ich nicht viel anderes erwartet. Allerdings hätte ich mir von Minister Markov ein wenig mehr Sachlichkeit erhofft - auch nach vier Jahren Erfahrung, die ich hier gemacht habe. Ich würde Sie bitten, mich in Zukunft nicht mit irgendwelchen Genossen aus Ihrer SED-Vergangenheit zu vergleichen; das wäre nett.

Ansonsten freue ich mich, dass alle Redner vom eigentlichen Thema ablenken wollten, indem sie in mehr oder weniger platten Reden - das muss ich ehrlich sagen, Frau Geywitz - der FDP Vorwürfe machen. Ich habe mit diesem Thema wohl in ein Wespennest gegriffen, sonst hätten Sie nicht so ablenken müssen.

Und, Axel Vogel, ich glaube nicht, dass Schwarz-Gelb dem Wirtschaftsstandort der Bundesrepublik in den letzten vier Jahren geschadet hat. Wenn wir uns nur einmal die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ansehen: Es gibt 1,6 Millionen Arbeitsplätze mehr, über 41 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, und unsere Jugendarbeitslosigkeit ist so gering wie seit 23 Jahren nicht mehr. So viel zum „Schaden“.

Als Letztes möchte ich zitieren, was Sigmar Gabriel letzte Woche gesagt hat. Was er diese Woche gesagt hat, weiß ich nicht. Das ist bei ihm ja immer unterschiedlich, und bis zum Wahltag kann noch eine Menge kommen:

„Die Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerdumping ist der bessere Weg zum Schuldenabbau und zu höheren Investitionen in Bildung und Infrastruktur in Deutschland als Steuererhöhungen.“

Sprechen Sie doch mit ihm! Ansonsten kann ich nur sagen: Das Wir entscheidet, das Du bezahlt. - Danke.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Vogdt. - Besteht in den anderen Fraktionen noch Redebedarf? - Bei SPD und CDU ist das der Fall. Frau Abgeordnete Geywitz, bitte schön.

Frau Geywitz (SPD):

Das ist ein klassischer Fall von Fehlallokation: Vorhin hatte ich viel Text und wenig Zeit, jetzt ist es andersherum. Frau Vogdt, ich finde, Sie hätten angesichts der offenkundigen handwerklichen Mängel Ihrer Großen Anfrage gut daran getan, sich zu entschuldigen - diese Mängel wurden hier von unterschiedlichen Fraktionen, unabhängig von parteipolitischen Standorten, thematisiert. Es ist sinnvoll, so miteinander umzugehen,

dass man eine ernsthafte Arbeitsgrundlage zur Besprechung hat.

Dass Ihnen mein Redebeitrag nicht gefallen hat, finde ich gut und richtig. Das bestärkt mich in der Auffassung, dass die sozialdemokratischen und die liberalen Konzepte in der Steuerpolitik aus gutem Grund sehr weit auseinanderliegen. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Geywitz. - Wir kommen nun zum Beitrag der CDU-Fraktion; Herr Abgeordneter Burkardt, bitte.

Burkardt (CDU):

Frau Präsidentin, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie auf den Unterschied, zugleich auch den Zusammenhang zwischen Erotik und Leidenschaft aufmerksam gemacht haben. Mit Leidenschaft kann ich mich in der Tat für Haushalts- und Steuerfragen erwärmen; die Erotik würde ich irgendwo anders ansiedeln wollen.

Was die Zahlen anbelangt, Herr Dr. Markov, müssen wir nicht lange streiten. Wir haben nur die Zahlen, die Sie uns in der Jahresrechnung zum einen, in der Haushalts- und Finanzplanung zum anderen zur Verfügung gestellt haben. Das ist eine einfache Additions- oder Subtraktionsfrage. Insofern die Rechner stimmen, sind die Zahlen korrekt: 2,7 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen für diese Legislaturperiode - das Haushalts-soll für 2013 und 2014 eingerechnet - und entsprechend mehr als 600 Millionen - das habe ich eben vergessen - Minderausgaben bei den Zinsen. Zu den Mehrausgaben habe ich bereits Einiges gesagt. Das können Sie aus Ihrem eigenen Haushalt ablesen. Dass Sie sofort tilgen müssten, habe ich nie gesagt. Ich weiß sehr wohl, dass diese Forderung im Landtag erhoben wird.

Wenn Sie aber das Thema Abgeltungssteuer und anderes anfasen, wäre zumindest von Frau Geywitz und vom Kollegen Vogel eine kleine Erinnerung an die Einführung notwendig gewesen.

Am Anfang dieser Regelung stand nämlich das Zitat von Herrn Steinbrück: „Besser 25 % von x als 50 % von nix!“

Meine Damen und Herren, wir haben soeben gehört, was wir - ich war nicht dabei, aber meine Partei und die damalige Fraktion - an Schulden aufgenommen haben, als wir mit der SPD koalitierten. Herr Dr. Markov, Herr Kollege Genilke hat völlig Recht, wenn er sagt: Mit den 18 Milliarden Euro Schulden, die dieses Land aufgenommen hat, ist der Schrott saniert worden, den Ihre Partei hier hinterlassen hatte. - Schönen Dank.

(Beifall CDU - Minister Dr. Markov: Jetzt hat er es mir aber gegeben!)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Burkardt. - Ich sehe keinen weiteren Redebedarf und beende die Aussprache. Damit ist die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 25 zur Kenntnis genommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der FDP-Fraktion in der Drucksache 5/7813. Er trägt den Titel: „Die gesellschaftliche Mitte stärken - Zu einer wachstumsorientierten und sozialen Wirtschafts- und Finanzpolitik zurückkehren!“ Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Stimmenthaltungen sehe ich nicht. Der Entschließungsantrag ist mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6 und rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Langfristige Sicherung der pflegerischen Versorgung im Land Brandenburg

(gemäß Beschluss des Landtages vom 19.05.2011 - Drs. 5/3180-B)

Bericht
der Landesregierung

Drucksache 5/7558

Die Aussprache wird mit dem Beitrag der Landesregierung eröffnet. Herr Minister Baaske, Sie haben das Wort.

Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Baaske:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal einen schönen guten Tag. - Man traut sich ja gar nicht mehr, in diesem Saal noch Zahlen zu nennen, weil man Angst haben muss, dass sofort alle Ohren zugehen nach dem Motto: „Ich kann es nicht mehr hören.“ Aber ich muss eingangs ein paar Zahlen nennen und will mit den einfachsten anfangen.

Im Jahr 2030 wird in der Uckermark jeder zehnte Einwohner pflegebedürftig sein. 10 % - rechnen Sie das einmal auf das gesamte Land um. Ich rufe diese Zahl vor allem deshalb in Erinnerung, weil das Jahr 2030 nicht mehr so weit weg ist. Es sind nur noch 17 Jahre; die Zeit bis dahin ist kürzer als die von der Wende bis heute. Die Zahlen für die Prignitz und für andere von Berlin entfernte Regionen werden nicht viel anders aussehen als die für die Uckermark. Die 10 % für die Prignitz machen die Brisanz der Entwicklung nur besonders deutlich. Jeder Zehnte pflegebedürftig - das ist eine Dimension, die wir heute noch nicht haben; da sind es, je nachdem, wo man hinschaut, 2 bis 4 %. Wir merken jedenfalls, dass unsere Gesellschaft rapide altert.

Ich will in absoluten Zahlen beschreiben, wie sich die Entwicklung von heute bis zum Jahr 2030 insgesamt darstellen wird: Derzeit gibt es in unserem Land rund 96 000 Pflegebedürftige, die von rund 29 000 Menschen gepflegt werden. Im Jahr 2030 werden es 163 000 Pflegebedürftige sein, die von 56 000 oder 60 000 Menschen gepflegt werden müssen. Das ist fatal, wenn wir uns anschauen, dass im selben Zeitraum der Anteil der Menschen, die überhaupt auf dem Arbeitsmarkt sind, von 1,7 Millionen auf 1,2 Millionen und damit um ein Drittel zurückgehen wird. Es wird also extrem schwierig sein, das zu wuppen. 163 000 Pflegebedürftige in Brandenburg - das wird eine riesengroße Herausforderung für uns alle sein.

Wir haben vom Landtag den Auftrag erhalten, die Frage zu prüfen, wie man damit umgehen kann. Was haben wir gemacht?

Da es bei uns noch kein Pflegewissenschaftliches Institut gibt, haben wir geschaut, ob um die Ecke eines ist. Wir sind nach Halle gefahren. An der dortigen Uni gibt es ein Institut für Gesundheits- und Pflegewissenschaften. Es erstellt eine Studie, die so gut wie fertig ist. Die genauen Zahlen werden uns Ende September vorliegen. Schon jetzt ist klar, dass wir auf einem guten Weg sind, dass es aber auch erheblichen Handlungsbedarf in unserem Land gibt.

Wir haben sowohl den Stand - das ist relativ übersichtlich; da hat auch jeder seine Erfahrungen und Kenntnisse - als auch den konkreten Handlungsbedarf abgefragt. Am Ende wird es ein Papier von ungefähr 500 Seiten sein. Da wir Ihnen dieses am Ende des Tages nicht um die Ohren schlagen wollen, sind wir dabei, das Wesentliche zusammenzufassen und in eine Sprache zu übersetzen, die die Pflegebedürftigen, die Pflegenden, die Träger, aber auch du und ich verstehen können. Letztlich geht es um Handlungsempfehlungen.

Die Frage, die über allem steht, lautet: Wie können wir unter den von mir soeben skizzierten demografischen Bedingungen auch langfristig eine menschenwürdige und qualitativ hochwertige Pflege im Land absichern? Dazu besagen die Zwischenergebnisse der Studie eindeutig, dass Brandenburg auf einem guten Weg ist. Der Kurs, den wir eingeschlagen haben, stimmt. Aber es gibt auch Reserven. Handlungsbedarf besteht insbesondere dort, wo es um die Verminderung des Pflegebedarfs geht. Ziel sollte es sein, dass es nicht so viele schwere Pflegefälle, die einen hohen Personaleinsatz erfordern, gibt. Wir müssen die richtigen Strategien fahren, damit wir insgesamt weniger Pflegebedürftige haben.

Da das aktive Altern ein so wichtiger Punkt ist, hat es schon in unserem Maßnahmenpaket seinen Niederschlag gefunden. Sieglinde Heppener kann bestätigen, dass das aktive Altern ein wesentlicher Handlungsansatz ist. Wenn man durch das Land fährt und mit den Menschen in Seniorenzentren spricht, merkt man, dass das tatsächlich ein Thema ist. Man kann schon heute mit Fug und Recht behaupten: Die brandenburgischen Seniorinnen und Senioren sind aktiv. Sie werden durch das Maßnahmenpaket noch einmal unterstützt.

Eine weitere wichtige Frage ist, wie wir es schaffen, eine „Pflege im Quartier“ abzusichern. Da geht es auch um die kommunale Verantwortung. Ist beispielsweise vor Ort entsprechender Wohnraum für Senioren da? Bringen sich die Senioren ein, wenn es darum geht, wie sie im Alter leben wollen? Soll es weiterhin die Platte sein? Soll es eine Form betreuten Wohnens sein? Will man zusammen mit anderen Senioren aus dem Seniorenclub in eine WG ziehen? - All diese Fragen müssen gestellt und mit den Bürgermeistern diskutiert, aber auch beantwortet werden, sodass die Wohnungsgesellschaften vor Ort entsprechend reagieren können.

Nächste Frage: Wie kann auch im Alter Mobilität abgesichert werden? Kann man mit dem Bus noch zum Arzt, in das Krankenhaus und zum Seniorenzentrum fahren? Oder heißt es am Ende des Tages: „Da die Mobilität nicht mehr da ist, gehe ich besser gleich in ein Heim; dann bin ich nicht mehr allein“?

Ein weiterer Punkt betrifft die Kommunikationsmöglichkeiten im Alter. Haben die Senioren die Möglichkeit zu telefonieren? Wie bekommt man es hin, dass täglich das Mittagessen anrollt? All diese Dinge spielen dabei eine Rolle.

Mir ist vor allen Dingen ein Hinweis wichtig: Wir brauchen auf jeden Fall eine Regelung - wahrscheinlich im SGB XI -, die die kommunale Planung von Pflege stärker absichert. Wir waren mit einigen Kollegen in Schweden und haben uns angeschaut, wie in geburtenarmen bzw. strukturschwachen Regionen Schule abgewickelt wird und wie Pflege funktioniert. Insoweit gibt es auch in Schweden erhebliche Unterschiede. Die Pflegestrukturen sind in Stockholm ganz anders als auf dem flachen Land. Während es in Stockholm zweifelsohne einen Wettbewerb zwischen verschiedenen Trägern gibt, ist auf dem flachen Land die Einteilung in „Tortenstücke“ klar erkennbar: Hier ist dieser verantwortlich, dort ist jener verantwortlich. - Nur so kann man dort „Pflege bis zuletzt“, wie es dort heißt, absichern. Ich erwarte, dass sich die Bundesregierung überlegt - gern mit uns zusammen -, wie das bei uns gehen könnte.

Die Studie besagt aber auch: Mit dem, was ihr schon seit Jahren quasi wie ein Mantra vor euch herträgt - ambulant vor stationär -, fahrt ihr sehr gut. Das ist genau die richtige Richtung. Da sind wir gut, wahrscheinlich die Besten bundesweit; denn 77 % der Pflege werden in der Häuslichkeit erbracht, und zwar nicht nur von Verwandten, sondern auch mit Unterstützung durch gut funktionierende ambulante Strukturen. Es gibt also die verschiedensten Darbringungsformen, entweder allein durch die Ambulanz oder - meistens - zusammen mit den Familien. Das ist ein richtig guter Ansatz. Auch ich gehe davon aus, dass die meisten älteren Menschen zu Hause gepflegt werden wollen und die Absicht haben, bis zum Ende zu Hause zu bleiben. Richtig ist, dass viele Kinder und Enkel die Liebe und Zuwendung, die sie in ihren Kindheits- und Jugendtagen erfahren haben, an ihre Eltern und Großeltern zurückgeben wollen. Aber das muss die Pflegepolitik auch ermöglichen. In Brandenburg funktioniert das wesentlich besser als in vielen anderen Ländern. Trotzdem sollte das weiterhin eine Maxime unseres Handelns sein.

Wir sehen die Entwicklung auch an den Strukturen. Als ich 2003 zum ersten Mal Minister wurde, hatten wir eine Tagespflegeeinrichtung, gefördert auf der Grundlage des IVP. Wenn man in den Häusern war, haben die Verantwortlichen dort die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen und gesagt, dass sie aus den Tagespflegeplätzen am liebsten stationäre Plätze machen würden, da Erstere nicht nachgefragt würden. Heute, zehn Jahre später, erleben wir nicht nur eine Nachfrage, sondern einen regelrechten Run auf diese Einrichtungen. Inzwischen sind über 3 000 Plätze in der Tagespflege belegt.

Ich habe viele von denen besucht. Die neuen sind inzwischen ganz moderne Einrichtungen, in die man sich wirklich bedenkenlos - auch als Angehöriger - hineinbegeben und sagen kann: Hier würde ich mich trauen, die Großeltern oder die Eltern wirklich gut gepflegt tagsüber zu lassen. Wenn ich Feierabend habe, kommen sie wieder mit nach Hause. - Also auch das sind Strukturen, die dann langsam greifen, die dafür sorgen, dass wir nicht nur auf stationäre Einrichtungen, sondern ganz im Gegenteil - wie gesagt - zu drei Vierteln auf die ambulanten Strukturen im Land zurückgreifen können.

Ein wichtiger Punkt ist zweifelsohne die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir haben jahrzehntlang darüber gesprochen. Vereinbarkeit bedeutet: Wie schafft man es, dass die Kinder betreut werden und man trotzdem arbeiten kann? Vereinbarkeit verliert zunehmend an Bedeutung, wo wir die Gesetzgebung und die Möglichkeiten haben, Kinder in Kitas und Krippen betreuen zu lassen. Jedoch gewinnt sie an Bedeutung,

wenn es darum geht, die Pflege von Angehörigen mit der Berufstätigkeit zu verbinden. Darum haben wir in Brandenburg bereits vor zwei Jahren eine große INNOPUNKT-Kampagne mit einem Budget von 2,3 Millionen Euro gestartet.

Hier versuchen wir insbesondere für Sozialpartner - das heißt, Gewerkschaften, aber auch Arbeitgeber - Lösungen vor Ort zu finden, um Strukturen zu schaffen, damit Angehörige von Pflegebedürftigen arbeiten gehen und das gleichzeitig mit der Pflege von Angehörigen vereinbaren können. Da gibt es vielfältige Ansätze. Ich würde mich freuen, wenn wir Wege fänden, das in Tarifverträge einzubinden, da das Familienpflegezeitgesetz der Bundesregierung offensichtlich überhaupt nicht greift. Soweit ich weiß, kann man die Fälle, bei denen das in Brandenburg tatsächlich abgegriffen wird, an den Fingern beider Hände abzählen. Das ist nicht zielführend. Da brauchen wir wahrscheinlich, solange es dort keine andere Lösung gibt, tarifvertragliche Möglichkeiten, um darauf einzuwirken.

Aber auch die Struktur mit unseren 19 Pflegestützpunkten kann sich sehen lassen; sie wird von Jahr zu Jahr besser. Wir hatten dort Anlaufschwierigkeiten. Das hatte manchmal etwas mit den Menschen zu tun, zum Beispiel damit, dass die Kollegen aus dem Landkreis mit den Kollegen von der Kasse nicht so richtig klarkamen. Aber da, wo ich jetzt war, kann ich durch die Bank sagen, dass es gut funktioniert. Man hat sich zusammengerauft, und man arbeitet wirklich im Team. Niemand sagt mehr: „Dafür ist jetzt die Kasse zuständig, und dafür sind wir jetzt zuständig“, sondern man macht das Hand in Hand, auf eine wirklich gut strukturierte Art und Weise. Es gibt da auch viele Neuansätze, wo man stärker hinausfährt und in den Familien, vor Ort berät. Auch das finde ich richtig gut.

Gesetzlich sind wir durch unser Landesrecht zweifelsohne gut aufgestellt. Auch durch die Strukturqualitätsverordnung seit 2010 haben wir da richtig gute Bedingungen. Nur herrje, das wird im Land nicht abgerufen! Das ist das Problem. Wir haben derzeit, glaube ich, zehn oder zwölf Einrichtungen, die sich von dieser festen Quote - 50 % hochqualifiziertes, examiniertes Pflegepersonal losgelöst haben. Das steht gar nicht mehr in unserer Strukturqualitätsverordnung, sondern wenn es Konzepte gibt, die andere Modelle vorsehen, kann man es eben auch mit weniger Personal machen.

Das kann aber natürlich erst dann greifen, wenn ich auch leitendes Personal in den Einrichtungen habe, das in der Lage ist, solche Konzepte zu formulieren, zu schreiben und auf deren Umsetzung zu achten. Genau deswegen haben wir auch in unserem Betreuungsrecht - ich fasse das einmal kurz - geregelt, dass man ab 80 Personen in der Einrichtung für die Heimleitung und die PDL studiertes Personal haben muss. Das halte ich nach wie vor für einen richtigen Weg. Insofern ist es erfreulich - damit will ich schon fast schließen -, dass wir in der Lage sind, im nächsten Semester in Senftenberg einen Gesundheits- und Pflegestudiengang aufzurufen.

Jetzt hätte ich gern noch einige Zahlen gebracht, und zwar insbesondere zu unserer Haushaltssituation und zu den Hilfen zur Pflege. Aber vielleicht habe ich am Schluss der Runde noch einmal die Möglichkeit, kurz ans Pult zu gehen. Das würde ich nämlich gerne dann machen, wenn der Finanzminister da ist, und ich hätte es gern, dass er sitzt, wenn ich ihm das sage.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister Baaske. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Frau Abgeordnete Schier hat das Wort.

Frau Schier (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Die mittel- und langfristige Sicherung der pflegerischen Versorgung gehört zu den größten Herausforderungen der nächsten Jahre. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir mit unseren alten und kranken Menschen umgehen - und das nicht nur aus moralischen Gründen. An all dem, was wir heute für die Zukunft festlegen, werden auch wir partizipieren. Es ist also nicht ganz uneigennützig. Davon, wie wir heute die Weichen stellen, profitieren wir alle, die wir hier sitzen.

Das vorrangige Ziel - der Minister sagte es - muss natürlich darin bestehen, Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich zu vermeiden. Wenn ein Mensch rechtzeitig darin unterstützt wird, die Auswirkungen von Erkrankungen zu mildern, kann er länger in seinem persönlichen Umfeld bleiben. Prävention in Form von Sport und Ernährung ist aber nicht erst im Alter wichtig, sondern dazu gehört die Zusammenarbeit mit vielen Partnern, den Kitas, den Schulen, den Betrieben, den Krankenkassen usw.; die AOK hat zum Beispiel die „Henrietta in Fructonia“. Es gibt also gute Ansätze.

Ein besonderer Anstieg wird in den nächsten Jahren bei Menschen mit Demenz erwartet. Demenz ist der häufigste Grund für die Unterbringung in einem Pflegeheim, weil die Angehörigen die Pflege zu Hause einfach nicht mehr schaffen. Wir können und wollen aber nicht alle pflegebedürftigen Menschen in Pflegeheimen unterbringen. Das ist schon in finanzieller Hinsicht für die Kostenträger, die Pflegeversicherung, die Betroffenen und in vielen Fällen auch für den Sozialhilfeträger ein Problem.

Hinzu kommt - das wissen wir alle aus der Erfahrung mit Betroffenen -, dass die Menschen gar nicht in die Einrichtung gehen, sondern so lange wie möglich zu Hause bleiben wollen und sich auch immer gegen eine Heimunterbringung - Heimunterbringung ist ein schlechtes Wort -, gegen die Unterbringung in einer Einrichtung - so ist es besser, das Wort Heimunterbringung ist schlecht - wehren.

Die alternativen Wohnformen sind, denke ich, ein guter Ansatz, müssen jedoch dringend ausgebaut werden. Wir müssen uns vor allen Dingen darüber im Klaren sein, dass wir nicht immer neue Standards schaffen müssen. Ich denke nur einmal an die Sache mit den Brandschutztüren und den Leitern. Die Leute in den Einrichtungen wollen Sicherheit haben und nicht immer wieder mit neuen Investitionskosten belegt werden. Ich erwähne das, weil auch gesagt wurde, die Wohnungsunternehmen sollen da bereitstehen. Klar, aber die wollen irgendwann einmal sagen: Bis hierhin und nicht weiter! Wir haben hier investiert, und da kann es nicht schon wieder neue Standards geben.

Viele bedürftige Menschen - 77 %, also der überwiegende Teil - werden in der häuslichen Umgebung versorgt. Das machen die Familien und dabei vor allen Dingen die Frauen - das muss man auch einmal sagen -, aber auch Freunde und ehrenamtliche Vereine helfen. Ich will es an dieser Stelle nicht versäu-

men, all jenen, die sich das aufbürden - denn das macht ganz bestimmt nicht immer Freude -, danke schön zu sagen.

Meistens muss die Pflege in kürzester Zeit organisiert werden. Man gibt seine Mutter oder seinen Vater in die Klinik, und dann heißt es: Der kann nicht mehr alleine zu Hause sein. - Was macht man dann? Da muss es ein exquisites Entlassungsmanagement geben. Wir waren mit dem Ausschuss in Bielefeld und haben uns angeguckt, wie das dort gemacht wird. Ich finde es sehr gut, dass zusammen mit der AOK ein solches Projekt entwickelt wird, denn: Man setzt sich mit der Pflege auseinander, und man weiß, wo ein Pflegeheim ist. Aber wenn man plötzlich vor der Aufgabe steht, jemanden unterzubringen, und das von vornherein schon schwerfällt, dann ist es wirklich eine ganz schwierige Aufgabe, und dann braucht man Hilfe.

Das eine ist das Bielefelder Modell. Das andere sind die Pflegestützpunkte. Wir haben ja Strukturen. Ich habe immer das Gefühl, dass wir das Rad neu erfinden müssen. Nein, das müssen wir nicht. Wir müssen uns einfach besser vernetzen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Pflegestützpunkte viel mehr genutzt werden.

Zur Absicherung der Pflege bedarf es neben der nötigen Finanzmittel auch ausreichenden Personals; der Minister ist darauf eingegangen. Ich weiß, Herr Minister, Sie wollen es nicht hören, aber das war auch Thema der Ausschussreise. Kollege Schippel war einer meiner Mitstreiter. In Nordrhein-Westfalen ist die Ausbildungsumlage eingeführt worden. Die haben 20 % mehr Auszubildende. Das sind 2 200 junge Leute, die durch die Umlage in die Ausbildung gekommen sind. Das finde ich hervorragend. In Ihrem Konzept wollen Sie die Ausbildungsquote um 10 % erhöhen. Ich bin einmal gespannt, wie Sie das hinbekommen wollen. Das ist eine hohe Hürde, die Sie da nehmen wollen.

Was aus meiner Sicht nicht sein kann, ist, die Qualitätsanforderungen zu senken. Da bin ich nicht bei Ihnen, Herr Minister. Es kann auch nicht sein - wie es einmal durch die Presse ging -, dass man alle Langzeitarbeitslosen, die dafür geeignet wären, in Tätigkeiten in der Pflege schickt. Das würde ich mit Vorsicht sehen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, um gerade junge Menschen an diesen Beruf, der eigentlich auch eine Berufung ist, heranzuführen, dass die Einrichtungen Praktika anbieten, dass man gerade junge Leute für diesen Beruf begeistert. Dann kann das etwas werden. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall CDU und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schier. - Wir kommen nunmehr zum Beitrag der SPD-Fraktion. Frau Abgeordnete Lehmann hat das Wort.

Frau Lehmann (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste, die noch hier unter uns sind! Es ist schon deutlich geworden, Pflege besteht aus vielen Facetten. Um die Pflegewirtschaft genau bewerten zu können, müssen alle Mosaiksteine in ihrer bestehenden Komplexität in den Blick genommen werden. Mit Landtagsbeschluss vom Mai 2011 haben wir die Landesregierung aufgefordert, eine wissenschaftliche Analyse

und Entwicklungsprognose zum künftigen Pflegebedarf für das Land Brandenburg zu erstellen. Hierbei war nicht nur die Ausbildungssituation in den alten Pflegeberufen für uns wichtig; denn die Einführung eines Ausbildungsumlageverfahrens ist in den letzten Jahren zu einseitig, losgelöst von den anderen Aspekten geführt worden. Vielmehr ging es uns um konkrete Handlungsempfehlungen, um den Fachkräfte- und Hilfskräftebedarf in den nächsten Jahrzehnten zu sichern. Dieser Bericht der Landesregierung bzw. die Studie liegt uns heute vor.

Die Medizinische Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg war vom Ministerium zwar federführend beauftragt, aber die Erarbeitung der Studie wurde durch einen intensiven Kommunikationsprozess begleitet. Soll heißen: Es gab eine interministerielle Steuerungsgruppe unter Vorsitz von Staatssekretär Dr. Schroeder, es gab einen Begleitausschuss, bestehend aus den kommunalen Spitzenverbänden und Fachleuten der Pflegebranche. Darüber hinaus wurden drei Meilensteinworkshops durchgeführt, in deren Rahmen die ersten Zwischenergebnisse der Studie mit der breiten Fachöffentlichkeit diskutiert wurden. Und derzeit läuft landauf, landab der Pflegedialog mit dem Sozialminister. Hier sind insgesamt acht Veranstaltungen vorgesehen.

Der vorliegende Bericht bestätigt die brandenburgische Pflegepolitik in zentralen Punkten wie der Seniorenpolitik mit der Ausrichtung auf das aktive Altern und gesund alt werden in Brandenburg, dem Landespflegegesetz mit seiner Ausrichtung auf lokale Pflegestrukturen und Netzwerke, den 19 Pflegestützpunkten, die eine ortsnahe Beratung und Begleitung von pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen bieten, der Umsetzung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“; Brandenburg hat den höchsten Anteil häuslicher Pflege in ganz Deutschland. Aber auch die Bemühungen in puncto Vereinbarkeit von Beruf und Pflege und die Einführung akademischer Studiengänge für Pflege und Gesundheit sind zukunftsorientiert.

Aber der vorliegende Bericht bestätigt auch einen hohen Handlungsbedarf. Zahlen und Fakten sind alarmierend. Die Anzahl der Pflegebedürftigen wird bis 2030 um nahezu 70 % steigen. Dies wiederum erfordert eine Verdopplung der in Pflege Beschäftigten. Gleichzeitig geht in diesem Zeitraum die Anzahl der Erwerbspersonen um 30 % zurück. Wie also kann der Fachkräftebedarf gesichert werden?

Für eine Ausbildungsumlage gibt es jedenfalls derzeit keine rechtlichen Voraussetzungen. Ein Ausbildungsplatzmangel, wie in § 25 Abs. 1 Bundesaltenpflegegesetz definiert, liegt in Brandenburg aktuell nicht vor. Aber der Bericht liefert viele andere Lösungsansätze.

Die Pflegeprävention, also das vorsorgende, das frühzeitige Handeln, steht in einem engen Wechselverhältnis zur Fachkräftesicherung. Pflegeprävention gewinnt eine ganz neue Bedeutung. Hier sind breit angelegte Strategien erforderlich. Wir benötigen eine weitere Öffnung der Pflege für unterschiedliche Qualifikationsprofile, ein weiterer Baustein zur Fachkräftesicherung. Bessere Arbeitsbedingungen, gute Bezahlung und Vollzeitbeschäftigung sind Herausforderungen, denen sich Pflegeeinrichtungen, aber auch Pflegekassen in der Zukunft verstärkt stellen müssen.

Pflege entsteht vor Ort und muss auch hier bewältigt werden. Familiäre und professionelle Pflege und ehrenamtliches Enga-

gement stehen in einer Wechselbeziehung. Bei der Koordinierung dieser Netzwerke und Strukturen spielt das Land mit den Landkreisen und Kommunen eine besondere Rolle. Pflege in den letzten Winkeln des Landes erfordert gerade in ländlichen Regionen eine stärkere Verantwortung des Landes.

Ganz generell gilt: Der bereits begonnene Dialogprozess zu diesem Bericht muss weiter intensiviert werden. Alle Akteure sind einzubinden. Dieser Prozess ist aufgrund des Handlungsdrucks so offen wie möglich zu führen, und das auch ohne eine fiskalische Schere im Kopf. - Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Lehmann. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Büttner hat das Wort.

Büttner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Der uns vorliegende Bericht der Landesregierung zur Sicherung der pflegerischen Versorgung im Land Brandenburg ermöglicht eine gute Übersicht über den Ist-Zustand der Pflegelandschaft. Er bietet aber auch einen Ausblick auf das, was noch zu tun ist. Wir alle wissen - wir haben es auch schon in den Vorreden gehört -: Die Herausforderungen in der Pflege der Zukunft sind enorm. Die Anzahl pflegebedürftiger Menschen wird von derzeit rund 96 000 auf über 160 000 Personen im Jahr 2030 steigen. Gleichzeitig wird der Anteil der Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung von derzeit 3,9 % auf über 7 % ansteigen. Folglich muss auch die Zahl der Beschäftigten in der ambulanten und stationären Pflege spürbar erhöht werden.

Wenn man im Land umherfährt und mit den Pflegediensten spricht, dann hört man immer wieder die Aussage - die ist natürlich völlig richtig -: Für das Gehalt, für den Lohn, den die Pflegekräfte bekommen, finden wir keine Fachkräfte mehr. Das ist ein Problem, an dem gearbeitet werden muss, insbesondere, wenn wir wissen, dass die Krankenkassen momentan auf einem Überschuss von über 2 Milliarden Euro sitzen.

Im ambulanten Bereich wird die Zahl der Plätze von derzeit 12 500 auf rund 22 000 im Jahr 2030 und im stationären Bereich von 16 500 auf dann 32 000 hochgehen.

Es ist wichtig, dass der Bericht klare Handlungsempfehlungen gibt, die als Orientierung für die Landesregierung dienen sollten. Die Einführung flächendeckender Gesundheitsleistungen für alle Bevölkerungsschichten kann das Risiko, im Alter zum Pflegefall zu werden, spürbar senken. Es liegt nun an der Gesundheitsministerin - die gar nicht da ist -, im Schulterschluss mit dem für Pflege zuständigen Sozialminister entsprechende Angebote zu schaffen und hierbei auch die Unternehmen im Rahmen eines betrieblichen Gesundheitsmanagements einzubinden. Insbesondere den kleinen und mittleren Betrieben muss noch stärker deutlich gemacht werden, dass nicht die Einführung betrieblicher Gesundheitsangebote die höchsten Kosten verursacht, sondern kranke bzw. invalide Mitarbeiter. Insgesamt zeigt sich einmal mehr, wie widersinnig diese Verteilung

der Fachbereiche Pflege und Gesundheit auf zwei Ministerien, die Sie haben, ist und wie dringend es geboten ist, Gesundheit, Pflege und Soziales wieder in einem Ministerium anzusiedeln.

Ältere Personen sollten die Möglichkeit haben, möglichst lange ein selbstbestimmtes, selbstständiges Leben im eigenen sozialen Umfeld zu führen. Wir begrüßen daher die Empfehlung, Angebote zur geriatrischen Rehabilitation zu schaffen bzw. bestehende Angebote auszuweiten. Damit würde auch dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ Rechnung getragen.

Ich habe vor Kurzem eine Pflegeeinrichtung in einem kleinen Dorf im Norden der Uckermark besucht und mich dort mit einer Bewohnerin unterhalten. Sie lebt in einer kleinen Wohngruppe, die ja auch gefördert werden. Die Bewohnerin kommt aus dem Dorf, sie ist quasi nur umgezogen, in diese Wohngruppe hinein. Ich fragte dann, wie es ihr geht. Sie ist übrigens 97 Jahre alt. Sie sagte, es gehe ihr ganz hervorragend, weil diese Wohngruppe auch so in die Bevölkerungsstrukturen integriert ist. Rechts und links sind an dieser Einrichtung zwei Wohnhäuser angebaut. In dem einen wohnte auch noch ihre Tochter.

Das ist das, was wir uns für das Alter vorstellen, eben ein selbstständiges, selbstbestimmtes Leben im gewohnten Umfeld.

Die Ausweitung der Beratungsangebote für von Pflegebedürftigkeit bedrohte bzw. bereits betroffene Personen und deren Angehörige muss künftig den Mantel der pflegerischen Versorgung im Land Brandenburg bilden. Besonders diejenigen Angehörigen, die ihre Verwandten zu Hause pflegen möchten, benötigen fundierte Kenntnisse über Anforderungen an die familiäre Pflege. Sie benötigen nicht zuletzt bei psychischen Belastungen feste Ansprechpartner. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir sehr, dass die AOK Nordost Kursangebote zur familiären Pflege machen möchte, die sich an den Erfahrungen der Universität Bielefeld orientieren.

Dass dabei auch die im Land Brandenburg tätigen Pflegestützpunkte einbezogen werden sollen, ist konsequent und richtig. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass die Beratung in den Stützpunkten einseitig zugunsten der Kostenträger durchgeführt wird, hierauf muss auch die Landesregierung achten.

Im Rahmen der aktuell laufenden Debatte um die Schaffung eines gemeinsamen Landesgremiums zur Beratung innovativer Versorgungsmodelle im Gesundheitsbereich sieht sich die FDP-Fraktion in ihrem Kurs bestätigt, die Pflege in die Arbeit dieses Gremiums einzubinden. Der Bericht führt hierzu auf Seite 19 klar aus:

„Die pflegerische Versorgung (im ländlichen Raum) lässt sich nicht losgelöst von der Gesundheitsversorgung und hier im Besonderen von der hausärztlichen Versorgung betrachten. ... Der Blick in andere Länder zeigt, dass innovative Konzepte möglich sind, bei denen qualifizierte nichtärztliche Fachkräfte ... an den Nahtstellen zwischen ärztlichen Aufgaben, Praxismanagement, Versorgungs-koordination sowie Pflege tätig sind.“

Das, meine Damen und Herren, ist die Hauptaufgabe, die die Berichterstatter der Landesregierung mit auf den Weg geben: Synergien zwischen ärztlichem und nichtärztlichem Fachpersonal zu entwickeln und zu nutzen. Wir erkennen an: In Verbin-

dung mit der im Landespflegegesetz enthaltenen kleinräumigen Versorgungsinfrastruktur und dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ trägt dies durchaus dazu bei, dass pflegebedürftige Menschen länger in ihr gewohntes Umfeld integriert bleiben können.

Insgesamt lässt sich aus den Ausführungen der Landesregierung aber noch kein ganzheitliches Konzept zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung bis zum Jahr 2030 herauslesen. Insbesondere im Bereich der Pflegeprävention bleibt die Landesregierung vage und lässt eigene Vorschläge vermissen. Aus diesem Grund sollten wir den Bericht der Landesregierung ausführlicher im zuständigen Fachausschuss beraten, gern auch im Rahmen eines Fachgesprächs mit den Leistungs- und Kostenträgern der Pflege. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und B90/GRÜNE)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Wöllert spricht für die Linksfraktion.

Frau Wöllert (DIE LINKE):*

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich jetzt bemühen, das aufzugreifen, was im Bericht steht und wozu bisher nichts gesagt wurde. Ich beginne mit der Prävention zur Verhinderung von Pflegebedürftigkeit. Ich bin sehr dankbar, denn es ist nicht selbstverständlich, dass in dem Bericht auch ein Abschnitt zur schichtübergreifenden Nutzung präventiver Gesundheitsleistungen steht.

Es geht nicht nur um Synergieeffekte zwischen Ärztinnen und Ärzten und anderen Gesundheitsberufen. Es geht um Synergieeffekte, die in der Rahmengesetzgebung für gesundheitliche Versorgung liegen. Ich denke, es ist gut, dass gesagt wurde: Es müssen ambulante Teams gebildet werden. Wir müssten hier auch die Krankenhäuser der Grundversorgung einbeziehen, also noch einen Schritt weitergehen. Bei den ambulanten Teams bezieht man sich hier noch auf einen Bericht von 2007, da sind nun schon ein paar Jahre ins Land gegangen.

Ich nenne ein Beispiel, weil Frau Schier auch schon darauf eingegangen ist; es geht natürlich nicht nur um Verhaltensprävention, es geht auch um Verhältnisprävention. Ich nenne Ihnen ein Beispiel aus Spremberg: Das Krankenhaus war bisher dazu ermächtigt, Darmvorsorgeuntersuchungen zu machen - die Zeit ist abgelaufen. Dorthin kamen vor allem viele aus den Schichten, von denen hier die Rede ist und die das sonst nicht in Anspruch nehmen, und haben diese Darmvorsorgeuntersuchung machen lassen. Es handelte sich um nur etwa 12 Menschen, die das in Anspruch genommen haben. Die Zeit war abgelaufen, die Genehmigung des Antrags auf Weiterlaufen wurde von der Kassenärztlichen Vereinigung - es gibt jetzt Widerspruch - mit der Begründung versagt: Die können nach Cottbus fahren, dort gibt es dieses Angebot auch.

Wer eine solche Untersuchung einmal durchgemacht hat, weiß, wie kompliziert das ist, was man alles vorher machen muss und dass man hinterher nicht einfach nach Hause fahren kann. Die Hürde könnten schon die Fahrtkosten sein. Diese Patienten haben deshalb gesagt: „Nö, da gehen wir nicht mehr hin“. Auch das meine ich mit Verhältnisprävention. Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen.

Eine zweite Sache: Sehr interessant fand ich zu lesen - und ich finde es sehr positiv, dass wir das geschafft haben -, dass wir mehr ambulante pflegerische Versorgung haben als stationäre. Das ist etwas, wo Brandenburg wirklich Spitzenreiter ist. Aber schaut man sich an, auf wie viel Kräfte sich das verteilt - dort sind es ja vor allem Fachkräfte -, sieht man, dass nur 36 % in Vollbeschäftigung sind. Das ist eine riesengroße Reserve, die wir haben.

Lese ich dann auch noch, dass es kaum Strukturen von Berufsverbänden oder Betriebsrätestrukturen - gewerkschaftlich organisiert - gibt, und weiß von einem Pflegedienst bei mir vor Ort, aus dem sich schon wieder vier neue gebildet haben, dann kann ich erkennen, worin die Crux liegt. Also auch hier, in der Organisation der dort Beschäftigten untereinander ist eine Menge zu tun. Dann erst kann es tatsächlich zu Kooperationen kommen. Man muss wissen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege mit ihren Gremien, die sie haben, auch mit ihren Gremien der Vertretung, keine Belastung sind, sondern eine Möglichkeit, Pflege gemeinsam besser zu gestalten und dann auch gemeinsam Arbeitsbedingungen in der Pflege besser zu gestalten, die auch für die zu Pflegenden eine wichtige, notwendige Voraussetzung sind.

Eine dritte Sache: Den Pflegestützpunkten ist hier eine große Rolle eingeräumt worden. Wir haben inzwischen 19 im Land Brandenburg. Wir sollten aber nicht verkennen - das wird hier auch gesagt -, dass diese große Rolle der Pflegestützpunkte einen Aufwuchs an Personal bedeutet. Damit der qualitativ hochwertig ist, müssten wir jetzt ganz schnell in die Spur und sagen, was wir neu haben wollen, um - was Minister Baaske auch sagte - in den Regionen Strukturen zu entwickeln, die den Bedarfen dort angepasst sind, Beratungsstrukturen, die auch vor Ort funktionieren und die Leute beraten, wobei diese nicht nur kommen müssen, sondern man auch zu ihnen geht. Ich glaube, das ist eine Aufgabe, die wir haben.

Ein Viertes ist die Qualifikation der Fachkräfte. Die Anforderungen werden immer höher. Ich bin froh, dass wir es jetzt geschafft haben, dass daran gegangen wird, dass wir auch Fachkräfte haben, die eine akademische Ausbildung absolvieren können. Das brauchen wir, um gute Pflege organisieren zu können. Gerade für solche multiprofessionellen Teams ist das für die Zukunft wichtig.

Da dieser Bericht sagt, er sei gleichzeitig der Auftakt für viele Veranstaltungen, Workshops, Werkstattgespräche, denke ich, finden wir hier auch gute Lösungen; da bin ich recht optimistisch. - Danke.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Nonnemacher spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die demografische Entwicklung in Brandenburg führt zu einer erheblichen Zunahme der Zahl älterer und hochbetagter Menschen. Nicht nur in den peripheren Regionen, auch die ehemals jüngeren Familien, die sich vor 20 Jahren rund um Berlin im Bran-

denburger Speckgürtel ansiedelten, kommen in die Jahre und werden Pflegeleistungen benötigen. Diese Entwicklungen stellen neue Anforderungen an unser gesundheitliches und pflegerisches Versorgungssystem. Auch die Kommunen und die Akteure vor Ort sind gefordert, spezifische Lösungen für unterschiedliche Pflegebedarfe bereitzustellen.

Aufgrund der Datenlage zur Pflege lässt sich für Brandenburg prognostizieren, dass die Zahl der Pflegebedürftigen im Jahr 2030 auf über 160 000 ansteigt; die Zahl ist hier schon mehrfach genannt worden. Eine besondere Herausforderung stellt die stark steigende Zahl von Demenzzkranken dar.

Aber nicht nur die im sogenannten Basisszenario hochgerechneten Zahlen von Pflegebedürftigen - immer vorausgesetzt, es ändert sich nichts - sind eine ungeheure Herausforderung. Der prognostizierte Bedarf an Pflegekräften im ambulanten und stationären Bereich und die notwendige Verdoppelung der Erstausbildungsplätze in der Altenpflegeausbildung werden angesichts der demografischen und finanziellen Probleme des Landes Brandenburg kaum zu decken bzw. zu realisieren sein. Dazu müssten sich 2030 8 % aller Schulabgänger für eine Altenpflegeausbildung entscheiden - undenkbar vor dem Hintergrund des allgemein zunehmenden Fachkräftemangels und der geringen Attraktivität des Pflegeberufs sowie der schmalen Jahrgänge, die zur Verfügung stehen.

Die Diskrepanz zwischen Bedarf und finanziellen Möglichkeiten wird besonders deutlich, wenn man sich die hochgerechneten Kosten der Hilfe zur Pflege nach den §§ 61 bis 66 des SGB XII anschaut. Da ist von einer Steigerung von 42 Millionen im Jahre 2011 auf 72 bis zu 233 Millionen Euro im Jahr 2030 die Rede.

Das wäre eine extreme Kostensteigerung. Positiv hervorzuheben ist, dass in Brandenburg 2011 rund 77 % der Pflegebedürftigen in der eigenen Häuslichkeit versorgt wurden. Das ist ein bundesweiter Spitzenwert und spricht für die Arbeit der pflegenden Angehörigen im Land.

Auch gibt es mehr Pflegebedürftige, die auf ambulante Dienste zugreifen, als Pflegebedürftige in stationären Einrichtungen sind, was heißt, dass die zu Pflegenden daheim gepflegt werden können.

Kein Wunder, dass aus den geschilderten Status-Quo-Projektionen in die Zukunft vor allem zwei Handlungsfeldern Priorität beigemessen wird: erstens der Vermeidung von Pflegebedürftigkeit und der Rehabilitation und zweitens der Unterstützung sogenannter lokaler „sorgender Gemeinschaften“, der Etablierung flächendeckender Netzwerke ambulanter Pflege.

Bei der Vermeidung von Pflegebedürftigkeit, der Prävention, kommt der Bericht zu der durchaus richtigen Erkenntnis, dass die Schnittstellen zwischen der Pflege und der Gesundheitspolitik und der medizinischen Versorgung die entscheidenden Gestaltungsfelder sind. Wie wahr! Vielleicht macht die Landesregierung dahin gehend bald ihre Hausaufgaben und hebt den seit 2009 geltenden, völlig unsinnigen Ressortzuschnitt wieder auf. Gesundheits- und Pflegepolitik müssen Hand in Hand gehen.

Die Unterstützung lokaler „sorgender Gemeinschaften“ ist die beste Investition in Bezug auf Prävention, in Bezug auf Bewältigung von Pflegebedürftigkeit. Hier muss stärker als bisher die

Mitgestaltung und Begleitung des Landes bereitgestellt werden, lesen wir im Bericht. Auch das ist richtig! Ebenso die satt-sam bekannten Vorschläge zur Stärkung des Ehrenamtes, der familiären Pflege, der Förderung kleinteiliger innovativer Lösungen.

Zur Vernetzung sollen hauptamtliche Stellen in den Kommunalverwaltungen geschaffen werden. Wenn ich mir die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen bei konnexitätsrelevanten Sozialleistungen anschau, sehe ich schwarz für die hauptamtlichen Stellen.

Abschließend: Ich bin gespannt auf die Auswertung der brandenburgischen Fachkräftestudie „Pflege“. Da aber die Dynamik gesellschaftlicher Verhältnisse laut Bericht verhindert, feste Lösungen für die nächsten 20 Jahre zu entwickeln, sollten wir als Volksvertreter in puncto Prävention schon mal mit gutem Beispiel vorangehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, werfen wir die Zigarette in die Tonne, nehmen den Body-Mass-Index fest ins Visier, packen die Badehose und die Laufschuhe ein, legen mindestens einmal pro Woche einen Veggie-Day ein! Die Sozialsysteme werden es uns danken.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, die Rednerliste ist erschöpft, und ich beende die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt. Sie haben den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis genommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 7 und rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Unterbringungskonzeption des Landes Brandenburg
(gemäß Beschluss des Landtages vom 07.06.2012 - Drs. 5/5420-B)

Bericht
der Landesregierung

Drucksache 5/7559

Minister Baaske eröffnet die Debatte für die Landesregierung.

Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Baaske:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe auf den letzten Part meiner Rede verzichtet, da der Finanzminister noch nicht hier ist. Ich werde Ihnen die Zahlen nachher nennen.

Zum Unterbringungskonzept: Heute Morgen war im Zuge der Regierungserklärung des Öfteren von syrischen Flüchtlingen die Rede. Ich darf Ihnen mitteilen, dass ich vor wenigen Tagen die Mittel freigegeben habe, 25 000 Euro, weil ich davon ausgehe, dass die Syrer, die jetzt hierher kommen, angesichts der in Syrien bestehenden Probleme vorerst nicht dorthin zurückgehen, sodass wir zunächst mit 25 000 Euro im nächsten Quartal den Deutschunterricht für alle Syrer, die hierher kommen, absichern werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Flüchtlinge im nächsten halben Jahr nach Hause zurückkehren können, sondern denke, dass sie, wenn sie hier sind, womöglich bald eine Arbeitserlaubnis bekommen und sich auf längere Zeit hier einrichten werden.

Es ist heute von den Flüchtlingsinitiativen eine Stellungnahme zu dem vorliegenden Konzept verteilt worden. Ich finde das etwas befremdlich, weil ich mit diesen Initiativen gerade gesprochen und ihnen erklärt habe, wie wir zum Beispiel die Bezahlung von Wohnungen und einiges andere regeln. Darüber kann man dann noch im Detail reden, weil ich das im Blick hatte und auch vorhabe, das Gespräch mit den Initiativen an der entsprechenden Stelle zu würdigen. Insofern komme ich noch einmal darauf zurück.

Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir, wenn Flüchtlinge ins Land kommen, diesen mit viel Empathie, mit Fingerspitzengefühl und großer Sorgfalt begegnen und versuchen, alle Ressentiments beiseite zu lassen. Ich verstehe allerdings auch Leute, die Angst haben. Insbesondere haben die Leute Angst, die solche Situationen gar nicht kennen. Ich nehme diese Leute gern an die Hand und sage: Fahren wir einmal nach Bad Belzig. Gegenüber dem dortigen Wohnheim wohnen meine Eltern. Dort kann man einmal mit den Nachbarn darüber reden, wie es denn so ist, wenn man neben einem Asylbewerberwohnheim lebt. Dann hört man eigentlich nur noch Gutes, nämlich dass man sich gegenseitig unterstützt und stärkt, dass es durchaus so ist, dass man sich gegenseitig hilft, zum Beispiel den Seniorinnen und Senioren im Garten oder wenn Möbel hineinzutragen sind. Das alles ist gar keine Frage, da gibt es eine breite Unterstützung seitens der Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Das kann man auch als Vorteil für die Region verbuchen - neben dem höheren Einwohnerschlüssel, der dafür sorgt, dass die Kommune dann finanziell ein Stück weit bessergestellt ist.

Ich weise auch gern auf die Beispiele hin, bei denen die Integration gelungen ist. Ich weiß, dass es in Wandlitz große Vorbehalte gab. Hier hat sich die Kirche auf die Fahne geschrieben, diesen Prozess vor Ort zu begleiten, und macht das auf eine hervorragende Art und Weise. Die Pfarrerin dort hat eine ganze Menge Leute um sich geschart. Es gibt inzwischen ein riesengroßes Lager mit Möbeln. Wenn die Leute aus dem Heim in eine Wohnung ziehen, dann können sie sich die Möbel aussuchen und mitnehmen.

In Beelitz ist es so gelaufen, dass die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums ein Begrüßungsfest gestaltet haben. Sie haben sich vorher beim Sozialamt genau informiert, Angehörige welcher Nation kommen werden, ob man koscher kochen muss, welche Gerichte zu sich genommen werden oder ob es Alkohol geben darf. Sie haben sich vorher schlau gemacht und ein kleines Kulturprogramm vorbereitet. Eine tolle Sache, wenn so etwas so läuft. Ähnlich war es auch in Teltow vor einigen Monaten.

Es ist toll, wenn es so läuft und nicht so wie in Hellersdorf. Ich kann nicht im Detail beurteilen, wie es in Hellersdorf dazu kam, dass die Nazis Aufwind bekommen haben. Ich kann nur an alle vernünftigen Menschen hier in Brandenburg appellieren, so etwas nicht zuzulassen, sondern dafür zu sorgen, dass wir mit Wohlwollen den Leuten entgegenreten, die hierherkommen, und dafür zu sorgen, dass sie warmherzig aufgenommen werden.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie B90/GRÜNE)

Einig sind wir uns aber, glaube ich, auch gesellschaftlich weiterhin, dass die Lebenssituation von Flüchtlingen im Land verbessert werden muss und auch kann. Da gibt es zweifelsohne einiges zu tun. Wir haben schon des Öfteren erörtert, dass es

möglich sein sollte, die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften weitestgehend zu vermeiden und auf Wohnungen zurückzugreifen. Dazu gibt es in den letzten Tagen positive Nachrichten aus den Regionen, gerade aus der Uckermark, wie heute im Pressespiegel zu lesen war, wo es gelingt, die Leute relativ zügig in Wohnungen unterzubringen, sie nach kurzer Zeit in Gemeinschaftsunterkünften auf die Integration vorzubereiten, um nach einem Sprachkurs sicherzustellen, dass sie in einer Wohnung klarkommen.

Ich meine, dass gerade, was Sprachkurse und Arbeit angeht, dieses Problem noch einmal stark an den Bund herangetragen werden muss, der ja regelrecht verbietet, dass Neuankömmlinge hier in Sprachkurse gelangen. In Potsdam-Mittelmark ist es trotzdem so, dass jeder Flüchtling einen Sprachkurs bekommt. Wenn man den Landrat oder die Mitarbeiter des Sozialamtes fragt, warum sie das machen und wie sie das bezahlen, dann hört man: Wir bezahlen das aus der Rendite. "Aus welcher Rendite?", frage ich dann. Wenn die Leute den Sprachkurs nicht kriegen, dann müssen wir den Dolmetscher bezahlen, den Dolmetscher beim Besuch der Ausländerzentrale, des Arztes und jeder Behörde, bei allen möglichen Streitigkeiten. Dieses Geld sparen wir uns - ein Dolmetscher kostet etwa 250 Euro die Stunde - und investieren das Geld lieber in die Volkshochschule. Dort wird eine ehemalige Deutschlehrerin angeheuert, die die Sprachkurse abhält. Das läuft auf eine hervorragende und inzwischen eingeschliffene Weise. Es ist Usus, dass jeder Asylbewerber, wenn er in Potsdam-Mittelmark ankommt, seinen Deutschkurs bekommt. Das sollte beispielhaft für alle anderen sein.

Dieses Hohe Haus hat mir den Auftrag gegeben, zusammen mit den Kommunen ein Unterbringungskonzept zu erstellen. Ich darf Sie dringend bitten, so etwas nicht wieder zu veranlassen, dass etwas zusammen mit den Kommunen getan werden soll, was womöglich Geld kosten könnte. So etwas würde ich in Zukunft rundheraus ablehnen. Das wird nicht funktionieren, es sei denn, Sie sagen mir gleich: Mach das zusammen mit den Kommunen, bezahl', was die wollen! Dann bin ich gern bereit, so ein Konzept zu erstellen, aber auf eine Art und Weise, wo ich nicht in der Rolle bin, dass ich mit denen darüber verhandeln soll, was etwas kosten könnte, aber keiner eine Ahnung hat, was es kosten wird. Das werde ich nicht mehr tun. Das macht auch wirklich keinen Spaß. Wir haben viele Runden mit den kommunalen Spitzenverbänden gedreht. Mit denen müsste man noch einmal reden, die haben den Verfassungsrang, die sind zu beteiligen.

Wir haben viele Runden gedreht und es waren am Ende alles Nullrunden. Ich bin froh, dass wir uns am Ende des Tages auf eine Arbeitsgruppe verständigt haben, in der wir vielleicht auch miteinander erörtern können, wie die Landkreise mit dem ihnen zur Verfügung gestellten Geld umgehen. Es ist doch irgendwie komisch. Es gibt Landkreise, in denen die Flüchtlingsorganisationen sagen: Der Betreuungsschlüssel ist total in Ordnung. Es sind genug Leute in den Wohnheimen und in den Sozialämtern. Es gibt aber auch Landkreise, in denen man die Leute in den Wohnheimen lange sucht und in denen im Sozialamt angeblich niemand zuständig ist. Und das alles mit der gleichen Pauschale! Ich kann mir beim besten Willen nicht erklären, wie es kommt, dass einige sagen, sie kommen damit klar, und andere sagen, das funktioniert überhaupt nicht.

Es gibt noch immer das Problem, dass die kommunalen Spitzenverbände durch die Bank weg argumentieren: Wenn wir da-

für sorgen sollen, dass die Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht werden, verhalten wir uns widerrechtlich gegen das Bundesrecht. Denn das Bundesrecht sieht eindeutig Gemeinschaftsunterkünfte vor. Wenn wir gemeinsam mit euch ein Konzept erarbeiten, binden wir die Kommunen in ihrer Selbstverwaltung. Genau das werden wir nicht tun. Beides ist falsch.

Zum einen hat der Bund noch nie ein anderes Bundesland irgendwann einmal angegriffen, weil dort die Leute in Wohnungen untergebracht werden. Das hätte er längst tun müssen, wenn es ihn tatsächlich stören würde. Zum anderen sieht ein gemeinsames Unterbringungskonzept mitnichten vor, dass eine Kommune irgendetwas tun muss. Denn es ist eine Handlungsempfehlung, auf die sich die kommunalen Spitzenverbände und das Land verständigen. Das heißt keinesfalls, dass man genauso agieren muss. Das Argument ist vorgeschoben. Das heißt: Man will nicht.

Gott sei Dank - ich habe das gestern schon auf die mündliche Anfrage von Frau Nonnemacher geantwortet - reagieren nicht alle Kommunen so, wie es die kommunalen Spitzenverbände vorhersagen und möchten. Ganz im Gegenteil, das, was derzeit gebaut wird - so ist mein Kenntnisstand, das haben wir abgefragt -, ist größer als 6 m², mitunter auch größer als 8 m² pro Einzelfall. Wie gesagt, es gibt auch sehr löbliche Ausnahmen, was die Sprachkurse etc. angeht. Insoweit hoffe ich und setze darauf, dass sich die Kommunen weiterhin sehr vernünftig und vor allem menschlich verhalten.

Richtig ist, die Kommunen sagen, dass sie derzeit andere Prioritäten setzen, als ausgerechnet die Erhöhung der Flächenzahl und die Unterbringung in Wohnungen. Sie müssten sich erst einmal darum kümmern, die Leute nicht in Turnhallen unterbringen und keine Zelte aufbauen zu müssen. Da haben sie Recht. Es gibt inzwischen Bundesländer, wo genau das passiert, nämlich die Unterbringung in Turnhallen. Wir sollten versuchen, das zu vermeiden. Das hat zunächst Vorrang. Insofern akzeptiere ich, dass die Kommunen sagen: Wenn wir in Brandenburg nicht 2 200, sondern 3 300 Asylbewerber aufnehmen, müssen wir erst einmal gucken, ob es gelingt, eine menschenwürdige Unterbringung zur Verfügung zu stellen.

Ich möchte noch etwas zu dem Brief der Flüchtlingsorganisationen sagen, der Ihnen vorliegt. Der erste Punkt ist: Ja, es ist richtig. In der Verordnung steht, dass wir mit der Pauschale die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften mit 2 300 Euro unterstützen. Ich habe aber auch gesagt: Wir lassen jetzt schon zu, dass damit Wohnungen saniert, renoviert, und gestellt werden. Wir wollen die Verordnung ändern - es ist ein Mitzeichnungsverfahren - und darin explizit Wohnungen mit aufnehmen.

Ich gebe zu, dass ich auf den zweiten Punkt erst gekommen bin, als ich vor zwei, drei Wochen mit den Flüchtlingsorganisationen gesprochen habe. Die Flüchtlingsorganisationen haben mir gesagt: Es gibt in Brandenburg das Verfahren, wonach wir, sozusagen spitz abgerechnet, die Sicherheitsdienste bei den Gemeinschaftsunterkünften bezahlen. Na ja, das ist nicht gerade ein Anreiz, auf Gemeinschaftsunterkünfte zugunsten von Wohnungen zu verzichten. Wir sollten überlegen und wir sind gerade in der Prüfung, inwieweit es rechtlich möglich ist, dieses Geld in die Pauschale aufzunehmen, um damit die Sicherheitsdienste in den Gemeinschaftsunterkünften abzusichern, oder, wenn auf Gemeinschaftsunterkünfte verzichtet wird, das

Geld, das man durch die Einsparung der Sicherheitsdienste hat, für Wohnungen auszugeben. Das habe ich zugesagt und das soll, wenn es rechtlich möglich ist, so kommen.

Ich habe vor, in den nächsten Tagen mit den Landräten und Oberbürgermeistern über das Thema zu reden. Ich halte es auch für wichtig und angemessen, zu sehen, ob die guten Beispiele Schule machen könnten. Ich fürchte allerdings, dass in solchen Runden eher die Hardliner versuchen, Oberwasser zu gewinnen, und sich gegenüber denjenigen durchsetzen, die meinen, wir sollten ein bisschen großzügiger sein. Zumindest werden sie lauter sein. Ich kenne solche Runden.

Zudem habe ich vor, in den nächsten Tagen mit den Heimleitungen darüber zu sprechen, wie die Situation in den Einrichtungen ist, um daraus abzuleiten, was wir anders und besser machen können. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Schier spricht für die CDU-Fraktion.

Frau Schier (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kollegen! Manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren: Die ganze Welt versinkt in Kriegen, Fehden, Demonstrationen. Wenn sich dann auch noch tatsächlich herausstellt, dass eine Regierung gegen ihr eigenes Volk mit Giftgas vorgeht, ist das an Menschenverachtung kaum noch zu überbieten. Da wundert es auch nicht, dass die Menschen aus ihrem Land fliehen und traumatisiert sind.

Deutschland gehört zu einem Zielgebiet. Die Menschen verlassen ihre Länder, geben Hab und Gut auf oder setzen es für die Flucht ein. In Deutschland angekommen, wollen die Menschen vor allem Ruhe, Geborgenheit und nicht selten auch medizinische Versorgung.

Die Zahl der Flüchtlinge steigt schon seit einiger Zeit. Die Kreise und Kommunen - das möchte ich hier betonen -, die damit gerechnet hatten, dass die Flüchtlingszahlen stagnieren oder zurückgehen würden, sehen sich jetzt mit einer erhöhten Anzahl von Flüchtlingen konfrontiert und versuchen wirklich, das Beste daraus zu machen.

Ich bin der SPD, der Kollegin Lehmann, dankbar, die vor einiger Zeit ein Treffen der Abgeordneten in diesem Haus mit dem Fachberatungsdienst Integration und Toleranz, mit der Vertreterin im Sprecherinnenrat der Arbeitsgemeinschaft, mit Vorsitzenden der Liga Fachausschuss Migration, mit dem Geschäftsführer der RAA organisiert hat. Ich will damit sagen: Wir haben uns dieses Problems angenommen. Wir haben übrigens auch gesagt: Wir wollen die Innenpolitiker und die Bildungspolitiker beim nächsten Treffen dabei haben.

In diesen Gesprächen ist ganz klar gesagt worden, dass die Beratung und die Betreuung der Flüchtlinge ganz kontinuierlich auch in Wohnungen stattfinden müssen, dass die Betreuer gut ausgebildet sein und ein hohes Maß an Feingefühl und Taktgefühl haben müssen, dass sie Kenntnisse über die Herkunftsländer haben müssen. Afrikaner, die sich spinnefeind in ihrem eigenen Land sind, kann ich nicht in einem Zimmer unterbrin-

gen. Selbstverständlich muss man auch Religionszugehörigkeiten beachten.

Aber auch die Kommunen brauchen eine gewisse Verlässlichkeit. Die Quadratmeterzahl pro Bewohner zu erhöhen bedeutet eine Verringerung der Kapazität. In diesem Gespräch ist eindeutig gesagt worden, weil es immer darum geht, Gemeinschaftsunterkünfte zu verteufeln: Die Gemeinschaftsunterkünfte werden gebraucht, um die Menschen auf das Leben draußen - wie ich einmal ganz platt sagen möchte - und auf das Leben in den Wohnungen vorzubereiten.

(Frau Lehmann [SPD]: Richtig! Als Übergang! Genau!)

Das finde ich außerordentlich wichtig, denn wir brauchen auch eine Akzeptanz der deutschen Bevölkerung. Wenn eine Familie mit zwei oder drei Kindern aus einem anderen Kulturkreis eine Wohnung in einem Wohnblock erhält, geht das von vornherein schief. Es muss ein Aufeinanderzugehen geben. Deswegen sind die Unterkünfte ein gutes Mittel. Man kann die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften auf sechs Monate befristen. Das ist ein probates Mittel.

Ich möchte auf die Sprachkurse eingehen. Herr Minister, Sie sagten, Sprachkurse dürften nicht besucht werden. Das Asylbewerberleistungsgesetz gibt vor, dass die Sprachkurse darüber abgewickelt werden können. Das betrifft alle, die dem unterfallen. Sie haben Potsdam-Mittelmark angesprochen. Ich sage: Schauen wir einmal nach Bayern. Die Bayern haben ein Programm aufgelegt, für das sie 1,5 Millionen Euro in die Hand nehmen, um damit Sprachkurse zu finanzieren. Die Intention daran gefällt mir so gut. Die Intention der Bayern ist folgende: Wenn die Flüchtlinge hier bleiben, haben sie einen Grundkurs in Deutsch belegt und können sich besser integrieren. Müssen sie zurück in ihr Heimatland, haben sie dort bessere Chancen. Ich teile diese Intention voll und ganz. Man kann einmal überlegen, ob man so etwas nicht auch in Brandenburg übernimmt.

Ich habe mich ein bisschen an das Stipendiensystem erinnert gefühlt, wenn Sie Potsdam-Mittelmark so loben. In Elbe-Elster wird das Stipendiensystem auch gelobt. Bloß das Land sagt: Na ja, wir wollen nicht. Wie gesagt, die Sprachkurse sind für mich ein ganz wichtiger Einstieg, um einfache Behördengänge zu machen.

Ich weiß - und das geht auch aus dem Konzept hervor, das übrigens für mich eher eine Bestandsaufnahme, denn ein Konzept ist -, dass Sie Probleme mit den Kreisen haben. Ich habe es bereits gesagt. Die Kreise brauchen Verlässlichkeit. Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass die Flüchtlinge eine Willkommenskultur bei uns erleben. Da haben wir noch eine ganze Menge zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Lehmann spricht für die SPD-Fraktion.

Frau Lehmann (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste! Ganz klar: Wir wollten mehr, denn die Flüchtlinge brauchen mehr. Wir baten die Landesregierung, gemeinsam

mit den Landkreisen und den kreisfreien Städten eine Unterbringungskonzeption für Flüchtlinge sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu erarbeiten. Ich finde, das ist auch unsere landespolitische Verantwortung, und in ebendieser haben wir auch Schwerpunkte für die Konzeption benannt, wie bauliche Voraussetzungen und Mindestausstattung, Verweildauer der Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften, Anforderungen an die soziale Beratung und Betreuung sowie Erfordernisse für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge.

Auch aus unserer politischen Verantwortung heraus haben wir in unserem Beschluss unsere Erwartungen zu den einzelnen Schwerpunkten formuliert. Warum betone ich „unsere gesamtpolitische Verantwortung“? Weil ich davon ausgehe, dass diese gesamtpolitische Verantwortung auch von den kommunalen Spitzenverbänden so gesehen wird.

Ein Konzept liegt uns heute vor, das Konzept der Landesregierung. Es ist nicht gelungen, ein gemeinsames Konzept mit der kommunalen Ebene vorzulegen. Falsch verstandene kommunale Selbstverwaltung und das strikte Konnexitätsprinzip haben den gemeinsamen konzeptionellen Ansatz scheitern lassen.

Sicher ist der derzeitige Flüchtlingsansturm eine besondere Herausforderung und hat die Gespräche zusätzlich erschwert, und sicher haben sich daraus aktuell auch andere Prioritäten ergeben, besonders auf der kommunalen Ebene. Unabhängig davon müsste allen Beteiligten klar sein: Dieser Landtagsbeschluss ist in seiner Gesamtheit fachlich-inhaltlich und finanzpolitisch ambitioniert. Das setzt natürlich voraus, dass es einen Nachweis darüber geben muss, wie die finanziellen Mittel bislang verwendet worden sind. Es muss schon die Frage beantwortet werden können, wieso es bei gleicher Finanzausstattung solch konzeptionell gravierende Unterschiede in den Landkreisen gibt. In dieser Frage haben Land und kommunale Spitzenverbände leider nicht zueinandergefunden. Kompetenzklaubereien und juristische Spitzfindigkeiten haben dies leider scheitern lassen. Das ist ärgerlich und auch kein gutes Zeichen an unsere Bürgerinnen und Bürger, von denen wir Weltoffenheit und Toleranz verlangen.

Ausdrücklich danke ich der Landesregierung für die vorgelegte Unterbringungskonzeption, die einen Vorschlag, eine Empfehlung für die Kommunen darstellt. Mehr war nicht drin. Die darin formulierten landespolitischen Zielstellungen greifen vieles aus unserem Antrag auf. Dennoch möchten wir, Herr Minister, an unserem Beschluss von 2012 festhalten und auf einer gemeinsamen Konzeption mit den Kommunen bestehen. In diesem Sinne sollte die bestehende Arbeitsgruppe auch weiterarbeiten. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und erfolgt vor Ort. Versöhnlich stimmt mich, dass viele Kommunen in dieser Frage sehr engagiert und vorbildlich arbeiten und damit den Spitzenverbänden weit voraus sind. - Danke schön.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Büttner spricht für die FDP-Fraktion.

Büttner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Rahmen eines im vergangenen Jahr im Fachausschuss durchge-

fürten Fachgesprächs über die Situation von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Land Brandenburg ist eine Reihe von Defiziten im Umgang mit diesen Menschen benannt worden.

Dabei ging es bei Weitem nicht nur um die Dauer des Aufenthalts in der Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt oder um die Restriktionen bei der Aufnahme einer regulären Beschäftigung. Es ging auch um ganz grundlegende Dinge wie die Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Einwohner von Gemeinschaftsunterkünften. Es ging um das Recht auf abschließbare Sanitärräume und um zugängliche Spiel- und Hausaufgabenzimmer für die mitreisenden Kinder.

Alle Ausschussmitglieder einte damals die Einschätzung, dass eine Verbesserung der Situation dieser Menschen überfällig ist. In der Landtagssitzung Anfang Juni lagen daraufhin Anträge der Koalitionsfraktionen sowie der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP vor, die jeweils Verbesserungen in der Unterbringung der Flüchtlinge vorsahen. Während die Fraktionen von SPD und DIE LINKE die Landesregierung um die Überarbeitung der Landesintegrationskonzeption sowie um die Erarbeitung eines entsprechenden Unterbringungskonzeptes baten, enthielt der von Grünen und FDP vorgelegte und mit den Flüchtlingsverbänden im Land abgestimmte Antrag klare Forderungen, die von den Regierungsfractionen abgelehnt wurden.

Obwohl unser Antrag damals keine Mehrheit fand, möchte ich gern auf dessen Grundlage einen Abgleich mit der nun von der Landesregierung vorgelegten Unterbringungskonzeption vornehmen.

Unsere erste Forderung war: Die Eigenverantwortung der Flüchtlinge soll gestärkt werden, damit diese mittelfristig ohne Hilfe am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben teilhaben können. Eine möglichst individuelle Beratung und Betreuung in den Gemeinschaftsunterkünften ist hierfür die Grundlage.

Die Landesregierung plant nun eine Bestandsaufnahme der tatsächlichen Kosten der Unterbringung. Zudem sollen die überregionalen Beratungsstellen stärker als bislang eingebunden werden. Mit Verlaub, Herr Minister: Gemessen an den ursprünglichen Forderungen der Migrations- und Flüchtlingsverbände ist ein Prüfauftrag eine sehr dünne Lösung.

(Beifall FDP und B90/GRÜNE)

Statt die Flüchtlinge in eine weitere Warteschleife zu schicken, erwarten wir ein klares Signal für deren Integration. Eine entsprechende Kostenaufstellung hätte längst vorliegen können, genauso wie ein Finanzierungskonzept.

Unsere zweite Forderung: Die Verweildauer in der Erstaufnahmeeinrichtung sowie in den Gemeinschaftsunterkünften ist zu begrenzen. Es sind Mindeststandards der Unterbringung einzuhalten. Wo möglich, soll die Unterbringung in Wohnungen Vorrang vor der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften haben.

Nach Aussage der Landesregierung kann die Verweildauer in den Gemeinschaftsunterkünften nicht begrenzt werden, da der Übergang aus der Gemeinschaftsunterkunft in eine eigene Wohnung von der Situation auf dem jeweiligen regionalen Wohnungsmarkt abhängig ist. Entsprechend sollen Gespräche mit staatlichen und privaten Vermietern stattfinden, um zu prü-

fen, wie zusätzliche Wohnungskapazitäten für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden können. Ein kleiner Lichtblick: Künftig soll die Unterbringung in Wohnungen mit einer Investitionspauschale gefördert werden - ein Anfang, mehr aber auch nicht.

Konkrete bauliche Änderungen in den Gemeinschaftsunterkünften sieht die Konzeption hingegen nicht vor. Damit wird es auch künftig in manchen Einrichtungen nicht verschließbare Toiletten und Duschen geben, und Kinder werden ihre Hausaufgaben auf dem Flur statt am Schreibtisch machen müssen.

Auch hier halten wir fest: Die Gespräche mit den Kommunen hätten ebenfalls längst stattfinden können, zumal nicht klar ist, warum die Landesregierung trotz eines Wohnungsüberhangs im Land nicht darauf drängt, deutlich mehr Flüchtlinge in diesen unterzubringen. Den Vermietern - deshalb geht die Kritik auch an sie -, auch den staatlichen, würde dies zusätzliche Einnahmen bescheren, wenn gleichzeitig soziale und kulturelle Probleme entschärft würden - für uns eine klassische Win-win-Situation.

Unsere dritte Forderung ist die Verbesserung der medizinischen und psychotherapeutischen Versorgung. Die Forderung unseres Antrages nach einer Erhöhung der Zahl der Beratungs- und Behandlungsstellen für den medizinischen und psychotherapeutischen Bedarf der Flüchtlinge ist nicht aufgegriffen worden. Gleiches gilt für die Aufforderung, ein entsprechendes Konzept vorzulegen, das dieses Vorhaben unter Einbeziehung aller relevanten lokalen Akteure umsetzt.

Zuletzt sollte geprüft werden, inwieweit die derzeitige projektgeförderte Beratungsstelle für Traumatisierte und Folteropfer in Fürstenwalde in eine Regelfinanzierung überführt werden kann. Auch hierzu werden im Bericht keine klaren Aussagen getroffen. Immerhin: Gemeinsam mit den Vertretern vor Ort arbeitet die Landesregierung daran, Modelle zur medizinischen Versorgung auf kommunaler Ebene zu entwickeln, und auch die Akteure der medizinischen und psychotherapeutischen Versorgung vor Ort sollen stärker vernetzt werden, um flächendeckende Hilfsangebote unterbreiten zu können.

Als Gesamtfazit bleibt jedoch zu sagen: Der hier vorliegende Bericht verdient den Namen „Konzeption“ nicht. Er ist über weite Teile Ausdruck dessen, dass die Landesregierung nicht wirklich willens ist, den Umgang mit Flüchtlingen neu zu gestalten und hierfür auch die Kommunen ins Boot zu holen.

Zentrale Forderungen von FDP und Grünen - etwa bei der Ausstattung der Gemeinschaftsunterkünfte - werden nicht erfüllt. Trotz der drängenden Probleme läuft es leider an vielen Stellen auf ein „Weiter so!“ hinaus. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP und B90/GRÜNE)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Fortunato spricht für die Linksfraktion.

Frau Fortunato (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten! Die Unterkunftsbedingungen sind seit Jahren

ein leider immer wieder aktuelles Thema im Land Brandenburg. Schon häufig haben Flüchtlingsinitiativen, Kirchen und soziale Einrichtungen die Zustände in den Gemeinschaftsunterkünften, wie man sie nennt, kritisiert, auch die Qualität und die Quantität der Betreuung.

Dazu bestand und besteht teilweise auch - das muss man einräumen - immer noch Anlass. Erstmals hat sich in diesem Landtag ein Ausschuss in einem Fachgespräch mit diesen Bedingungen der zentralen Unterkünfte beschäftigt. Eine Arbeitsgruppe erarbeitete einen Vorschlag. Ein Bericht der Landesregierung liegt nun vor.

Ich verhehle nicht, dass ich mit dem vorliegenden Ergebnis nicht zufrieden bin.

(Beifall des Abgeordneten Jürgens [DIE LINKE])

Nein, wir können damit nicht zufrieden sein.

Nachdem man sich noch einigermaßen über eine Verbesserung der bis dato herrschenden Verhältnisse einig war, beherrschte leider bei der konkreten Festlegung das Geld die Diskussion und damit die Debatte über die strikte Konnexität. Das ist wichtig; sie ist verfassungsrechtlich verankert und soll die Kommunen schützen. Aber die konkrete notwendige Verbesserung der Lebensumstände der Flüchtlinge in Brandenburg bleibt dabei auf der Strecke.

Dabei gibt es Kommunen, die mit den geltenden rechtlichen Regelungen und damit mit den finanziellen Bedingungen wahrhaft menschliche und auch anerkannte Verhältnisse für die Flüchtlinge bieten. Deshalb bin ich hier versucht, mich den schlichten Argumentationen der kommunalen Spitzenverbände - ich betone: der kommunalen Spitzenverbände, nicht der Kommunen - zu verweigern,

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

dass das alles einzig und allein im Rahmen der strikten Konnexität durch das Land Brandenburg zu erreichen sei.

Hinzu kommt, dass seit mehreren Jahren die Zugangszahlen von Flüchtlingen deutlich angestiegen sind. Jährlich, ja monatlich wurden es - seit 2012 ist das fast dramatisch - mehr Menschen, die Zuflucht in unserem Land suchten.

Zu dem Problem, sich auf ein wirklich menschliches Maß der Unterbringung und Betreuung zu einigen, kamen dann noch die unzureichenden Kapazitäten im Land und in den Kommunen. Die Entwicklung wurde dann zum Teil zum Anlass genommen, nicht mehr über das Wie der Unterbringung nachzudenken, sondern nur noch über die Auslastungsgrenzen.

Damit bin ich beim nächsten Problem. Der Landtag beauftragte die Landesregierung, ein Unterbringungskonzept gemeinsam mit den Kommunen zu erarbeiten - langfristig. Leider mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass das nicht funktioniert hat:

„Aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Konsultationen mit den kommunalen Vertretern ist das Ziel einer verstärkten Wohnungsunterbringung als ein länger andauernder Prozess zu verstehen.“

Meine Damen und Herren, das ist mir einfach zu wenig. Die Flüchtlinge können nicht länger warten.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Natürlich ist es deshalb umso wichtiger, dass die angekündigte Arbeitsgruppe so schnell wie möglich ein Ergebnis zeitigt. Wir wissen sehr wohl, dass es in den Regelungen im Landesaufnahmegesetz und in den dazugehörigen Verordnungen Probleme gibt und dass wir dort vielleicht auch das Wort „Wohnungen“ verankern sollten. Insofern begrüße ich es sehr, dass der Sozialminister hier heute darüber gesprochen hat.

Vielleicht könnte man im Ergebnis auch überlegen, dass vom Land nicht so viele Wohnblöcke in den Kommunen abgerissen werden, für deren Abriss die Landesregierung zurzeit 5 Millionen Euro bereitgestellt hat.

Befürchtungen, dass die Bevölkerung die neue Situation, die entsteht, nicht mittragen könnte, haben sich bei uns zum Glück noch nicht bestätigt. Ich denke dabei an die jetzige Situation in Berlin-Hellersdorf.

Ich möchte deshalb, dass wir auch weiter auf die Kommunen zugehen und sie frühzeitig informieren und beraten. Zum Beispiel im Barnim und jüngst in Märkisch-Oderland haben sich Vereine und Organisationen zusammengefunden, um gemeinsam zu überlegen, wie man die neuen Nachbarn begrüßen, wie man sich bei der Betreuung, der Beratung, beim Sprachunterricht beteiligen kann.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Das ist interessant, weil entgegengesetzt zu der ablehnenden Haltung der kommunalen Spitzenverbände Kommunen bereits eigene Konzepte für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern erarbeitet haben. Ich weiß das von Potsdam, und in Barnim gibt es so etwas auch.

Viele Landkreise und kreisfreie Städte sind verstärkt um Wohnungsunterbringung bemüht und stellen vermehrt Wohnungen bereit. Nur nicht alle Wohnungsunternehmen wollen da mitmachen.

Lassen Sie mich abschließend Folgendes sagen: Vor 15 Jahren war unser Land bereits einmal mit einer großen Zahl von Flüchtlingen - damals vor allen Dingen aus dem ehemaligen Jugoslawien - konfrontiert worden. Damals begegneten die Brandenburgerinnen und Brandenburger den Flüchtlingen mit viel Ruhe, gemeinschaftlicher Gelassenheit und Solidarität. Das sollte uns auch diesmal gelingen.

(Beifall DIE LINKE sowie der Abgeordneten Prof. Dr. Heppener [SPD])

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Nonnemacher spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit April 2011 debattieren wir über eine menschenwürdige Unterbrin-

gung von Flüchtlingen. Der wegweisende Landtagsbeschluss vom 7. Juni 2012 hatte die Erarbeitung eines Unterbringungskonzepts erbeten und konkrete Vorgaben bezüglich baulicher Voraussetzungen, Verweildauer in Gemeinschaftsunterkünften, Anforderungen an soziale Betreuung und Bedarfe besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge formuliert.

Hinter den Kulissen wurde gearbeitet, mit den kommunalen Spitzenverbänden verhandelt. Der uns vorliegende Bericht fasst den Sachstand folgendermaßen zusammen:

„Im Ergebnis dieser Beratungen und nach Auswertung der kommunalen Stellungnahmen ist festzustellen, dass angesichts grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten zu der Zielsetzung einer gemeinsamen Unterbringungskonzeption für Flüchtlinge im Land Brandenburg eine Verständigung in dem zur Verfügung stehenden Zeitraum nicht gefunden werden konnte.“

Man kann es auch wesentlich einfacher ausführen: Der vorliegende Bericht ist kein Unterbringungskonzept, sondern eine Dokumentation des Scheiterns.

Die Vorgaben des Landtags wurden weitgehend vertagt, umgangen oder einfach nicht beachtet. Das langfristige Ziel und Leitmotiv des Berichts, Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen, wird in keiner Weise angemessen mit konkreten Konzepten unterfüttert.

(Beifall B90/GRÜNE)

Die Gemeinschaftsunterkünfte ohne Privatsphäre bleiben bestehen, bauliche Voraussetzungen und die Mindestausstattung hinsichtlich des speziellen Wohn-, Beratungs- und Betreuungsbedarfs werden eben nicht erkennbar verbessert.

In dem Zeitraum von 1997 bis 2013 hat sich in Brandenburg der Anteil von in Wohnungen untergebrachten Flüchtlingen von 10 % auf knapp 39 % erhöht. Das ist erfreulich, aber damit liegt Brandenburg im Ländervergleich immer noch im unteren Drittel.

Auch der Vergleich zwischen den Kommunen in Brandenburg mit Wohnungsunterbringung zwischen 12 % und 100 %, wie in der Prignitz, zeigt, dass der große Spielraum der bundesgesetzlichen Vorgaben des § 83 des Asylverfahrensgesetzes höchst unterschiedlich genutzt wird. Dabei weisen Erfahrungen einzelner Kommunen und anderer Länder immer wieder darauf hin, dass Wohnungsunterbringung vielfach kostengünstiger sein kann. Zumindest entfallen bei dezentraler Unterkunft erhebliche Bewachungskosten der Gemeinschaftsunterkünfte.

Der Bericht benennt auch sehr klar die problematischen Fehlanreize, die nach dem Landesaufnahmegesetz die Schaffung von Gemeinschaftsunterkünften mit 2 300 Euro pro Platz begünstigen, die Förderung von Wohnungen bislang aber nicht zulassen. Ich höre mit Freude, dass Herr Minister Baaske jetzt wenigstens da schnell heranzwill.

Es gilt dringend zu ändern: Veränderte Betreuungs- und Beratungsstrukturen und Reduzierung von Bewachungskosten müssen sich im Kostenerstattungssystem widerspiegeln. Damit würde auch den berechtigten Forderungen der Kommunen nach-

gekommen. Denn selbstverständlich können verbesserte Standards auch Mehrkosten verursachen, die dann konnexitätsrelevant sind.

Aber die gesetzlichen Regelungen sollen jetzt erst zu Beginn der nächsten Wahlperiode - also nicht vor 2015 - vorgelegt werden. Die Finanzierung von Sprachkursen, die Regelfinanzierung der Beratungsstelle für Traumatisierte in Fürstenwalde, die Festlegung der Schutzbedürftigkeit - alles hängt in der Luft.

Für das Scheitern des Unterbringungskonzeptes werden immer die steigenden Flüchtlingszahlen angeführt. Nur zur Erinnerung, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Im Jahr 1992 gab es 450 000 Asylanträge in Deutschland, von 2006 bis 2008 nur noch etwa 30 000 jährlich. Der Anstieg auf 64 000 Asylanträge im letzten Jahr und die prognostizierten Zahlen für 2013 sind sicher eine Herausforderung, aber eine bewältigbare.

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, damit ist die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt beendet, und Sie haben den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis genommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 8 und rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Hochwasserschutz im Land weiter konsequent umsetzen und öffentliches und privates Eigentum schützen

Antrag
der Fraktion der CDU

Drucksache 5/7771

Es wurde vereinbart, hierzu keine Debatte zu führen. Die CDU-Fraktion hat jedoch die Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz beantragt. Wer diesem Anliegen Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Damit ist diese Vorlage überwiesen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 9 und rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Bildungsgerechtigkeit und Bildungschancen ermöglichen - Alphabetplan gegen Analphabetismus vorlegen und realisieren!

Antrag
der Fraktion der FDP

Drucksache 5/7791

Die Debatte eröffnet der Abgeordnete Büttner für die FDP-Fraktion.

Büttner (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sprechen bei diesem Antrag über ein sehr sensibles Thema. Als Analphabetismus bezeichnet man kulturell, bildungs- oder psychisch bedingte individuelle Defizite im Lesen oder Schreiben - bis hin zu völligem Unvermögen in diesen Disziplinen.

Der Alphabetplan definiert als funktionalen Analphabetismus, wenn die schriftsprachlichen Kompetenzen von Erwachsenen niedriger sind als diejenigen, die minimal erforderlich sind und als selbstverständlich vorausgesetzt werden, um den jeweiligen gesellschaftlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Die veröffentlichte leo. - Level-One Studie hat gezeigt: 0,5 % der erwachsenen Bevölkerung erreichen die Wortebene beim Lesen und Schreiben nicht, weitere 2,9 % erreichen die Satzebene nicht und können nur einige Wörter lesen und schreiben, weitere 10 % der Bevölkerung können mit kurzen Sätzen umgehen, scheitern aber an Texten.

Der funktionale Analphabetismus in Deutschland ist mit 7,5 Millionen Menschen deutlich höher als der Schätzwert von etwa 4 Millionen. Weitere 13,3 Millionen Erwachsene befinden sich in der Situation, dass ihre Schriftsprache auch bei gebräuchlichem Wortschatz fehlerhaft ist.

Diese Zahlen zeigen uns, dass Analphabetismus kein Nischenproblem ist, sondern leider in unserer Gesellschaft angekommen ist. Insofern muss man etwas unternehmen, um das Thema vor allem zu enttabuisieren. Schließlich steht hinter diesen Zahlen jedes Mal ein Schicksal eines Menschen.

Leider trauen sich viele Betroffene nicht, ihr Problem anzusprechen und sich helfen zu lassen - schlichtweg, weil sie sich schämen. Aber nicht richtig lesen und schreiben zu können darf kein Grund für Scham sein. Im Gegenteil, unsere Gesellschaft und auch die Politik müssen für dieses Thema sensibilisiert werden, um das Problem zu lösen. Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, haben wir Ihnen heute diesen Antrag vorgelegt.

Es gibt aus unserer Sicht zwei Lösungsansätze. Der eine ist die präventive Lösung. Damit Analphabetismus gar nicht erst entsteht, brauchen wir von Beginn an eine adäquate individuelle Sprachförderung, die bereits in der frühkindlichen Bildung umgesetzt werden muss. Dies haben wir im Übrigen immer wieder gefordert. Eine individuelle Sprachförderung muss durch eine angemessene personelle Ausstattung in den Kitas flankiert werden. Wie heute Morgen bereits ausgeführt wurde, ist Brandenburg diesbezüglich leider bundesweites Schlusslicht.

Auch in der Schule muss eine echte individuelle Förderung möglich sein, wobei ebenfalls eine angemessene Personalausstattung unerlässlich ist. Jedoch muss auch die Qualifikation der Lehrkräfte gegeben sein, weshalb das Thema Analphabetismus auch wichtiger Bestandteil der Lehrerbildung werden muss.

Es darf nicht sein, meine Damen und Herren, dass Schüler, wenn sie nach mindestens neun Jahren die Schule verlassen, nicht richtig lesen und schreiben können. Aus diesem Grund muss dies so früh wie möglich erkannt werden, und es muss den Menschen geholfen werden. Zudem muss der Kontakt zu außerschulischen Partnern gesucht werden; denn so kann den betroffenen jungen Menschen am besten geholfen werden.

Der zweite Ansatz ist der kompensatorische Ansatz, also Lösungen, die den bereits betroffenen Menschen helfen. Hier nimmt ebenfalls die Sensibilisierung einen wichtigen Stellenwert ein. Unter anderem müssen sogenannte Mitwisser sensibilisiert werden, wie sie den Betroffenen am besten helfen können.

nen. Eine Kampagne für die Gewinnung von sogenannten Alphapaten ist ein wichtiger Schritt, damit sich Menschen ehrenamtlich für die Alphabetisierung engagieren können und Betroffene Anlaufstellen haben.

Auch die Unternehmen in der Wirtschaft müssen einbezogen werden; denn etwa 57 % der funktionalen Analphabeten gehen regelmäßig einem Beruf nach. Von allen arbeitenden funktionalen Analphabeten sind 37 % in un- und angelernten Tätigkeiten beschäftigt - das ist mehr als zweimal so hoch wie in der Gesamtbevölkerung -, 18 % in ausführenden Angestelltentätigkeiten, was niedriger ist als der Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Auch hier muss für das Thema Alphabetisierung geworben und die Wirtschaft als Partner einbezogen werden, um so entsprechende Weiterbildungsmaßnahmen konzipieren und organisieren zu können; denn Unternehmen sind mit Sicherheit daran interessiert, dass ihre Angestellten lesen und schreiben können und vor allem auch in der Arbeitswelt Chancen haben - Chancen, die sie erreicht haben und dann auch in die Realität umsetzen können.

Betroffenen muss geholfen werden, da sonst ein Teufelskreis entstehen kann. Wenn Eltern ihren Kindern nicht vorlesen oder ihnen bei Hausaufgaben nicht helfen können, ist die Gefahr relativ hoch, dass ihre Kinder die gleichen Probleme bekommen werden.

Wir haben Ihnen, meine Damen und Herren, diesen Antrag aus dem besten Gewissen heraus vorgelegt, weil wir uns um dieses Thema kümmern wollen und weil wir erkennen, dass es ein gesellschaftliches Problem ist, das deutlich größer ist, als es bisher in der gesamten Republik - in jedem Bundesland, im Bund insgesamt - diskutiert wurde. Insofern bitten wir ausdrücklich um Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Günther erhält nun für die SPD-Fraktion das Wort.

Günther (SPD):

Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 7,5 Millionen Analphabetinnen und Analphabeten in unserem Land - für ein modernes Deutschland eigentlich ein völlig unhaltbarer, unvorstellbarer Zustand und trotzdem Alltäglichkeit.

Die Wahrscheinlichkeit, dass wir alle einen Analphabeten bzw. eine Analphabetin kennen, ist statistisch gesehen relativ hoch. Genauso wahrscheinlich ist es, dass niemand von uns weiß, wer es ist; denn Analphabetismus findet in der Tat meist im Verborgenen statt. Ich würde sogar sagen: Dies ist eines der letzten Tabuthemen in unserer Gesellschaft.

Meist ist Analphabetismus aber auch nur ein Symptom, dass ganz grundlegende Fähigkeiten und Kenntnisse entweder nicht ausreichend erworben oder nicht genutzt werden und dadurch wieder verloren gegangen sind. Daher wird das Problem auch viel umfassender unter dem Stichwort „Grundbildung“ einge-

reicht. Diese dient dem Erwerb grundlegender Kompetenzen für die eigenständige Gestaltung des Lebens, für Teilhabe und aktives Handeln in der Gesellschaft.

Ich bin der FDP dankbar, dass sie offenbar den vor uns liegenden Internationalen Alphabetisierungstag der UNESCO am 8. September dazu nutzt, dieses Thema wieder einmal ins Licht zu rücken.

Nicht dankbar bin ich allerdings für das, was Sie konkret aufgeschrieben haben. Sie tun so, als wäre Grundbildung ein völlig unentdecktes Land. Sie fordern zum Beispiel, die Kultusministerkonferenz möge für dieses Thema sensibilisiert werden. Das dürfte bei der Kultusministerkonferenz Kopfschütteln und Belustigung auslösen, denn sie hat bereits im Februar 2011 zusammen mit dem Bundesbildungsministerium und weiteren Akteuren - auch dem von Ihnen genannten Verband - eine nationale Strategie für Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener beschlossen. Und nicht nur die Strategie, auch das anschließende Förderprogramm für die Jahre 2012 bis 2015 widmet sich der von Ihnen zu Recht geforderten arbeitsplatzorientierten Alphabetisierung und Grundbildung.

Meine Redezeit reicht nicht, um alle diesbezüglichen Aktivitäten in Brandenburg zu nennen. Unsere Sprachförderung in den Kitas ist bekannt; danach muss man gleich den Volkshochschulverband mit seinen angeschlossenen Volkshochschulen nennen und ihm danken: Allein in den Jahren 2011 und 2012 haben über 900 Menschen an den Grundbildungskursen der Volkshochschule teilgenommen. Am LISUM organisiert die zuständige Fachstelle „Alphabetisierung und Grundbildung für Erwachsene“ genau die geforderte wichtige Weiterbildung für Multiplikatoren, zum Beispiel Mitarbeiter in Jobcentern oder Lehrer. Sie entwickelt und vertreibt Materialien und Curricula zur Grundbildung, unterstützt Tagungen, Projekte und Vernetzung. Es gibt ein Online-Lernportal; auf dem Brandenburger Bildungsserver werden Sie viele Angebote zum Thema Grundbildung finden.

Präsident Fritsch:

Herr Günther, wünschen Sie eine Zwischenfrage?

Günther (SPD):

Gern.

Präsident Fritsch:

Frau Blechinger, bitte.

Frau Blechinger (CDU):*

Herr Günther, ist Ihnen bewusst, dass wir durch mangelhafte Förderung von Kindern mit Lese-Rechtschreib-Schwäche weitere Analphabeten ausbilden?

Günther (SPD):

Man kann immer alles mit allem verbinden und relativ leicht solche Thesen aufstellen. Für solche Zusammenhänge gibt es Annahmen, aber keine Belege. Die Frage ist: Tun wir genug für Grundbildung und Alphabetisierung? - Dazu habe ich ausgeführt und möchte es weiterhin tun.

Es gibt eine Öffentlichkeitskampagne des Bundes; sie wird hier unterstützt. Im Bildungsministerium gibt es zu diesem Thema eine Ausstellung mit Plakaten von Gymnasiasten aus Jüterbog. Wer sagt, dass das alles gut und wichtig ist, aber noch nicht reicht, dem möchte ich ausdrücklich zustimmen.

Abschließend möchte ich aus einer Pressemitteilung der FDP-Bundestagsfraktion vom Februar 2012 vortragen:

„Die Herausforderung Alphabetisierung lässt sich nur meistern, wenn die Kommunen, die Länder und der Bund gemeinsam dauerhaft und nachhaltig im Bildungsbereich zusammenwirken können. (...) Wir begrüßen deshalb die Forderung des Bundesverbandes Alphabetisierung und Grundbildung e. V. nach einer Aufhebung des Kooperationsverbotes im Bildungsbereich.“

(Beifall der Abgeordneten von Halem [B90/GRÜNE])

„Eine verlässliche Infrastruktur für die nationale Aufgabe Alphabetisierung zu schaffen und zu sichern ist aufgrund der ausschließlichen Möglichkeit der Projektförderung schwierig.“

Ich hätte es nicht besser sagen können. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Gordon Hoffmann spricht für die CDU-Fraktion.

Hoffmann (CDU):*

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Analphabetismus wird oft nur am Rande behandelt; es steht nicht im Zentrum bildungspolitischer Debatten. Deshalb bin ich der FDP dankbar, dass sie das Thema hier angestoßen hat. Ich habe meine erste Erfahrung mit diesem Thema gemacht, als ich das Buch „Der Vorleser“ von Bernhard Schlink gelesen habe. Es hat mich wegen des Analphabetismus, aber auch literarisch total in seinen Bann gezogen und mir damals ein Stück weit die Augen geöffnet.

Ich erinnere mich aber auch an viele Aufklärungsspot. In einem machte ein Mitarbeiter einen Fehler und sein Chef rastete aus - nicht, weil Unternehmer grundsätzlich böse wären, sondern weil er sich geärgert hat. Er wurde nachher vom sogenannten „Mitwisser“ darauf aufmerksam gemacht, warum der Fehler passierte: weil der Arbeitnehmer nicht lesen konnte und sich nicht traute, das zu sagen. Da liegt tatsächlich das Problem: Viele Betroffene trauen sich nicht, darüber zu sprechen. Deshalb liegt dieses Thema im Schatten.

Seit diesen Spots sind zehn oder mehr Jahre vergangen. Ich habe nachgeschaut, was in der Zwischenzeit passiert ist; einen Teil hat Herr Günther schon genannt: Während der Weltalphabetisierungsdekade liefen auch in Deutschland viele Projekte. Es gab neue Initiativen wie die „leo. - Level-One Studie“ zur Einschätzung und Beurteilung von Lernstufen, es gab lokale Netzwerke, Grundbildung in Betrieben und die Errichtung eines Masterstudiengangs zum Alphabetisierungs- und Grundbildungspädagogen.

In der Einschätzung dieser Dekade lobten Akteure das Bundesbildungsministerium immer wieder als aktiven und loyalen Partner. Kritik gab es allerdings an der KMK, die diese Dekade nur halbherzig unterstützte; daran änderte auch ihr Beschluss vom Dezember 2011 nur wenig. Aber es gab ihn und das zeigt, dass sich die KMK mit diesem Thema befasst hat und für das Thema sensibilisiert ist.

Ich danke der FDP, dass sie dieses Thema aufgerufen hat, um die Alphabetisierung in Brandenburg voranzubringen. Auf der anderen Seite muss ich meinem Kollegen Günther teilweise zustimmen: Ein bisschen habe ich den Eindruck, dass das ein Sammelsurium vieler Maßnahmen ist. Einige davon scheinen weit hergeholt, andere gibt es schon. Über die Diagnosefähigkeit von Lehrkräften haben wir schon x-mal geredet; das sollte eigentlich selbstverständlich sein. Über die Förderung in der Kita streiten sich die Experten. In der Kita sind die meisten Kinder noch Analphabeten, da können wir also nicht viel machen. Man könnte höchstens noch früher ansetzen und eine pränatale Förderung einleiten. Ich finde diesen Ansatz ein bisschen weit hergeholt. Richtig ist: Wir brauchen eine intensive Sprachförderung - aber auch darüber haben wir hier schon x-mal geredet.

Mir würde es reichen, wenn die Schulen in Brandenburg auf einem Level wären, das sie befähigt, allen Kindern gerecht zu werden, dass die Kinder dort so lesen und schreiben lernen, dass sie es am Ende auch beherrschen. Wir sollten Sorge dafür tragen, nicht mit irgendwelchen ideologischen Methoden Experimente an unseren Kindern durchzuführen - zum Beispiel lautgetreues Schreiben -, wodurch sie ein Leben lang für den Ideologie-Wahnsinn ihrer Eltern bestraft werden. Am Ende sind es die Kinder, die darunter zu leiden haben.

Ich glaube, die Grundbildung muss in den Schulen erfolgen. Wenn wir diese vernünftig ausstatten, sind wir ein ganzes Stück weiter. Ich glaube, das Thema ist gut; der Antrag selbst allerdings erscheint mir - wie gesagt - wie ein Sammelsurium. Deshalb werden wir uns enthalten.

(Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Große spricht für die Linksfraktion.

Frau Große (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Freude meines Kollegen, des Abgeordneten Hoffmann, zitiere ich aus dem Buch „Der Vorleser“ von Bernhard Schlink:

„Ich las den Gruß und war erfüllt von Freude und Jubel. ‚Sie schreibt, sie schreibt!‘ Was immer ich in all den Jahren über Analphabetismus hatte finden können, hatte ich gelesen. Ich wusste von der Hilflosigkeit bei alltäglichen Lebensvollzügen, beim Finden eines Wegs und einer Adresse oder beim Wählen eines Gerichts im Restaurant, von der Ängstlichkeit, mit der der Analphabet vorgegebenen Mustern und bewährten Routinen folgt, von der Energie, die das Verbergen der Lese- und Schreibunfähigkeit erfordert und vom eigentlichen Leben abzieht. Analphabetismus ist Unmündigkeit. Indem Hanna den Mut gehabt hat, Lesen und Schreiben zu lernen, hatte sie den

Schritt aus der Unmündigkeit zur Mündigkeit getan, einen aufklärerischen Schritt.“

Besser kann man es nicht beschreiben. Insofern schließe ich mich an: Danke für das Thema. Wir teilen das Anliegen und auch das Ziel, lieber Kollege Andreas Büttner.

Den Weg dahin können wir aus vielerlei Gründen, die heute schon genannt worden sind, nicht unterstützen. Die Antragsteller haben mit zehn Punkten gleich die ganz große Keule herausgeholt: Masterplan, Aufklärungskampagne usw. Das ist der Tenor Ihres Antrags.

Ich halte das für schwierig. Falls Ihre Partei einer künftigen Bundesregierung wieder angehört, sollten Sie mit uns gemeinsam für die Aufhebung des Kooperationsverbotes kämpfen. Ich hoffe darauf, dass Sie bei einer „Gemeinschaftsaufgabe Bildung“ mitmachen, die Sie bisher ausgebremst haben. Ein Bestandteil dessen wäre die Alphabetisierungskampagne.

Ich möchte nicht noch einmal zu allen Punkten etwas sagen. Aber was die Kitas angeht, so irren Sie sich. Wir haben zwar einen schlechten Schlüssel, aber in Sachen Sprachförderung in der Kita sind wir Vorreiter in der Bundesrepublik.

(Beifall der Abgeordneten Lieske [SPD])

Ich möchte Sie auch daran erinnern, dass wir in dieser Legislatur zusätzlich 3 Millionen Euro hineingegeben haben, um die kompensatorische Sprachförderung so zu ändern, dass wir noch bessere Ergebnisse erzielen. Richtig ist in jedem Fall, dass wir damit beginnen müssen.

Auch die Sprachstandsfeststellung kostet uns eine ganze Menge. Wir stellen schon beim Übergang in die Schule fest, inwieweit ein Kind gefördert werden muss. Das geschieht neben der Sprachstandsfeststellung auch durch die Schuleingangsuntersuchung, die der Kinderarzt vornimmt.

Wir haben zu klären, wo Kinder durch das Raster fallen. Ich teile übrigens nicht die Auffassung, dass in erster Linie LRS-Kinder zu Analphabeten werden, Frau Kollegin Blechinger. Einige Schülerinnen und Schüler schaffen den Abschluss nicht. Unter diesen 8 % werden auch solche sein, die möglicherweise durch das Netz fallen. Das ist ein Punkt, an dem wir aufpassen und sensibel hinschauen müssen.

Eine Zwischenbemerkung: Das Buch „Der Vorleser“ gehört zum Curriculum der weiterführenden Schulen. Die Sensibilisierung erfolgt also auch dort, auch bei den Lehrerinnen und Lehrern.

Letztlich ist das vor allem ein Problem der Erwachsenenbildung. In diesem Bereich beschäftigen sich unterschiedliche Netzwerke damit. Auf die Strategie ist mein Kollege Thomas Günther schon eingegangen. Für die Volkshochschulen haben wir in den Landeshaushalten zusätzlich 300 000 Euro pro Jahr bereitgestellt. Sylvia Lehmann, Präsidentin des Volkshochschulverbandes, hat sich sehr für die Stärkung des Grundbildungsbereichs eingesetzt.

Wir müssen die Menschen finden. Insofern teile ich den Ansatz, der auf Sensibilisierung für das Problem zielt. Kampagnen brauchen wir aber nicht.

Am Ende noch eine Buchempfehlung von meiner Seite. Das schöne Buch „Die hellen Tage“ von Zsuzsa Bánk beschäftigt sich mit dem Problem und beschreibt die gelingende Alphabetisierung einer Sinti-und-Roma-Frau. Liebe Männer in diesem Haus, schenken Sie das Buch Ihren Frauen und Sie machen sie glücklich.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Frau von Halem spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau von Halem (B90/GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz besonders: Liebe Kollegen und Kollegin von der FDP, ich freue mich über den Antrag, weil er die Konsequenzen aus der Beratung über das Thema Analphabetismus im Bildungsausschuss zieht. Auch wir hatten einen entsprechenden Antrag in den Ausschuss eingebracht. Es ging darum, die Weiterbildungseinrichtungen insgesamt besser auszustatten und auf stabilere Füße zu stellen. Wir haben den Antrag für dieses Plenum zurückgezogen - zum einen, weil die Tagesordnung so voll war, zum anderen, weil wir noch hoffen, dass es uns gelingt, diesen Antrag auf etwas breitere Füße zu stellen.

Anhand des Themas Analphabetismus wird deutlich, dass das Stichwort vom lebenslangen Lernen keine Floskel bleiben darf. In Indien sind nur noch 30 % der Bevölkerung Analphabeten. Das ist durchaus beachtlich, wenn man bedenkt, dass im Jahr 1947, als die Briten abzogen, noch 88 % Analphabeten waren. Insofern hat sich dort richtig etwas bewegt. Wenn aber in unserem hochtechnisierten Industrieland 14 % der erwerbsfähigen Bevölkerung funktionale Analphabeten sind, dann machen wir etwas falsch. Wenn die Menschen nicht imstande sind, zusammenhängende Texte zu begreifen, dann hat zunächst einmal das Bildungssystem versagt.

Es ist wichtig, in der Kita mit der Sprachförderung zu beginnen. Das Thema Kita zieht sich wie ein Bumerang vom ersten bis zum letzten Punkt durch den vorliegenden Antrag mit seinem Forderungskatalog. Bei den Maßnahmen, die auf Landesebene getroffen werden können, können wir tatsächlich noch nachlegen. Zwar ist der Anteil der Kinder mit Sprachförderbedarf in Brandenburg von knapp 20 % im Jahr 2010 auf etwa 17 % im Jahr 2012 zurückgegangen; aber in demselben Zeitraum hat die Wissenschaft festgestellt, dass die kompensatorische Sprachförderung, die wir bis dahin angewandt hatten, nicht das Mittel der Wahl ist. Der Rückgang, den wir in Brandenburg verzeichnen, kann also kaum das Verdienst dieser - nicht effektiven - Methode sein.

Wenn wir in Brandenburg bei der Sprachförderung Vorreiter sind, dann liegt das in erster Linie daran, dass niemand so richtig weiß, wie man es wirklich gut macht. Die Tatsache, in diesem Punkt in der Bundesrepublik Vorreiter zu sein, bedeutet also zunächst einmal noch nicht so furchtbar viel.

Wir erleben ein Umschwenken zur alltagsintegrierten Sprachförderung. Die Landesregierung schickt in die Kindertagesstätten Sprachberater, die den Fachkräften beibringen sollen, wie man Sprachberatung und Sprachförderung richtig macht. Da-

gegen verwahrt sich der Paritätische Landesverband mit dem Hinweis, dass die Fachkräfte durchaus gut ausgebildet sind. Die Fachkräfte brauchen keine Beratung. Wir brauchen vielmehr eine bessere Ausstattung und mehr Fachkräfte. Das ist das Hauptthema.

Vizepräsidentin Große:

Frau Abgeordnete von Halem, möchten Sie eine Zwischenfrage von Frau Blechinger zulassen?

Frau von Halem (B90/GRÜNE):

Ja, möchte ich. Zuvor würde ich gern den Gedanken zu Ende führen. - Wir tragen die rote Laterne beim Betreuungsschlüssel. Es klingt plausibel: Wenn ich die Sprachkompetenz fördern will, brauche ich Zeit und Freiraum, mit jedem einzelnen Kind zu reden.

Jetzt rede ich mit Frau Blechinger. Bitte sehr.

Frau Blechinger (CDU):*

Frau Abgeordnete, stimmen Sie mir darin zu, dass Sprechen zunächst einmal nicht allzu viel mit Schreiben zu tun hat? Sprechen lernen ist bei uns genetisch angelegt, Schreiben lernen nicht. Sicherlich ist Sprechen Voraussetzung für Schreiben, aber das heißt noch lange nicht, dass jemand, der gut sprechen kann, auch gut schreiben kann. Sind Sie also auch der Auffassung, dass die Kita nicht der geeignete Ort ist, wenn es um die Bekämpfung des Analphabetismus geht?

Frau von Halem (B90/GRÜNE):

Das würde ich nicht sagen. Ich nehme schon an, dass die Förderung des Bewusstseins von der Notwendigkeit, sich ausdrücken zu können, und die Schulung dieser Fähigkeit in der Kita losgehen, aber natürlich in der Schule weitergehen. Man kann nicht das eine vom anderen trennen.

In diesem Antrag wird ein großer Bogen geschlagen von Aufklärung über Sensibilisierung und Entstigmatisierung bis hin zu Forderungen an die KMK und die Bundesebene, auf Landesebene im Rahmen lokaler Bildungsbündnisse, auch gegenüber Arbeitgebern und der Gesellschaft allgemein. Die Forderungen in dem Antrag bleiben aber leider recht unkonkret, wenn es um Details geht. Man weiß nicht so genau, was es heißen soll, wenn eine Kampagne gestartet oder die Sensibilisierung erhöht werden soll. Die Forderungen werden sicherlich in bester Absicht erhoben. Aber ich denke, damit ist die Landesregierung überfordert, das ist zu viel.

Auch wenn ich normalerweise Schuldzuweisungen von der Landes- an die Bundesebene und umgekehrt nicht angebracht finde, so kann ich es mir in diesem konkreten Fall nicht verkneifen, einen Satz über das Kooperationsverbot zu sagen. Wenn das Kooperationsverbot im Bildungsbereich abgeschafft wäre, könnte - zumindest wenn man es wollte - beim Thema Analphabetismus einiges anders aussehen.

Mir fehlt ferner eine konkrete Forderung nach Unterstützung der Erwachsenenbildung; dazu werden wir in der nächsten Plenarsitzung einen Antrag vorlegen.

Gegen die Forderung unter Punkt 9 will ich mich ausdrücklich verwahren. Wir beteiligen uns nicht an einer Aufforderung an die Landesregierung, die Öffentlichkeit über die Medien kontinuierlich über Alphabetisierung zu informieren. Ich finde, die Partei der Freiheit sollte den Medien die Freiheit lassen, selbst zu entscheiden, worüber sie informieren.

Mit Punkt 10 kehrt der Bumerang zurück auf die Landesebene, konkret: zu den Kindertagesstätten. Da treffen wir uns wieder nach einem Nebelflug, der uns letztlich dazu veranlasst, uns der Stimme zu enthalten.

(Beifall B90/GRÜNE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete von Halem. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Frau Ministerin Dr. Münch hat das Wort.

Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lesen und Schreiben sind Schlüsselkompetenzen für eine erfolgreiche Bildungsbiografie. Das haben meine Vorredner reichlich dargelegt. Ich freue mich auch sehr über die Literaturempfehlungen, die hier angesprochen wurden.

Wir widmen uns diesem Thema aber natürlich nicht erst seit Erscheinen der Level-One-Studie im Jahre 2011. Vielleicht möchten Sie auch mit Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der FDP, diese Arbeit weiter bestärken. Ich habe die gesamte Diskussion so aufgefasst, dass wir alle dieses Thema begrüßen und als ein sehr wichtiges Thema betrachten. Aber das, was im Antrag steht, machen wir im Land Brandenburg und auch auf Bundesebene längst. Die KMK hat erst in diesem Jahr einen Bericht veröffentlicht, zu dem auch Brandenburg einen Beitrag geleistet hat. Das zeigt, dass das Thema mittlerweile überall angekommen ist, und es wird längst an Gegenstrategien gearbeitet; sie werden umgesetzt.

Unsere Alphabetisierungsstrategie haben wir bereits seit 2005 systematisch ausgebaut, mit modularen Curricula, mit begleitenden Handreichungen und Arbeitsmaterialien, Fortbildungen, Fachtagungen und natürlich mit Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit, die bei diesem Thema ganz besonders wichtig sind.

Im Jahre 2011 habe ich am Landesinstitut für Schule und Medien eine Fachstelle für Alphabetisierung eingerichtet. 2012 und 2013 hat der Bund eine umfangreiche Öffentlichkeitskampagne gestartet, die Sie sicherlich auch wahrgenommen haben, denn die Ausstellungen, Plakate, Filme und TV-Spots sind ja auch in Brandenburg zu sehen.

Auch einen AlphaPlan gibt es seit längerem. Bund und Länder haben im Februar 2011 die gemeinsame Nationale Strategie zur Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener veröffentlicht. Die KMK hat im Dezember 2011 konkrete Maßnahmen beschlossen und, wie gesagt, im Sommer 2013 auch einen ersten Bericht vorgelegt. Die Nationale Strategie eröffnet Bildungsangebote für Betroffene, informiert und fördert Qualifikation und Zusammenarbeit. Ihr Antrag, Herr Büttner, erweckt auch den Eindruck, als hätten Sie den Bericht der Länder nicht

nur gelesen, sondern sogar sehr wichtige Punkte aus diesem Bericht aufgegriffen. Aber dieses Programm, das Sie fordern, gibt es bereits.

In der Bildungsregion Berlin-Brandenburg werden derzeit erste Projekte der arbeitsplatzbezogenen Grundbildung erprobt. Das ist mir ganz besonders wichtig, denn es geht primär nicht um Kinder, sondern es geht tatsächlich um Erwachsene, die an ihrem Arbeitsplatz diese Fähigkeiten natürlich brauchen und für die es ganz besonders wichtig ist, hier die Alphabetisierung nachzuholen.

Aktuell werden diese Projekte am LISUM vorgestellt. Diese Veranstaltung findet morgen statt. Wenn Sie Gelegenheit dazu haben, sind Sie natürlich herzlich eingeladen. Die ersten Alphapaten konnten dank der Initiative der Volkshochschule im Landkreis Havelland qualifiziert werden. Auch die lokalen Bildungsbündnisse befassen sich intensiv mit dem Thema Alphabetisierung, und mein Haus unterstützt sie dabei.

Die Verbesserung der Sprachkompetenz ist ein bildungspolitischer Schwerpunkt, denn wir wissen, dass über Sprache Teilhabe ermöglicht wird. Erfolgreiche Teilhabe sichert natürlich Bildungsgerechtigkeit. Sie wissen - meine Vorredner haben auch davon gesprochen -, wie wichtig es ist, in der Kita mit den Grundsätzen elementarer Bildung, mit unserer kompensatorischen und auch der alltagsorientierten Sprachförderung zu beginnen. Ich denke nicht, dass wir da so schlecht aufgestellt sind, Frau von Halem. Wir sind sehr viel weiter als andere Länder, weil wir unser Konzept evaluiert und auch Konsequenzen daraus gezogen haben.

Mit Fortbildungsmaterialien, Praxisbeispielen, unserem Screening-Instrument, „Meilensteine der Sprachentwicklung“ und mit der Qualifizierung von Fachkräften haben wir große Anstrengungen unternommen, die Zahl der Kinder, die Sprachprobleme haben, zu reduzieren, und die Zahlen zeigen, dass dies auch tatsächlich funktioniert.

Lehrkräfte, insbesondere in der Primarstufe und im Fach Deutsch, sind in der Lage, die Symptome von funktionalem Analphabetismus zu erkennen, und die Lehramtsanwärterinnen und -anwärter werden im Vorbereitungsdienst mit Lehrstandsanalysen und diagnostischen Verfahren vertraut gemacht. Sie sehen, es ist schon vieles in Brandenburg erreicht worden. Zufriedengeben wollen wir uns damit aber nicht.

Ich möchte zum Schluss noch einen Satz sagen, Frau von Halem, weil Sie sagten, es sei primär ein Versagen des Bildungssystems: Ich bin weit davon entfernt, hier die Verantwortung des Bildungssystems von der Hand zu weisen. Aber wenn man genauer in die Biografien von Analphabeten schaut, stellt man fest, dass es häufig eine Verkettung von Umständen ist, die sich aus familiären, sozialen, teilweise krankheitsbedingten und ähnlichen Faktoren ergibt, sodass es sicherlich notwendig ist, hier einen großen multifaktoriellen Ansatz zu wählen. Bildung ist entscheidend wichtig, aber es müssen noch mehr Bausteine hinzukommen.

Wir brauchen natürlich auch in Zukunft gesamtgesellschaftliches Engagement, bildungspolitische Initiativen, eine hohe Sensibilität für das Thema und neue Ideen für Alphabetisierung und Grundbildung. Jedoch habe ich den Eindruck gewonnen - auch aus der Debatte -, dass uns allen - Ihnen allen - das klar ist

und wir hier weitgehend an einem Strang ziehen. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Das Wort erhält noch einmal die einbringende Fraktion, die FDP. Herr Abgeordneter Büttner.

Büttner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will Ihnen ausdrücklich für die sachliche Debatte danken, die hier zu dem Thema geführt wurde. Was ist denn der hauptsächliche Hintergrund - auch wenn ich bei einigen Punkten nicht ganz übereinstimme, darauf gehe ich gleich noch einmal ein - für das Vorlegen dieses Antrags? Hintergrund ist, dass natürlich auch in diesem Hohen Hause über dieses Thema diskutiert und auch den betroffenen Menschen ein Signal gegeben wird: Wir beschäftigen uns mit euch. Wir kümmern uns um euch. Ihr seid nicht alleingelassen.

Kollege Günther, als letzten Satz haben Sie eine FDP-Pressemitteilung dargestellt. Das finde ich schön, das könnten Sie eigentlich öfter machen. Ich kann Ihnen noch einige von mir geben, die können Sie dann hier auch zitieren, das ist auch okay.

(Günther [SPD]: Wenn sie gut ist!)

Ich will einmal darauf eingehen, weil die Welt seitdem natürlich nicht stehen geblieben ist. Die Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode zusammen mit der Kultusministerkonferenz einige Maßnahmen aufgegriffen - Frau Ministerin, Sie haben einige Punkte erwähnt - zum Beispiel das Programm „Lesestart“, das mit 20 Millionen Euro gefördert wird, die „Offensive Frühe Chancen“, das Programm „zur arbeitsplatzorientierten Forschung und Entwicklung für Grundbildung“, die Förderung von 24 Verbundvorhaben mit über 100 Einzelmaßnahmen mit einer Gesamtfördersumme von über 30 Millionen Euro, die Öffnung der Bildungsprämie für Maßnahmen der Alphabetisierung und natürlich - Frau Ministerin, Sie haben es angesprochen -, die „Nationale Strategie zur Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener“.

Das Problem ist, dass wir jetzt die nächsten Schritte gehen müssen. Sie haben diese Nationale Strategie als Alphaplan bezeichnet. Aus unserer Sicht, aus Sicht der Liberalen ist die Nationale Strategie nicht der Alphaplan, den wir meinen. Wir meinen - so steht es auch hier - einen Alphaplan im Sinne eines Masterplans Alphabetisierung für die Bundesrepublik Deutschland, wo Bund, Länder, Kommunen, Verbände, Organisationen und die Wirtschaft in der gemeinsamen Verantwortung stehen, die hohe Zahl von 7,5 Millionen funktionalen Analphabeten zu reduzieren.

Natürlich muss auch das Thema Analphabetismus in Deutschland mehr ins Zentrum der bildungspolitischen Debatten rücken. Auch die Kultusministerkonferenz muss sich dieser Aufgabe annehmen und alle Maßnahmen der Bundesländer darstellen. Sie muss kritisch überprüft werden, und es muss neu ausgerichtet werden.

Ein wichtiger Punkt war uns, bezüglich Punkt 6 zu sagen: Wir hätten gern eine Folgestudie zur leo. - Level-One Studie, die

genau aufschlüsselt, wie die jeweilige Situation in den Bundesländern ist. Ich glaube, daraus kann man dann auch einige Rückschlüsse ziehen.

Lieber Kollege Günther, ich will noch einmal darauf eingehen: Viele dieser Maßnahmen sind natürlich immer noch kompensatorisch. Deswegen werden wir am Ende nicht umhinkommen, wieder zum Kern der Debatte, zur kitapolitischen Debatte zurückzukehren.

Frau Kollegin Große: Ich habe mit dem letzten Punkt im bundesweiten Vergleich nicht die Sprachstandsfeststellungen gemeint. Wobei man natürlich auch bei den Sprachstandsfeststellungen konstatieren muss, dass wir immer noch zu wenig Möglichkeiten haben, die Sprachstandsfeststellungen effektiv durchzuführen, einfach, weil sie nicht ausreichend finanziert sind. Das wissen Sie auch, Frau Kollegin Große. Wir haben, glaube ich, etwa 15 bis 20 Euro pro betroffenes Kind für die sprachliche Förderung. Das ist nicht ausreichend. Aber wir liegen beim Personalschlüssel auf dem letzten Platz. Das habe ich gemeint, das habe ich auch gesagt.

Wir werden also in dieser kitapolitischen Debatte nicht umhinkommen, hier in diesem Parlament die Voraussetzungen zu schaffen, dass unsere Kitas besser ausgestattet sind, dass die Sprachstandsförderung verbessert wird, weil wir dann nämlich auf viele der kompensatorischen Maßnahmen - Kollege Günther, gucken Sie nicht so kritisch, er guckt schon wieder so kritisch, Sie brauchen nicht wegzugehen, Frau Alter - verzichten können. Auf den Anfang kommt es an. Es war uns wichtig, über dieses Thema zu diskutieren. Ich habe natürlich nicht geglaubt, dass Sie nun plötzlich mit wehenden Fahnen einem Antrag der FDP zustimmen, aber es war mir an dieser Stelle wichtig, über dieses Thema zu diskutieren und hier in diesem Haus - auch den betroffenen Menschen in diesem Land gegenüber - ein Zeichen zu setzen, dass wir sie nicht allein lassen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Büttner. - Wir kommen zur Abstimmung. Es liegt Ihnen in Drucksache 5/7791 der Antrag der FDP-Fraktion, „Bildungsgerechtigkeit und Bildungschancen ermöglichen - AlphaPlan gegen Analphabetismus vorlegen und realisieren!“, vor. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Mit einer deutlichen Anzahl von Enthaltungen ist dieser Antrag dennoch abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 10 und rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Mückenplage eindämmen und rechtzeitig geeignete Maßnahmen gegen Mückenlarven ergreifen

Antrag
der Fraktion der CDU

Drucksache 5/7815

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion. Herr Abgeordneter Dombrowski, Sie haben das Wort.

Dombrowski (CDU):*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der heutige Tag hier im Parlament ist sehr vielfältig. Er begann sozusagen mit den Folgen politischer Katastrophen, nämlich mit der Arbeit dieser Landesregierung,

(Beifall CDU - Oh! bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

und er endet mit den Folgen von Naturkatastrophen

(Gelächter bei der Fraktion DIE LINKE)

wie zum Beispiel der letzten Flut und den daraus verursachten Mückenbeschwerissen und Mückenplagen in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Bayern. Ich glaube, in Brandenburg doch nicht. Aber die Menschen, die in den betroffenen Gebieten wohnen, wissen das besser.

Meine Damen und Herren, eins vorweg: Die CDU will aus der Mücke keinen Elefanten machen.

(Heiterkeit bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Allerdings scheinen Sie, Frau Ministerin, in Ihrer Potsdamer Amtsstube die Probleme und Wirklichkeiten der Brandenburgerinnen und Brandenburger schon lange nicht mehr zu sehen. Das ist jedenfalls mein Eindruck, wenn ich den Bericht Ihres Hauses auf die Fragen der CDU-Fraktion im Umweltausschuss von vor zwei Wochen lese.

Entsetzt bin ich von den Ausführungen Ihres Abteilungsleiters, die er im Ausschuss machte. Herr Steffen vertrat dort die Auffassung, dass es sich für ihn um ein ganz normales Mückenjahr handelt. Das Problem sei nur der demografische Wandel und die Abnahme der brandenburgischen Bevölkerung.

(Heiterkeit bei der CDU)

Er schlussfolgerte daraus - so jedenfalls wurde es mir berichtet -, dass die gleiche Anzahl Mücken nun auf weniger Brandenburger trifft, die demzufolge öfter gestochen werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Heiterkeit bei der SPD und bei der Fraktion DIE LINKE)

Also bei aller Sachlichkeit: Diese Erklärung grenzt schon an ein Stück aus dem Brandenburger Tollhaus.

(Zurufe)

Worum geht es in unserem Antrag? Das letzte Hochwasser in Brandenburg und in anderen Regionen Deutschlands hat nicht nur Schäden an den Deichen, an der Infrastruktur, an privatem Eigentum und an landwirtschaftlichen Kulturen hinterlassen. Als unmittelbare Folge der Überschwemmung und der günstigen Witterung, insbesondere der hohen Temperaturen, vermehrten sich die Mücken in vielen Regionen unseres Landes rapide. Insbesondere entlang der Elbe, der Schwarzen Elster, der Spree oder der Unteren Havel sowie ihren jeweiligen Nebenflüssen werden die Bürger und auch die Touristen seit Wochen von Stechmücken malträtiert. Diese Mückenplage beeinträchtigt nicht nur das Allgemeinwohl der betroffenen Brandenburgerinnen und Brandenburger, sondern auch das Image der Bundesrepublik Deutschland.

gerinnen und Brandenburger, sondern birgt überdies auch potenzielle Gefahren für die Gesundheit der Menschen. Auch in diesem Jahr wurden erneut invasive nichteinheimische Mückenarten in der Bundesrepublik Deutschland nachgewiesen.

Im Übrigen: Wenn sich das herumspricht, ist das auch ein Thema für den Tourismus bzw. für die Entscheidung, dann vielleicht fernzubleiben.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Nehmen Sie zum Beispiel die asiatische Tigermücke, die in Deutschland bereits auf dem Vormarsch und für die Übertragung von Denguefieber verantwortlich ist. Oder nehmen Sie die asiatische Buschmücke. Auch diese Art breitet sich nord- und ostwärts aus.

Ein drittes Beispiel: Wissenschaftler des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin in Hamburg haben erst im Juli dieses Jahres wiederholt Larven des Hundehautwurms in drei in Brandenburg vorkommenden Stechmückenarten nachgewiesen.

Im Osten unseres Landes, also entlang der Oder, sind nach jedem Hochwasser die Kriebelmücken da, die ausschließlich im Bereich der Oder vorkommen. Sie verletzen ihren Wirt nicht durch einen Stich, sondern raspeln sozusagen mit ihren Mundwerkzeugen die Haut auf, um Blut zu saugen.

Bislang gibt es kein ernsthaftes Gesundheitsrisiko, das ist wahr, bzw. es sind nur Fälle bekannt, bei denen sich Betroffene im Ausland infiziert haben. Aber das potenzielle Gesundheitsrisiko besteht selbstverständlich und selbstverständlich auch in Brandenburg.

Gesundheitsministerin Tack - so ihre eigene Aussage im Gesundheitsausschuss - sieht hier kein Risiko, und sie sieht sich und ihr Haus auch nicht in der Verantwortung. Ich zitiere: „Das ist keine Landesaufgabe.“ So Ihre Worte, Frau Ministerin.

(Ministerin Tack: Dabei bleibe ich auch!)

Ich frage mich allerdings, wofür Sie überhaupt noch zuständig zeichnen und welche Probleme Sie überhaupt noch jucken.

(Beifall CDU)

Soweit ich Ihre Zuständigkeiten verstehe, sind Sie auch für die Gesundheitsprävention und -vorsorge zuständig und damit auch für diese Mückenplage und entsprechende Präventionsmaßnahmen in der Zukunft. Die Zunahme der Anzahl von Stechmücken und die Ausbreitung von invasiven Stechmückenarten sind keine Bagatelle, sondern mittlerweile ein ernstzunehmendes Problem, auf welches Kommunen im Land sachlich, aber gemeinsam reagieren sollten.

Frau Ministerin, Sie sagen, das ist keine Landesaufgabe. Ich wäre ja dankbar, wenn Sie sich um Ihre zentralen Landesaufgaben kümmern würden. Im letzten Bericht des Landesrechnungshofes über Ihren Bereich kann man in Bezug auf die Prüfung der Unterhaltung der Gewässer I. Ordnung lesen, was Sie alles nicht gemacht haben, eine ganze Seite nur Beanstandungen, Desorganisation, Fehlentscheidungen und nicht erledigte Aufgaben.

(Beifall CDU)

Wenn Sie sich um Ihre Kernaufgaben kümmern, wären wir Ihnen dankbar.

Meine Damen und Herren, mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung auf, künftig mit den für die Bekämpfung von Mückenplagen zuständigen Kommunen wirksame Maßnahmen gegen die Stechmücken zu erarbeiten und zu ergreifen. Wir können und wollen die Mücken nicht gänzlich beseitigen, sie haben in der Nahrungskette selbstverständlich ihre Bedeutung. Auch können und wollen wir die Mücken nicht flächendeckend bekämpfen. Es geht darum, stark betroffene Regionen im Kampf gegen Mückenplagen zu unterstützen. Dafür ist eine geeignete Bekämpfungsstrategie notwendig, die sich an den ökologischen Gegebenheiten orientiert und die Belange des Naturschutzes ausreichend berücksichtigt. Gleiches trifft auch für die Anwendung des seit Jahrzehnten im Einsatz befindlichen Insektizids *Bacillus thuringiensis*, genannt Bti, zu. Aber auch dafür muss man wissen, welche Regionen besonders betroffen sind und wie man das Insektizid richtig anwendet.

Es sollte deshalb eine Aktionsgemeinschaft gegründet werden, in der betroffene Kommunen und Landkreise zusammen mit Vertretern des Landes, der Forst- und der Fischereiwirtschaft - denn die sind ebenfalls davon betroffen - gemeinsam eine Konzeption zur Bekämpfung und Vermeidung von Stechmückenplagen in stark betroffenen Regionen erarbeiten. Dies kann nur miteinander funktionieren.

Meine Damen und Herren, es gibt bereits positive Beispiele in anderen Regionen Deutschlands. In der schon 1976 gegründeten kommunalen Aktionsgemeinschaft zur Bekämpfung der Schnakenplage haben sich bis heute 100 Städte, Gemeinden und das Land Baden-Württemberg zusammengeschlossen, um das Stechmückenaufkommen entlang eines knapp 300 km langen Rheinabschnitts mit biologisch umweltverträglichen Methoden zu kontrollieren und zu realisieren. Darüber hinaus haben auch der Landtag von Sachsen-Anhalt sowie der Bayerische Landtag im Juli fraktionsübergreifend ihre jeweilige Landes- bzw. Staatsregierung aufgefordert, in den Überschwemmungsgebieten mit geeigneten Maßnahmen gegen die Stechmücken vorzugehen. Ich darf nur sagen: In Bayern waren daran die CSU, die SPD, die Freien Wähler und die FDP beteiligt. In Sachsen-Anhalt waren es die CDU, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die nach dem letzten Hochwasser gemeinsam ein Problem erkannt haben. Sie aber, Frau Ministerin, handeln nach dem Prinzip „Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“. Mit Ihrer aktiven Politik der Vernässung, der feuchten Enteignung, wie ich immer sage, die Sie seit Jahren im Land betreiben, tragen Sie sogar noch zu einer Verstärkung des Problems bei. Wer warnt denn hier andauernd vor dem Klimawandel? Wer weist denn dauernd darauf hin, dass die Sommer in Zukunft immer heißer werden? Wer redet denn ständig davon, dass Starkregenereignisse in den Sommermonaten in Zukunft zunehmen werden und sich deswegen auch das Hochwasserrisiko in Brandenburg erhöhen wird? Die Versicherungen haben längst reagiert und die Prämien erhöht, nur Sie reagieren nicht. Das sind Sie, Frau Ministerin. Jetzt sagen Sie, dass Sie die Konsequenzen Ihrer Politik nichts angehen. Jetzt sind Sie der Auffassung, Sie als die derzeit zuständige Umwelt- und Gesundheitsministerin sind für Mückenplagen nicht zuständig. Es ist schade, dass Dietmar Woidke den Saal verlassen hat. Er wollte sicherlich nicht dabei sein,

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE: Nein!)

wenn Sie, Frau Ministerin Tack, an der Stelle dann wieder auf die CDU verweisen. Aber der letzte Minister, der zuständig war, war der jetzige Ministerpräsident des Landes. Das hätte nicht gepasst, das ist der einzige Grund, nicht wegen des Themas. Das Thema, das ich hier auch im Auftrag von Kommunen angebracht habe, ist es wert, dass wir es hier besprechen und auch positiv entscheiden.

Frau Ministerin, meine Fraktion ist der Auffassung, dass Sie sehr wohl zuständig sind. Meine Fraktion ist auch der Überzeugung, dass wir auch in Brandenburg schauen müssen, wo derzeit noch Handlungsmöglichkeiten gegen diese Plage bestehen und wie wir in Zukunft mit Mückenplagen umgehen. Es kann doch nicht sein, dass Brandenburg die Hände in den Schoß legt, während andere Bundesländer handeln. Hätte Ihr Kabinettskollege Vogelsänger beim Eichenprozessionsspinner die Hände in den Schoß gelegt, und wäre er nicht gemeinsam mit dem Bund in diesem Jahr so entschieden gegen diesen Spinner vorgegangen,

(Lachen bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

dann hätten wir in Brandenburg einen ganz „reizenden“ Sommer erlebt, nämlich einen mit viel Ärger.

Meine Damen und Herren, die kommunale Familie und die Landesregierung Brandenburg sollten sich ihrer Verantwortung bewusst sein und jetzt die notwendigen konzeptionellen Vorbereitungen treffen, um Aktionismus bei künftigen Stechmückenplagen zu vermeiden. Ich bitte Sie deshalb auch um die Zustimmung zu diesem Antrag. Es mag nicht jedem einleuchten, aber in Brandenburg gibt es nicht nur ein Problem, sondern viele.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Genau! - Dr. Luthardt [DIE LINKE]: Kommen wir einmal bei den wichtigen an!)

Glücklicherweise gibt es Probleme, die regional begrenzt sind. Herr Luthardt, ich freue mich, wenn Sie sich so zu erkennen geben und zu den Sorgen von Teilen der Bevölkerung hier in Brandenburg einfach sagen: Das sind keine Probleme, es gibt wichtigere Probleme. - Sehr gut! Das sollten Sie überall auf Veranstaltungen sagen. Brandenburg und die Sorgen der Brandenburger bestehen aus vielen kleinen und vielen großen Problemen. Einige können wir lösen, bei einigen können wir nicht helfen. Sie sind nicht dazu bereit, da zu helfen, wo wir helfen können. Das stelle ich hier einfach fest. Dafür sollten Sie sich schämen. - Danke schön.

(Dr. Luthardt [DIE LINKE]: Das nehme ich gern auf mich! - Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dombrowski. - Wir setzen mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Frau Abgeordnete Gregor-Ness hat das Wort.

Frau Gregor-Ness (SPD):

Frau Präsidentin! Hohes Haus! Erstens ist die Zeit fortgeschritten, und außerdem weiß ich, dass sehr viele dieses Thema eher belustigend finden. Ich stecke jetzt hier in einem ziemlichen

Mückendilemma, das gebe ich zu. Denn es ist schwer zu erklären, warum zum Beispiel in Sachsen-Anhalt fraktionsübergreifend alle einem ähnlichen Antrag zugestimmt haben. Die Verhältnisse in Sachsen-Anhalt sind mit unseren einigermaßen identisch, das ist völlig klar. Auch dort gab es das Hochwasser, die Topografie ist ähnlich. Es liegt ein Mückenatlas vor; wir wissen, dass wir eines der Gebiete sind, die am meisten betroffen sind.

Am meisten hat mich verunsichert, dass es Kollege Dombrowski mit der Mückenplage sogar bis in den „Spiegel“ geschafft hat. Der „Spiegel“ ist ja nun nicht irgendetwas, er ist ein Leitmedium. Nun kann man sagen: Es war gerade Sommerloch, das passte gerade, die mussten noch ein paar Seiten füllen.

(Dombrowski [CDU]: Nein!)

Aber ich glaube, die Lage ist schon dramatisch und für die betroffenen Gebiete auch wirklich kaum noch hinnehmbar. Das muss man akzeptieren, aber offensichtlich ist der Aufschrei zum Beispiel aus dem Gewerbe der Campingplatzbetreiber und der Hotellerie noch nicht so groß, dass es bei uns schon bei jedem Einzelnen verfangen hätte. Deshalb findet das sozusagen in der Lächerlichkeit seine Widerspiegelung.

Ich glaube schon, dass man das Thema vor dem Hintergrund des Allgemeinwohls und der Lebensqualität betrachten kann und sollte. Es ist keine Landesaufgabe, das ist völlig klar. Wenn, dann muss kommunal gehandelt werden. Ich glaube, da kann man auch von den guten Beispielen, die es in der Bundesrepublik gibt, lernen. Es hat in Speyer angefangen, in der Zwischenzeit sind dort Hunderte Kommunen im Rhein-Main-Gebiet miteinander vernetzt, sind aktiv und gehen systematisch gegen die Brutplätze vor. Es gibt ein ganz kleines Zeitfenster, in dem man die Larven bekämpfen muss. Ich glaube, so könnte das auch bei uns funktionieren.

Vielleicht lohnt es sich für jeden von uns, der kommunal aktiv ist und in einem besonders betroffenen Gebiet wohnt, sich einmal mit der KAPS in Verbindung zu setzen und zu fragen: Wie gehen wir das an? Von Landesseite wird zurzeit kein Handlungsbedarf gesehen, das ist im Ausschuss klar herübergekommen. Vor diesem Hintergrund werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Gregor-Ness. - Wir kommen nunmehr zum Beitrag der FDP-Fraktion. Herr Abgeordneter Beyer hat das Wort.

Beyer (FDP):*

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich habe doch noch gar nichts gesagt.

(Zurufe: Das rote Täschchen! Du kommst ins Lobbyregister!)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es stimmt schon: In gewisser Weise habe ich mich auf den heutigen Tagesordnungspunkt ge-

freut. Gleichwohl muss ich gestehen: Es ist mir diesmal relativ schwergefallen, mir über den Inhalt des Beitrags klarzuwerden. Es dreht sich nicht nur darum, dass man das humoristisch oder unter verschiedenen anderen Gesichtspunkten sehen kann. Es wäre mir vielleicht leichter gefallen, wenn die Linke den Antrag gestellt hätte, aber, naja, es ist die CDU.

(Lachen bei der SPD)

Ich habe, ehrlich gesagt, zwischen verschiedenen Lösungen geschwankt. Ich hatte auf der einen Seite die Idee, jeder Kollegin und jedem Kollegen eine Flasche Autan zur Verfügung zu stellen.

(Zuruf: Das wäre aber teuer gewesen!)

- Das wäre teuer gewesen, aber ich meine, die Flaschen sind schön gelb, haben dummerweise aber einen großen roten Deckel,

(Allgemeine Heiterkeit)

das wäre mir am heutigen Tag dann doch zu gefährlich gewesen; ich weiß nicht, wie das dann interpretiert worden wäre. Dann hatte ich die Idee: Ich weiß nicht, wer von Ihnen diese schöne Parodie auf den Kormoran von Gerhard Polt kennt, die hätte man auf die Mücke umschreiben können. Das wollte ich aber auch nicht, denn zum Kormoran habe ich ja einen gefestigten Klassenstandpunkt.

(Lachen bei der Fraktion DIE LINKE)

Natürlich hätte ich es auch ganz fachlich machen können, aber ich muss ehrlich gestehen: Ich bin emotional nicht in der Lage, das ganz ernsthaft fachlich abzuhandeln.

Lieber Kollege Dombrowski, die Begründung des Antrags ist übrigens besser als der Antrag selbst, und darin steht auch viel fachlich Richtiges, das will ich ganz deutlich sagen. Aber ich weiß nicht, ob wir uns unbedingt an dem heutigen Tag, wo hier ein neuer Ministerpräsident eine Regierungserklärung abgegeben hat, über die Mücken unterhalten müssen; das kann man schon kritisch sehen.

Ob es so geschickt war, zum Thema Hochwasserschutz keine Debatte zu führen, aber dann über die Mücken zu reden, auch das kann man durchaus kritisch sehen. Vielleicht geht so etwas sogar in die Annalen des Landtags ein, ich weiß es nicht.

Ich gebe gerne zu, dass es einen gewissen humoristischen Reiz haben könnte - ich sage ausdrücklich: könnte -, wenn man der Frage nachginge, ob die Mücken eher eine Plage Gottes oder vielleicht doch eine Plage der rot-roten Landesregierung sind.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Ich habe ja gesagt: Könnte. Ich will das ausdrücklich nicht tun.

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter Beyer, lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Dombrowski zu?

Beyer (FDP):

Aber sicher, natürlich.

(Zuruf: Der will nur eine Flasche Autan haben!)

Dombrowski (CDU):*

Ja, von Herrn Beyer nehme ich immer gern ein Geschenk. - Herr Kollege, könnten Sie sich vielleicht vorstellen, dass trotz des bedeutsamen Rücktritts des Ministerpräsidenten und der Regierungserklärung der Mücken antrag vielleicht deshalb heute hier zur Beratung kommt, weil es, wenn noch ein paar Wochen ins Land gehen, kühler wird und die Mücken verschwinden und es dann vielleicht schwieriger wäre, über das Thema Mücken zu sprechen, wenn es gar keine mehr gibt?

Beyer (FDP):*

Lieber Kollege Dombrowski, das ist natürlich richtig, aber das hätte - leider Gottes muss ich das so sagen - noch mehr dafür sprechen müssen, dass wir uns heute über das Thema Hochwasser verständigen, denn das liegt schon eine ganze Zeit zurück, und dort gibt es in der Tat Redebedarf. Aber wie gesagt: Das kann man ja durchaus unterschiedlich sehen, ich weiß das ja.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will das gar nicht ausdehnen. Wir hätten vielleicht die Debatte zu diesem Thema zu einer noch viel späteren Stunde des Tages und gern auch bei dem einen oder anderen Glas Werderaner Wachtelberg führen können. Das hätte nämlich den großen Vorteil, dass man uns dann am nächsten Morgen nicht oder zumindest nur sehr bedingt für die Ergebnisse der Debatte verantwortlich machen könnte. Aber Sie wissen, wir Liberale versuchen immer, konstruktive und ganz praktikable Lösungen zu bringen.

Deshalb, lieber Kollege Dombrowski: Ich nehme das Problem durchaus ernst, auch Ihre persönliche Betroffenheit - der Sie aus dem Havelland kommen. Das hat ja vielleicht auch etwas mit dem Niederrhein zu tun, ich weiß es nicht. Ich mache es ganz einfach: Sie kriegen von mir jetzt hier solch einen Beutel, leider gab es den nur in Rot, da müssen Sie jetzt durch. Der ist angefüllt mit den verschiedenen Präparaten, die es zum Thema Mücken gibt. Übrigens: Ein sehr netter Apotheker hat mir vorhin gesagt, das hier sei das Beste, DEET, nicht DDT wohlge-merkt.

(Allgemeine Heiterkeit)

DEET, 50 %, in normalen Mitteln nur 20 %. Er hat mich allerdings extra darauf hingewiesen, dass man da sehr vorsichtig sein sollte, was Hautreizungen anbelangt. Es liegt auch noch eine kleine Packung Baldriantabletten darin, wenn man sich mal eben beruhigen muss.

(Allgemeine Heiterkeit)

Also, lieber Kollege Dombrowski, nehmen Sie es mir nicht übel. Ich wäre an dem Ergebnis des Eigentests mit den verschiedenen Mitteln sehr interessiert, denn man kann Abhilfe gegen die Mückenplage schaffen. - Vielen Dank.

(Allgemeine Heiterkeit - Starker Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Beyer. - Für die Linke möchte Herr Abgeordneter Luthardt die Aussprache fortsetzen.

Dr. Luthardt (DIE LINKE):

„Fortuna lächelt, doch sie mag nur ungern voll beglücken. Schenkt sie uns einen Sommertag, so schenkt sie uns auch Mücken.“

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben uns in diesem Hohen Haus eigentlich immer über große Tiere unterhalten. Wir haben uns über den Wolf bis zum Biber und zur Honigbiene unterhalten. Jetzt sind wir bei den ganz kleinen Tieren angekommen, das nächste Mal vielleicht bei den Flöhen; die höre ich jetzt schon husten.

Ich möchte es ganz kurz machen. Wir haben uns im Ausschuss darüber lang und breit unterhalten. Ich meine, da ist alles gesagt worden. Deshalb möchte ich hier nicht weiter über den Sinn dieses Antrages reden. Ich mache es jetzt ganz einfach, ich mache nämlich 'ne Mücke. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Luthardt. - Wir setzen mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Herr Abgeordneter Jungclaus, bitte.

Jungclaus (B90/GRÜNE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einen Vorteil hat die Debatte jetzt: Wir wissen, wer in jeder Fraktion der mückenpolitische Sprecher ist.

Ich gebe auch zu: An mir ist die Plage auch nicht vorbeigegangen. Ich glaube, dieses Jahr ging es schon im Mai los, dass man von einigen frühreifen Exemplaren attackiert wurde. Das nervt und juckt, aber ich meine, es ist keinerlei Grund, in Panik zu verfallen. Vor allem ist es, meine ich, auch kein Grund, dass wir das im Landtag debattieren müssen.

Ich hätte dem Kollegen Dombrowski am liebsten auch eine Flasche Mückenspray hingestellt, vermutlich Biomückenspray, um auf seine empfindliche Haut Rücksicht zu nehmen, und dann gesagt: Gut ist! Aber dann hätte ich natürlich die Gelegenheit verpasst, ihm hier etwas über funktionierende Ökosysteme zu erzählen. Insofern müssen Sie da jetzt noch durch.

Neben einem sehr feuchten Frühjahr - es soll der regenreichste Mai seit Beginn der Wetteraufzeichnungen gewesen sein - kam nun auch noch das Sommerhochwasser dazu. Flussregionen betrifft es natürlich leider doppelt, da die sogenannten Überschwemmungsmücken - dieses Wort kannte ich vorher auch nicht -, die sich erst bei Überflutung trockener Flächen entwickeln, nun in großer Zahl hinzukommen. Die Situation dürfte sich aber hoffentlich bald entspannen; denn Mücken fühlen sich bekanntlich nur dort wohl, wo es warm und feucht ist.

Das vergangene Jahr hingegen war ein schlechtes Mückenjahr. Das zeigt uns, dass wir nicht von heute auf morgen schließen

können und die Mückenpopulationen je nach Witterungslage deutlichen Schwankungen unterliegen.

Die CDU beabsichtigt nun mit ihrem Antrag, wirksame Maßnahmen gegen Stechmücken rechtzeitig, regelmäßig und langfristig anzuwenden. Schon im Umweltausschuss hatten wir den Vorschlag, per Hubschrauber ein entsprechendes Präparat auszubringen. Was kommt als Nächstes? Panzer gegen Ameisen, die beim Picknick stören?

Im Gegensatz zum Eichenprozessionsspinner, wo erhebliche Gesundheitsgefahren abzuwehren sind, sehe ich bei der Mückenplage diese Gefahr eben nicht. Auch die Sprecherin des Leibniz-Zentrums für Agrarlandforschung in Müncheberg hat noch einmal bestätigt, dass Mücken bei uns keine gefährlichen Krankheiten übertragen. Auch vom Hundehautwurm, den der Kollege Dombrowski auch ins Spiel gebracht hat, der Mücken gern als Transportmittel nutzt, geht nach Auffassung des Leibniz-Instituts keine Gefahr aus. Es gibt in Deutschland noch nicht eine einzige bekannte Infektion. Kontrollen bei der Einfuhr ausländischer Tiere müssen greifen. Das scheint mir eher bei dem Vieh das Problem zu sein.

Es ist doch geradezu absurd, gegen jedes Insekt, das uns stört, sofort ein Gegenmittel einzusetzen. Mücken sind ein wichtiger Bestandteil der Ökosysteme und Nahrungsgrundlage für eine Vielzahl von Tierarten: Vögel, Fische, Amphibien, Libellen oder Fledermäuse. Wenn wir an der einen Stelle eingreifen, hat das auch immer Auswirkungen an anderen Stellen.

Zum Einsatz des Präparats: Forscher haben kürzlich zwei Auengebiete am Rhein untersucht, eines, wo das Präparat eingesetzt wurde, ein anderes, wo das nicht der Fall ist. Dabei wurde festgestellt, dass in dem Gebiet mit dem Bti-Einsatz ein Drittel weniger Jungvögel flügge geworden sind. Ob dieses Ergebnis nun allein auf den Einsatz des Bakterienpräparats zurückzuführen ist, bleibt dahingestellt. Aber es regt doch zumindest zum Nachdenken an, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

Derartige Präparate wirken übrigens nicht nur gegen Stechmücken, sondern töten ebenfalls alle Zuckmückenarten, die für den Menschen kein Problem darstellen.

Vielleicht können wir uns, da wir auch einen Antrag der CDU zum Hochwasserschutz vorliegen haben, auf einen Kompromiss einigen, sozusagen zwei Mücken mit einer Klappe schlagen. Wenn wir an vielen Stellen Überschwemmungsflächen wieder an die Fließgewässer anbinden würden, könnten wir nicht nur die Wasserpegel senken und zukünftige Hochwassersituationen abmildern, sondern auch noch das Stechmückenproblem eindämmen; denn wo Fische schwimmen, werden auch Mückenlarven dezimiert.

Weiteres können wir dann gern im Umweltausschuss diskutieren. Hauptsache jedenfalls, wir bekommen im nächsten Plenum keinen Antrag auf den Tisch: Die Landesregierung möge Wespen am Kaffeetisch verhindern oder Sperrgebiete für Fruchtfliegen in der Umgebung von Saftpresse einrichten. - Vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Jungclaus. - Es folgt der Beitrag der Landesregierung. Bitte, Frau Ministerin Tack.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU! Offensichtlich haben Sie Ihrem Kollegen Petke am 14. August im Ausschuss nicht getraut. Da hat er sehr würdevoll das Anliegen, das ja Ihres ist, Herr Dombrowski, schon vertreten. Aber Sie haben ihm offensichtlich nicht geglaubt, und deshalb gibt es heute noch den Antrag in der Landtagssitzung.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie ohnehin vor Stunden schon gemeinsam mit Frau Heinrich eine Presseerklärung abgegeben haben, was in dieser Debatte, die wir gerade erst führen oder geführt haben, passiert ist. Es scheint so, als ob man vorher schon alles weiß.

Wir haben in diesem Parlament schon eine Menge erlebt.

(Zuruf des Abgeordneten Senftleben [CDU])

Herr Senftleben, Sie sind auch schon eine Weile Mitglied des Parlaments, ich noch einige Tage länger. Die Mücke gab's noch nicht! Die Mücke, meine Damen und Herren, gehört zum Brandenburger Sommer in jedem Jahr dazu, mal mehr, mal weniger. Mücken sind lästig, das kann ich bestätigen. Denn wenn nur eine Mücke im Raum ist, werde ich ganz sicher von ihr gestochen. Aber ich kann eine Mückenplage, sodass im Rahmen der Daseinsvorsorge die Landesregierung aktiv werden soll, beim besten Willen nicht erkennen, Herr Dombrowski.

Nach jetzigem Kenntnisstand - das haben die Vorrednerinnen und Vorredner bestätigt - geht eine Gesundheitsgefährdung von den Mücken im Land Brandenburg nicht aus,

(Bretz [CDU]: Es liefen Wetten bei uns, was Sie sagen werden. Ich habe gewonnen!)

es sei denn, es hat Sie irgendwer anders gestochen.

(Allgemeine Heiterkeit - Zurufe)

Ich möchte noch einmal darauf verweisen, dass das ZALF in Müncheberg die Mückenpopulationen in Brandenburg sehr genau beobachtet und dass auch da ganz deutlich die Ansage gemacht worden ist, dass es keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch die Mücken gibt, sowohl vom Hundehautwurm in Mücken nicht als auch nicht von der asiatischen Buschmücke, die es in diesem Jahr in Niedersachsen gegeben hat.

Es wird auch immer darauf verwiesen, weil der eine oder andere Angst hat, an Malaria zu erkranken, dass im Durchschnitt vier bis 13 Fälle im Jahr Malariaerkrankungen in Brandenburg auftreten. Das sind aber in jedem Fall mitgebrachte Reiseerkrankungen und nicht in Brandenburg erworbene Erkrankungen.

Vizepräsidentin Große:

Frau Ministerin, möchten Sie eine Frage zulassen?

Ministerin Tack:

Nein.

Ich komme zunächst zum Hochwasser. Die Hochwasserereignisse in diesem Jahr haben dazu beigetragen, dass regional aufgrund von Vernässungsprozessen die eine oder andere Mücke mehr vorhanden war. Wir haben uns aber bemüht, gerade was die Flutung der Havelpolder betraf, das Wasser rechtzeitig abzupumpen, damit die Mückenpopulation gar keine Chance hat, eine Entwicklung zu erfahren.

Sie haben immer wieder, Herr Dombrowski, auf Sachsen-Anhalt verwiesen. Das Hochwasser in unserem Nachbarland Sachsen-Anhalt hat weitaus größere Flächen betroffen als in Brandenburg. Da die Menschen dort eine andere Mückenschar vor Ort hatten, ist schon verständlich, dass sie im Landtag zu reagieren versucht haben.

Ich möchte Sie fragen, mit welchen Biozid-Produkten Sie die Mücke bekämpfen wollen. Dipel ES ist für den Eichenprozessionsspinner, also für die Schmetterlingslarven, vorgesehen, und die Vergleiche hinken, lieber Kollege. Von dem Eichenprozessionsspinner gehen ernstzunehmende Gesundheitsgefährdungen bis hin zu Atemwegserkrankungen aus. Das wissen Sie. Das ist also nicht einsetzbar.

Bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung sind neben Dipel ES 75 weitere Biozidprodukte registriert. 45 sind gar nicht verkehrsfähig.

(Unruhe)

- Hören Sie zu! Sie wollen ja, dass wir irgendetwas einsetzen. - Also 45 sind nicht verkehrsfähig, 28 benötigen ab September eine Zulassung. Bei den zwei verbleibenden Produkten, die es gibt, gibt es überhaupt keine Prognose, ob sie überhaupt über das Jahr 2014 hinaus verwendet werden dürfen.

Das soll heißen: Zu Ihren Beispielen, die Sie angeführt haben - Bekämpfung mit diesen Präparaten am Oberrhein, also in Baden-Württemberg -, ist festzustellen: nur mit ganz punktuell und gerade noch und schon länger her zugelassenen Präparaten. Das hat nur ganz punktuell stattgefunden. Sie wissen - oder ich sage es Ihnen, wenn Sie es bisher nicht gewusst haben -, dass die von den Hochwasserereignissen betroffenen Länder Bayern und Sachsen-Anhalt aus gleichen Gründen - also kein vorhandenes Präparat - Abstand davon genommen haben, flächenhafte Bekämpfungsmaßnahmen einzuleiten, weil es kein wirkungsvolles oder wirksames Präparat gibt.

Meine Damen und Herren, sich mit dem Hochwasser und den Folgen des Hochwassers auseinanderzusetzen ist sehr klug. Mit der Mücke haben wir uns auseinandergesetzt. Es war möglicherweise Ihr Anliegen, dass wir uns damit beschäftigen.

Vizepräsidentin Große:

Frau Ministerin Tack, möchten Sie eine Frage des Abgeordneten Petke zulassen?

Ministerin Tack:

Ich glaube, die Kollegen haben alle deutlich gemacht: Es wurde aus der Mücke ein Elefant gemacht. Und so können wir es, wie ich glaube, belassen.

Vizepräsidentin Große:

Frau Ministerin, Herr Abgeordneter Petke hatte noch zum richtigen Zeitpunkt eine Frage angemeldet.

(Senfleben [CDU]: Eine Frage!)

Ministerin Tack:

Herr Petke hat schon im Ausschuss ganz viele Fragen gestellt. Ich würde es dabei belassen wollen. Ich finde, aus einer Mücke wird ein Elefant gemacht. Herr Petke kommt in die nächste Ausschusssitzung. Dort können wir das Thema gern wieder aufgreifen.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Ministerin Tack. - Herr Abgeordneter Dombrowski hat seine Redezeit aufgebraucht. Wir sind demzufolge am Ende der Aussprache angelangt und kommen zur Abstimmung.

Es liegt der Antrag in Drucksache 5/7815, eingebracht von der CDU-Fraktion, Mückenplage eindämmen und rechtzeitig geeignete Maßnahmen gegen Mückenlarven ergreifen, vor. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Bei einer Enthaltung ist dieser Antrag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 11 und rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Wahl eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes des Untersuchungsausschusses 5/1

Antrag mit Wahlvorschlag
der Fraktion der FDP

Drucksache 5/7814

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Ich komme zur Abstimmung über den Antrag mit Wahlvorschlag der FDP-Fraktion, Drucksache 5/7814, Wahl eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes des Untersuchungsausschusses 5/1. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Es gibt keine. Damit ist der Antrag angenommen und Herr Abgeordneter Hans-Peter Goetz als Mitglied und Herr Abgeordneter Jens Lipsdorf als stellvertretendes Mitglied des Untersuchungsausschusses 5/1 gewählt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 12 und rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Wahl des Vorsitzenden der G 10-Kommission

Antrag mit Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD

Drucksache 5/7823

Auch hier wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag mit Wahlvorschlag der SPD-Fraktion, Drucksache 5/7823, Wahl des Vorsitzenden der G 10-Kommission. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Es gibt keine. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen und Herr Abgeordneter Alwin Ziel als Vorsitzender der G 10-Kommission gewählt worden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 13, und ich schließe die heutige Sitzung und wünsche Ihnen einen mückenstichfreien Rest des heutigen Tages. Kommen Sie gut nach Hause!

Ende der Sitzung: 18.24 Uhr

Anlagen**Gefasste Beschlüsse****Wahl einer Vizepräsidentin des Landesrechnungshofes Brandenburg**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 80. Sitzung am 29. August 2013 zum TOP 2 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag wählte in geheimer Abstimmung mit den Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtages (76 Jastimmen) Frau Dr. Sieglinde Reinhardt zur Vizepräsidentin des Landesrechnungshofes Brandenburg.“

Wahl eines Mitgliedes des Präsidiums

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 80. Sitzung am 29. August 2013 zum TOP 3 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag wählte Herrn Abgeordneten Klaus Ness als Mitglied des Präsidiums.“

Gesetz zur Regelung der Kohlendioxid-Speicherung in Brandenburg (KSpGBrbg)

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 80. Sitzung am 29. August 2013 zum TOP 5 folgende Entschließung angenommen:

„Keine Speicherung von CO₂ in Brandenburg

1. Der Landtag spricht sich - mit Ausnahme des Forschungsspeichers in Ketzin - gegen jede Speicherung von CO₂ im Land Brandenburg aus und unterstützt die Position der Landesregierung. Die in der Diskussion um ein bundesweites CCS-Gesetz vom Land Brandenburg gemachte politische Zusage wird damit vom Parlament gestärkt und unterstützt.
2. Der Landtag Brandenburg teilt die Rechtsposition der Landesregierung, wonach ein pauschaler Ausschluss eines Landesterritoriums ohne einzelfallbezogene Untersuchung hinsichtlich der Möglichkeit der CO₂-Speicherung nicht durch das Bundesgesetz gedeckt ist.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bei möglichen Planungen für ein transeuropäisches CO₂-Leitungssystem eine frühzeitige Beteiligung und Information der Öffentlichkeit, insbesondere der betroffenen Kommunen, zu gewährleisten.“

Wahl eines Mitgliedes und eines stellvertretenden Mitgliedes des Untersuchungsausschusses 5/1

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 80. Sitzung am 29. August 2013 zum TOP 12 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag wählte Herrn Abgeordneten Hans-Peter Goetz als Mitglied und Herrn Abgeordneten Jens Lipsdorf als stellvertretendes Mitglied des Untersuchungsaus-

schusses 5/1 zur Aufklärung von möglichen Versäumnissen und Fehlern bei Verkäufen landeseigener Grundstücke und landeseigener Unternehmen zum Schaden des Landes Brandenburg und der Aufklärung der Verantwortung der Brandenburger Landesregierung hierfür (Untersuchungsausschuss zur BBG- und Immobilienaffäre).“

Wahl des Vorsitzenden der G 10-Kommission

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 80. Sitzung am 29. August 2013 zum TOP 13 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag wählte Herrn Abgeordneten Alwin Ziel als Vorsitzenden der G 10-Kommission.“

Schriftliche Antwort der Landesregierung auf mündliche Fragen in der Fragestunde im Landtag am 29. August 2013**Frage 1383****Fraktion DIE LINKE****Abgeordnete Kerstin Kaiser****- Wohnortnahe Ausbildungsmöglichkeit erhalten -**

Das Land strebt an, im Rahmen der dualen Ausbildung den schulischen Teil bestimmter Ausbildungsberufe an dafür festgelegten Oberstufenzentren im Land zu konzentrieren. So sollen Tiefbaufacharbeiter - Spezialisierung Straßenbau - und Straßenbauer aus dem OSZ Märkisch-Oderland ihre Ausbildung 2013/14 bereits am OSZ in Cottbus beginnen, wohin sie bisher erst im 3. Lehrjahr zur entsprechenden Spezialisierung führen.

Das Oberstufenzentrum Märkisch-Oderland in Strausberg beantragt nun - in Abstimmung und unter ausdrücklicher Befürwortung des Schulträgers - die Fachklassen im 1. und 2. Lehrjahr in der Ausbildung zum Tiefbaufacharbeiter und Straßenbauer wieder einrichten zu dürfen, da die Mindestanzahl von 16 Auszubildenden - 11 plus 5 - pro Klasse dies rechtfertigt. Die Schüler aus der Region hätten die Möglichkeit, weitere zwei Jahre wohnortnah zur Schule zu gehen. Das OSZ verfügt über die dafür notwendigen erfahrenen Fachlehrkräfte, welche so oder so vertraglich gebunden sind. Die moderne Ausstattung ist in Strausberg vorhanden. Die berufsübergreifende Grundbildung aller Bauberufe zu Beginn der Ausbildung wird seit Jahren erfolgreich praktiziert. Das OSZ hofft und wartet auf die entsprechende Zusage.

Ich frage daher die Landesregierung: Spricht aus ihrer Sicht etwas gegen die Beibehaltung der Fachklasse für Tiefbaufacharbeiter und Straßenbauer am Strausberger Standort des Oberstufenzentrums MOL?

Antwort der Landesregierung**Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch**

Ich habe eine gute Nachricht: Die Fachklasse für Tiefbaufacharbeiter und Straßenbauer am Oberstufenzentrum Märkisch-Oderland am Standort Strausberg wird eingerichtet. Nach der Landesschulbezirksverordnung würde die Zahl der Auszubildenden mit abgeschlossenem Ausbildungsvertrag nur zur Einrichtung einer Fachklasse für Tiefbaufacharbeiter und Straßenbauer am Oberstufenzentrum Cottbus führen.

Es haben sich aber auch Jugendliche mit abgeschlossenem Ausbildungsvertrag aus dem Landkreis Märkisch-Oderland angemeldet, die im Umkreis von Seelow wohnen oder dort ihren Ausbildungsbetrieb haben. Wir haben die Festlegung der Fachklassen gründlich geprüft.

Die großen Entfernungen zwischen Schule, Wohnort und Ausbildungsbetrieb und die hohen Fahrtkosten waren ausschlaggebend für die Entscheidung des MBJS, über die geltende Landesschulbezirksverordnung hinaus eine kreiseigene Fachklasse am Oberstufenzentrum Märkisch-Oderland einzurichten.

Die Staatlichen Schulämter Märkisch-Oderland, Frankfurt (Oder) und Cottbus, der Landkreis Märkisch-Oderland und die Stadt Cottbus wurden am 21.08. über die Entscheidung informiert. Ebenso die IHK Ostbrandenburg, Frankfurt (Oder) und Cottbus.

Mit der Entscheidung für die Ausbildung am Oberstufenzentrum Märkisch-Oderland unterstützen wir die Auszubildenden aus dem Landkreis Märkisch-Oderland und leisten einen Beitrag für die Fachkräftegewinnung von Ostbrandenburger Unternehmen.

Frage 1389

Fraktionslos

Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann

- Theaterverträge NEUE BÜHNE Senftenberg und Uckermarkische Bühnen Schwedt -

Die Antwort der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur von Anfang 2011 auf die Frage, was für die Unterzeichnung längerfristiger Theaterverträge mit Schwedt und Senftenberg mit einer Laufzeit von mindestens drei Jahren spreche und was für den Abschluss von Verträgen mit einer Laufzeit von einem Jahr oder zwei Jahren, bestand aus einem einzigen Satz: „Für eine 3-jährige Laufzeit spricht ein höherer Grad an Planungssicherheit.“ (Kleine Anfrage 1041, Drucksache 5/2836)

Mit dieser Antwort konnte man zufrieden sein. Doch jetzt in Vorbereitung der neuen Theaterverträge ab 2014 war zwischenzeitlich sogar von Einjahresverträgen die Rede, was besonders in Senftenberg Unmut im Ensemble, im Personalrat und beim Publikum auslöste. Gerade jetzt, da in Senftenberg ein neuer Intendant berufen werden muss, wäre ein höherer Grad an Planungssicherheit günstig für die weitere Entwicklung des Theaters.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Wie ist der Stand bei der Ausarbeitung der Theaterverträge für die Uckermarkischen Bühnen Schwedt und für die NEUE BÜHNE Senftenberg?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr.-Ing. Dr. Kunst

Die gegenwärtigen Theaterverträge gelten bis zum 31.12.2013. Vor Ablauf dieser Laufzeit wird mein Haus den Vertragspartnern den Entwurf eines Verlängerungsvertrages vorlegen, dessen Laufzeit auf zwei Jahre begrenzt sein wird. Die Laufzeit steht in unmittelbarer Abhängigkeit zu den im Landeshaushalt bis zum 31.12.2015 ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen für die Kulturförderung.

Frage 1391

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Thomas Domres

- Muttersprachlicher Unterricht I -

In der Verordnung über die Eingliederung von fremdsprachigen Schülerinnen und Schülern in die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen vom 19. Juni 1997 können laut § 7 Abs. 2 Lerngruppen für muttersprachlichen Unterricht ab mindestens zwölf Einzuzugliedernde gebildet werden. Weiterhin besteht unter § 8 Abs. 2 für Einzuzugliedernde der Jahrgangsstufen 8 bis 10 die Möglichkeit, an einer Sprachfeststellungsprüfung in der Muttersprache oder der Amtssprache des Herkunftslandes teilzunehmen.

Aktuell stellen sich beide Eingliederungsregelungen für Schulen mit afghanischen Schülerinnen und Schülern im Landkreis Prignitz als äußerst schwierig dar. Zum einen kann aufgrund zu kleiner Lerngruppen kein muttersprachlicher Unterricht angeboten werden und zum anderen sind dadurch die Voraussetzungen für eine Entscheidung zur Sprachfeststellungsprüfung in Persisch oder Dari - für spätere syrische Schülerinnen und Schüler - nicht gegeben.

Ich frage die Landesregierung: Welche Eingliederungsregelungen bzw. Hilfen sieht sie gerade in solchen Einzelfällen vor?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch

5 000 fremdsprachige Schülerinnen und Schüler lernen derzeit an Brandenburger Schulen. Das sind 2,1 % aller Schülerinnen und Schüler.

Sie kommen vorwiegend aus russischsprachigen Ländern, aus Polen und aus asiatischen Ländern. Bisher haben wir nur wenige Schülerinnen und Schüler aus Afghanistan. Die Pflege der Muttersprache ist wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und fördert die interkulturelle Kompetenz.

In der Prignitz lernen derzeit 23 afghanische Schülerinnen und Schüler - verteilt auf vier Grundschulen und eine Oberschule in der Region.

Die Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) bieten derzeit in Forst, Fürstenwalde und Hennigsdorf muttersprachlichen Unterricht in Persisch an. Derzeit bemüht sich die RAA intensiv darum, eine Lehrkraft für den Muttersprachlichen Unterricht in der Prignitz zu gewinnen.

Entscheidend für gute Schulabschlüsse sind der Spracherwerb und die Weiterentwicklung der Sprachkompetenz in Deutsch.

Auf der Grundlage der Eingliederungsverordnung hat das Staatliche Schulamt eine Lehrerwochenstunde für jede Schülerin und jeden Schüler zusätzlich bereitgestellt - insbesondere für die Sprachförderung in Deutsch, aber auch für naturwissenschaftliche Fächer.

Wie alle Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund werden auch die afghanischen Schülerinnen und Schüler von den Lehrkräften mit großem Engagement unterstützt.

Die Lehrkräfte entwickeln individuelle Förderpläne, vereinbaren Lernziele und geben Schülern und Eltern regelmäßig Feedback über die Leistungsentwicklung.

Wir haben gute Erfahrungen mit der Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in Brandenburg. Und wir haben Erfolg. Schließlich haben Brandenburger Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund bundesweit die besten Schulabschlüsse.

Für Nachfragen:

In welchen Sprachen wird im Land Brandenburg muttersprachlicher Unterricht für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler erteilt?

Die RAA bieten in 23 Gruppen Russisch an, in 10 Gruppen Vietnamesisch, in 3 Gruppen Arabisch, in 3 Gruppen Persisch und in 3 Gruppen Polnisch.

Die Staatlichen Schulämter, die Schulen, die Eltern und die Integrationsbeauftragten können sich an die RAA wenden, um muttersprachlichen Unterricht zu sichern. Die RAA entwickelt entsprechende Angebote im Rahmen ihrer personellen Ressourcen.

Frage 1392

CDU-Fraktion

Abgeordneter Dieter Dombrowski

- Moorschutzmaßnahmen in den Ungeheuerwiesen in der Nuthe-Nieplitz-Niederung -

In dem schriftlichen Bericht „Ausübung des Vorkaufsrechts zur Sicherung von Grünlandstandorten und Übertragung dieser Flächen an Landschaftsfördervereine im Zuge des Moorschutzes“ des MUGV vom 17.05.2013 an den Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz teilt das Umweltministerium mit, dass die Ausübung des naturschutzfachlichen Vorkaufsrechts in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Umsetzung von Moorschutzmaßnahmen in den Ungeheuerwiesen der Nuthe-Nieplitz-Niederung stehe. In einem Bescheid des LUGV vom 14.04.2013 zur Ausübung des Vorkaufsrechts an den betreffenden Landwirt führt das Landesamt allerdings aus, dass das LUGV das Vorkaufsrecht zugunsten des Landschaftsfördervereins Nuthe-Nieplitz-Niederung für Flächen in der Gebietskulisse der Ungeheuerwiesen ausübt, wobei das Projektziel des Vereins in der langfristigen Sicherung von Moorstandorten sowie in der Vernässung liegt. Damit widersprechen sich beide Aussagen und eine Freiwilligkeit im Rahmen des Moorschutzes - wie von der Landesregierung bislang zugesichert - ist durch die Ausübung des naturschutzfachlichen Vorkaufsrechts in diesem Fall leider nicht gegeben.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie das von ihr bislang zugesagte Freiwilligkeitsprinzip im Rahmen der Umsetzung von Moorschutzprojekten vor dem oben genannten Widerspruch?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack

In Ihrer Anfrage beziehen Sie sich auf einen Bescheid des

Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, mit dem für eine Fläche im Naturschutzgebiet Nuthe-Nieplitz-Niederung das Vorkaufsrecht ausgeübt wird. Diese Flurstücke liegen im Naturschutzgebiet Nuthe-Nieplitz-Niederung, dessen Verordnung als Schutzzweck die

„Erhaltung und Entwicklung des Gebietes für den Wasserhaushalt der Niedermoor-, Bruchwald- und Feuchtwiesenstandorte und der natürlichen Zonierung der Seenverlandungsbereiche durch die Sicherung eines hohen Wasserstandes“

vorsieht.

Zusätzlich liegen die Flächen auch im Kerngebiet des Naturschutzgroßprojektes von gesamtstaatlicher Bedeutung Nuthe-Nieplitz-Niederung. Und die Zielsetzungen dieses Naturschutzgroßprojektes des Bundes, die für die Landesverwaltung auch weiterhin bindend sind, sehen unter anderem die Renaturierung von Wiesen, Seen, Mooren und Wäldern vor. Auch der Pflege- und Entwicklungsplan des Naturschutzgebietes sieht auf den betreffenden Flächen Strukturen mit Blänken vor, die eine hohe Stauhaltung benötigen.

Die Wahrnehmung des Vorkaufsrechtes dient in diesem konkreten Fall der Umsetzung all dieser Vorgaben. Daraus kann kein Widerspruch zur Freiwilligkeit des Moorschutzes abgeleitet werden. Welche konkreten Stauziele in den Ungeheuerwiesen letztlich verwirklicht werden können und welche konkreten Entwicklungsmaßnahmen dort durchgeführt werden, kann erst im Rahmen der kommenden Verfahren und nach Vorliegen der derzeit in Arbeit befindlichen Betroffenheitsanalyse entschieden werden. Ich würde mir wünschen, dass wir die Ergebnisse und deren Auswertungen gemeinsam abwarten - und dann auf Grundlage von konkreten Fakten weiter diskutieren.

Frage 1393

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Thomas Domres

- Muttersprachlicher Unterricht II -

In der Verordnung über die Eingliederung von fremdsprachigen Schülerinnen und Schülern in die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen vom 19. Juni 1997 können laut § 7 Abs. 2 Lerngruppen für muttersprachlichen Unterricht ab mindestens zwölf Einzugliedernde gebildet werden. Weiterhin besteht unter § 8 Abs. 2 für Einzugliedernde der Jahrgangsstufen 8 bis 10 die Möglichkeit an einer Sprachfeststellungsprüfung in der Muttersprache oder der Amtssprache des Herkunftslandes teilzunehmen.

Aktuell stellen sich beide Eingliederungsregelungen für Schulen mit afghanischen Schülerinnen und Schülern im Landkreis Prignitz als äußerst schwierig dar. Zum einen kann aufgrund zu kleiner Lerngruppen kein muttersprachlicher Unterricht angeboten werden und zum anderen sind dadurch die Voraussetzungen für eine Entscheidung zur Sprachfeststellungsprüfung in Persisch oder Dari - für spätere syrische Schülerinnen und Schüler - nicht gegeben.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten bei der Koordinierung bzw. bei der Unterstützung haben dabei die Staatlichen Schulämter?

Antwort der Landesregierung**Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch**

In meiner Antwort zu Ihrer mündlichen Anfrage zum Muttersprachlichen Unterricht I habe ich Ihre Frage schon beantwortet.

Die Staatlichen Schulämter weisen den Schulen im Rahmen ihrer Fachaufsicht die zusätzlichen Lehrerwochenstunden für den Unterricht in der Muttersprache zu. Die RAA entwickelt Angebote im Rahmen ihrer personellen Ressourcen.

Frage 1394**CDU-Fraktion****Abgeordneter Gordon Hoffmann****- Verlängerung der Prüfungszeit im Fach Deutsch -**

Auf dem Bildungsserver Berlin-Brandenburg ist zu lesen, dass für die schriftlichen Abiturprüfungen im Schuljahr 2015 im Fach Deutsch eine Prüfungszeit von 300 Minuten, inklusive der Lese- und Auswahlzeit, vorgesehen ist. Gegenwärtig beträgt die Arbeitszeit 270 Minuten und umfasst ebenfalls eine individuelle Lese- und Auswahlzeit für die Schülerinnen und Schüler, die 30 Minuten allerdings nicht überschreiten soll. Eine entsprechende Änderung der VV-GOSTV zur Verlängerung der Prüfungsdauer im Fach Deutsch soll noch erfolgen.

Ich frage die Landesregierung: Weshalb soll die Arbeitszeit für die schriftlichen Abiturprüfungen im Fach Deutsch ab 2015 um 30 Minuten verlängert werden?

Antwort der Landesregierung**Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch**

Es ist richtig. Die Prüfungszeit für die schriftliche Abiturprüfung wird zum Abitur 2015 von bisher zweihundertsiebzig Minuten auf dreihundert Minuten verlängert. Der Grund ist, dass sich das Land Brandenburg ab 2015 im Fach Deutsch am länderübergreifenden Abitur mit Bayern, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen und Schleswig-Holstein beteiligen wird.

Diese Länder arbeiten schon seit mehreren Jahren mit gemeinsamen Abituraufgaben. Für die schriftliche Abiturprüfung im Fach Deutsch besteht in Bayern, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen und Schleswig-Holstein eine Prüfungszeit von dreihundert Minuten.

Wenn das Land Brandenburg sich am gemeinsamen Abitur im Fach Deutsch beteiligt, gilt auch für brandenburgische Schülerinnen und Schüler die gleiche Prüfungszeit.

Im Fach Deutsch wird es ab 2015 unter den vier Prüfungsaufgaben, die zur Auswahl stehen, auch eine Aufgabe aus dem länderübergreifenden Abitur geben. Die Prüfungsdauer von dreihundert Minuten gilt dann für alle Prüfungsaufgaben, die zur Wahl stehen.

Die Entscheidung für die Beteiligung am länderübergreifenden Abitur hat mein Haus im Juni getroffen. Bayern wurde als federführendes Land Mitte August über diese Entscheidung informiert. Zuvor haben wir geprüft, inwieweit eine Beteiligung

zunächst nur im Fach Deutsch möglich ist. Diese Möglichkeit wurde von der Gruppe des länderübergreifenden Abiturs bejaht. Die Beteiligung in Mathematik und Englisch wird weiter geprüft. Dafür sind allerdings Anpassungen in den Prüfungsaspekten erforderlich, die wir gemeinsam mit Berlin vorbereiten müssen.

Die Änderung der VV-GOSTV zur Verlängerung der Prüfungsdauer im Fach Deutsch und die Änderung der VV-Leistungsbeurteilung werden rechtzeitig erfolgen, damit sich die Schülerinnen und Schüler auf die Veränderung vorbereiten können. Die Schulen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern werden ebenso rechtzeitig informiert.

Frage 1395**Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Kornelia Wehlan****- Sprachförderung für schulpflichtige Flüchtlinge und Asylbewerber -**

Insbesondere an den Grundschulen in Luckenwalde wird Klage darüber geführt, dass die unzureichenden Deutschkenntnisse der Schulkinder unter den Flüchtlingen dazu führen, dass geregelter Unterricht nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen stattfinden kann.

Es bedrückt engagierte Pädagogen, so die Bürgermeisterin der Stadt Luckenwalde, dass ein oder mehrere Kinder in der Klasse dem Unterricht nicht folgen können. Sich ihnen verstärkt zu widmen entzieht wiederum den Mitschülern die Förderung und Zuwendung, die in der Schule allgemein erwartet werden kann.

Die Auffassung auf der kommunalen Ebene ist, dass das Problem nur entschärft werden kann, wenn Kinder und Jugendliche, die im Laufe ihrer Schulzeit nach Deutschland kommen, besondere Förderung in Sprachlernklassen oder Einzelunterricht durch qualifizierte Lehrkräfte erfahren, vielleicht über ein sogenanntes Vorschuljahr, bevor sie - dann der Sprache mächtig - in die regulären Klassen wechseln.

Für Luckenwalde ist diese Situation besonders prekär, weil neben dem für 160 Menschen ausgelegten Übergangswohnheim für Flüchtlinge und Asylbewerber in der Anhaltstraße eine weitere Einrichtung in Luckenwalde hinzugekommen ist, die eine Kapazität von 92 Plätzen hat. Die Stadt Luckenwalde hat bereits Unterstützung signalisiert für die Bereitstellung geeigneter Lehr- und Lernmittel.

Daher frage ich die Landesregierung: Wie bewertet sie den Sachverhalt, besonders hinsichtlich der Einrichtung eines sogenannten Vorschuljahres bzw. der Bereitstellung zusätzlicher pädagogischer Kapazitäten?

Antwort der Landesregierung**Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Münch**

Kinder, die mit ihren Familien in Deutschland Asyl suchen, brauchen besondere Zuwendung und Unterstützung.

Mir ist es wichtig, für die Kinder Bildungschancen zu sichern, individuelle Förderung und Teilhabe. Teilhabe beginnt mit dem Lernen der Sprache. Deshalb kommt es darauf an, dass Kinder aus Asylbewerberfamilien schnell und gut Deutsch lernen.

An vielen Schulen in Brandenburg werden Schülerinnen und Schüler aus Asylfamilien mit großem Engagement gefördert. Wir haben im Land Brandenburg gute Erfahrungen mit der Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund.

An diese Erfahrungen können wir jetzt anknüpfen und gemeinsam mit den staatlichen Schulämtern und den Schulen konstruktive Lösungen entwickeln.

In Luckenwalde lernen jetzt 44 Kinder in den Grundschulen und 18 in Oberschulen. Sie haben Recht, die Kinder haben größere Probleme, als wir erwartet haben. Deshalb hat das staatliche Schulamt mit den Schulleitungen ein gemeinsames Konzept erarbeitet, um die Schülerinnen und Schüler mit Förderkursen und Vorbereitungsgruppen noch besser zu unterstützen.

In den Grundschulen werden im September zwei Auffanggruppen oder Vorbereitungsgruppen gebildet für eine intensive Förderung in Deutsch und für Angebote in Mathematik und Naturwissenschaften. In den Vorbereitungsgruppen entwickeln die Schülerinnen und Schüler die Kompetenzen, die sie für den Regelunterricht in ihrer Klasse brauchen. Die Kinder erhalten eine Förderung von 16 - 20 Stunden und verbringen einen Tag in der Woche in ihren zukünftigen Klassen. Auch in der Oberschule ist eine Gruppe mit 20 Stunden vorgesehen.

In den Jahrgangsstufen 1 - 3 bleiben die Kinder in der Regel bis zu sechs Monaten in der Vorbereitungsgruppe, in den Jahrgangsstufen 4 - 10 bis zu einem Jahr. Derzeit laufen die Vorbereitungen zur Umsetzungen der Stunden mit Lehrkräften.

Es hat uns überrascht, dass in den letzten Wochen so viele Kinder mit ihren Familien nach Brandenburg gekommen sind, aber jetzt sind wir gerüstet.

Frage 1396

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Christian Görke

- Polizeieinsatz bei erheblicher Ruhestörung in Gemeinde Milower Land -

Medienberichten zufolge gab es kürzlich - 17./18. August 2013 - eine private Party in der Gemeinde Milower Land, von der erhebliche Ruhestörungen ausgingen. Eine herbeigerufene Polizeistreife wies die Teilnehmer der Party darauf hin, die Regeln zur Nachtruhe einzuhalten. Im weiteren Verlauf gingen die Ruhestörungen weiter. Daraufhin wandte sich eine Anwohnerin nochmals an die Polizei. Mit dem Hinweis, sie solle sich an die Gemeindeverwaltung oder die Politik wenden, sei die Bürgerin abgewiesen worden. Zudem sei ihr mitgeteilt worden, dass zurzeit nur drei Beamte im Streifendienst im Revier Rathenow seien.

Ich frage die Landesregierung: Kann die Polizei mit der geschilderten Personalstärke ihre Aufgaben bei der Streifenföhtigkeit im Revier Rathenow erfüllen?

Antwort der Landesregierung

Minister des Innern Holzschuher

Eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung ist auch dem Revier Rathenow möglich. Auch wenn sich - wie im geschilderten Fall - durch einzelne unvorhersehbare Sachverhalte weiterer Kräftebedarf ergeben sollte, besteht über das Einsatz- und Lagezen-

trum des Polizeipräsidiums immer die Möglichkeit, zusätzliche Einsatzkräfte heranzuföhren und einzusetzen. Dies ist offenbar nicht erfolgt, die Polizei wird die Angelegenheit deshalb im Zuge einer Einsatznachbereitung analysieren.

Frage 1397

Fraktionslos

Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann

- Behinderung des Bekenntnisses zur sorbischen/wendischen Kultur in Senftenberg (Zly Komorow) -

Im Zusammenhang mit der Art und Weise der Diskussion über die Novellierung des Sorben/Wenden-Gesetzes und die Definition des sorbischen/wendischen Siedlungsgebietes föhlen sich laut Berichterstattung in der Wochenzeitung „NOWY CASNIK“ vom 7. August 2013 und mehrerer Anfragen in meinem Senftenberger Abgeordnetenbüro Bürgerinnen und Bürger unter Druck gesetzt, die sich als Sorben/Wenden bzw. Anhänger einer wendisch-deutschen Kultur in Senftenberg (Zly Komorow) und Umgebung verstehen.

Auch im deutsch-wendischen Gottesdienst am 11. August 2013 wurde diese Sorge deutlich benannt. Zudem wurde zum Beispiel in einem hasserfüllten Leserbrief an die Lokalzeitung unter anderem die Meinung geäußert, dass die Sorben die Ortschilder doch selber ändern könnten, wenn sie diese auch alleine bezahlen. Ohnehin bekämen sie zu viele Steuergelder vom Staat. Aber auch offizielle Stellen und Abgeordnete bemühen sich immer wieder öffentlich um Argumente, warum in Senftenberg (Zly Komorow) nicht die Rede von einer sorbischen/wendischen Tradition sein könne.

Sie ignorieren dabei zum Beispiel den Verein „Bürgerhaus Wendische Kirche“, der sich laut Satzung ausdrücklich der sorbischen/wendischen Kultur verpflichtet föhlt, oder auch die Existenz des „serbske blido“, der in Zusammenarbeit mit der „Schule für Niedersorbische Sprache und Kultur“ regelmäßig Sprachkurse und Vorträge mit großem Zuspruch anbietet. Überhaupt nicht beachtet wird, dass europäische Standards der Minderheitenpolitik auch verbindlich für Land und Kommunen gelten. Eine Abgeordnete soll laut Berichterstattung in der Presse sogar vorgeschlagen haben, dass entgegen allen Regeln demokratischer Minderheitenpolitik die Mehrheit eben entscheiden müsse, ob es sich hier um ein sorbisches/wendisches Siedlungsgebiet handele oder nicht. Die sorbische/wendische Presse der Niederlausitz und der Oberlausitz kritisiert diese diskriminierenden Argumente scharf.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Was wird sie in Zusammenarbeit mit der Stadt Senftenberg (Zly Komorow) unternehmen, um im Sinne von Artikel 25 der Landesverfassung und des europäischen Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten diesen den Ruf der Stadt und des Landes schädigenden Zustand überwinden zu helfen?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr.-Ing. Dr. Kunst

Das Bekenntnis der Zugehörigkeit zum sorbischen/wendischen Volkstum ist frei und wird nicht daraufhin überprüft, ob es durch objektive Anhaltspunkte wie Sprachbeherrschung oder kulturelle Ausdrucksformen gerechtfertigt ist. Hieran hält die

Landesregierung fest und tritt allen entgegengesetzten Tendenzen entgegen. Alle Bestrebungen werden strikt abgelehnt, die Druck ausüben und die Bekenntnisfreiheit einschränken wollen.

Hiervon zu unterscheiden ist die Frage, inwieweit in Senftenberg sprachlich/kulturelle Traditionen der Sorben/Wenden vorhanden sind, welche die Aufnahme der Gemeinde Senftenberg in das angestammte Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden rechtfertigen und damit die an diese Zugehörigkeit anknüpfenden staatlichen und kommunalen Schutz- und Förderpflichten auslösen. Über diese Frage wird derzeit im Rahmen der geplanten Novellierung des Sorben/Wenden-Gesetzes und anderer Rechtsvorschriften über die Rechtsstellung der Sorben/Wenden in Brandenburg debattiert. Die in der mündlichen Anfrage genannten Hinweise auf den Verein „Bürgerhaus Wendische Kirche“ und die Abhaltung niedersorbischer Sprachkurse und Vorträge werden bei den bevorstehenden Abwägungsprozessen zu berücksichtigen sein.

Der Landesregierung sind Maßnahmen gegen Einzelne oder Gruppen mit dem Ziel, sorbische/wendische Bürger zur Verleugnung ihrer nationalen Identität und kulturellen Prägung anzuhalten und damit die Existenz sorbischer/wendischer Traditionen in Senftenberg faktenwidrig bestreiten zu können, nicht bekannt. In unterschiedlichen Bewertungen von Fakten hingegen sieht die Landesregierung keine rufschädigenden Umstände, sondern einen im demokratischen Diskurs normalen Vorgang. Es ist der Wunsch der Landesregierung, dass alle Beteiligten in einer sachlichen Atmosphäre ihre gegensätzlichen Standpunkte erörtern und unnötige Überhöhungen vermeiden.

Frage 1398

Fraktionslos

Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann

- Explodierter Kanaldeckel in Haidemühl (Gozdź) - Gefahr auch in Welzow (Wjelcej) -

Nach einer Explosion in einem Abwasserkanal in Haidemühl (Gozdź) Anfang Juni 2013 sind auch in Welzow (Wjelcej) Einwohnerinnen und Einwohner besorgt, dass sich in ihrer Stadt eine ähnliche Explosion ereignen könnte. Öffentlich genannt wurde als Ursache für die Havarie in Haidemühl (Gozdź) ein defektes Starkstromkabel. In Welzow (Wjelcej) beobachten Anwohner eine ungewöhnliche und übel riechende Gasbildung in der Kanalisation und vermuten, dass es sich bei diesem Gas um ein explosives Gemisch handeln könnte. Das defekte Starkstromkabel wäre dann eventuell lediglich der Auslöser für die Explosion in Haidemühl (Gozdź) gewesen.

Deshalb frage ich die Landesregierung: In wessen Verantwortung werden welche Maßnahmen ergriffen, um derartige Ereignisse wie in Haidemühl (Gozdź) ausschließen zu können?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack

Zunächst stelle ich voran, dass der Landesregierung das angesprochene Ereignis sowie dessen Zusammenhänge nicht bekannt sind.

Für die Errichtung, den Betrieb und die Unterhaltung von Kanalisationsnetzen gelten die allgemein anerkannten Regeln der

Technik, die in umfangreichen Merk- und Arbeitsblättern der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) sowie den DIN-Normen niedergelegt sind. Sie sind von dem Anlagenbetreiber einzuhalten und bieten die Gewähr, dass unter regulären Umständen von der Kanalisation keine Gefährdungen für Mensch und Umwelt ausgehen. Ferner bestimmt der Abwasserzweckverband durch eine kommunale Satzung Einleitungsverbote für gefährliche oder brennbare Stoffe in die Kanalisation.

Ob die von Ihnen erwähnte „ungewöhnliche und übel riechende Gasbildung“ ursächlich mit dem Unfall in Zusammenhang steht oder ob womöglich bei dem Vorfall in Haidemühl auch eine illegale Einleitung brennbarer Stoffe in die öffentliche Kanalisation stattgefunden hat, kann durch die Landesregierung nicht beurteilt werden. Offenkundig waren an dem Vorkommnis aber auch regelwidrige Zustände am Elektrizitätsnetz beteiligt, für die das jeweilige Energieversorgungsunternehmen verantwortlich ist.

Beim Zusammentreffen technischer Defekte mit möglicherweise mutwilligen oder fahrlässigen Handlungen können, soweit dies aufgrund der konkreten Umstände gerechtfertigt erscheint, nur auf der kommunalen Ebene weiterreichende Maßnahmen zur Gefahrenabwehr getroffen werden. Hierfür sind die Ämter und Gemeinden als allgemeine untere Ordnungsbehörde zuständig.

Bei unvorhergesehenen Gefahrensituationen, die in Verbindung mit dem Abwassersystem stehen, werden Polizei, Feuerwehr und erforderlichenfalls weitere Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben unverzüglich nach ihrer Alarmierung die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung und Gefahrenabwehr treffen. Parallel werden die nach dem Brandenburgischen Wassergesetz zuständigen Behörden in Kenntnis gesetzt, damit diese in ihrer Zuständigkeit tätig werden können. Im Eilfall würden insbesondere Polizei und Feuerwehr erste Maßnahmen zur Sicherung und Gefahrenabwehr treffen.

Frage 1399

Fraktionslos

Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann

- Senftenberger See als sensibles Ökosystem -

Bereits im Zusammenhang mit dem Antrag des Landkreises Oberspreewald-Lausitz auf Umwidmung des Senftenberger Sees in ein schiffbares Landesgewässer und dem Bauvorhaben Stadthafen Senftenberg wurde in Stellungnahmen 2005 bzw. 2010 auf das noch immer sensible Ökosystem des Sees hingewiesen.

Die darin geäußerten Bedenken und Vorschläge wurden allerdings im weiteren Fortgang der Arbeiten nicht beachtet. Ein Konflikt scheint sich dahin gehend aufzubauen, dass „Event-tourismus“ und Streben nach wirtschaftlichem Erfolg mit Motorbootsport, Massenveranstaltungen und Wasserwandern auf Vorstellungen treffen, die sanften Tourismus, eine weitere Stabilisierung des Ökosystems, Naturschutz, Wasserwirtschaft und Fischereiwirtschaft in Einklang bringen wollen. Außerdem kann vermutet werden, dass eine Gesamtschau des Problems erschwert wird, weil ein eigenes Labor des Landesumweltamtes 2004 ausgegliedert wurde und Messungen auf der Grundlage von Parametern erfolgen, die mehr an natürlich entstandenen Gewässern als an Geologie und Chemismus des künstlichen Senftenberger Sees ausgerichtet sind.

Im Interesse des touristischen Standortes Senftenberger See im Einklang mit dem schon gut entwickelten Ökosystem, einschließlich der Insel, sowie den Aufgaben bei der Regulierung des Wasserhaushaltes und beim Hochwasserschutz als Speicherbecken Niemtsch wären klare Aussagen zur gegenwärtigen Situation und ein Maßnahmenplan zum Umgang mit der sich verschlechternden Wasserqualität und des gesamten Ökosystems ein Beitrag, um zwischen unbegründeter Aufregtheit und berechtigter Sorge unterscheiden zu können.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Welche Kriterien und Messmethoden bilden die Grundlage zur Bewertung der Gesamtqualität des ökologisch sensiblen Senftenberger Sees als Speicherbecken, Naturschutzgebiet, Angelgewässer, für die Binnenfischerei und damit zusammenhängend die touristische Attraktivität?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack

Der Senftenberger See gehört mit seiner Größe von 3 598 Hektar zu den Seen, über deren Zustand in regelmäßigen Abständen gegenüber der Europäischen Union gemäß der Wasserrahmenrichtlinie zu berichten ist. Zur Ermittlung des Zustandes werden vom Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz - LUGV - seit 2007 im dreijährigen Turnus sowohl biologische als auch chemische Untersuchungen durchgeführt.

Für die biologische Bewertung werden die Entwicklung der Freiwasseralgae, bzw. das Phytoplankton, als auch der Zustand der Wasserpflanzen, bzw. Makrophyten, und schließlich der Aufwuchskieselalgen im Uferbereich, auch bekannt als Litoraldiatomeen, herangezogen.

In den vergangenen Wochen ist es in einer Forellenanlage im Senftenberger See zu einem Fischsterben gekommen. Vor Ort wird seitdem darüber spekuliert, ob die Inbetriebnahme des Überleiters 12 und damit der Anschluss des Geierswalder Sees mit seinem niedrigen pH-Wert Ursache für die wahrgenommenen Veränderungen des Senftenberger Sees - einem Sauerstoffmangel des Wassers - sein kann.

Erste Ergebnisse aus den diesjährigen Regeluntersuchungen können die Ursachen für den wechselnden Zustand des Senftenberger Sees nicht schlüssig erklären. Auf den vor Ort vermuteten Säureschub geben sie keine Hinweise. Aufschluss über einen möglicherweise kurzzeitig erfolgten Säureschub könnten die in Kürze anstehenden Untersuchungen der hierauf besonders empfindlich reagierenden Kieselalgen geben.

Im Rahmen des von der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbauverwaltungs-gesellschaft durchgeführten Überwachungsmonitorings des Überleiters 12 und des Geierswalder Sees werden dem LUGV wöchentlich pH-Wert des Überleiters bzw. monatlich chemische Analysedaten des Geierswalder Sees übergeben. Diese aktuellen Werte zeigen keine Auffälligkeiten und können die Veränderungen nicht erklären.

Deshalb hat das LUGV über die Regeluntersuchungen hinausgehend weitere Untersuchungen in Auftrag gegeben.

Auch die Qualität des Badegewässers Senftenberger See gibt

aktuell keinen Anlass zur Besorgnis. Während der Badesaison, vom 15. Mai bis 15. September jeden Jahres, werden die Badestellen am Senftenberger See entsprechend der Brandenburgischen Badegewässerverordnung durch vierwöchentliche Probenahmen vom Gesundheitsamt des Landkreises überwacht. Der Schwerpunkt bei der Überwachung der Badegewässer beruht auf gesundheitlich relevanten Indikatoren zum Schutz von Badenden. Untersucht werden die mikrobiologischen Parameter Intestinale Enterokokken und Escherichia coli.

Im Rahmen der Überwachung führen die Gesundheitsämter weiterhin Ortsbesichtigungen durch. Dabei werden zum einen die Sichttiefe sowie die Temperatur bestimmt und zum anderen Verunreinigungen registriert. Im Jahr 2013 wurden, wie in den letzten vier Jahren zuvor, bisher die mikrobiologischen Leit- und Grenzwerte an allen vier Badestellen eingehalten.

Frage 1400

Fraktionslos

Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann

- Förderung der Mehrgenerationenhäuser -

Bereits kurz vor Beginn der jetzigen Förderperiode für Mehrgenerationenhäuser signalisierte der Freistaat Bayern, dass er die Mehrgenerationenhäuser auch allein finanzieren könne, wenn der Bund sich zurückziehen wolle. Es wurde zum Glück eine andere Lösung gefunden, sodass auch im Land Brandenburg die meisten Mehrgenerationenhäuser weiterarbeiten konnten. Gegenwärtig, kurz vor Beginn einer neuen Förderperiode, ist auf bundespolitischer Ebene im Gespräch, dass die Mehrgenerationenhäuser grundsätzlich nur noch von den Bundesländern und den Kommunen gefördert werden sollen.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Welche Position vertritt sie zur zukünftigen Förderung der Mehrgenerationenhäuser?

Antwort der Landesregierung

Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Baaske

Die Mehrgenerationenhäuser - MGH - in Brandenburg leisten mit ihren Angeboten eine wichtige gesellschaftspolitische Arbeit und sind in den Kommunen gut verankert. Allerdings sind sie auch ein Beispiel dafür, wie der Bund eine zusätzliche Struktur geschaffen hat, ohne dies zuvor mit den Ländern abzustimmen - analog: Lokale Bündnisse für Familie. Mit einer dauerhaften Finanzierung sollen die Länder/Kommunen belastet werden.

Gemäß Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Zukunft der MGH“ vom 19.03.2013 trägt im laufenden Aktionsprogramm II des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend - BMFSFJ - überwiegend die Standortkommune allein den vollen Kofinanzierungsanteil von 10 000 Euro, was wegen der angestrebten kommunalen Verankerung der MGH von der Bundesregierung auch begrüßt wird. Die Bundesländer, bisher mit Ausnahme von Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, beteiligen sich nicht an einer Kofinanzierung der MGH und planen eine solche Beteiligung derzeit auch nicht.

Mit Beschluss der Jugend- und Familienministerkonferenz - JFMK - vom 6./7. Juni 2013 - 16:0 - wird die Bundesregierung aufgefordert, schon jetzt für die Zeit ab 2015 ein Anschlusskonzept zur Weiterförderung der Mehrgenerationenhäuser zu entwickeln.

Unabhängig davon ist eine Beteiligung des Landes Brandenburg an der Finanzierung der MGH nach Auslaufen der Bundesförderung außerhalb bestehender Förderprogramme und -maßnahmen aus haushalterischen Gründen nicht möglich - vgl. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 2879 vom 14.06.2013.

Anwesenheitsliste vormittags:

Frau Alter (SPD)
Herr Baaske (SPD)
Herr Baer (SPD)
Herr Dr. Bernig (DIE LINKE)
Herr Beyer (FDP)
Herr Bischoff (SPD)
Frau Blechinger (CDU)
Frau Böhnisch (DIE LINKE)
Herr Bommert (CDU)
Herr Bretz (CDU)
Herr Büchel (DIE LINKE)
Herr Büttner (FDP)
Herr Burkardt (CDU)
Herr Christoffers (DIE LINKE)
Herr Domres (DIE LINKE)
Herr Eichelbaum (CDU)
Herr Folgart (SPD)
Frau Fortunato (DIE LINKE)
Herr Genilke (CDU)
Herr Görke (DIE LINKE)
Herr Goetz (FDP)
Frau Gregor-Ness (SPD)
Herr Groß (DIE LINKE)
Frau Große (DIE LINKE)
Herr Günther (SPD)
Frau Hackenschmidt (SPD)
Frau von Halem (B90/GRÜNE)
Frau Heinrich (CDU)
Herr Henschke (DIE LINKE)
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
Herr Dr. Hoffmann (fraktionslos)
Herr Hoffmann (CDU)
Herr Holzschuher (SPD)
Herr Jürgens (DIE LINKE)
Herr Jungclaus (B90/GRÜNE)
Frau Kaiser (DIE LINKE)
Frau Kircheis (SPD)
Herr Kosanke (SPD)
Herr Krause (DIE LINKE)
Herr Kretzschmar (DIE LINKE)
Herr Kuhnert (SPD)
Herr Lakenmacher (CDU)
Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Herr Loehr (DIE LINKE)
Frau Dr. Ludwig (CDU)
Herr Ludwig (DIE LINKE)
Herr Dr. Luthardt (DIE LINKE)
Frau Mächtig (DIE LINKE)
Herr Maresch (DIE LINKE)
Frau Meier (DIE LINKE)
Frau Melior (SPD)
Frau Dr. Münch (SPD)
Frau Muhß (SPD)

Herr Ness (SPD)
Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)
Herr Petke (CDU)
Herr Pohl (SPD)
Frau Richstein (CDU)
Herr Richter (SPD)
Herr Rupperecht (SPD)
Herr Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
Frau Schier (CDU)
Herr Prof. Dr. Schierack (CDU)
Herr Schippel (SPD)
Frau Schulz-Höpfner (CDU)
Herr Schulze (B90/GRÜNE)
Herr Senftleben (CDU)
Frau Stark (SPD)
Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)
Frau Tack (DIE LINKE)
Frau Theiss (SPD)
Herr Tomczak (FDP)
Frau Vogdt (FDP)
Herr Vogel (B90/GRÜNE)
Frau Wehlan (DIE LINKE)
Frau Wöllert (DIE LINKE)
Herr Ziel (SPD)

Anwesenheitsliste nachmittags:

Frau Alter (SPD)
Herr Baer (SPD)
Herr Dr. Bernig (DIE LINKE)
Herr Beyer (FDP)
Herr Bischoff (SPD)
Frau Böhnisch (DIE LINKE)
Herr Bommert (CDU)
Herr Bretz (CDU)
Herr Büchel (DIE LINKE)
Herr Büttner (FDP)
Herr Burkardt (CDU)
Herr Christoffers (DIE LINKE)
Herr Domres (DIE LINKE)
Herr Eichelbaum (CDU)
Herr Folgart (SPD)
Frau Fortunato (DIE LINKE)
Frau Geywitz (SPD)
Herr Goetz (FDP)
Frau Gregor-Ness (SPD)
Herr Groß (DIE LINKE)
Herr Günther (SPD)
Frau Hackenschmidt (SPD)
Frau von Halem (B90/GRÜNE)
Frau Heinrich (CDU)
Herr Henschke (DIE LINKE)
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
Herr Dr. Hoffmann (fraktionslos)
Herr Hoffmann (CDU)
Herr Holzschuher (SPD)
Herr Homeyer (CDU)
Herr Jürgens (DIE LINKE)
Herr Jungclaus (B90/GRÜNE)
Frau Kaiser (DIE LINKE)
Frau Kircheis (SPD)
Herr Krause (DIE LINKE)
Herr Kretzschmar (DIE LINKE)
Herr Kuhnert (SPD)

Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Herr Loehr (DIE LINKE)
Herr Ludwig (DIE LINKE)
Herr Dr. Luthardt (DIE LINKE)
Frau Mächtig (DIE LINKE)
Herr Maresch (DIE LINKE)
Frau Meier (DIE LINKE)
Frau Melior (SPD)
Frau Dr. Münch (SPD)
Frau Muhß (SPD)
Herr Ness (SPD)
Herr Petke (CDU)
Herr Pohl (SPD)
Frau Richstein (CDU)

Herr Richter (SPD)
Herr Rupprecht (SPD)
Herr Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
Frau Schier (CDU)
Herr Prof. Dr. Schierack (CDU)
Frau Schulz-Höpfner (CDU)
Frau Stark (SPD)
Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)
Frau Vogdt (FDP)
Herr Vogel (B90/GRÜNE)
Frau Wehlan (DIE LINKE)
Herr Wichmann (CDU)
Frau Wöllert (DIE LINKE)
Herr Dr. Woidke (SPD)
Herr Ziel (SPD)

